

# AUFTRAG



HEFT 239 / 2000

40. JAHRGANG



- Jahresthema 2000: „Der Zukunft Hoffnung geben Mit Christus für Gerechtigkeit und Frieden“
- Weltfriedenstag 2000
- Die Legitimation humanitärer Interventionen

GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN

# INHALT

## HL. JAHR 2000 – KIRCHE UND GESELLSCHAFT

### JAHRESTHEMA 2000 „DER ZUKUNFT HOFFUNG GEBEN – MIT CHRISTUS FÜR GERECHTIGKEIT UND FRIEDEN“

Einführung (II) „Frieden“ ( <i>Walter Theis</i> ) .....	4
STICHWORTE ZUM KIRCHENJAHR .....	5
Programm der 40. Woche der Begegnung .....	6
Militärseelsorge beim 94. Dt. Katholikentag in Hamburg ( <i>Manfred Heinz</i> ) .....	7
STICHWORTE ZUM KIRCHENJAHR .....	8
STICHWORTE ZUM FESTKALENDER DES ISLAMs .....	9
Soldat und christliche Friedenslehre im Spiegel der (Heils-)Geschichte ( <i>Hartmut Steinborn</i> ) .....	10
Die Situation der Christen in Israel ( <i>Carmen Klein</i> ) .....	16

## DOKUMENTATION: WELTFRIEDENSTAG 2000

WB I/Küste - Schwerin: Anmerkungen zur päpstlichen Botschaft zum Weltfriedenstag ( <i>Heinz-Gerhard Justenhoven</i> ) .....	20
WB III - Köln: Der Friede ist immer gefährdet .....	24
WB VI - Würzburg und WB II - Hildesheim: Ohne Jesus ist der Friede Utopie .....	25
GKS-Bonn: Krieg führen um des Friedens willen? ( <i>bt</i> ) .....	26

## SICHERHEITS- UND FRIEDENSPOLITIK

DOKUMENTATION: DIE LEGITIMATION HUMANITÄRER INTERVENTIONEN .....	27
Die Legitimation humanitärer Interventionen bedarf präziser Kriterien ( <i>Otfried Höffe</i> ) .....	27
Der Kampfeinsatz der Bundeswehr im Kosovo	
Die völkerrechtlichen Aspekte ( <i>Klaus Achmann</i> ) ..	29
Thesenpapier des ZdK: Humanitäre Intervention? Rechtsethische Überlegungen .....	31
JUSTITIA ET PAX: Tatenlosigkeit im Tschetschenien-Konflikt ( <i>Weihbischof Reinhard Marx</i> ) .....	38
Die „Neue NATO“ – bereit für das 21. Jh.? ( <i>Ludwig Jakob</i> ) .....	39
MILITÄRÖKONOMIE: Streitkräfte, Ökonomie und Europäische Sicherheit (PS) .....	44
Deutliche Fortschritte bei der Koordinierung von Erdbebenhilfe durch die Vereinten Nationen ( <i>Klaus Liebetanz</i> ) .....	45

## KIRCHE UND GESELLSCHAFT

ARGUMENTATIONSHILFE ZUM STICHWORT: Schwangerschaftskonfliktberatung ( <i>Paul Schulz</i> ) .....	48
Vor 125 Jahren: Zivilehe eingeführt ( <i>Christoph Arens</i> ) .....	51

INTERRELIGIÖSER DIALOG: Mehrheit der Menschheit gehört einer monotheistischen Religion an .....	52
STATISTIK: Noch nie gab es so viele Katholiken .....	52

## GESELLSCHAFT NAH UND FERN

Deutschlandpolitik im Schatten der Mauer ( <i>Eckhard Stuff</i> ) .....	53
Quo vadis Bundesrepublik Deutschland ? ( <i>Klaus Liebetanz</i> ) .....	58
GKS ZUM Waffendienst von Frauen ( <i>Paul Schulz</i> ) .....	61
Ehrenworte und Entschuldigungen kosten wenig ( <i>Christoph Arens u. PS</i> ) .....	62
Wo Polen geboren wurde ( <i>Gabriele Burchardt</i> ) .....	63
Warschauer Flughafen im Zeichen des orthodoxen Kreuzes ( <i>Joachim G. Görlich</i> ) .....	63
Odessa: Die Stadt der Künstler, Spitzbuben und Spaßmacher ( <i>Paul Roth</i> ) .....	64

## BLICK IN DIE GESCHICHTE

VOR 600 JAHREN: Johannes Gutenberg der Mann des Jahrtausends ( <i>Christoph Arens</i> ) .....	68
Vor 500 Jahren wurde der Habsburger Karl V. geboren ( <i>Christoph Scholz</i> ) .....	69
Jan Hus als Symbol der Heilung jahrhundertealter Wunden .....	70
Kalenderblatt April .....	71
AUS DEN ANFÄNGEN DER BUNDESWEHR: Mit Dr. Helmut Korn 1956 auf Werbetour für die junge Bundeswehr ( <i>Gerhard Hasenkamp</i> ) .....	72
Kalenderblatt Mai .....	73

## SPIRITUALITÄT / MANN IN DER KIRCHE

Salomon – Von der Möglichkeit, den Namen Gottes zu aktualisieren ( <i>Michael Overmann</i> ) .....	74
--	----

## BILD UND SELBSTVERSTÄNDNIS DES SOLDATEN

Patriotismus und christlich-abendländisches Menschenbild – Voraussetzung für die Führung im Gefecht? ( <i>Karl-Heinz Lather</i> ) .....	80
Tapfer sein – Gratwanderung zwischen Zufall und Berechenbarkeit ( <i>Robert Gareiß</i> ) .....	84
Katholische Kirche sieht Gefährdungen der Inneren Führung .....	87
Erklärung des Vorsitzenden von Justitia et Pax und des Generalvikars des Katholischen Militärbischofs am 24. März 2000 .....	88
Wehrbeauftragte Marienfeld legt letzten Jahresbericht vor .....	90

**TITELBILD:** Kolping-Familien-Ferienstätte Salem am Kummerower See in Mecklenburg-Vorpommern. Diese 1998 fertiggestellte Ferienanlage beherbergt die 40. Woche der der Begegnung vom 1. bis 5. Mai 2000.

Führerweiterbildung einmal anders: „Menschen führen, Leben wecken“ (*Jürgen Thoma*) ..... 91

## KIRCHE UNTER SOLDATEN

AUS MILITÄRSEELSORGE, GKS UND ...

SACHAUSSCHUSS „INNERE FÜHRUNG: Berufsethik als Anliegen der GKS“ (*Helmut Jermer*) ..... 92

POLITIKERGESPRÄCHE IM KMBA (*Marco Schauff*) .... 96

WB VI – HAMMELBURG: Gebt den Toten eine Stimme ..... 97

ARBEITSKONFERENZ IM WB III ..... 98

ARBEITSKONFERENZ IM WB I KÜSTE ..... 99

WB V – Weltfriedenstag in Karlsruhe ..... 99

AUS DER ARBEIT DES BUNDESVORSTANDES DER GKS:

Mehrjährige Gesprächspause beendet (PS) ..... 100

KURZ NOTIERT ..... 23, 50, 68, 90

TERMINE 2000 ..... 101

AUTOREN ..... 101

BUCHBESPRECHUNGEN ..... 102

**INTERNATIONALE SOLDATENWALLFAHRT**

BEWAHREN - MIT CHRISTUS - ERRECHTIGKEIT UND FRIEDEN

Einladungen zur Rom-Wallfahrt sind bei den  
Dienststellen der Standortpfarrer erhältlich

**ROM**

**15. - 22. NOVEMBER 2000**

Anmeldeformulare und weitere Informationen erhalten Sie bei Ihrem zuständigen Standortpfarrer

Hrsg.: Katholisches Militärseelsamt Bonn Layout: RefV BR





# „Der Zukunft Hoffnung geben – Mit Christus für Gerechtigkeit und Frieden“

MILITÄRDEKAN PRÄLAT WALTER THEIS

„Gleicht euch nicht dieser Welt an, sondern  
wandelt euch durch ein neues Denken.“  
(Röm)

**T**hema und Ziel christlichen Lebens ist, den einzigen wahren Gott zu erkennen und Jesus Christus nachzufolgen, der gesandt ist, damit wir alle gerettet werden. Alles soll dem dienen, was an christlicher Erziehung und Frömmigkeit angeboten bzw. gefordert wird.

Dazu gehört auch das, was wir im organisierten Laienapostolat der Militärseelsorge jedes Jahr als unser „Jahresthema“ festlegen: Neue Impulse für die Erneuerung und Wandlung in das hinein, was wir „christliches Leben“ nennen. Das wird im kommenden Jahr verstärkt durch die Feier des „Großen Jubeljahres – des Heiligen Jahres“.

Viel zu oft, fast ausschließlich bleiben unser christliches Selbstverständnis und unser christliches Tun äußerlich, oberflächlich. Es ist gleichsam wie ein Zuckerguss, mit dem wir unser wirkliches Leben, das von allen möglichen Maßstäben und Werten im Innersten geprägt ist, überformen. Christliche Existenz prägt uns selten bis in das Innerste unseres Seins. Aber genau darum geht es wirklich, wenn wir denn Christen sein wollen. Das Thema, das wir für unsere Arbeit im Hl. Jahr formuliert haben, will uns dabei helfen: „DER ZUKUNFT HOFFUNG GEBEN – MIT JESUS CHRISTUS FÜR GERECHTIGKEIT UND FRIEDEN“. Den Teil I der Impulse des Geistlichen Beirats zum Nachdenken über das Jahresthema „Zum Verständnis der Gerechtigkeit aus der Sicht des Christen“ veröffentlichte die Redaktion in Heft 238/Jan 2000. Hier folgt nun der Teil II:

## Zum Verständnis des Friedens aus der Sicht des Christen

**G**eht es um das, was Frieden im Kontext der christlichen Offenbarung heißt, so fällt einem unmittelbar die Aussage ein: „(Euren) Frieden hinterlasse ich euch, meinen Frieden gebe ich euch“. Die Spannung, die in diesem Satz liegt, entspricht jener Spannung, die mit Wunsch und Wirklichkeit umschrieben werden kann.

Menschen wünschen sich in den besten Augenblicken ihres Lebens Frieden: Gutes Einvernehmen, Verbundensein, Gemeinschaft mit Freunden, Nachbarn ja mit allen, mit denen einen das Leben zusammenführt. Noch heute lautet der Gruß im Orient „Friede mit dir!“ Es ist verständlich, dass unter den Nomaden Arabiens und Palästinas gerade dieser Gruß als Wunsch üblich wurde, stand doch ihr Leben unter dem Zeichen fortwährender Unruhe, ständiger Gefahr und unerwarteter Angriffe. Wenigstens eine Zeit lang Ruhe

zu haben, einmal eine Weile geborgen zu sein, treue Freunde, Nachbarn und Bundesgenossen an seiner Seite zu wissen, die für einen eintreten, mit einem teilen und jemanden zu haben, dem man vertrauen kann, war Herzenswunsch. Den Frieden anderen wünschen, war die Erweiterung des eigenen Anliegens, selbst im Frieden leben zu dürfen, dem Anderen also das zu gönnen, was man sich selbst sehnlichst erwünscht: Schutz, Hilfe, Stabilität und Bereicherung des Lebens. Dieser Friede wurde zunächst als etwas verstanden, was zunächst außerhalb des Menschen zustandekommt und sich von dort aus, im Innern des Menschen auswirkt.

Diese Sehnsucht ist bei den Menschen bis heute geblieben: in einem Zustand zu bleiben, in dem man unversehrt, unbeschädigt ist, keinem feindlichen Angriff ausgesetzt. Aber diese Sehnsucht ist etwas Brüchiges,

weil man nie genau weiß, was ein jeder dazu beitragen muss, um einen solchen stabilen Zustand zu gewährleisten.

Deshalb bemühen sich Spezialisten und Forscherteams darum, Umstände, Bedingungen und Voraussetzungen namhaft zu machen, die diesen Friedenszustand ermöglichen, herbeiführen und bewahren helfen. So weit der Faktor Mensch berechenbar ist, wird er in diese Überlegungen einbezogen. Der unberechenbare Teil des Menschen, macht aber solchen Bemühungen um die Machbarkeit des Friedens, häufig schon früher als erwartet, einen Strich durch alle menschlichen Berechnungen.

Wenn Jesus Christus nun sagt: „Meinen Frieden gebe ich euch“, geht es um eine völlig neue, weil andere Qualität von Frieden. Nicht menschliche Wunschvorstellungen werden hier ausgesprochen. Hier wird von einer Wirklichkeit gesprochen, die er selbst schafft, indem er eine unmittelbare Beziehung, eine lebendige Verbindung, eine nächste Nachbarschaft und eine engste Lebensgemeinschaft mit ihm herstellt und über ihn mit Gott selbst. Das bedeutet „Frieden mit Gott haben“ (Röm 5,11).

Als Gläubige Menschen nennen wir diese Wirklichkeit ein Heilsgut, wenn auf diese Weise „Christus unser Friede“ (Eph 2,14) geworden ist. Dass dies unermessliche Folgen für die Menschen hat, ja haben muss, versteht sich aus dem Glauben heraus von selbst. Denn der Mensch wird der Sphäre entnommen, in der die wirklich finsternen Mächte ihn zerren, beunruhigen, verletzen und letztlich vernichten können: Angst, Verzweiflung und Ausweglosigkeit in den vielfältig erfahrbaren Formen und Gesichtern.

Die Macht seiner Göttlichkeit lagert sich gewissermaßen um den



Menschen, der sich auf diesen Christus einlässt (vgl. Ps 34,8).

Um es in einem Bild auszudrücken: Was es heißt, im Wind zu stehen, wissen wir: Stehen, wo der Wind weht. In der Sonne zu stehen heißt, da stehen, wo die Sonne wirkt. Im Frieden Christi zu stehen heißt, sich dem Machtbereich, dem Wirkungseinfluss dieses Jesus Christus auszusetzen. In diesen Bereich kann die Macht des Bösen nicht mehr hineinwirken. Deshalb herrscht hier jener Frieden, den er uns geben will (Röm 8,6).

„Der Friede sei mit dir“, gewünscht von Mensch zu Mensch, ist und bleibt ein Wort und ein Ausdruck menschlicher Sehnsucht. Deshalb wird ein solcher Friede immer schwierig und letztlich brüchig bleiben, selbst bei allem guten Willen, den Menschen aufzubringen in der Lage sind. Was man nicht von innen heraus selbst hat, kann man auch nicht weitergeben.

„Friede sei mit euch“, wie es der Auferstandene den Seinen zusagt, versetzt in die heilende Nähe Gottes und wird damit unmittelbar zu einer Realität für diejenigen, die sich als Werkzeug seines Frieden zu Verfügung stellen und damit Söhne und Töchter Gottes werden. o

## STICHWORTE ZUM KIRCHENJAHR:

# Ostern – 23./24. April 2000

**O**stern feiern Christen die Auferstehung Jesu Christi.

Die Botschaft von Kreuz und Auferstehung ist das Fundament des christlichen Glaubens. Christen sehen in ihr die Gewähr dafür, „dass am Ende das Leben über den Tod, die Wahrheit über die Lüge, die Gerechtigkeit über das Unrecht, die Liebe über den Hass und selbst über den Tod siegen wird“, so der Erwachsenen-Katechismus. „In der Entscheidung für oder gegen den Osterglauben geht es letztlich darum, ob man meint, aus seinen eigenen Möglichkeiten und denen der Welt leben zu können, oder ob man es wagt, sich im Leben und Sterben ganz auf Gott einzulassen.“ Seit dem Konzil von Nizäa im Jahre 325 wird das älteste Fest der Christenheit am Sonntag nach dem ersten Frühjahrsvollmond gefeiert.

In der Bibel wird der Akt der Auferstehung nicht beschrieben. Nirgends ist davon die Rede, dass jemand sie beobachtet hätte. Allerdings gibt es Berichte über

das leere Grab, die Verkündigung der Auferstehung durch einen Engel, Berichte über Erscheinungen des Auferstandenen und die Bekenntnisse, die diesen Glauben bezeugen. Schon früh gab es Versuche, die Auferstehung als Betrug hinzustellen, so mit einer Betrugs- und Diebstahls-hypothese oder der Verwechslungs- und Scheintodhypothese.

In der Liturgie der Osternacht wird eine Reihe von Symbolen genutzt, um den Auferstehungsglauben zu verdeutlichen: So etwa das anfangs des Gottesdienstes entzündete Feuer, mit dem Christus als Licht der Welt begriffen werden soll, oder das während der Feier gesegnete Wasser, das an die Taufe erinnert. Im Zusammenhang mit Ostern gibt es zahlreiche Bräuche. Der bekannteste ist, bemalte Eier zu verschenken. Das Ei ist in den meisten Kulturen ein Symbol für Fruchtbarkeit und neues Leben. Es soll Zeichen dafür sein, dass durch die Auferstehung neues Leben möglich wird. (KNA)



## Weisser Sonntag – 30. April

**D**er Weiße Sonntag ist der erste Sonntag nach Ostern. Als Datum für die feierliche Erstkommunion wird er erstmals im 17. Jh. erwähnt.

Der Name leitet sich von den weißen Gewändern ab, die die Neugetauften in der Frühzeit des Christentums trugen. Als sichtbares Zeichen für das empfangene Tauf-Sakrament sollten die Gewänder die Reinigung durch das Taufwasser versinnbildlichen und ein Zeichen für den in Christus neu geborenen Menschen sein. Ab dem 7. Jh. trugen die erwachsenen Täuflinge die weißen Kleider von Karsamstag oder dem Ostersonntag – den üblichen Tafterminen – an acht Tagen, die so genannte „Weiße Woche“, lang. Als Termin für die Erstkommunion wurde der Weiße Sonntag erstmals 1673 im schweizerischen Luzern erwähnt. Ab Mitte des 19. Jh. gab es bischöfliche Anweisungen, die Erstkommunion an diesem Tag zu feiern. Die Wahl dieses Termins wurde empfohlen, da in der Erstkommunionfeier die Erneuerung der Taufe und das bewusste Sich-Eingliedern in die christliche Gemeinde gesehen wurde. (KNA)

## Eisheilige – 11.-15. Mai

**A**ls „Eisheilige“ werden die fünf Heiligen bezeichnet, deren Namenstage die katholische Kirche zwischen dem 11. bis 15. Mai feiert. Der Name „Eisheilige“ rührt daher, dass Mitte Mai häufig eine kalte Wetterperiode einsetzt. An diesen Tagen droht nach den Erfahrungen der Bauern der letzte Frost vor dem Sommer und damit eine große Gefahr für die Ernte. Viele Volksweisheiten bezeugen auch den Respekt der Winzer und Gärtner vor den Eisheiligen. Mammertus, 11. Mai, war im fünften Jahrhundert Bischof im französischen Vienne. Pankratius, 12. Mai, wurde ein Jahrhundert früher in Rom als Märtyrer hingerichtet, und Servatius, 13. Mai, war im vierten Jahrhundert Bischof im belgischen Tongeren. Der Bonifatius vom 14. Mai ist nicht der als „Apostel der Deutschen“ bekannte angelsächsische Benediktinermönch, sondern ein gleichnamiger sizilianischer Märtyrer aus dem vierten Jahrhundert. Die im Volksmund „kalte Sophie“ genannte heilige Sophia, 15. Mai, starb im zweiten Jahrhundert in Rom als Märtyrerin. (KNA)

# 40. Woche der Begegnung vom 1. bis 6. Mai 2000 in Salem am Kummerower See / Mecklenburg-Vorpommern

## – Programmauszug –

### Montag, 1. Mai 2000

#### Zentrale Versammlung (ZV)

- bis 16.00 Anreise und Empfang  
 17.00 Uhr Eröffnungsgottesdienst  
 MGV Prälat Jürgen Nabbefeld  
 19.00 Uhr Begrüßung Vorsitzender ZV  
 Oberst i.G. Werner Bös  
 Eröffnung der Beratungen  
 MGV Prälat Jürgen Nabbefeld  
 Bildung eines Wahlausschusses  
 Sachstandsberichte zu Aufträgen und  
 Anfragen der ZV 1999  
 anschl.: Treffen der Delegierten nach Bereichen

### Dienstag, 2. Mai 2000

#### Zentrale Versammlung

- 07.00 Uhr Heilige Messe, MD Prälat Peter Rafoth, Kiel  
 08.45-10.00 Festvortrag mit Aussprache  
 „2000 Jahre Christentum – was hat die  
 Weltkirche im 3. Jahrtausend zu bieten?“  
 Dr. Bertram Meier, Rom  
 10.20-12.10 Berichte aus den (Wehr-)Bereichen,  
 des Vorsitzenden ZV, über die Arbeit im ZdK  
 Vorbereitung für die Wahl des Vertreters  
 der ZV ins ZdK  
 Beschlussvorlagen  
 15.00–16.30 Expertengespräch / Diskussion  
 „Gerechtigkeit – eine Tugend in christlicher  
 Bewährung“  
 Dipl.-Theol. Judith Behnen, Hamburg  
 Dr. Georg Diederich, Schwerin  
 Moderator: Dr. Thomas Elßner, Schwerin  
 16.50 Uhr Die Bildung der Mitarbeiterkreise und  
 Seelsorgebezirksräte, Sachstand und  
 Aussprache, MD Prälat Walter Theis

### Mittwoch, 3. Mai 2000

#### Zentrale Versammlung

- 07.45 Uhr Geistlicher Impuls in den Tag  
 MD Prälat Walter Theis  
 08.45 Uhr „Sein ist die Zeit“, 94. Dt. Katholikentag 2000  
 in Hamburg  
 „Mit Christus Gerechtigkeit und Friede  
 bewahren“, Internationale Soldatenwallfahrt  
 nach Rom  
 MD Prälat Walter Theis  
 09.10-12.00 Verabschiedung von Beschlussvorlagen  
 Wort des Vertreters des Priesterrates  
 MilPfr Ludger Uhle, Rheine  
 Vorstellung der Kandidaten und Wahl des  
 Vertreters der ZV in das ZdK  
 Bericht des Bundesvorsitzenden der GKS  
 Oberst Dipl.-Ing. Karl-Jürgen Klein  
 Bericht des Vorsitzenden über die ZV  
 Wort des Militärbischofs

### Mittwoch, 3. Mai 2000

#### Zentrale Versammlung

#### Bundeskonzferenz der GKS

- bis 15.30 Anreise weiterer Teilnehmer zur Bundes-  
 konferenz  
 17.30 Uhr Pontifikalamt des Militärbischofs in der Pfarr-  
 kirche St. Josef/St. Lukas in Neubrandenburg  
 19.00 Uhr Empfang des Militärbischofs im Haus der  
 Kultur und Bildung, Neubrandenburg

### Donnerstag, 4. Mai 2000

#### Bundeskonzferenz der GKS

- 07.00 Uhr Heilige Messe  
 Militärdékan Heinrich Hecker, Potsdam  
 anschl. Abreise der Delegierten ZV  
 09.00-12.00 Eröffnung der Bundeskonferenz  
 Wort des Militärgeneralvikars  
 Bericht des Bundesvorsitzenden  
 Wort des Geistlichen Beirats  
 Bericht des Vorsitzenden der ZV  
 Aussprache zum Lagebericht der GKS  
 Berichte: BuGeschFü, Chefredakteur  
 AUFTRAG, aus dem Förderkreis  
 14.45 Uhr Vortrag mit Aussprache  
 „Der Zukunft Hoffnung geben – Zur Bestands-  
 kraft des Christentums im 21. Jh. – In einer  
 Welt der Gerechtigkeit und des Friedens“,  
 Prof. Dr. Lothar Bossle, Würzburg  
 16.30 Uhr Kulturelles Programm, Abendessen und  
 geselliges Beisammensein

### Freitag, 5. Mai 2000

#### Bundeskonzferenz der GKS

- 07.15 Uhr Heilige Messe, MilPfr Ludger Uhle, Rheine  
 09.00- 12.00 Arbeitsgruppen zum Thema des Vortrags  
 15.00 Uhr Arbeitsgruppen zu aktuellen Themen:  
 – Zukunft der Inneren Führung  
 – Frauen in der Bundeswehr  
 – Weiterentwicklung des Völkerrechts  
 – Arbeit der GKS: Erfahrungen,  
 Vorschläge für die Zukunft

### Samstag, 6. Mai 2000

#### Bundeskonzferenz der GKS

- 07.15 Uhr Heilige Messe, MD Prälat Walter Theis  
 09.00 Uhr Vortrag der Ergebnisse der Arbeitsgruppen  
 vom Freitag Nachmittag  
 10.30 Uhr Beschlüsse, Verabschiedung von Erklärungen,  
 die Arbeit der GKS im kommenden Jahr,  
 Jahresthema 2001, geplante Veranstaltungen  
 und Aktivitäten  
 Schlusswort des Bundesvorsitzenden  
 Mittagessen  
 12.00 Uhr  
 anschl. Abreise bzw. Transfer zum Bahnhof Malchin



94. DEUTSCHER KATHOLIKENTAG VOM 31. MAI BIS 4. JUNI IN HAMBURG

# „Sein ist die Zeit“

Mit der Katholischen Militärseelsorge auf dem Katholikentag

MANFRED HEINZ

## Stichwort: KATHOLIKENTAG

Der Deutsche Katholikentag vom 31. Mai bis 4. Juni in Hamburg ist das 94. Treffen dieser Art. Es steht unter dem Leitwort „Sein ist die Zeit“. Zu den rund 1.200 Veranstaltungen – Gottesdiensten, Diskussionen, Work-Shops und Kulturaktionen – werden bis zu 50.000 Teilnehmer erwartet. Veranstalter der Treffen jüngerer Datums ist das 1952 gegründete Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK). In der Regel finden Katholikentage alle zwei Jahre statt.

Unter den Veranstaltungsorten der Katholikentage nimmt Mainz eine gewisse Sonderstellung ein: im Revolutionsjahr 1848 fand dort das erste Katholikentreffen statt, 1948 das erste nach dem Zweiten Weltkrieg und 1998 der Jubiläumskatholikentag. Von Katholikentagen gingen zahlreiche Impulse für Kirche und Gesellschaft aus, zum Beispiel für die Entwicklung einer katholisch-sozialen Bewegung, für den Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg oder für die Integration der Heimatvertriebenen. Zuletzt prägte vor allem die Jugend mit ihrem Eintreten für Frieden und Umweltschutz die Katholikentreffen.

Während des so genannten Kulturkampfes in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts artikulierte sich auf Katholikentagen vor allem der Widerstand gegen Bismarck und den Liberalismus. In der Zeit des Nationalsozialismus fanden keine Katholikentage statt. Das 1933 im schlesischen Gleiwitz geplante Treffen wurde abgesagt, nachdem der preußische Ministerpräsident und Innenminister Hermann Göring die Durchführung von einer „Treueerklärung für Führer und Reich“ abhängig gemacht hatte.

Der 94. Deutsche Katholikentag wird unter dem Leitwort „Sein ist die Zeit“ vom 31. Mai bis 4. Juni 2000 in Hamburg veranstaltet.

Das größte Katholikentreffen im deutschsprachigen Raum, zu dem mehrere zehntausend Teilnehmer erwartet werden, ist gleichzeitig die zentrale Veranstaltung der katholischen Kirche Deutschlands im Heiligen Jahr. In Foren und Vorträgen, in Diskussionen und Workshops werden die vielfältigen, geistigen, politischen, religiösen und gesellschaftlichen Fragen, die sich zu Beginn des neuen Jahrtausend stellen, aufgegriffen. Begegnung und Austausch, Gebet und Gottesdienst sollen den Besuchern Kraft zur Gestaltung ihres Alltages geben. Daneben erwartet die Teilnehmer in Hamburg ein umfangreiches Kulturprogramm unter anderem ein grosses Fest der Völker und Kulturen.

Das Katholikentagsprogramm gliedert sich in vier große Themen-

bereiche:

- Weggemeinschaft unter der Herausforderung der Gottesfrage
- Weggemeinschaft mit Christus
- Weggemeinschaft der Kirche als Volk Gottes
- Weggemeinschaft mit allen Menschen guten Willens.

Die Katholische Militärseelsorge beteiligt sich aktiv am 94. Deutschen Katholikentag:

## 1. Informationsstand im Rahmen der Orte Begegnung

Im Hamburger Messegelände können die katholischen Verbände, Institutionen, Initiativen, die kirchlichen Hilfswerke und Diözesen sich und ihre Arbeit in der Öffentlichkeit präsentieren.

Unter dem Thema: „MILITÄRSEELSORGE – EIN KIRCHLICHER BEITRAG, SICH DEN HERAUSFORDERUNGEN DER ZEIT ZU STELLEN“ sollen konkrete Aufgabengebiete und Alltagssituationen aus



der Arbeit der Katholischen Militärseelsorge vorgestellt werden. Ein besonderer Akzent liegt dabei auf der Darstellung der ökumenischen Zusammenarbeit der katholischen und der evangelischen Militärseelsorge. Evangelische Militargeistliche und engagierte evangelische Soldaten werden deshalb am Stand mit präsent sein.

Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) und die Katholische Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung e.V. (KAS) werden ebenfalls mit je einem eigenen Informationsstand bei den „Orten der Begegnung“ vertreten sein und über ihre Arbeit informieren. Der Besuch der Messehalle 9 ist deshalb empfehlenswert.

## 2. Tag der Katholischen Militärseelsorge

Ein besonderer Höhepunkt soll der „Tag der Militärseelsorge“ am Freitag, den 2. Juni, werden. Der Katholische Militärbischof, Erzbischof DDr. Johannes Dyba, Bischof von Fulda, feiert in der Domkirche St. Marien um 11 Uhr ein Pontifikalamt, zu dem besonders die Soldaten, aber auch andere Katholikentagsteilnehmer eingeladen sind. Anschließend findet die „Stunde der Begegnung“ statt. Hier besteht die Möglichkeit bei Erbseneintopf und kleinem musikalischen Unterhaltungsprogramm miteinander ins Gespräch zu kommen. Zum „Tag der Militärseelsorge“ werden neben den Dauerteilnehmern aus dem Bereich der Katholischen Militärseelsorge, Repräsentanten der Bundeswehr sowie viele Tagesbesucher, insbesondere aus den Seelsorgebezirken im Großraum Hamburg erwartet.



### 3. Zentrale Werkwoche

Das Katholische Militärbischofsamt veranstaltet in Zusammenarbeit mit dem Katholischen Wehrbereichsdekan I über die Dauer des Katholikentages eine Zentrale Werkwoche für Soldaten. Hierfür können Sonderurlaub und die Ausstellung einer Militärdienstfahrkarte 2. Klasse beantragt werden. Die Unterbringung erfolgt unentgeltlich in Bundeswehreinrichtungen. Die Kostenbeteiligung beträgt für Grundwehrdienstleistende DM 40,-, für Berufs- und Zeitsoldaten DM 70,-. Weitere Informationen erteilen die Dienststellen der Katholischen Militärseelsorge.

Teilnahmewünsche sollten baldmöglichst dort angemeldet werden.

### 4. St. Ansgar Pilgerfahrt zum Katholikentag

Der Katholische Wehrbereichsdekan I veranstaltet in Zusammenarbeit mit der GKS seines Bereichs eine St. Ansgar Pilgerfahrt zum Katholikentag. Sie führt als Fußwallfahrt mit teilweisem Bustransfer auf den Spuren nordischer Heiliger von Neumünster über Oldenburg/Holstein – Lübeck – Einhaus nach Hamburg. Beginn: Montag, 29. Mai in Neumünster. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt.

### 5. Podiumsdiskussion zur Wehrpflicht

Auf besonderes Interesse wird eine innerhalb des Katholikentagsprogrammes geplante Podiumsdiskussion mit Repräsentanten aus Politik, Kirche, Gesellschaft und des Militärs stoßen, die das Thema „Allgemeine Wehrpflicht“ aufgreift. Da Ort, Zeit und die Besetzung des Podiums heute noch nicht endgültig feststehen, wird darüber zeitgerecht im aktualisierten Katholikentagsprogramm und vor allem bei der Zentralen Werkwoche sowie auf den Ständen der Militärseelsorge, der GKS und der KAS in Hamburg informiert. □

## KURZ NOTIERT: Diskussion zur politischen Kultur in Deutschland

Beim Katholikentag in Hamburg werden Ministerpräsident Kurt Beck (SPD) aus Rheinland-Pfalz und die designierte CDU-Bundesvorsitzende Angela Merkel über politische Kultur in Deutschland sprechen. Sie beteiligen sich an einer Diskussionsrunde zum Thema „Ehrenwort und ‚tschuldigung – Braucht die politische Klasse eine moralische Wende?“, wie die Katholikentagsleitung am 15. März in Hamburg ankündigte. Weitere Gesprächsteilnehmer seien der Präsident des Zentralkomitees

der deutschen Katholiken, Hans Joachim Meyer, und der Politologe Otto Depenheuer. Ein Forum unter Moderation des „Zeit“-Redakteurs Robert Leicht werde sich der Frage widmen, ob die Politik ein neues Ethos brauche.

### Kulturschiff „Stubnitz“

Das Kulturschiff „MS Stubnitz“ aus Rostock präsentiert beim Hamburger Katholikentag 25 musikalisch-literarische Programmpunkte

zusammen mit dem Borromäusverein. Das Motorschiff werde an den Landungsbrücken im Hamburger Hafen liegen, hieß es im März-„Katholikentagsbrief“. Geplant seien unter anderem Konzerte mit elektronischer Musik, Swing und Jazz, Folk-Songs, russisches Marionettentheater und ein Filmseminar. Auch werde es um Lyrik gehen. – Die „MS Stubnitz“ war ein Transport- und Kühlschiff der VEB Fischfangflotte und wurde 1992 zum Kulturschiff umgebaut. Sie wird von einem gemeinnützigen Verein betrieben. (KNA)

## STICHWORTE ZUM KIRCHENJAHR

### Maiandacht

Den Monat Mai hat die Kirche in besonderer Weise der Verehrung der Gottesmutter Maria gewidmet. Er gilt in der katholischen Volksfrömmigkeit neben dem „Rosenkranzmonat“ Oktober als „Marienmonat“. Die Maiandacht ist seit 1720 in rheinischen und fränkischen Diözesen als Bittandacht um gute Witterung bezeugt. Ihre Vorläufer sind mittelalterliche Formen der Kreuzfrömmigkeit, mit denen überkommene Maifeiern heidnischen Ursprungs verchristlicht worden waren. Bis 1860 entwickelte sich die Maiandacht zur bedeutendsten marianischen Andachtsform der Epoche, gefördert vor allem durch das Dogma von der Unbefleckten Empfängnis Marias von 1854. Papst Paul VI. empfahl in der Enzyklika „Mense maio“ vom 1. Mai 1965 die besondere Verehrung Mariens in diesem Monat und lud das christliche Volk zu öffentlichem Gebet ein.

Bei der Maiandacht versammeln sich die Gläubigen vor Wegkreuzen oder Marienbildern und -statuen, die mit Blumen und Kerzen reichlich geschmückt sind. Dort beten sie und singen Marienlieder zur Verehrung der Mutter Jesu, die sie um Fürsprache bitten. Besonders in ländlichen Gebieten hält sich dieser religiöse Brauch.

### Christi Himmelfahrt – 1. Juni

Am 40sten Tag nach Ostern feiern die Christen aller Konfessionen das Fest Christi Himmelfahrt. Das Geschehen ist sowohl im Lukas-Evangelium als auch in der Apostelgeschichte festgehalten. Nachdem Jesus mit seinen Jüngern gesprochen hatte, so heißt es dort, „wurde er vor ihren Augen emporgehoben, und eine Wolke nahm ihn auf und entzog ihn ihren Blicken“. Die Himmelfahrt, erläutert der Weltkatechismus, meint den „endgültigen Eintritt der menschlichen Natur Jesu in die göttliche Herrlichkeit“. Dies werde im



biblischen Sprachgebrauch durch die Rede von der Wolke und vom Himmel versinnbildlicht. Seit der Himmelfahrt stehe die Ankunft Christi in Herrlichkeit bevor. Die Feier der Himmelfahrt Christi war in den ersten Jahrhunderten mit dem Pfingstfest verbunden. Erst seit dem vierten Jahrhundert entwickelte sich daraus ein eigenständiges Fest. In Deutschland ist Christi Himmelfahrt gesetzlicher Feiertag; in Ländern, wo dieses Fest kein gebotener Feiertag ist, wird es auf den siebten Sonntag der Osterzeit verlegt.

## Pfingsten – 11./12. JUNI

**P**fungsten ist für Christen das Fest des Heiligen Geistes. Damit endet die 50-tägige österliche Festzeit. Das Wort Pfingsten leitet sich von „pentekoste“, dem griechischen Begriff für „fünfzig“, ab. Die Bibel versteht den Heiligen Geist als schöpferische Macht allen Lebens. Er ist nach kirchlicher Lehre in die Welt gesandt, um Person, Wort und Werk Jesu Christi in der Geschichte lebendig zu erhalten.

In der Apostelgeschichte wird berichtet, dass die Jünger Jesu durch das Pfingstwunder „mit Heiligem Geist erfüllt wurden und begannen, in fremden Sprachen zu reden“. Die Beschreibung dieses so genannten Sprachenwunders will darauf hinweisen, dass die Verkündigung der Botschaft von Jesus Christus sprachübergreifend Bedeutung für die ganze Welt hat.

Bis zum vierten Jahrhundert feierten die Christen an Pfingsten nicht nur den Abschluss der Osterzeit, sondern auch die in der Apostelgeschichte erwähnte Himmelfahrt Christi. Nachdem sich für dieses Ereignis ein eigener Festtag herausgebildet hatte, wurde Pfingsten zum eigenständigeren Fest, das in einigen Ländern ähnlich wie Weihnachten oder Ostern einen zweiten Festtag, den Pfingstmontag, erhielt.

In der Bundesrepublik gab es in den vergangenen Jahren eine heftige Diskussion darüber, ob der Pfingstmontag zugunsten der Finanzierung der Pflegeversicherung abgeschafft werden sollte. Derzeit ist er in allen Bundesländern weiterhin ein arbeitsfreier Tag.

## Fronleichnam – 22. Juni

**A**n Fronleichnam feiern Katholiken in besonderer Weise die Gegenwart Jesu Christi im Sakrament der Eucharistie. Seit dem 13. Jh. wird als sichtbares Zeichen für diesen Glauben das eucharistische Brot – die Hostie – in einer Monstranz durch die Straßen getragen. Prozessionen gibt es auch zu Wasser, beispielsweise im Kanton Luzern und in Köln-Mülheim. Das Wort „Fronleichnam“ stammt aus dem Mittelhochdeutschen: „fron“ heißt „Herr“ und „lichnam“ meint den lebendigen Leib. Der Begriff entspricht damit dem ursprünglichen lateinischen Ausdruck „festum sanctissimi corporis Christi“, also „Fest des heiligsten

Leibes Christi“. Heute hat Fronleichnam den liturgischen Namen „Hochfest des Leibes und Blutes Christi“. Das Fest geht zurück auf eine Vision der Augustinernonne Juliane von Lüttich im Jahre 1209. Sie habe, so wird berichtet, beim Beten den Mond gesehen, der an einer Stelle verdunkelt gewesen sei. Christus habe ihr erklärt, dass „der Mond die Kirche bedeutet, der dunkle Fleck darin das Fehlen des Festes zum heiligen Altarsakrament“. Bischof Robert von Lüttich führte auf Anregung Julianes das Fest 1246 in seiner Diözese ein. Papst Urban IV. legte 1264 fest, Fronleichnam am zweiten Donnerstag nach Pfingsten zu feiern. Papst Johannes XXII. sorgte 1317 dafür, daß das Fest in der ganzen abendländischen Kirche begangen wird.

Köln führte in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts erstmals eine Prozession anlässlich des Festes ein.

(alle Stichworte aus: KNA-„Dokumente und Fakten“)

\* \* \*

## STICHWORTE ZUM FESTKALENDER DES ISLAMS

### Beginn des Jahres 1421 – 6. April

Die islamische Zeitrechnung beginnt mit dem ersten Tag des Mondjahres, in dem der Prophet Mohammed von Mekka nach Medina übersiedelte. Diese Emigration (arabisch: Hidjra) fand im Jahr 622 n. Chr. statt, der 16. Juli 622 markiert den Beginn der islamischen Zeitrechnung. Da gegenüber dem Sonnenjahr kein Ausgleich durch Schaltzeiten erfolgt, verschieben sich die Festtermine jährlich um ca. 11 Tage. Am 6. April 2000 des christlichen Kalenders beginnt das islamische Jahr 1421 mit dem Monat Muharram. Der Jahresanfang wird aber nicht offiziell gefeiert.

### Ashura – 15. April

Das Aschura-Fest am 10. Tag des Monats Muharram, mit dem das islamische Jahr beginnt, wird in weiten Teilen der islamischen Welt als Fast- und Trauertag begangen.

Sunnitische Muslime erinnern sich außerdem der Errettung Nochs aus der Sintflut. Legenden besagen, dass die Erretteten damals ein Festessen aus allen übriggebliebenen Lebensmitteln gekocht hätten. Zur Erinnerung daran wird anlässlich des Ashura-Festes eine Süßspeise aus 40 Zutaten gekocht, die man an Nachbarn und Freunde verteilt.

Für Schiiten ist der Tag Höhepunkt einer zehntägigen Trauerperiode in der aller schiitischen Märtyrer gedacht wird. Im Zentrum des Gedenkens steht jedoch der Tod des Propheten-Enkels Hussain in der Schlacht von Kerbela im Jahre 680. Dies ist auch für viele Sunniten ein Anlass zur Trauer. Zum Gedenken wird unter großen Emotionen der Zuhörer aus deren Leidensgeschichten der Märtyrer vorgelesen. Den Höhepunkt der Feierlichkeiten bilden Prozessionen und Passionsspiele, bei denen die Schlacht von Kerbela nachgestellt wird.





Der noch nicht getaufte, aber als Junge bereits christlich erzogene römische Offizier Martinus teilt seinen weiten Soldatenmantel mit einem vor Kälte zitternden Bettler, damit dieser sich ein wenig wärmen kann. In der folgenden Nacht sieht Martin im Traum Jesus, der zu den Engeln sagt: „Martinus hat mich mit diesem Mantel bekleidet.“  
Barockfigur in der Kapelle des Gästehauses des Katholischen Militärbischofs in Bonn. (Foto: PS)

## Soldat und christliche Friedenslehre im Spiegel der (Heils-)Geschichte

Militärgeschichte einmal anders als gewohnt

HARTMUT STEINBORN

Der Artikel will Zusammenhänge zwischen christlicher Glaubenslehre, gelebtem Glauben, deren Auswirkungen auf Politik und nicht zuletzt auf soldatischen Rollenwandel deutlich machen. Ein besonderes Augenmerk wird dabei auf Veränderungen im Rollenbild deutscher Soldaten gelegt. Der Beitrag beleuchtet chronologisch, aber stark verkürzt Epochen und Schicksalsjahre der Geschichte, in denen sich christliche Ethik wider den Missbrauch des Menschen- und Völkerrechts durchsetzte, was schließlich dazu führte und noch weiter führen soll, dass bei kriegesischen Auseinandersetzungen in der heutigen Welt die Unantastbarkeit der menschlichen Würde gewahrt bleibt und Friedensbewahrung/-wiederherstellung – gepaart mit friedlicher Konfliktlösung – vorrangige Ziele bleiben. Die Übersicht wurde konzipiert als Besinnung an der Wende zum 3. Jahrtausend, zu der Papst Johannes Paul II. 1996 aufgerufen hatte. Sie soll aber nicht zeigen „wie weit wir es gebracht haben“, sondern

- christliche Identität bewusster machen,
- die verhaltensorientierende und ggf. korrigierende Wirkung von christlichem Glauben, Lehre und Umkehr in der Geschichte zeigen,
- ein Impuls zu mehr Ökumene in der „Kirche unter Soldaten“ sein,
- den Weg christlicher Kirchen zu aktiver Friedensförderung in der Welt belegen und
- verdeutlichen, was zu tun übrig bleibt.

Am Anfang stehen jeweils die Zeitdaten der einzelnen Geschehen, an ihrem Schluss in [...] die Quellen, der Ort des Geschehens oder die Bezüge, die sich von der Bibel bis zu den politischen Abkommen der Neuzeit erstrecken.

**70-95 n.Chr.:** Johannes der Täufer antwortet auf die Frage, wie Soldaten zum Himmelreich gelangen können: „*Raubet nicht, plündert nicht, begnügt euch vielmehr mit dem Sold!*“ [Lk 3,14]

Der aufrichtig glaubende Hauptmann setzt sich für seinen kranken Untergebenen ein und bittet für dessen Gesundung; er ist demütig und weiß, dass ein Wort Christi genügt. [Mt 8,5-13]

Der Hauptmann mit seinen Soldaten unter dem Kreuz erkennt die außergewöhnliche Situation beim Tode Christi und bekennt: „*Wahrlich, dieser ist Gottes Sohn gewesen!*“ [Mt 27,54 bzw. Lk 25,47; Mk 15,39]

Seligpreisungen der Bergpredigt: die Rollensegmente  
 • Gewaltanwendung nur als Verteidiger,  
 • Kämpfer für Gerechtigkeit,  
 • Friedensstifter zwischen Streitenden,  
 • Verhältnismäßigkeit der Mittel

können Soldaten betreffen. Es ist jeweils bedeutsam, ob der Soldat als Individuum oder als „Sicherungsorgan der Gesellschaft“ handeln muss. Die Frage, ob der Christ als Soldat Gewalt anwenden darf, muss individuell und kollektiv beantwortet werden. [Mt 5,3-12]



- 80-90:** Der römische Hauptmann Cornelius aus Cäsarea war der erste Heide, den Petrus taufte. Glaube und Soldat-Sein, Christ-Sein und Soldat-Sein sind keine Widersprüche, sofern Ziele und Mittel soldatischen Dienstes sittlich annehmbar sind. Durch sein persönliches, dem Glauben verpflichtetes Verhalten, leistet der Soldat einen Beitrag dazu, dass sein Dienst wirklich der Sicherung und Förderung des Friedens dient. [Apg 10]
- 1. Jh.:** Im Jakobusbrief wird eine Perspektive aufgezeigt, die bei der Suche nach Frieden nicht vergessen werden darf: ... die Kriege, die Streitigkeiten kommen vom Kampf der Leidenschaften im Innern der Menschen; ... „*Ordnet euch Gott unter, leistet dem Teufel Widerstand, dann wird er vor euch fliehen; sucht die Nähe Gottes ...*“ [Jak 4,1-2,7-8]
- 64-250-303** Christliche Soldaten bekennen ihren Glauben an den einen Gott, wirken als Missionare (z.B. in Deutschland), widersagen dem Götzendienst und willkürlicher Gewaltanwendung; notfalls nehmen sie den Märtyrertod auf sich. [Christenverfolgungen]
- 312:** Konstantin siegt an der milvischen Brücke mit ✠-Feldzeichen. Das Christentum wird anerkannt und Staatsreligion. Christliche Soldaten sind nicht länger Außenseiter in Armee und Staat, sondern „Beschützer“ (miles protector) des christlich regierten Staates, der den Sonntag heiligt, Kirchen baut und die Einsetzung von Bischöfen mit Jurisdiktion über Gläubige und Priester zulässt. [Rom]
- 316-397:** Heiliger Martin v. Tours zeigte als Offizier in vorbildlicher Weise Mitleid und Barmherzigkeit gegenüber einem Bettler (Teilung des Mantels); entsagte später dem milit. Dienst, um Priester werden zu können. Bestellung zum Bischof v. Tours/Frankreich.
- 354-430:** Die Lehre vom gerechten Verteidigungskrieg entsteht. Verteidigung gegen äußere Feinde ist gerechtfertigt und wird zum Schutz von Volk und Kirche gefordert. Frage nach sittlicher Berechtigung von Krieg wird beantwortet: Zur Wiederherstellung verletzten Rechtes ist Krieg mit gerechten Zielen und unter Verwendung rechtmäßiger Methoden erlaubt. [Augustinus der Große; Kirchenlehrer]
- ab 700:** Christl. Soldaten als Verteidiger des jeweiligen Landes und christlicher Kultur in Südost- und in Südwesteuropa (732 erfolgreiche Abwehrschlacht bei Tours und Poitiers Frankreich gegen die Araber). [Islam führt hl. Kriege, breitet sich aus]
- 742:** Bonifatius, Apostel der Deutschen und Erzbischof von Mainz führt eine geregelte Militärseelsorge im Felde ein, die von Karl dem Großen in geltendes Königsrecht übernommen wird. Seelsorgerischer Beistand für Soldaten im Felde ist erstmals sichergestellt, gleichzeitig wird den übrigen Geistlichen untersagt, überhaupt Waffen zu tragen und mit Ausnahme der für die Militärseelsorge bestellten Priester in den Krieg zu ziehen. [German. Nationalkonzil]
- ca. 900:** Ottonisches „Reichskirchensystem“ eingeführt: Bischöfe können zugleich als Landesherrn eingesetzt werden = Belehnung von kirchlicher mit weltlicher Macht auf königliche Anordnung. In Deutschland gibt es nun Soldaten als Schützer/Verteidiger von bischöflich verwalteten Ländern/Territorien, was vermutlich höhere Anforderungen an die praktizierte soldatische Berufsethik stellte. [Otto der Große]
- 955:** Soldaten des Reichsheeres zugleich als Verteidiger christlicher Kultur; Bischof Ulrich von Augsburg als Schlachtbegleiter und Fürbitter für deren glücklichen Ausgang. In der Folgezeit: Sesshaft werden und Christianisierung der Ungarn in der Donauebene. [Schlacht auf dem Lechfeld gegen eingefallene, heidnische Ungarn]
- 962:** Christliche Kaiser als höchste weltliche Macht und zugleich als „Beschützer von Papst und Kirche“. [Kaiserkrönung Otto I.]
- 1054:** Das Vertreten des röm. Petrus-Primats: Führungsanspruchs in Fragen von Glauben und Lehre spaltet die europ. Christenheit in die röm.-lat. Kirche (Westen) und in die griech.-orthodoxe Kirche (Balkan, Griechenland, Russland), die sich später – nach der Lösung von Rom – weiter in Landeskirchen teilt; Verlust der Einheit im Glauben im Angesicht der islamischen Ausdehnung und anderer Unwägbarkeiten. [Abspaltung der „Ostkirche“]
- 1077-1080:** Die Vorherrschaft des Kaisers über den Papst wird gebrochen; die Unabhängigkeit des Geistlichen vom Weltlichen als ein Kennzeichen des Abendlandes entsteht. [Papst Gregor VII.]
- 1096-1099:** Heidenkrieg wird zur bewaffneten Ritterwallfahrt erklärt (1. Kreuzzug); Entstehen von Ritterorden im Heiligen Land als Verbindung religiöser Ideale mit ritterlichem Dienst; adelige Ritter legen das Mönchsgelübde sowie das Gelübde des Kampfes gegen Heiden ab.  
Die mittelalterliche Vorstellung vom christl. Ritter, der durch kriegerischen Einsatz gegen Heiden Heil und Seligkeit erringen konnte, wird später durch Luther kritisiert. [Papst Urban II. ruft zur Befreiung der hl. Stätten und der Kirche des Orients auf]
- 1122:** Beendigung des „Investiturstreits“ zw. Kaiser und Papst bzgl. der Wahl/ Belehnung von Bischöfen und Äbten, denen polit. Hoheitsrechte verliehen wurden. [Wormser Konkordat: schränkt das ca. 900 entstandene ottonische „Reichskirchensystem“ ein]
- 1147-1149:** Eroberung des maurischen Lissabon; keine Verbesserung der Situation im Hl. Land. [2. Aufruf zum Kreuzzug]
- 1189-1192:** Kampf gegen Jerusalems Eroberer, Sultan Saladin v. Syrien u. Ägypten. Gründung von Kreuzfahrerstaaten im Hl. Land zu dessen Schutz. [3. Kreuzzug]
- 1204:** Eroberung Konstantinopels durch Kreuzritterheer; Gründung eines lat. Kaisertums anstelle des byzantinischen. Der Versuch, gewaltsam die Einheit von röm.-lat. Reich und Kirche wieder herzustellen, führt nicht zum Ziel, sondern vertieft die Glaubensspaltung. [4. Kreuzzug]
- 1224-1274:** Bestätigung und Ausbau der Lehre vom „Bellum justum“ (gerechter Verteidigungskrieg); Kriterien für gerechte Kriege zwischen Staaten werden entwickelt. [Thomas v. Aquin, Kirchenlehrer]
- 1485-1546:** Span. Soldaten verhindern nicht nur kulturelle Menschenopfer bei den heidnischen Mayas, sondern vernichten deren Kultur. Dies geht einher mit der gewaltsamen Christianisierung Lateinamerikas.

- Franz v. Vitoria, span. Theologe und Dominikaner, entwickelt theoretische Grundlagen für ein allgemeines Völkerrecht; er verteidigt die Souveränitätsrechte kolonisierter Länder sowie die allgemeinen Menschenrechte unterworfenen Völker. Eine Systematisierung und Humanisierung des Völkerrechts kann erreicht werden sowie die Entwicklung eines Straf- und Interventionsrechts gegen Völker, die ungerechte Aggressionen nach außen durchführen. Bischof De Las Casas setzt sich erfolgreich für die Achtung der allg. Menschenrechte von Eingeborenen ein. [Entdeckung des Seeweges nach „Indien“/Amerika; Eroberung und Kolonisierung Lateinamerikas; Ende des Mittelalters/Beginn der Neuzeit]
- 15.-16. Jh.:** Ende des oströmischen Reiches (1453). Christl. Landheere wehren gemeinsam die musl. „Türkengefahr“ von Mitteleuropa ab. [Türkenkriege um Konstantinopel und den Balkan]
- 1517:** Erasmus v. Rotterdam fordert in seiner Schrift „Querela Pacis“ eine Neuorientierung am Evangelium; er bejaht zwar sittlich erlaubte Verteidigungskriege und entsprechende Folgerungen für das Soldatenethos, verlangt aber Dienst für den Frieden. Die Militärseelsorge muss auf den Erhalt und die Stabilisierung des Friedens ausgerichtet sein. [Cambrai/Nordfrankreich]
- 1530-1555:** Bürger und Soldaten müssen die Religion des jeweiligen Landesherren annehmen („Cuius regio, eius religio“). Bauernaufstände gegen Feudalherren; Luther fordert Gehorsam gegen die Obrigkeit und Gewaltverzicht, aber zur Niederschlagung der Bauernaufstände müssen Soldaten eingesetzt werden, um zu einer Konfliktbeilegung zu gelangen. [„Reformation“ in Deutschland; Glaubensspaltung im Bereich der röm.-kath. Kirche]
- 1571:** Das Rosenkranzgebet der Soldaten der spanisch-venetianischen-päpstlichen Flotte hatte zum erfolgreichen Ausgang der Seeschlacht bei Lepanto am Ausgang der Bucht von Korinth beigetragen. Es war die letzte Galeerenschlacht der Seekriegsgeschichte. Einfügung des „Rosenkranzfestes“ (7. Oktober) in den katholischen Kirchenkalender; Verehrung Marias als Braut und Gefäß des heiligen Geistes. [Beendigung der türkischen Seeherrschaft im Mittelmeer]
- 1618-1648:** Glaubenskrieg zwischen den katholischen und evangelischen Reichsständen, in den europäische Mächte eingreifen, um eine Vormachtstellung zu erringen. Tilly als Feldherr des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation zeigt sich im Verlauf des Krieges als Marienverehrer; Beisetzung seines Herzens in der Marienkapelle im altbayerischen Wallfahrtsort Altötting. Soldaten zwischen Kampf um Macht und Kampf um Glaubenswahrheit. [30-jähriger Krieg in Deutschland; Gegenreformation]
- 1625:** Mit der Lehre vom Gleichgewicht der Macht beendet Grotius die Kontroversen um den „gerechten Krieg“; ihm gelingt die Weiterentwicklung des Völker- und Kriegsvölkerrechts. Die Souveränität der Staaten u. Völker wird das Grundprinzip zur Regelung intern. Beziehungen in Frieden u. Krieg. Im als Rechtsordnung etablierten Völkerrecht, gelten die Grundsätze Staatengleichheit und Gegenseitigkeit. [Hugo Grotius: „De Lure Bellis ac Pacis“]
- 17.-18. Jh.:** „Stehende Heere“ mit Söldnern als milit. Machtausübungsinstrumente absolutist. Herrscher. [Kabinettskriege]
- 1713:** Preußische Soldaten erhalten „Kriegsartikel“ (=Pflichtenkatalog) nach dem Vorbild der seit 1500 in Gebrauch befindlichen Schweizer Artikelsbriefe/Eidesformel. [Protestantisches Preußen]
- 1789:** Es erfolgt die Trennung von Staat und Kirche; die Allgemeine Wehrpflicht entsteht; „Revolutionsheere“ mit rasch mobilisierten, patriotisch eingestellten Massen werden erstmals – und erfolgreich – zur Verteidigung ihres Vaterlandes gegen äußere Gegner eingesetzt. Die Ideale der französischen Revolution (Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit) wirken nach Deutschland hinein. [Französische Revolution; Deklaration der Menschenrechte]
- 19. Jh.:** Durch den Beginn des Industriezeitalters werden totale Kriege, von denen ganze Nationen betroffen sein können, möglich.-Die sittliche Beschränkung staatl. Kriegsführungsrechts wird daher durch die Kirchen formuliert u. gefordert; Bemühungen entstehen, um die Kriegsgefahr durch Entspannung und völkerrechtliche Sicherungen zu begrenzen bzw. zu vermeiden. Kirchliche Missionsarbeit als Gemeindemission im Inneren und in überseeischen Gebieten (Kolonien) wird aufgenommen und gefördert. Soldaten geraten in die Rolle, Kaufleute und Missionare in Kolonien schützen und z.T. Aufstände der Einheimischen niederschlagen zu müssen. [Nationalstaaten betrachten den Krieg als letztes Mittel der Machtbewahrung und als geschichtliche Gestaltungsmacht]
- 1809:** Scharnhorst'sche Heeresreform: Der wehrpflichtige Soldat als „geborener Verteidiger des Vaterlandes“. [Preußen]
- 1832-1834:** Klass. Werk, in dem Krieg als „Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ definiert wird und der Primat der Politik sowie die Begrenztheit polit. Zwecke herausgestellt werden; v. Clausewitz hatte aus Überzeugung erklärt: „Den Frieden so sicher wie möglich zu erhalten ist das Bestreben; und dazu muss kein augenblickliches Opfer zu groß erachtet werden“; dennoch wurde sein Werk später missverstanden bzw. umgedeutet. Auch aus militärtheoretischer Sicht sind nach v. Clausewitz Verteidiger gegenüber Angreifern stets im Vorteil. [v. Clausewitz: Vom Kriege]
- 1832:** Der „Ombudsman“ wird eingeführt; Soldaten können sich an diesen wenden und die Verletzung ihrer Rechte einklagen. [Schweden]
- 1848:** Erster „Katholikentag“ in Deutschland: der am 23. März 1848 gegründete „Pius-Verein für religiöse Freiheit“ trifft sich und formuliert Forderungen an die Politik, u.a. bezüglich einer demokratischen Verfassung. Bis Okt. 1848 entstanden in Deutschland 400 Piusvereine mit 100.000 Mitgliedern.- Kath. Soldaten erleben die Organisation ihrer Glaubensgefährten im überwiegend protestantischen Deutschland. [Mainz]



- 1848:** Erste gesamtdeutsche katholische Bischofskonferenz durchgeführt [Würzburg]
- 1848-1849:** „Nationalversammlung“ in der Paulskirche [Frankfurt]
- 1850:** Katholiken erhalten Religionsfreiheit zugestanden. [Preußen]
- 1864:** Henry Dunant gründet das „Rote Kreuz“. Die Genfer Konvention regelt Behandlung Verwundeter, Gefangener im Kriege. Auch arab. Staaten unterzeichnen die Konvention u. gründen den „Roten Halbmond“ als vglb. Organisation. [Genf]
- 1869-1870:** Gegen modische Zeitströmungen des 19. Jh. werden dogmatische Entscheidungen über den Primat und das unfehlbare Lehramt des Papstes verkündet. [1. Vatikanisches Konzil]
- 1870/71:** Auf deutscher Seite kämpfen Soldaten verschiedener Konfessionen und Religionen gemeinsam. Nach der Reichsgründung entsteht eine überwiegend auf protestantische Traditionen gegründete Armee. Die bayerische Truppenkontingente bleiben überwiegend katholisch. [Dt.-Franz. Krieg; Gründung des Dt. Reiches]
- 1872-1878:** Bismarck wendet sich gegen den vermeintlichen „Transmontanismus“ der röm.-kath. Kirche, da nur ein Drittel der Bevölkerung des Dt. Reiches katholisch ist. [Kulturkampf in Preußen]
- 1891:** Die Enzyklika „Rerum Novarum“ beschäftigt sich mit der Arbeiterfrage; die katholische Soziallehre wird entwickelt, Kirche engagiert sich für die neue Schicht, Glaube soll nicht nur Bekenntnis sein, sondern im Alltag vermehrt gestaltende Kraft erhalten. [Papst Leo XIII.]
- 1899:** Die Ergebnisse der 1. Friedenskonferenz zur internationalen Festlegung der Gesetze und Bräuche des Landkrieges münden in der Haager Landkriegsordnung. [Den Haag/NL]
- 1899:** GenLt Georg von Viehahn gründet den „Cornelius-Sternbriefkreis“ evang. Christen in der preuß. Armee. [Berlin]
- 20. Jh.:** Der Imperialismus der Industriestaaten soll angesichts der Gefahr weltweiter Kriege durch den Frieden fördernde Maßnahmen eingedämmt werden. [jährlicher „Friedensnobelpreis“ ab 1901]
- 1902:** Kriegsartikel auf der Basis der preuß. Kriegsartikel von 1713/1852 (Pflichtenkalaloge) werden für das deutsche Heer erlassen; Geltung bis 1918. [Deutschland]
- 1907:** Verbesserungen der Gesetze der Menschlichkeit werden eingebracht. Es werden Forderung nach einem „öffentlichen Gewissen“ gestellt. Staaten und Einzelpersonen /Soldaten sind rechtlich gebunden, Strafandrohung bei Zuwiderhandlung (Ahndung von Kriegsverbrechen). [2. Haager Friedenskonferenz]
- 1915:** Papst Benedikt XV. bezeichnet den Ersten Weltkrieg als „entsetzliches Blutbad, das seit einem Jahr Europa entehrt“ und stellt Forderungen nach rascher Beendigung des grauenvollen Krieges, der einem drohenden Selbstmord gleicht. [Rom]
- 1919:** Verfassung des Völkerbundes als Teil I des Friedensvertrages beschlossen; Weiterentwicklung des Kriegsvölkerrechts nach dem 1. Weltkrieg. [Versailles]
- 1922:** „Berufspflichten des deutschen Soldaten“ (nach den ehemaligen preuß. Kriegsartikeln) eingeführt. [Reichswehr]
- 1928:** Ächtung des Krieges als Werkzeug nationaler Politik; Streitfälle sollen mit friedlichen Mitteln beigelegt werden, Verteidigungskriege waren jedoch erlaubt. Für aggressives Zuwiderhandeln von Staaten sollten Sanktionsmechanismen festgelegt werden, über die aber keine Einigung erzielt werden konnte. [Briand-Kellogg-Pakt]
- ab 1930:** Generalmajor Hans Graf v. Kanitz führt den „Cornelius-Sternbriefkreis „evangelischer Christen in der Reichswehr/Wehrmacht ein. [Celle]
- 1933:** In einem Zusatzprotokoll wurde geregelt, dass katholische Theologiestudenten und Kleriker im Falle einer allgemeinen Mobilisierung in der Wehrmacht als Sanitätssoldaten Verwendung finden sollten. Die Militärseelsorge selbst wurde nur spärlich in Form von Divisionspfarrern zugestanden, die ihrer Aufgabe quantitativ kaum nachkommen konnten Im 2. Weltkrieg war in dt. Lazaretten mehr prakt. Seelsorge möglich, als bei der kämpfenden Truppe, weil es dort als Sanitätssoldaten Dienst tuende katholische Priester gab. [Reichskonkordat]
- ab 1936:** Enzyklika von Papst Pius XII: „In brennender Sorge (1937)“. Christen beider Konfessionen – u.a. Soldaten – folgen ihrem Gewissen und schließen sich verschiedenen Widerstandsgruppen gegen Hitler an und planen eine Reihe von Attentaten, um die Rückkehr zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und einer Friedenspolitik zu ermöglichen. [Christlich. motivierter Widerstand gegen das Dritte Reich in Deutschland.]
- 1939:** Bezeichnet Ausbruch des neuen Krieges als „Ungeheuer“, als „Zerstörung und Gemetzel“. [Papst Pius XII.]
- 1940-48:** „Abbé“ Franz Stock setzt sich als Gefangenenseelsorger für dt.-franz. Aussöhnung ein und gründet ein Priesterseminar für kriegsgefangene Theologiestudenten im Gefangenenlager Le Coudray/Chartres. Wirkte als Wegbereiter für die Gründung von „Pax Christi“ als internationale katholische Friedensbewegung. [Paris/Chartres]
- 20. Juli 1944:** Oberst Graf Schenk v. Stauffenberg (röm.-kath.) hält „Tyrannenmord“ für notwendig, um größeres Leid zu vermeiden und führt das Attentat aus, um Staat und Armee aus der Bindung durch den persönlichen Eid auf Hitler zu befreien und die politische Wende in Deutschland einzuleiten. [Attentat auf Hitler]
- 8. Mai 1945:** Dt. Soldaten erkennen, dass sie einem verbrecherischen Unrechtsregime dienten und ihr Einsatz und ihre Tapferkeit in vielfältiger Weise missbraucht wurde. [Bedingungslose deutsche Kapitulation]
- 1945:** Konferenz über Weltsicherheitsfragen in San Francisco mit den Zielen: Regelung internationaler Streitfragen und Sicherung des Weltfriedens. Maßnahmen des Sicherheitsrates bei Erfolglosigkeit friedlicher Mittel: Abbruch wirtschaftlicher oder diplomatischer Beziehungen, Einsatz von Streitkräften, die durch Mitglieder gestellt werden müssen („Blauhelme“). [Gründung de UNO durch 50 Nationen]

- 1948:** Die „Charta der allgemeinen Menschenrechte“ wird verkündet und sog. Blauhelme werden als Hüter der Menschenrechte, wie z.B. ab 1949 in Korea sowie in anderen Krisengebieten eingesetzt. [UNO]
- 1949:** Aktualisierung des Kriegsvölkerrechts (1.-4. Genfer Abkommen). [Genf]
- 1949:** Freiheitliche und demokratische Staaten schließen sich zu einem politischen und militärischen Verteidigungsbündnis zusammen. Politik und Verteidigung werden in der NATO an international geltendes Recht und Gesetze gebunden. Ziel ist Friedenserhaltung in Freiheit und Recht sowie gemeinsame Verteidigung gegen Angriffe von außen.  
[Gründung der NATO]
- 1956:** Grundgesetz weist der Bundeswehr einen ausschließlichen Verteidigungsauftrag zu. Das „Soldatengesetz“ legt Rechte und Pflichten des Soldaten fest; Soldat hat gesetzlichen Anspruch auf Militärseelsorge und freie Religionsausübung. Die Militärseelsorge beider christlicher Konfessionen entsteht; in Verbindung mit der evang. Militärseelsorge erwacht die „Cornelius-Vereinigung“ (CoV) zu neuem Leben.  
[Aufstellung der Bundeswehr]
- 1958:** Der franz. Militärbischof lädt zur ersten internationalen kath. Soldatenwallfahrt (PMI) nach Lourdes ein, dabei gemeinsames Gebet der Soldaten für den Frieden in der Welt. Die PMI soll jedes Jahr wiederholt werden; für Soldaten der Bundeswehr kann Sonderurlaub gewährt werden. [Lourdes]
- 1961:** Gründung des Königsteiner Offizierkreises (KOK) für katholische Offiziere der Bundeswehr; Verbindung zur CoV wird aufgenommen.  
[Königstein/Taunus]
- 1962:** Einsatz der Bundeswehr bei „nichtmilitärischen“ Katastrophen: 1962 Flutkatastrophe in Norddeutschland, 1975 Waldbrände in Niedersachsen, 1979 Schneekatastrophe in Norddeutschland, 1997 Überschwemmungen im Odergebiet bzw. 1999 in Bayern sowie bei Notlagen/Katastrophen im Ausland.  
[Katastrophenhilfe]
- 1963:** Freundschaftsvertrag über dt.-franz Zusammenarbeit; die sog. Erbfeindschaft kann durch christl. Politiker beider Staaten in Verzeihen, Verständigung, Freundschaft u. Partnerschaft umgewandelt werden.  
[Paris]
- 1963:** Die Enzyklika „Pacem in Terris“ zeigt Wege auf, wie Krieg ganz als Mittel der Politik ausgeschlossen werden kann. Weiterentwicklung kirchlicher Friedensethik, Förderung der Menschenrechte und humaner Lebensbedingungen als Programm mit dem Ziel der Minderung gewaltsamer Konfliktaustragung in der Welt. – Forderung nach Entwicklungshilfe für die 3. Welt. [Papst Johannes XXIII.]
- 1965:** Pastoralkonstitution „Gaudium et Spes“ weist den Soldaten aller Nationen eine Rolle in der Festigung des Friedens zu: „Wer als Soldat im Dienst des Vaterlandes steht, betrachte und verhalte sich als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker. Indem er diese Aufgabe recht erfüllt, trägt er wahrhaft zur Festigung des Friedens bei.“ (GS, 79) = Legitimation des Wehrdienstes, Selbstverständnis kath. Soldaten. - Zielstrebigere Ausbau der kath. Friedensethik als Folge des II. Vatikanischen Konzils. [Vatikanum II beendet]
- 1965:** Gründung des A.M.I. (= Apostola) Militaire International) als Dachverband katholischer Soldatenverbände in vier Kontinenten; Förderung der Evangelisierung in den Streitkräften, Förderung des Friedens in der Welt, Förderung der Laienmitarbeit in der Kirche. „Kirche unter Soldaten“ soll auch als Teil der Weltkirche erfahrbar werden.  
[Santiago de Compostella]
- 1967:** Harmel-Bericht: „Sicherheit = Verteidigung + Abrüstung“ [NATO]
- 1968:** Einführung des jährlich zu feiernden „Weltfriedenstag“ mit spezieller päpstlicher Botschaft zur Förderung des Friedens in der Welt.  
[Papst Paul VI.]
- 1970:** Gründung der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) als kath. Verband für alle Dienstgradgruppen. Der Königsteiner Offizierkreis (KOK) unter Leitung von Oberst i.G. Helmut Korn hatte seit 1961 wertvolle Vorarbeit geleistet. [Essen/Ruhr]
- 1975:** Soldaten im „Kalten Krieg“ in den Rollen als Landes- und Bündnisverteidiger anerkannt; atomare Abschreckung zur Kriegsverhinderung wird gebilligt, so lange Abrüstungsverhandlungen noch nicht zum Ziel geführt haben.  
Betonung der Notwendigkeit von Laienmitarbeit in der Kirche (z.B. im Pfarrgemeinderat), Förderung der Arbeit katholischer Verbände zur Sicherung von Frieden, Freiheit und Recht; Weiterentwicklung der katholischen Soziallehre gefordert.  
[Würzburger Synode der dt. Bistümer]
- 1975:** Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) erfolgreich beendet, u.a. werden Vertrauen bildende Maßnahmen und die Förderung der Menschenrechte in den Unterzeichnerstaaten, zu denen auch Jugoslawien gehört, besonders vereinbart.  
[Helsinki]
- 1978:** Erstes KSZE-Folgetreffen wird mit einem abschließenden Dokument zur weiteren Vorgehensweise (u.a. in Menschenrechtsfragen) beendet. [Belgrad]
- 1979:** „Doppelbeschluss“ zur Friedensstabilisierung und zur Abrüstung. [NATO]
- 1983:** „Gerechtigkeit schafft Frieden“: Stellungnahme zu Fragen der Verteidigung, Abschreckung, Abrüstung und des Verzichts auf Gewaltanwendung; Anregung von Maßnahmen zur Friedensförderung in aller Welt.  
[Erklärung d. Dt. Bischofskonferenz]
- 1985:** Hl. Stuhl erkennt „AMI“ als internationale katholische Organisation an, die durch Zusammenschluss nationaler Vereinigungen katholischer Soldaten seit 1965 entstanden war. [Rom]
- 1986:** Päpstliches Statut für die Militärseelsorge in der Weltkirche („Spirituali Militum Curae“); Regelungen für möglichst einheitliche Organisation und Durchführung der Militärseelsorge. [Papst Joh. Paul II.]
- 1987:** Seligsprechung des Patrons der deutschen Militärseelsorge: Pater Rupert Mayer SJ. – Er war für bes. mutigen Fronteinsatz als Militärseelsorger im 1. Weltkrieg mit dem EK I ausgezeichnet worden und hatte sich seit 1914 für eine intensivere Friedensförderung



eingesetzt; gegen die Machthaber des Dritten Reichs hatte er stets unerschrocken gekämpft und Glaubenstreue bewiesen. [Papst Joh. Paul II., München]

**1988:** Friedensnobelpreis für friedenserhaltende Blauhelm-Einsätze. [Oslo]

**1988:** Das Forum „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ der Arbeitsgemeinschaft Christl. Kirchen in der BR Dtl./Berlin (West) fordert die Überwindung von Krieg als Mittel zwischenstaatlicher Konfliktlösung. – Christl. Soldaten wie Kriegsdienstverweigerer müssen ihr Denken und Handeln unter das Evangelium stellen und die individuelle Gewissensentscheidung des Anderen als gleichwertig achten. [„Erklärung von Stuttgart“]

**1989:** Bevölkerungsanteil der Katholiken der Bundesrepublik sinkt unter 50%; vor der Wiedervereinigung waren die Konfessionen im Westen Deutschlands etwa gleich stark vertreten. [Wiederherstellung der Einheit Deutschlands]

**1990:** Wiener Abrüstungsverhandlungen sind erfolgreich; Vertragsunterzeichnung erfolgt in Paris. KSZE u. NATO bekennen sich in der „Charta von Paris für ein neues Europa“ zu Prinzipien der Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Freiheit und des Friedens. [KSE-Vertrag]

**1991:** NATO-Gipfel: Erklärung von Rom über Frieden und Zusammenarbeit. [Rom]

**1994:** NATO: „Partnerschaft für den Frieden“ (PfP) gegründet. [Brüssel]

KSZE: Beim Treffen der Staats- u. Regierungschefs findet auf deutschen Vorschlag der Übergang von der Konferenz zur Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) statt. [Budapest]

**1995:** Soldaten der Luftwaffe erhalten eine zusätzliche Aufgabe [Open Skies-Vertrag]

**1997:** Vertrag über Verbot von Landminen/Schützenminen [Ottawa]

**1997:** Neue Aufgabe für deutsche Soldaten in Bosnien: Voraussetzungen für Rückkehr von Flüchtlingen in deren Heimat prüfen (CIMIC-Aufgabe). [SFOR-Einsatz]

**1998:** Päpstliches Schreiben mit dem Eingeständnis, dass christliche Theologie/Christen bezüglich einer möglichen Verhinderung des Holocaust/der Schoa an Juden zur Zeit des Nationalsozialismus Schuld auf sich geladen haben; päpstliche Bitte um Vergebung an die Juden schließt auch christliche Soldaten mit historischem Fehlverhalten ein. [Papst Joh. Paul II.]  
OSZE: Soldaten aus Mitgliedsländern werden als unbewaffnete Beobachter in das Krisengebiet Kosovo



Pater Rupert Mayer, Militärgeistlicher 1914–1918 im Ersten Weltkrieg – auch in Uniform dem Dienst am Menschen verpflichtet –, ist heute Vorbild der katholischen Militärseelsorge für die Bundeswehr.

(Foto: Oberdeutsche Provinz SJ)

entsandt, um ethnische Säuberungen und Menschenrechtsverletzungen/Völkermord zu verhindern; wegen der von serbischer Seite provozierten Eskalation und bevorstehenden Luftschlägen der NATO wird deren rascher Rückzug Anfang 1999 notwendig, um Gefährdungen durch Geiselnahmen vorzubeugen. [Kosovo]

**1999:** KFOR-Einsatz der NATO auf den Balkan; Luftkrieg soll Völkermord und Vertreibung von muslimischen Albanern durch die serbische Armee im Kosovo beenden. Nach Rückzug serbischer Einheiten aus den Kosovo friedenserhaltender Einsatz von Bodentruppen der NATO und Russlands, um in der Region Befriedung und polit.

Stabilisierung auf den Weg einer Realisierung zu bringen; Gefährdung der multinationalen Streitmacht unter NATO-Führung durch Minen und verfeindete Volksgruppen der Albaner und Serben, die sich gegenseitig terrorisieren, anstatt den Teufelskreis des Bösen zu durchbrechen.

## Verwendete Literatur

- Läpple, Kirchengeschichte, München, 1972
- Franzen, Kleine Kirchengeschichte, Freiburg, 1976
- Hartmann, Das Geschichtsbuch, Frankfurt, 1979
- GKS (Hrsg.), „Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker“, Würzburg, 1990
- Herder Verlag (Hrsg.), Lexikon für Theologie und Kirche, Freiburg, 1960
- KMBA (Hrsg.), Zeitschrift Militärseelsorge, 37. Jg., Sonderheft 1995 „Lehrer und Meister, Militärgeneralvikar Dr. E. Niermann zum Abschied aus der Militärseelsorge“, Bonn, 1995
- KMBA (Hrsg.), „Katholische Christen in der Bundeswehr“, Köln, 1987
- Brandt, H. J. (Hrsg.) „Priester in Uniform, Seelsorger, Ordensleute und Theologen als Soldaten im Zweiten Weltkrieg“, Augsburg, 1994 sowie „Und Soldaten fragten, Zur Aufgabe und Problematik der Militärseelsorge in drei Generationen“, Paderborn, 1992
- Sekretariat der Dt. Bischofskonferenz (Hrsg.), Gerechtigkeit schafft Frieden/ Erklärungen zum Golfkonflikt, Bonn, 1991. □

# Kampf gegen den Niedergang und Hoffnung auf Konsens

Die Situation der Christen in Israel vor dem ersten Besuch Johannes Paul II. im Heiligen Land

CARMEN KLEIN

**V**om 20. bis 26. März reiste Papst Johannes Paul II. nach Jordanien, Israel und in die Palästinensergebiete. Der Aufwand zur Organisation dieser vielleicht wichtigsten Etappe der Pastoralreise des Heiligen Vaters im Nahen Osten war enorm; allein den Staat Israel wird der Besuch etwa fünfzehn Millionen Mark gekostet haben. Wie es im Vorfeld hieß, sollen 50.000 Priesteranwärter und etwa 2.000 Journalisten den Papst begleiten. Zwischen dem 21. und 26. März rechnete man überdies mit mehreren zehntausend Pilgern. Mit dem Besuch des Heiligen Vaters wurden vor allem von Seiten der christlichen Minderheit viele Hoffnungen verbunden.

Der Beitrag wertet nicht die päpstliche Pilgerreise aus, sondern befasst sich mit der Situation der christlichen Minderheit in Israel heute.

## Die Situation der Christen in Israel

Mehr als 5,5 Millionen Menschen leben heute in Israel. Über 80% der Bevölkerung sind jüdischen Glaubens, während sich 14,6% dem Islam zugehörig fühlen. Die 157.000 Christen in Israel stellen dabei 2,85% der Gesamtbevölkerung. Diese Angaben schließen allerdings nicht die West-Bank und den Gaza-Streifen ein, wo seit 1967 keine demographische Erhebung durchgeführt wurde. Damals wurde die christliche Bevölkerung dieser Gebiete grob auf 33.000 Personen geschätzt. Bemerkenswert ist, dass die christliche Bevölkerung in Israel zugenommen hat, während in Judäa, Samaria und Gaza die Zahl der Christen insgesamt zurückgegangen ist.

Die Geschichte der christlichen Gemeinschaften im Lande Israel beginnt mit dem Leben und Wirken Jesu von Nazareth. Nach seinem Tod blieb die frühe apostolische Kirche, wenigstens in und um Jerusalem, bis zum Wiederaufbau Jerusalems als römische Stadt unter dem Namen Aelia Capitolina eine judenchristliche Gemeinde. Nach diesem Zeitpunkt waren die Mitglieder der einheimischen Kirche insgesamt Heidenchristen. Bis zu den frühen Ökumenischen Konzilen blieb die Einheit und Einheitlichkeit der Gemeinden gewahrt. Zur Zeit der muslimischen Eroberung des Landes hatte sich die Kirche im Osten bereits in verschiedene Richtungen

aufgespalten, die jedoch auch weiterhin die Heiligen Stätten miteinander teilten. Erst mit der Errichtung des Königreiches der Kreuzfahrer und der Vorherrschaft der (lateinischen) Kirche des Westens kam es zu Konflikten über die Heiligen Stätten, die auch unter der Herrschaft der Mameluken und Osmanen nicht gelöst wurden und bis zur Verkündigung des Status quo im Jahre 1852 andauerten.

## Das Abkommen zur Rechtspersönlichkeit

Durch das so genannte „Abkommen zur Rechtspersönlichkeit“ zwischen dem Staat Israel und dem Heiligen Stuhl vom 10. November 1997 wurde die Gewährung eines rechtlichen Status der Einrichtungen der katholischen Kirche in Israel geregelt. Dieses Abkommen ist die Fortführung des am 30. Dezember 1993 zwischen der Katholischen Kirche und dem Staat Israel in Jerusalem geschlossenen Grundlagenabkommens, in dem derzeit im Wesentlichen drei Arten von Beziehungen behandelt wurden:

1. die politischen Beziehungen zwischen Israel und dem Heiligen Stuhl – einschließlich der Aufnahme diplomatischer Beziehungen –,
2. die Beziehungen zwischen dem jüdischen Volk und der Katholischen Kirche und
3. die Beziehungen zwischen dem Staat Israel und der Katholischen Kirche.

Hierbei wurden Themen wie die Freiheit der Religion sowie der Religionsausübung, Freiheit des Zuganges zu den Heiligen Stätten sowie der Erhalt des Status Quo an den Heiligen Stätten behandelt.

Das Ziel des Abkommens zur Rechtspersönlichkeit von 1997 war es, nach über 500 Jahren eines undefinierten Rechtsstatus unter Osmanischer Herrschaft, dem Britischen Mandat und im Staat Israel, Status und Rechtspersönlichkeit der Katholischen Kirche und ihrer Institutionen festzulegen. Die Kirche hatte insofern ein Interesse an dem Abkommen, als ihre Einrichtungen in Israel de facto, doch nicht de jure anerkannt waren. Das Abkommen räumt der Katholischen Kirche zwar keine diplomatische Immunität ein, doch es gewährt ihr Autonomie bei der Regelung ihrer internen Angelegenheiten.

Mit dem Abkommen wird der Katholischen Kirche und vielen ihrer Institutionen ein rechtlicher Status – als Vereinigung oder Körperschaft – unter israelischem Recht zuerkannt. Sämtliche Institutionen werden in einem staatlichen Register, dem Vereinsregister oder dem Register für religiöse Stiftungen, aufgeführt. Die Rechtsbeziehungen der Kirche zu nichtkirchlichen Körperschaften unterstehen dem israelischen Recht. Das gilt auch für Gerichtsverfahren in Israel. Gleichzeitig erhalten die kirchlichen Institutionen eine vollständige interne Autonomie hinsichtlich ihrer Verwaltung und internen Konflikten, die durch das Kirchenrecht entschieden werden. Die Liste kirchlicher Körperschaften, die als Rechtspersönlichkeit anerkannt sind, umfasst unter anderem die Katholische Kirche selbst, die Ostpatriarchate, territoriale Bischofsstühle und päpstliche Orden.

Das Abkommen schreibt somit einen akzeptablen Status fest – dies allerdings zunächst nur in der Theo-



## Stichwort: HEILIGES LAND

**A**ls Heiliges Land wird seit dem vierten Jahrhundert nach Christus jener Teil des Nahen Ostens bezeichnet, in dem sich biblische Geschichte ereignet hat. Die Landnahme des alten Volkes Israel, das Leben und Wirken Jesu und das Urchristentum sind dabei von Bedeutung. In der Regel gelten heute Israel und die autonomen beziehungsweise besetzten Palästinensergebiete als Heiliges Land. Gelegentlich werden auch Teile Jordaniens, Ägyptens, des Libanon sowie zum Teil des Iraks und Syriens zum Heiligen Land gerechnet. Nach dem Ende der Christenverfolgungen und dem Aufstieg des Christentums zur Staatsreligion kam im vierten Jahrhundert das Pilgerwesen auf. Die Heiligen Stätten wurden zum Teil wiederentdeckt und erfuhren besondere Verehrung, es kam zu ersten Kirchenbauten. Die Pilgerfahrt ins Heilige Land wurde zu einer festen Größe; Höhepunkt dieser Entwicklung waren die Auswüchse der Kreuzfahrerzeit.

In der Zeit der diplomatischen Unklarheit wurde während der vergangenen Jahrzehnte gerne auf den Begriff Heiliges Land zurückgegriffen, wenn eine striktere politische Festlegung vermieden werden sollte. So trug die historische Visite von Papst Paul VI. an den Stätten Jesu 1964, als der Vatikan weder zu Israel noch zu Jordanien volle diplomatische Beziehungen unterhielt, stärker noch als die jetzige Pilgerreise Papst Johannes Pauls II. das Attribut Heilig-Land-Besuch. Bis heute heißt die Bischofskonferenz der katholischen Kirchen in der Region „Versammlung der katholischen Ordinarii im Heiligen Land“. (KNA-Stichworte 23/21.03.2000)



rie. In der Praxis aber findet z.B. ein ständiger Kleinkrieg um die Besitzrechte an den Heiligen Stätten in der Jerusalemer Altstadt statt, die im nach wie vor gültigen „Status quo“ festgeschrieben sind. Und häufig finden sich die Christen dabei als Unterlegene wieder. Mal fehlt einem griechischen Mönch plötzlich die Zelle, weil die Moschee nebenan eine Mauer versetzt hat, mal besetzt eine jüdische Religionsschule die Ruine eines mittelalterlichen Pilgerhospizes. Am kompliziertesten erscheint die Lösung der Konflikte um die Grabeskirche, dem heiligsten Ort der Christenheit in Jerusalem, an dem sich die letzten Stationen des Leidenswegs Christi befinden. Sechs Konfessionen – Griechisch-Orthodoxe, Armenier, Syrer, Kopten, Äthiopier und römische Katholiken müssen sich die von Konstantin dem Gro-

ßen gegründete Kirche teilen. Selbst kleinste Reparaturen können häufig nicht vorgenommen werden, da sie als Angriff auf den Status quo gelten, der vom jüdischen Staat ebenso überwacht werden muss wie die Sicherheit in der Kirche. So gibt es z.B. bis heute keinen Notausgang, der dringend erforderlich wäre, um den Besucheransturm bewältigen zu können.

### Die christlichen Gemeinschaften

Die christlichen Gemeinschaften in Israel lassen sich grundsätzlich in vier verschiedene Kategorien einteilen – orthodoxe, nicht-chalcedonensische (Monophysiten), katholische (Lateiner und Unierte) und protestantische Kirchen. Sie setzen sich aus zirka 20 alten, einheimischen Kirchen und weiteren 30, im

Wesentlichen protestantischen Konfessionsgruppen zusammen. Mit Ausnahme der Nationalkirchen wie der armenischen Kirche handelt es sich bei den einheimischen Kirchen im Wesentlichen um arabischsprachige Gemeinden; die meisten von ihnen sind höchstwahrscheinlich Nachkommen der frühen christlichen Gemeinschaften aus byzantinischer Zeit. Die Situation der Christen im heutigen Israel ist nicht leicht; sie befinden sich in der Minderheit und müssen ausgerechnet im Land ihres Ursprungs gegen ihren Niedergang ankämpfen. Der Kampf um Macht und Einfluss findet fast ausschließlich zwischen Juden und Muslimen statt. Meistens spielen die christlichen Kirchen dabei nur eine Zuschauerrolle. Die meisten von ihnen sind Araber palästinensischer Herkunft und werden damit von vielen

als Bürger zweiter Klasse angesehen. Kein Christ – allerdings auch kaum ein Muslim – bekleidet in der Hierarchie des jüdischen Staates ein höheres Amt.

### Ablauf des Papstbesuches

Wenn der Hl. Vater nun die Christen des Landes während seiner Pilgerreise besucht, so hat dieser Besuch neben vielerlei Hoffnungen auch Befürchtungen ausgelöst. Diesen widerstreitenden Gefühlen und Einschätzungen war Mitte Februar auf einer dreitägigen Jerusalemer Konferenz, die Christen, Juden und Muslime fragen ließ: „Was erwarten wir, das die anderen über uns lehren?“, der zweite Abend gewidmet worden. Das „Zentrum für Jüdisch-Christliches Verstehen“ der katholischen Sacred Heart University in Connecticut in den Vereinigten Staaten und die „Elija-Schule für das Studium der Weisheit der Weltreligionen“, ein von der UNESCO gefördertes Institut in Jerusalem, hatten gemeinsam in das „Museum für Islamische Kunst“ eingeladen. Alon Goshen-Gottstein, Direktor der Elija-Schule und jüdischer Moderator des Gesprächsabends, hob bei seiner Begrüßung hervor, der Besuch des Papstes im Heiligen Land zum Beginn des neuen Millenniums sei von außerordentlicher Bedeutung. Spannungen mit den Muslims in Nazareth, Programmschwierigkeiten in Jerusalem oder ähnliche Unstimmigkeiten könnten und sollten dieses mit hohen Erwartungen beladene Ereignis nicht beeinträchtigen oder um seine Früchte bringen.

Probleme hatte im Vorfeld insbesondere die Planung des Treffens zwischen Johannes Paul II. und den beiden Ober-

rabbiniern Israels bereitet. Unklar war, ob der Papst die Oberrabbiner besuchen würde, oder ob umgekehrt Israel Lau und Elijah Bakschi-Doron zum Heiligen Vater eilen würden. Dem Apostolischen Nuntius in Israel und Delegaten für Palästina, Erzbischof Pietro Sambini, erklärten die Oberrabbiner im Rahmen von mehreren Treffen, dass sie sich mehr respektiert fühlen würden, wenn der Papst zu ihnen käme. Daraufhin teilte Sambini Anfang Februar bei einem Vorbereitungsseminar für die Papstvisite mit, es sei „selbstverständlich“, dass Johannes Paul II., der als Pilger komme, die israelischen Oberrabbiner an ihrem Amtssitz auf-

suche, wenn diese es wünschten. Da der Papst den Mufti von Jerusalem ebenfalls in dessen Büro nahe der Al Aksa Moschee besuchen werde, habe der Vatikan beschlossen, dem Wunsch der Rabbiner stattzugeben.

### Probleme mit dem Jerusalembesuch

Den Charakter des Papstbesuches als Pilgerreise hob bei dem Gespräch im „Museum für Islamische Kunst“ auch der Oberrabbiner von Haifa, Shear Yashuv Cohen, hervor: Dass der Papst als Pilger komme, sei eine einmalige Chance für die Stärkung eines Friedens, welcher der Wahrheit verpflichtet ist. Freilich dürfe man die Gefahr nicht übersehen, dass sein Besuch auch spaltende Wirkung haben könne. Allerdings seien die Vorzeichen und alle bisherigen Bemühungen ermutigend. So bewertete Rabbi Cohen es vor allem als positiv, dass der Papst den Oberrabbinern in Bezug auf den Ort ihres Zusammentreffens entgegengekommen sei. Ursprünglich war das Treffen mit den führenden Vertretern des Judentums an der Klagemauer vorgesehen, doch auf Drängen der Oberrabbiner soll das Treffen nun im „Palast des Salomon“, dem alten Sitz der Oberrabbiner in der King George Straße in West-Jerusalem stattfinden. Der Vatikan hatte dies zunächst unter Hinweis auf den schwierigen Zugang des Gebäudes abgelehnt, war aber dann doch dem Wunsch nachgekommen. Die Oberrabbiner hatten befürchtet, dass ein Empfang des Papstes an der Klagemauer einer Anerkennung Ostjerusalems unter israelischer Herrschaft durch den Vatikan gleichgekommen wäre.

### Stichwort: JERUSALEM

**J**erusalem ist für die drei monotheistischen Religionen Judentum, Christentum und Islam, eine zentrale Stadt. Daran erinnern heute archäologische Zeugnisse und Heiligtümer, die so genannten „heiligen Stätten“. Kaum eine andere Metropole hatte eine solch wechselvolle Geschichte. Immer wieder änderten sich die politischen Machtverhältnisse.

Für Juden ist Jerusalem die Stätte des Tempels und die Hauptstadt des alten Israel. Christen verbinden mit der Stadt den Kreuzestod und die Auferstehung Jesu und damit den Kern ihres Glaubens. Muslime sehen in Jerusalem, das der Prophet Mohammed nach der Tradition in einem nächtlichen Himmelsritt aufsuchte, die dritt wichtigste heilige Stätte nach Mekka und Medina.

Erstmals wird Jerusalem in einem Zeugnis um 2000 vor Christus erwähnt. Ab dem ersten Jahrtausend vor Christus war Jerusalem Hauptstadt des alten Israel. 63 vor Christus wurde die Stadt von den Römern erobert, die bei der Niederschlagung eines Aufstandes 70 nach Christus den gewaltigen herodianischen Tempel zerstörten. Nach der christlich-byzantinischen Herrschaft im vierten Jahrhundert übernahmen die Perser im siebten Jahrhundert die Macht in Palästina. Seitdem gehörte Jerusalem – nur unterbrochen in der Kreuzfahrerzeit zwischen 1099 und 1187 – zum muslimischen Herrschaftsbereich. Die osmanische Zeit ab dem 16. Jh. dauerte bis zum britischen Mandat, das der Völkerbund nach dem Ersten Weltkrieg 1920 erteilte.

1947 beschlossen die Vereinten Nationen eine Internationalisierung. Dieser Status gilt völkerrechtlich bis heute, wird aber weder von Israelis noch von Palästinensern akzeptiert. Von 1948 bis 1967 war die Stadt zwischen Jordanien und Israel geteilt. Die Knesset, das israelische Parlament, erklärte Jerusalem 1980 zur „ewigen Hauptstadt Israels“; dieser Anspruch findet international kaum Rückhalt. Die Botschaften sind fast alle in Tel Aviv. Im Friedensprozess zwischen Israelis und Palästinensern seit 1993 wurde die Frage nach dem endgültigen Status vertagt. (KNA)



Mit dem Besuch Jerusalems sind insgesamt zahlreiche Schwierigkeiten verbunden. Dieser Tage machte der als palästinensischer Nationalist geltende Erzbischof Sabach zwar deutlich, dass der Papst in Jerusalem von israelischer Polizei bewacht werde und der umstrittene Status der Stadt bei der Reise keine Rolle spielen dürfe. Dennoch befürchtet man, dass die Anwesenheit des Papstes vor der Klagemauer – mit wem Johannes Paul II. dort zusammentreffen wird, ist weiterhin laut Erzbischof Sambhi ungeklärt – zu einem Spektakel zugunsten der palästinensischen Autonomie werden könne. In Ost-Jerusalem wurde die Kirche gebeten, keine eigenen Veranstaltungen zu organisieren, die von der Autonomiebehörde für ihre politischen Zwecke ausgenutzt werden könnten.

### **Zwist um das Abkommen zwischen dem Hl. Stuhl und den Palästinensern**

Sensibilisiert wird die Jerusalem-Visite sicherlich dadurch, dass die Hauptstadt-Frage zwischen Rom und Israel weiterhin umstritten ist. Hinzu kommt, dass Israel mit vehementer Ablehnung auf ein Abkommen reagiert hat, das der Heilige Stuhl am 15.02.2000 mit der Palästinensischen Befreiungs-Organisation (PLO) geschlossen hat. Darin einigten sich der Vatikan und die PLO auf einen Rahmen für die Arbeit der Kirche in den autonomen Gebieten und für die bilaterale Zusammenarbeit. Eine weitgesteckte Absichtserklärung erkennt der katholischen Kirche grundsätzliche Rechte und Freiheiten bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben in Seelsorge, Schul-, Kultur- und Sozialdienst sowie beim wirtschaftlichen und rechtlichen Handeln zu. Beide Seiten fordern darüber hinaus eine friedliche und gerechte Lösung des palästinensisch-israelischen Konflikts. Für Jerusalem – nach wie vor eines der umstrittensten Themen in der Region – verlangen Kirche und Palästinenser ein international garantiertes Statut, das dem Charakter der Heiligen Stadt Rechnung trägt. Der Vatikan hält sich damit an seine bisherige Position bezüglich dieser Frage und fordert ein Statut, das Religions- und Ge-

wissensfreiheit garantiert, das Juden, Christen und Muslimen Rechtsgleichheit einräumt und allen den freien Zugang zu den Heiligen Stätten ermöglicht. Der Charakter der Stadt als universales religiöses und kulturelles Erbe müsse gewahrt werden.

Dabei betont der Vatikan, die Grundsatzvereinbarung mit ihrer ausführlichen Präambel und den zwölf knappen Artikeln sei ein Rechtsvertrag und kein politisches Abkommen. Der Text greife weder künftigen Entwicklungen noch einer Ausrufung eines Palästinenserstaates vor. Da aber bereits jetzt Rechte und Aufgaben der Kirche in den autonomen Gebieten von Bethlehem bis Jericho, Ramallah und Jenin zu klären waren, hielt man eine Einigung für notwendig.

Dass dieses Abkommen das Verhältnis zwischen dem Heiligen Stuhl und Israel belastet, war schon daran zu erkennen, dass der päpstliche Nuntius direkt für den nächsten Tag ins Außenministerium bestellt wurde. Der Direktor des Ministeriums, Eitan Bentsur, erklärte Erzbischof Sambhi, besonders die Jerusalem betreffenden Passagen in der Präambel seien für Israel unannehmbar. Israel sei „sehr schockiert“ über das neue Abkommen, das eine direkte Einmischung in die Verhandlungen zwischen Israel und den Palästinensern darstelle. Niemand hege Zweifel daran, dass in Jerusalem „Gewissensfreiheit und Religionsfreiheit für alle“ herrsche. Auch sei der freie Zugang zu den heiligen Stätten aller Religionen garantiert. (Damit wurde wohl u.a. darauf angespielt, dass, während in Ost-Jerusalem die Religionsausübung für Moslems und Christen grundsätzlich unbehindert ist, den Juden in der Zeit der jordanischen Besetzung das Gebet an der Klagemauer und der Zutritt zu anderen heiligen Plätzen verwehrt war.) „Deshalb lehnen wir energisch jede Erwähnung Jerusalems in dem erwähnten Dokument ab“, so das Außenministerium. „Jerusalem war, ist und wird künftig die Hauptstadt Israels sein. Kein Vertrag und keine Erklärung irgendwelcher anderer Elemente wird diese Tatsache ändern können“, heißt es weiter in der Erklärung.

### **Durch gemeinsame Worte Konsens schaffen**

Angesichts dieser Umstände ist es umso wichtiger, hervorzuheben, in welcher Mission Johannes Paul II. Israel besucht. Denn seine Begegnungen mit Juden, Muslimen und Christen an Orten von hoher symbolischer Bedeutung bietet ein außergewöhnliches Potential an Segen – aber auch von Missverständnissen, so formulierte es Daniel Rossing, der frühere für die katholische Kirche zuständige Direktor im Religionsministerium Israels, beim Gespräch im „Museum für Islamische Kunst“. Bestätigt wurde dies durch die Aussage des Vorsitzenden der Islamischen Bewegung in Israel, Ibrahim Sarsur, er wolle nicht, dass der Besuch zu einem neuen Kreuzzug werde. Seine Forderung, der Papst möge sich in der Al Aksa-Moschee für die Kreuzzüge der katholischen Kirche entschuldigen, für alles, was den Muslimen angetan wurde, zeigt, dass die alten Wunden der Region noch lange nicht verheilt sind. Ebenso wollen die Juden Taten sehen. Der Holocaust-Überlebende Jack Eisner machte dies eindringlich deutlich: Von Worten, auch Entschuldigungsworten, hätten die Juden genug. Er fragte, wann die antijudaistischen Texte aus christlichen Büchern gestrichen würden. Der Päpstliche Nuntius hatte zuvor – neben dem Gottesdienst mit der Jugend auf dem Berg der Seligpreisungen – den Besuch Johannes Paul II. in der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem als Höhepunkt der Visite angekündigt. Dort werde der Papst, der selbst die Schrecken erfahren habe, für alle und überall sagen: Nie wieder! Er sei sicher, meinte der Nuntius weiter, dass die Botschaft des Papstbesuches unter anderem sein werde: Die Religion darf nie mehr für Hass, Spaltung, Krieg instrumentalisiert werden. Im Gegenteil: sie soll Brüderlichkeit und Frieden befördern. Der Heilige Vater komme nicht allein nach Israel, mit ihm komme die ganze christliche Welt. Und dieser Besuch sei der Höhepunkt seines nun schon langen Pontifikats. Er führe in den Fußspuren Jesu, in ökumenischem Geist, in Begegnungen mit Andersgläubigen. Zwischen ihnen müsse man durch gemeinsame Werte einen Konsens schaffen. o

# „Friede auf Erden den Menschen, die Gott liebt!“

## Einführung

**A**m 8. Dezember 1967 richtete der damalige Papst Paul VI. erstmals eine Botschaft an die Welt, in der er alle Menschen guten Willens aufforderte, das neue Jahr jeweils mit einem Tag des Friedens zu beginnen. Seit dem übermittelt der Heilige Vater alljährlich zum ersten Tag des neuen Jahres eine Botschaft zum Welttag des Friedens. Diese Tradition haben bis heute alle Nachfolger übernommen. Sie wollen damit vor aller Welt auf die Dringlichkeit des Friedens für das Zusammenleben der Menschen hinweisen.

Im Heiligen Jahr 1975 griff die internationale Vereinigung katholischer Soldatenverbände, das Apostolat Militaire International (AMI), diese Idee für eine besondere Feier des Weltfriedenstages auf. Auf Initiative der GKS wurde dann am 13. Januar 1977 im Kölner Dom vom damaligen Erzbischof Josef Kardinal Höffner der erste Soldatengottesdienst zum Weltfriede-

enstag gefeiert. Inzwischen konnte diese Idee mitgetragen durch die Militärgeistlichen auf viele Standorte übertragen werden. In fast allen Diözesen – auch denen in den neuen Bundesländern – feiern die Ortsbischöfe mit den in ihren Bistümern stationierten Soldaten und oft unter Beteiligung der befreundeten Streitkräfte, des Bundesgrenzschutzes und der Polizei den Weltfriedenstag. So kann man mit Fug und Recht sagen: Soldaten sind die größte geschlossene Gruppe in Deutschland, die regelmäßig und mit gleichbleibendem Engagement für den Frieden betet.

Nachfolgend kurze Berichte über die Feiern des Weltfriedenstages in Schwerin, Köln, Würzburg, Hildesheim und Bonn (Karlsruhe s.S. 98). Zur diesjährigen Papstbotschaft „Friede auf Erden den Menschen, die Gott liebt“ (s. AUFTRAG Nr. 238/Jan. 2000, S. 7 ff.) werden hier Anmerkungen von Dr. Heinz-Gerhard Justenhoven, Leiter des Instituts Theologie und Frieden in Barsbüttel, die er bei der Feier des Weltfriedenstages in Schwerin am 13. Januar vorgetragen hat, wiedergegeben. (PS)

## WEHRBEREICH I / KÜSTE:

## Anmerkungen zur päpstlichen Botschaft zum Weltfriedenstag

Vortrag beim Weltfriedenstag des Wehrbereichs I am 18.01.2000 in Schwerin

HEINZ-GERHARD JUSTENHOVEN

### I. Gottes Liebe – Fundament eines universalen Friedens

„Friede auf Erden den Menschen, die Gott liebt!“ Unter dieses Thema hat Papst Johannes Paul II. seine diesjährige Botschaft zum Weltfriedenstag gestellt. Am Anfang des neuen Jahrtausends hat der Papst in seiner ersten großen Äußerung den Kern des christlichen Glaubens zum Ausgangspunkt seiner – häufig auch sehr politischen – Botschaft zum Weltfriedenstag gemacht: „Gott liebt alle Männer und Frauen auf Erden und schenkt ihnen die Hoffnung auf eine neue Zeit, eine Zeit des Friedens.“

Wenn wir uns unsere Welt des soeben zu Ende gegangenen Jahrtau-

sends ansehen, oder etwas bescheidener nur das Europa des 20. Jh., dann mutet diese Aussage des Papstes unrealistisch an. Wie kann man denn im Angesicht der Kriege dieses Jahrhunderts ernsthaft von der Hoffnung auf eine neue Zeit sprechen? Wir auf- und abgeklärten Menschen des 21. Jh. – haben wir nicht gelernt realistischer zu sein und die Welt zu nehmen wie sie ist? Haben wir nicht die Hoffnung auf ein Ende der Gewalt, die Hoffnung auf Frieden hinter uns gelassen? Viele von Ihnen sind unmittelbar mit der Gewaltbereitschaft von Menschen konfrontiert worden und haben bei Einsätzen in Bosnien und Kosovo gesehen, was der Mensch dem Menschen antut. Wie soll da noch Hoffnung auf Frieden bestehen können, will man nicht

Augenwischerei betreiben. Sind wir Menschen überhaupt friedensfähig? Das ist doch wohl die Frage, die wir aus der Vergangenheit in das neue Jahrtausend mitnehmen.

Gottes Liebe „ist das Fundament des universalen Friedens“, lautet die Antwort des christlichen Glaubens, auf die der Papst in seiner Botschaft verweist. Gottes Liebe, das ist Jesus, der Sohn Gottes, der unter uns Menschen gelebt und wahres Menschsein vorgelebt hat – getragen von dem Vertrauen auf Gott. Wenn diese Liebe Gottes zu den Menschen wirklich angenommen wird – im Blick und im Vertrauen auf Jesus Christus – „versöhnt sie jeden mit Gott und mit sich selbst. Sie macht die Beziehungen der Menschen untereinander neu und weckt jenes Verlangen nach einer Haltung, die Brüdern und Schwestern eigen ist“. Diese Verheißung betrifft das Leben eines jeden, als Einzelnen wie auch als Teil der Gemeinschaft.

Die Versöhnung mit sich selbst als Friedensursache oder anders gesagt: Die Zwietracht, der Missmut gegenüber sich selbst als zentrale Kriegsursache. Ein Mensch, der mit sich selbst im Einklang ist, der zu



sich selbst ja sagen kann, so kann man den Papst an dieser Stelle interpretieren, wird nie so weit gehen, einem anderen Menschen sein fundamentalstes Recht – das Recht auf Leben – zu bestreiten und ihn willentlich umbringen. Die Versöhnung mit sich selbst wird uns Menschen von Gott geschenkt, weil er uns im Vorbild des Jesus Christus eine Antwort auf die existentiellen Fragen unseres Lebens gibt. Aus der Angst, aus der nackten Angst um mich selbst wird Zuversicht, weil ich nun weiß, was aus mir wird.

In dieser Haltung des nun versöhnten Menschen kann ich hoffen: Für mich, für meine Mitmenschen; ich kann auch hoffen, dass die Anstrengungen um Frieden zwischen Israel und Syrien, zwischen Kosovo-Albanern und Serben, zwischen bosnischen Kroaten, Serben und Muslimen nicht von vorneherein zum Scheitern verurteilt sind. Der Glaube an den Gott, der Versöhnung schenken will, so lautet die Botschaft des Papstes, ist ein zutiefst politischer Glaube: Er will die Menschen verändern, er will die Beziehungen zwischen Menschen verändern und er will die Welt des Menschen verändern.

## II. Frieden zum Wohl der ganzen Menschheit

Von diesen theologischen Überlegungen her kommt der Papst zu einer Würdigung der Menschenrechte und zu einem besonderen Lob für alle, die sich um die Menschenrechte verdient gemacht haben: Menschen, „die zur Erklärung der Menschenrechte und zu ihrer feierlichen Verkündigung, zur Besiegung totalitärer Regime, zum Ende des Kolonialismus, zur Entwicklung der Demokratie und zur Schaffung großer internationaler Organisationen beigetragen haben.“ Dazu würdigt der Papst ausdrücklich jene, „die ihren Lebensentscheidungen den Wert der Gewaltlosigkeit verliehen haben.“

Die Menschenrechte bündeln „die Achtung vor der Würde der menschlichen Person und ihrer unveräußerlichen Rechte“ und bringen sie in konkreten Rechtsansprüchen zum Ausdruck. Die Achtung der Men-



Der Einladung von Wehrbereichsdekan I Küste, Prälat Peter Rafoth, zum Friedensgottesdienst am 18. Januar in der Schweriner Propsteikirche St. Anna waren etwa 300 Gläubige gefolgt, darunter viele Soldaten aus den Garnisonen in Mecklenburg-Vorpommern, Vertreter der Kirchen und der Öffentlichkeit. Nach dem von Weihbischof Norbert Werbs zelebrierten Pontifikalamt, an dem auch Landtagspräsident Hinrich Küssner und der Kommandeant VBK 86, Oberst Friedrich Wilhelm Richter, teilnahmen, waren die Gottesdienstteilnehmer zu einem Empfang ins Schweriner Schloss geladen. Dort machte der Leiter des Instituts Theologie und Frieden in Barsbüttel, Dr. Heinz-Gerhardt Justenhoven, Anmerkungen zur Papstbotschaft zum Weltfriedenstag 2000. Der Foto-Blick in den Festsaal des Schlosses zeigt eine dicht gedrängte, interessierte Zuhörerschaft. (Foto: KWBD I Küste)

schenrechte bedeutet, „die Würde und die Rechte der Person jedes Standes, jeder Rasse und jeder Religion als vorgängig und vorrangig gegenüber jeglicher Unterschiedenheit“ anzuerkennen. Mit dieser auf den ersten Blick so eingängigen Aussage sind erhebliche Konsequenzen eingeschlossen. Würde und Rechte eines jeden Menschen sind unveräußerlich und sind uns allen gemeinsam vor aller Unterscheidung in Völker und Rassen. Und dennoch machen wir wer weiß wie oft Unterschiede, die die Würde und die Rechte von Menschen betreffen. Es erscheint uns selbstverständlich, dass Flüchtlinge, die das Wohl unseres Volkes beeinträchtigen können, außer Landes bleiben müssen. Erinnern Sie sich bitte daran, dass vor Beginn des Kosovo-Krieges eine Flüchtlingsschwemme befürchtet wurde, die es zu verhindern galt. Sie gehören nicht zu uns, daher lassen wir uns von ihrer Not nur soweit betreffen, als sie unsere Gemütlichkeit nicht stören.

Das Bewusstsein von einer Menschheitsfamilie wächst erst sehr langsam. Es ist aber die Voraussetzung für wirklichen Frieden, dass es „der ganzen Menschheit gelingt, ihre ursprüngliche Berufung wieder zu entdecken, eine einzige Familie zu sein, in der die Würde und die Rechte der Person“ unabhängig von Ras-

se, Religion und ich möchte ergänzen gesellschaftlichen Status anerkannt werden. Im praktischen Vollzug, das zeigt schon der Verweis auf die Flüchtlinge, wird die Dimension dieses Anspruchs erst deutlich. Es wird in dem Maße Frieden herrschen, in dem „nicht mehr das besondere Wohl einer Gemeinschaft, die auf politischen Gründen, Rassenzugehörigkeit oder kulturellen Motiven gründet, an erster Stelle stehen, sondern das Wohl der ganzen Menschheit.“ Mit dieser Umkehrung gängiger politischer Wertvorstellungen wird die Dimension des Friedensentwurfes deutlich, den der Papst skizziert. Die Hoffnung auf Frieden, von der er eingangs seiner Botschaft gesprochen hat, ist eine durch und durch realistische Hoffnung, die aber nicht billig einzulösen ist. Sie fordert nicht mehr und nicht weniger als ein radikales Umdenken herkömmlicher politischer Wertordnungen. Nicht ich zuerst, meine Familie zuerst, mein Volk zuerst, sondern wir gemeinsam. Das eigentlich Verrückte ist, dass es dem Papst vorbehalten ist, die Grundeinsichten der Demokratie und der Menschenrechte in ihrer Bedeutung für die Weltgemeinschaft aus zu buchstabieren. In Ländern der Dritten Welt lösen diese päpstlichen Äußerungen weder Erstaunen noch Befremden aus, sondern Zustimmung. Wenn

dies unter uns anders ist, wenn wir zuerst zumindest gewisse Vorbehalte haben, dann dürfte es wohl daran liegen, dass wir eine – vielleicht uneingestandene Angst haben, zu viel verlieren zu können.

Dabei klingt es doch eigentlich ganz vernünftig und mit unseren Vorstellungen von Demokratie und Menschenrechten vereinbar, dass der Papst aus der allen Menschen ohne Unterschied zukommenden Würde und den sich daraus ergebenden Rechten folgert, dass die Völker der Erde ihr Wohl gemeinsam und nicht gegeneinander anstreben sollen. Gegeneinander heißt dabei einer auf Kosten des anderen, miteinander heißt dabei, die Rechte der anderen zu berücksichtigen, wie es in einer solidarischen und sozialen Gesellschaft eigentlich selbstverständlich ist. „Von diesem Bewusstsein her“, so der Papst, „kann die von der Dynamik der Globalisierung gekennzeichnete Verflochtenheit unserer heutigen Welt Seele, Sinn und Richtung erhalten.“ Ein politisch moderner und weiterführender Gedanke zur Debatte über die Globalisierung. Der Papst fasst ihn zusammen in einem handhabbaren ethischen Kriterium: „Aus dieser Sicht sind die politischen, kulturellen und institutionellen Unterschiede und Differenzierungen, in die sich die Menschheit aufgliedert und organisiert, in dem Maße zulässig, als man sie mit der Zugehörigkeit zur Menschheitsfamilie und mit den sich daraus ergebenden sittlichen und rechtlichen Forderungen in Einklang bringen kann.“

### III. Papst : Mittel der Verhandlung gewinnt an Bedeutung

Aus diesem Grundsatz folgert der Papst, dass Menschenrechtsverletzungen grundsätzlich die ganze Menschheit betreffen: „Wer die Menschenrechte verletzt, beschädigt das Bewusstsein des Menschseins selbst. Er verletzt die Menschheit als solche. Die Verpflichtung zum Schutz dieser Rechte übersteigt daher die geographischen und politischen Grenzen, innerhalb der sie verletzt worden sind. Die Verbrechen gegen die Menschlichkeit können nicht als interne Angelegenheit einer Nation betrachtet werden.“ Als Be-

weis dafür, dass das entsprechende Bewusstsein der Menschheit gewachsen ist, verweist der Papst auf die in die Wege geleitete Errichtung des internationalen Strafgerichtshofes.

Im Blick auf die Kriege auf dem Balkan aber auch in Somalia, Ruanda und im Sudan beschreibt der Papst die schweren Menschenrechtsverletzungen gegen die Zivilbevölkerung als das Kennzeichen des innerstaatlichen Krieges, „Szenarien, wo Kinder, Frauen und wehrlose alte Männer völlig schuldlos und gegen ihren Willen zu Opfern der Konflikte gemacht werden“. Bei seinen folgenden Äußerungen hat der Papst die „humanitäre Intervention“ im Kosovo im Auge; wenn auch er sich eher prinzipiell äußert, spricht er über dieses Thema, dass natürlich viele Soldaten wie auch die größere Öffentlichkeit im vergangenen Jahr sehr bewegt hat und für viele von ihnen unmittelbare Konsequenzen hat.

Dreh- und Angelpunkt in der Auseinandersetzung über die „humanitäre Intervention“ ist für den Papst „der herausragende Wert des humanitären Rechtes und damit der Pflicht, das Recht auf humanitäre Hilfe für die leidende Bevölkerung und die Flüchtlinge zu gewährleisten“. Daher darf die Anerkennung wie auch die Erfüllung dieses Rechts nicht den Interessen der Konfliktparteien unterworfen werden. Auch im Zusammenhang mit dem Kosovo-Krieg waren Mutmaßungen zu hören, es gehe den intervenierenden NATO-Staaten nicht ausschließlich um die leidenden Menschen, andere Interessen stünden im Vordergrund. Ich will hier nicht diskutieren, ob dies so war oder nicht. In seiner Botschaft unterstreicht der Papst die Notwendigkeit, das Wohl der leidenden Zivilbevölkerung in den Mittelpunkt zu stellen. Daher müsse nach den „institutionellen und nicht institutionellen Möglichkeiten“ hierfür gesucht werden. Was meint der Papst damit?

„Ich möchte“, so heißt es, „hier noch einmal meine tiefe Überzeugung bekräftigen, dass angesichts der modernen bewaffneten Konflikte das Mittel der Verhandlung ... allergrößte Bedeutung gewinnt.“ Ziel der Verhandlungen solle es sein, dass „durch eine unparteiische Abwägung der auf dem Spiel stehenden Rechte und In-

teressen der Friede wiederhergestellt wird.“ Hier kommt Johannes Pauls II. Überzeugung zum Tragen, dass Konflikte auf dem Verhandlungswege lösbar sind, sofern die Konfliktparteien tatsächlich gegenseitig ihre Interessen und Rechte anerkennen und gegeneinander austarieren. Es ist die Grundidee der Demokratie, dass Konflikte Lösungen zugeführt werden, indem auf der Basis der geltenden Rechtsordnung ein Ausgleich der Interessen versucht wird. Eher indirekt, aber unüberhörbar weist der Papst darauf hin, dass er bei internationalen Konflikten genau dies vermisst: Den Versuch, die Interessen und Rechte aller wirklich zum Ausgleich zu bringen. Konflikte wie der im Kosovo oder auch schon in Bosnien – so möchte ich hier interpretieren – werden also durch das Verhalten von ausländischen Mächten oder Staaten dann eher verschärft, wenn nicht die „unparteiische Abwägung“ im Zentrum der Einmischung steht, sondern eigene Interessen das humanitäre Motiv überlagern – oder zumindest so stark prägen, dass fraglich ist, ob das humanitäre Motiv der eigentliche Handlungsantrieb ist.

Ich glaube, dass ich mit meiner Interpretation des Papstes nicht überziehe. Denn er bringt humanitäre Organisationen, die nicht einer Regierung zugeordnet sind, und religiöse Einrichtungen als Vermittler ins Gespräch. Diese Nichtregierungsorganisationen sollen „diskret und ohne Berechnung den Frieden zwischen den unterschiedlichen Gruppen fördern“. Damit würde das Bemühen um eine friedliche Konfliktlösung auf eine breitere Basis gestellt.

Die Eskalation des Konfliktes im Kosovo hat aber mit allem Nachdruck gezeigt, dass die Position, grundsätzlich alle Konflikte ließen sich friedlich lösen, nicht durchzuhalten ist. „Wenn ... die Anstrengungen der Politik und die Mittel gewaltloser Verteidigung nichts fruchteten“, so schreibt der Papst, „ist es offensichtlich legitim und sogar geboten, sich mit konkreten Initiativen für die Entwaffnung des Aggressors einzusetzen.“ So weit wird der Papst noch auf einen breiten Konsens stoßen. Er kommt dann allerdings auf ein Kriterium zu sprechen, dass kontrovers diskutiert werden dürfte: Die konkre-



ten Initiativen für die Entwaffnung des Aggressors „müssen unter voller Achtung des internationalen Rechtes durchgeführt und von einer auf über-nationaler Ebene anerkannten Autorität garantiert werden.“

Hier bezieht der Papst Position in einer Diskussion, die im vergangenen Jahr aufgrund des Kosovo-Krieges sehr kontrovers geführt worden ist. Erinnern wir uns: Im Oktober 1998 haben die in der NATO zusammengeschlossenen Staaten beschlossen, um der schweren Menschenrechtsverletzungen im Kosovo willen notfalls mit militärischer Gewalt einzugreifen. Der Westen drohte der serbischen Führung unter Milosevic mittels der NATO erst massive Luftschläge an und führte sie ab dem 24. März 99 durch. Politisches Ziel der NATO-Aktion war die Beendigung der Drangsalisierung des serbischen Militärs gegen die kosovo-albanische Bevölkerung und die Akzeptanz der Bedingungen der UN-Resolution 1199 vom 23. September 1998 durch Milosevic. Der Deutsche Bundestag hat am 16. Oktober 98 eine Beteiligung der Bundeswehr an den NATO-Luftschlägen beschlossen. Gegenstand heftiger Diskussion – auch unter Soldaten – war die Tatsache, dass ein Mandat des UN-Sicherheitsrates nicht vorlag. Bitte lassen Sie mich an dieser Stelle etwas ausholen:

Artikel 2 Absatz 4 der Charta der Vereinten Nationen verbietet die Anwendung oder Androhung militärischer Gewalt in den internationalen Beziehungen. Von diesem Verbot gibt es in der Charta nur zwei Ausnahmen: Wenn sich friedliche Sanktionsmaßnahmen als ergebnislos erwiesen haben, kann der Sicherheitsrat mit Streitkräften „die zur Wahrung oder Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen durchführen“ (Art. 42). Zweitens das Recht zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung gegen einen militärischen Angriff, bis der Sicherheitsrat die zur Wahrung oder Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen getroffen hat (Art. 51).

Die Sicherheitsrats-Resolutionen 1160 und 1199 stellen zwar fest, dass im Kosovo eine friedenbedrohende Lage besteht und verlangten

von der Regierung Milosevic Maßnahmen zur Befriedung. Folgen der Nichterfüllung, Zwangsmaßnahmen, hat der Sicherheitsrat jedoch nicht beschlossen. Russland und China haben durch die Androhung eines Vetos verhindert, dass die Vereinten Nationen eine politisch-rechtliche konforme Basis schaffen, um Milosevics Menschenrechtsverletzungen entgegenzutreten. Das Vetorecht, Ausdruck der weltpolitischen Situation von 1945, hat im Fall des Kosovo-Konfliktes dazu geführt, dass keine Resolution verabschiedet werden konnte, die zu einem effektiven Eingreifen gegen schwerste Menschenrechtsverletzungen unter Verantwortung der Vereinten Nationen führte. Damit standen die Vereinten Nationen vor dem Problem, dass das Veto eines ständigen Mitglieds im Sicherheitsrat die Vereinten Nationen blockiert und sie daran gehindert hat, gegen die sehr schweren Menschenrechtsverletzungen einzuschreiten und sich effektiv für das Selbstbestimmungsrecht der Kosovo-Albaner einzusetzen. Das Nichteingreifen der UNO im Kosovo bedeutet, dass die UNO die Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes der Kosovo-Albaner nolens volens akzeptieren musste.

Es bedeutete zugleich, dass sich die NATO-Staaten vor die Alternative gestellt sahen, entweder die sehr schweren Menschenrechtsverletzungen hinzunehmen oder ohne Autorisierung durch die Vereinten Nationen einzugreifen. Die NATO-Staaten haben sich für die zweite Alternative entschieden, unsere Regierung genauso wie die fast aller NATO-Mitgliedsstaaten. Die Äußerung des Papstes in der diesjährigen Weltfriedensbotschaft lese ich als Kritik an dieser Entscheidung, wenn er sagt: Diese Initiativen „müssen unter voller Achtung des internationalen Rechtes durchgeführt und von einer auf über-nationaler Ebene anerkannten Autorität garantiert werden.“ Damit dies geschehe, so der Papst, „wird man umfassend und bestmöglich das anwenden müssen, was von der Charta der Vereinten Nationen vorgesehen ist“. Dabei ist der Papst sich bewusst, dass die Organisation der Vereinten Nationen, bzw. die in ihr zusammen geschlossenen Staaten selbst erheblichen Anteil an der ver-

fahrenen Situation um die Kosovo-Entscheidung tragen. Er unterstützt die Reformbemühungen insbesondere für den Sicherheitsrat, wenn er wie viele andere auch verlangt, dass „die Organisation der Vereinten Nationen selbst allen Mitgliedsstaaten eine angemessene Gelegenheit zur Beteiligung an den Entscheidungen bieten, indem sie Bevorzugungen und Diskriminierungen überwindet, die ihre Rolle schwächt.“

Die Kontroverse um den Kosovo-Krieg hat deutlich gezeigt, so der Papst abschließend zu diesem Thema, dass ein Ausweg letzten Endes nur über „eine Erneuerung des internationalen Rechtes und der internationalen Institutionen“ führt, „die als Ausgangspunkt und grundlegendes Organisationskriterium den Vorrang des Wohles der Menschheit und der einzelnen menschlichen Person vor allem anderen hat“. Über die politischen Reformbemühungen hinaus ist es die Aufgabe der Menschen, die an die Friedensbotschaft Jesu Christi glauben, aufgrund dieser Verheißung die realistische Hoffnung auf eine friedlichere Welt nicht aufzugeben und gemeinsam mit allen Menschen guten Willens das jetzt und hier Mögliche an ihrem jeweiligen Platz zu tun. □

#### KURZ NOTIERT

Weltweit gibt es derzeit etwa 24.000 Ständige Diakone, die Hälfte davon lebt in den USA. Deutschland liegt mit rund 2.000 Ständigen Diakonen an der Spitze der europäischen Länder. Nach Angaben aus dem Vatikan sind 84 Prozent dieser kirchlichen Mitarbeiter verheiratet.

Aus Anlass der Romwallfahrt zur Heilig-Jahr-Feier von etwa 1.000 Ständigen Diakonen im Februar betonte der Präfekt der vatikanischen Klerus-Kongregation, Kardinal Dario Castrillon Hoyos, das Amt des Diakons sei für die Kirche unverzichtbar, er sei aber kein Ersatz für das Priesteramt. Durch Handauflegen und Weihegebet erhalte der Diakon seine klar umgrenzte theologische und juristische Stellung in der Kirche.

## WEHRBEREICH III: INTERNATIONALER SOLDATENGOTTESDIENST MIT 2.000 TEILNEHMERN IM KÖLNER DOM

## Der Friede ist immer gefährdet

**D**er Friede ist nach Überzeugung von Kardinal Joachim Meisner immer gefährdet, da alles in dieser Welt von der Vergänglichkeit, der Versuchbarkeit und der Hinfälligkeit geprägt sei. Beim 22. Internationalen Soldatengottesdienst im Dom rief er am 20. Januar die etwa 2.000 Soldaten aus dem Wehrbereich III, Angehörige des Bundesgrenzschutzes sowie aus vielen befreundeten Staaten Europas, aus Kanada und den USA zum Schutz und zur Pflege des Friedens auf. In der Familie, im Bekanntenkreis, am Arbeitsplatz und in der Kirchengemeinde eröffneten sich weitere Bewährungsfelder für den Frieden. Am Got-

tesdienst nahm General Hans-Peter von Kirchbach erstmals als Generalinspekteur der Bundeswehr teil.

Die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesverteidigungsminister, Brigitte Schulte (SPD), bezeichnete beim anschließenden Empfang die Papstbotschaft zum Weltfriedenstag 2000 als ein „sehr beachtenswertes Dokument“. Sie wies darüber hinaus darauf hin, dass die Bundesrepublik erreicht habe, was bisher nur wenigen Staaten gelungen sei: die Integration der Soldaten in die Gesellschaft. Daran habe die Militärseelsorge wesentlich beigetragen. „Der Dienst der Militärgeistlichen in Jugoslawien zeigt die Wich-

tigkeit der Militärseelsorge. Ich will mit meiner Anwesenheit meinen Dank an beide Kirchen ausdrücken. Und ich will erreichen, dass die Gesellschaft den Dienst der Soldaten und der Militärseelsorge anerkennt“, sagte die Staatssekretärin und rief zugleich zur Toleranz auf. Sie reagierte damit auf Störgeräusche, die von einigen wenigen militanten „Friedensfreunden“ in der Lautsprecheranlage des Maternushauses ausgelöst worden waren. Intoleranz sei der erste Schritt auf dem Weg, sich die Köpfe einzuschlagen, warnte die Politikerin.

Schon während des Gottesdienstes im Dom war es zu einem Zwischenfall gekommen, als eine Frau eine Ampulle mit Blut auf den Boden schleuderte. Während sich Gottesdienstbesucher und zufällig anwesende Touristen über die Tat empörten, wurde diese draußen von den etwa 30 Demonstranten lautstark gefeiert. Es sei doch einfach „phantastisch dass in der Kirche, wo zum Töten aufgerufen wird, jetzt Blut und Scherben auf dem Boden liegen“, schrie eine Protestlerin ins Mikrofon.

Der Generalinspekteur dankte dem Kölner Erzbischof für 22 Friedensgottesdienste mit Soldaten im Kölner Dom – von denen Kardinal Meisner bereits elf selbst gehalten hat. General von Kirchbach wies auf den Unterschied zwischen dem prachtvollen Gottesdienst im Kölner Dom mit starker Beteiligung an diesem Tag und an einen erst einige



*Beim Empfang im Maternushaus nach dem Friedensgottesdienst (v.l.): Generalinspekteur General Hans-Peter von Kirchbach, Bundesvorsitzender der GKS Oberst Karl-Jürgen Klein, Erzbischof Joachim Kardinal Meisner und die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesverteidigungsminister Brigitte Schulte.*

*Musikalisch untermalt wurde der Empfang durch das von Hptm Burkard Rütlein geleitete Luftwaffenquartett, ein vierstimmig singender „Kirchenchor“ des Luftwaffenamtes Wahn. (Fotos PS)*



## FEIER DES WELTFRIEDENSTAGES IN WÜRZBURG UND HILDESHEIM

## Ohne Jesus ist der Friede Utopie

*Der Würzburger Weihbischof Helmut Bauer feierte am 3. Februar mit rund 700 Soldaten aus dem nordbayerischen Raum einen Gottesdienst zum Weltfriedenstag. – Und am selben Tag feierte Bischof Josef Homeyer mit den in seinem im Wehrbereich II gelegenen Bistum stationierten Soldaten diesen Tag im Hildesheimer Dom.*

## Würzburg

Tage zurückliegenden bescheidenen Gottesdienst mit 50 Teilnehmern abends um 23 Uhr in Marina an der Grenze zwischen dem Kosovo und Albanien hin. Trotz aller Unterschiede sei das Zentrum beider Gottesdienste aber das gleiche gewesen. Auch der Generalinspekteur dankte den Militärgeistlichen für ihre seelsorgliche Begleitung, die für die Soldaten immer eine Hilfe zur Orientierung sei und gerade in Grenzsituationen deutlich mache, dass Soldatsein in der Demokratie mehr Gesetzestreue bedeute, nämlich die Bindung an Werte.

Der Bundesvorsitzende der GKS, Oberst Karl-Jürgen Klein, betonte unter Hinweis auf einen Brief an Bundesminister Scharping, in dem die GKS ihre Bedenken zum Kosovo-Einsatz zum Ausdruck brachte, dass die Gemeinschaft sich in den letzten Monaten intensiv mit den rechtlichen und ethischen Bedingungen humanitärer Interventionen auseinander gesetzt habe. Sie betrachte es als eine ihrer Aufgabe, das Gewissen der Soldaten zu schärfen und bei der Weiterentwicklung des Völkerrechts mitzuwirken. „Wir katholischen Soldaten fühlen uns verpflichtet, uns mit aller Kraft für den Frieden einzusetzen, zum Frieden zu erziehen und alle Anstrengungen zu unterstützen, die gewaltlose Konfliktregelungen ermöglichen“, meinte Klein und zeigte Kriterien auf, die nach Auffassung der GKS bei einer bewaffneten Einmischung aus humanitären Gründen erfüllt sein müssen:

- Schwerste Menschenrechtsverletzungen gebieten die Nothilfe,
- alle Mittel der Politik und der gewaltlosen Verteidigung sind erfolglos geblieben,
- die Einmischung muss zeitlich begrenzt und ihr Ziel klar definiert sein,
- sie muss unter Beachtung internationalen Rechts stattfinden und
- auf Anordnung einer international anerkannten Autorität erfolgen.

Der Wehrbereichsdekan III, Prälat Rainer Schadt, gab in seinem Schlusswort den bereits mit Kardinal Meisner abgesprochenen Termin für den nächsten Internationalen Soldatengottesdienst im Kölner Dom bekannt: 1. Februar 2001, um 9 Uhr.

(PS/KNA/KiZtg Köln)

Der Friede bleibt ohne die Orientierung an Jesus nach den Worten des Würzburger Weihbischofs Helmut Bauer eine Utopie. Erst der Name Jesus und die Erinnerung an sein Schicksal habe die Menschheit friedensfähig gemacht, sagte der Weihbischof bei einem Gottesdienst zum Weltfriedenstag am Donnerstag, 3. Februar, im Würzburger Dom. An der Feier beteiligten sich rund 700 Soldaten sowie Zivilangestellte der Bundeswehr aus dem nordbayerischen Raum.

Zum Friedenstiften gehöre auch, dass den Soldaten und der Bundeswehr keine aggressiven und bösen Motive unterstellt würden. Der Weihbischof erinnerte an das Motto, unter das Papst Johannes Paul II. den Weltfriedenstag 2000 gestellt hat: „Frieden auf Erden den Menschen, die Gott liebt“. Ohne Frieden im eigenen Herzen, in den Familien und unter den Völkern sei das Leben unerträglich. Den Kiliansdom, der wie die Stadt das Grauen des Zweiten Weltkriegs zu spüren bekommen habe, bezeichnete Bauer als rechten Ort, um dafür zu beten, dass „so etwas nie wieder geschieht“.

Unter den Konzelebranten waren neben zahlreichen Standortpfarrern Domkapitular Prälat Hartmut Wahl, der lange in der Militärseelsorge tätig war, und Wehrbereichsdekan Walter Wakenhut (München). Musikalisch gestaltet wurde der Gottesdienst vom Heeresmusikkorps 12 unter der Leitung von Wilhelm Bruckhaus und Domorganist Paul Damjakob.

Beim anschließenden Empfang im Burkardushaus sagte der Bundesvorsitzende der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS), Oberst Karl-Jürgen Klein, das Thema des diesjährigen Weltfriedenstag stelle für die Soldaten eine besondere Heraus-

forderung dar. Bemerkenswert sei, dass der Papst in seiner Botschaft ausdrücklich auf das Recht auf humanitäre Hilfe hinweise. Der Papst stelle fest, dass gegen alle mutmaßlichen Gründe für den Krieg das Recht und die Pflicht auf humanitäre Hilfe für die leidende Bevölkerung und die Flüchtlinge bekräftigt werden müsse. Die moralische und politische Legitimation dieser Rechte beruhe auf dem Grundsatz, wonach das Wohl der menschlichen Person vor allem den Vorrang habe.

## Hildesheim

Ein Friedensgottesdienst fand am selben Tag auch im Hildesheimer Dom statt. Vor rund 400 Angehörigen der Bundeswehr, der Polizei und des Bundesgrenzschutzes sagte der Bischof von Hildesheim, Josef Homeyer, der Schutz der Schwächsten müsse stets Maßstab des Handelns für die Bundeswehr sein. Wo nur noch Siegergeschichten erzählt würden, gehe die Humanität verloren. Menschlichkeit werde geboren, wo Menschen sich dem Schwächsten zuwendeten. Das gelte auch für die Bundeswehr, obwohl diese nicht aus „barmherzigen Samaritern“ bestehe. „Eine Bundeswehr, die im Kosovo präsent ist, schützt die Schwächsten“, hob Homeyer hervor.

Bei einem anschließenden Gesprächsforum mit Bundeswehrsoldaten, Angehörigen der Polizei und des Bundesgrenzschutzes wies Homeyer auf die Notwendigkeit eines gemeinsamen christlichen Beitrages der östlichen und der westlichen Kirchen für die künftige Gestalt Europas hin. Dafür sei ein intensiver Dialog mit den orthodoxen Kirchen von enormer Bedeutung.

(DT/POW/rk 05.02.2000)

## FEIER DES WELTFRIEDENSTAGES DER GKS BONN:

# KRIEG FÜHREN *um des Friedens willen?*

**Z**ur diesjährigen Weltfriedenstag-Festveranstaltung des GKS-Kreises Bonn konnte sein Vorsitzender Oberstleutnant Wolfgang Martin neben Mitgliedern und Freunden wieder zahlreiche z.T. hochrangige Repräsentanten aus dem öffentlichen Leben, der Kirchen, der Gesellschaft und Bundeswehr begrüßen. Angesichts des Hl. Jahres 2000 lag es nahe, einen Vertreter aus dem Bereich Kirche einzuladen, erklärte Martin. Die Beweggründe, den Evangelischen Militärbischof Dr. Hartmut Löwe als Festredner einzuladen, habe u.a. an einem für evangelische wie katholische Christen bedeutsamen Termin gelegen, dem 31. Oktober 1999. Dieser Tag der gemeinsamen Erklärung des Lutherischen Weltbundes und der Katholischen Kirche zur Rechtfertigungslehre, habe beide Kirchen auf dem Weg zu mehr Einheit einen großen Schritt weiter gebracht, unterstrich der GKS-Kreis-Vorsitzende.

Militärbischof Löwe gliederte seinen Vortrag nach einer Vorbemerkung über seine Stellungnahme als sicherheitspolitischer Laie zum Kosovo-Problem in vier Abschnitte.

**1. Zur vorläufigen Bilanz des NATO-Einsatzes im Kosovo** meinte Löwe, in verschiedener Hinsicht sei der Erfolg zweifellos gegeben. Die serbische Armee habe den Kosovo verlassen. Die

Vertreibung der Albaner sei rückgängig gemacht worden und die albanische Bevölkerung atme trotz aller Schwierigkeiten erleichtert auf und sei voller Hoffnungen. Dagegen stehe: ein multi-ethnisches Kosovo sei nicht wahrscheinlicher geworden als vor einem Jahr. Mussten damals die Albaner um ihr Leben fürchten, so seien heute die Serben ihres Lebens nicht mehr sicher.

**2. Zu den politischen Versäumnissen vor dem Krieg** sagte Löwe, der Westen habe zunächst der gewaltlosen Unabhängigkeitsbewegung der Kosovaren nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt. Aber niemand könne sagen, wie die Europäer die nationalistischen Wahnideen von Milosevic hätten vertreiben können. Was also hätte politisch und militärisch rechtzeitig geschehen müssen, um die Eskalation im März 1999 zu verhindern, war im Westen als gemeinsamer Wille nicht zu organisieren. Nicht alle Tragödien ließen sich mit gutem Willen und kluger Politik verhindern.

**3. Zu ethischen Orientierungspunkten für eine neue Sicherheitspolitik** merkte der Bischof an, dass die Evangelische Kirche 1994 Orientierungspunkte für Friedensethik und Friedenspoli-

tik vorgelegt habe. Trotz ihrer „vorrangigen Option für die Gewaltfreiheit“ weiß die Kirche, dass zur Wahrung des Friedens und zum Schutz der Opfer vor böser Gewalt auch militärische Mittel bereitgehalten und ggf. eingesetzt werden müssen. Wer sich auf den Weg begeben, eine auf der Herrschaft des Rechts basierende Friedensordnung voranzubringen, müsse auch die Instrumente bereitstellen, die das Recht durchsetzen, also Rechtsbefolgung erzwingen können. Diktatoren dürften ihre Völker nicht länger ungestraft in Geiselhaft nehmen, sie hätten keine unumschränkte Souveränität mehr. Eine fortgesetzte Verletzung elementarer Menschenrechte könne nicht hingenommen werden. Dabei sei jedoch sorgfältig zu prüfen, ob militärische Zwangsmittel leisten können, was sie sollen, unterstrich Löwe.

**4. Zu den nächsten Schritten auf dem Balkan** betonte der Bischof, „der Balkan bleibt explosiv!“ Die Waffen schwiegen zwar. Die Soldaten von KFOR leisteten Erstaunliches, aber der Friede sei noch nicht gewonnen. Eine politische Ordnung sei bisher noch nicht gefunden, gelegentlich stelle sich sogar der fatale Eindruck ein, die Politik kümmerge sich nicht genug um die Region, solange die Soldaten für eine relative Ruhe sorgten. Das allerdings wäre eine Riesendummheit. Nötig seien ausreichend Mittel für die Schaffung ziviler Verwaltungsstrukturen und für den Wiederaufbau der Region. Eine realistische Vorstellung über eine vernünftige politische Ordnung in dieser Balkan-Region ist unerlässlich, betonte der Evangelische Militärbischof. (bt)

OTL Wolfgang Martin begrüßt die Teilnehmer an der GKS-Feier des Weltfriedenstages, unter ihnen General a.d. Ulrich de Maizières, hier im Gespräch mit Militärbischof Dr. Hartmut Löwe

(Foto: Woitzik)





## DOKUMENTATION:

# Zur Legitimation humanitärer Interventionen

**D**emokratien, auch internationale Institutionen laufen Gefahr, in akuten Entscheidungen nach ad-hoc-Kriterien zu handeln. Die Ereignisse auf dem Balkan, die sich im Frühjahr 1999 in einer kriegesischen Auseinandersetzung zuspitzten, sind ein dringender Anlass, die Prinzipien und Strategien zum Schutz von Frieden und Menschenwürde genauer zu definieren. Die GKS hatte bereits vor Beginn der NATO-Lufteinsätze am 24. März 1999 gegen Jugoslawien ihre völkerrechtlichen Bedenken gegen die Intervention in einem an den deutschen Bundesminister der Verteidigung gerichteten Brief dargelegt und um Klarstellung gebeten.<sup>1)</sup> Seit dem beherrschte das Thema der Legitimation „humanitärer Interventionen“ sowohl die Bundeskonferenz<sup>2)</sup>, vor allem aber die Diskussion im Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“. Das Ergebnis dieser Überlegungen dokumentiert der

Beitrag „Der Kampfeinsatz der Bundeswehr im Kosovo. Die völkerrechtlichen Aspekte“ von Oberst Dr. Klaus Achmann, Vorsitzender des Sachausschusses „Sicherheit und Frieden“ (s.S. 29-31).

Parallel zu den Diskussionen in der GKS hat der Arbeitskreis 2 des Zentralkomitees der deutschen Katholiken „Politische Grundfragen“ ein Thesenpapier mit dem Titel „Humanitäre Intervention? Rechtsethische Überlegungen“ erarbeitet. Das ZdK will mit dem am 24. Februar in Berlin veröffentlichten Thesen dazu beitragen, dass „der Diskurs zur rechten Zeit geführt wird und nicht folgenlos bleibt“. AUFTRAG dokumentiert das Papier des ZdK auf den Seiten 31-37. Zuvor aber ein Beitrag von Prof. Dr. Otfried Höffe, Philosophieprofessor an der Universität Tübingen, Mitglied im Arbeitskreis „Politische Grundfragen“ des ZdK, mit präzisen Kriterien zur Legitimation humanitärer Interventionen. (PS)

## Die Legitimation humanitärer Interventionen bedarf präziser Kriterien

OTFRIED HÖFFE

**E**ine zentrale Aufgabe besteht darin, das Völkerrecht fortzubilden, insbesondere so präzise wie möglich zu bestimmen, wann ein so massives Unrecht vorliegt, dass eine Intervention aus humanitären Gründen geboten ist. Solche Kriterien sollen nicht zuletzt ein Signal an Diktatoren sein, dass der Schutz der Menschenrechte vor der nationalen Souveränität nicht halt machen wird. In jedem Falle muss aber die Anwendung von Waffengewalt die Ultima Ratio bleiben.

### Die Aufgabe

Ist der Einsatz von Waffen, wenn auch nicht neu, so zumindest legitim? Die rechtsethische Antwort ist

unmissverständlich klar: Wer jemandem beisteht, der sich in Not wehrt, begeht kein Unrecht, sondern eher derjenige, der die Hilfe in Not verweigert. Die soziale Fortsetzung der Notwehr, die Nothilfe, ist eine rechtsmoralisch unstrittige Praxis.

Wer dem Opfer ungerechter Gewalt zur Hilfe eilt, steht durchaus im Dienst dieses Friedens. Allerdings muss er strenge Bedingungen erfüllen:

Kein noch so legitimer Zweck erlaubt ein minder legitimes Mittel. Wer sich in den Dienst von Recht und Gerechtigkeit stellt, erwirkt ohne Zweifel keine Lizenz zum Unrecht. Selbst dem, der gegen Verbrechen wider die Menschlichkeit einschreitet, ist nicht alles erlaubt. Oh-

nehin ist das generelle Prinzip der Verhältnismäßigkeit der Mittel in jedem Falle zu beachten.

### Vier Kriterien

1. Unstreitig kann der Anlass für eine humanitäre Intervention nur in massivem Unrecht bestehen, namentlich in schwersten Menschenrechtsverletzungen wie dem massenhaften, planvollen Mord.
2. Die legitime Antwort auf eindeutiges Unrecht, die zweite Bedingung einer legitimen Intervention, ist ebenfalls klar. Einerseits ist das Opfer des Unrechts in sein Recht zu setzen, also den Kosovo-Albanern wie auch den übrigen im Kosovo lebenden Volksgruppen eine friedliche Existenz in ihren Dörfern zu sichern. Andererseits besteht die Aufgabe, die schuldigen Täter vor einem internationalen Gericht zur Rechenschaft zu ziehen. Eine der Haupteigenschaften des modernen Staates, die Souveränität, scheint dem allerdings zu widersprechen. Die Menschenrechte – das zeigen die neuen Entwicklungen – sind aber nicht

1) Dokumentation HUMANITÄRE INTERVENTION: „Die GKS stellt Fragen zur humanitären Intervention der NATO im Kosovo“ in AUFTRAG Nr. 237/Okt. 1999, S. 6 f.; Antwort von StSekr. Dr. Walter Stütze „BMVg teilt nicht die völkerrechtlichen

Bedenken der GKS“, ebd. S. 7 f.

2) GKS-Bundeskonferenz 1999, „Humanitäre Intervention“ und NATO-Luftschläge gegen Jugoslawien beherrschende Themen, in: AUFTRAG Nr. 236/Juli 1999, S. 13 f.

bloß zu einer interkulturellen Begründung, sondern auch zur interkulturellen Anerkennung fähig. Alle Staaten, die die Charta der Vereinten Nationen anerkennen, erkennen zugleich die Menschenrechte in ihrer interkulturellen Gültigkeit an.

Die Bedingungen einer humanitären Intervention müssen allerdings ausgelegt werden. Und je allgemeiner die Bedingungen sind, desto größer ist der Spielraum der Auslegung, aber auch der Willkür. Deswegen ist das Völkerrecht fortzubilden und um präzise Bestimmungen für jenes massive Unrecht zu erweitern, das eine humanitäre Intervention erlaubt, eigentlich sogar gebietet. Denn bliebe die humanitäre Intervention fakultativ, so degeneriert sie zu einer Gerechtigkeit *à la carte*, abhängig von Zufällen sowohl der Interessen als auch der Macht.

3. Der Träger der Intervention muss rechtens sein: wir brauchen eine zuständige, autorisierte Rechtsinstanz.

Für die zwischen- und überstaatliche Ebene fehlen aber autorisierte Gewalten. Sowohl im gesamteuropäischen Rahmen als auch für die ganze Menschheit fehlt eine Rechtsordnung mit gemeinsamen, öffentlichen Gewalten. Man könnte zwar auf die Vereinten Nationen verweisen wollen. Seit ihrer Gründung leiden sie jedoch unter gravierenden Geburtsfehler, einem rechtsmoralischen Widerspruch: Ihre Verfassung, die Charta, verpflichtet sie auf universale Menschenrechte und zementiert doch im Sicherheitsrat partikuläre Privilegien.

Dass der Sicherheitsrat nur dort zum Konsens findet, wo die strategischen Interessen der Hegemonialmächte zufällig miteinander übereinstimmen, widerspricht eklatant der Grundidee von Recht und Gerechtigkeit, der Unparteilichkeit. Auf unrecht ist nämlich so zu antworten, wie es die Justitia mit den verbundenen Augen fordert: gleichermaßen und gleichartig. Solange die Vereinten Nationen den genannten

Widerspruch tolerieren und die universalistischen Menschenrechte durch den Sicherheitsrat konterkarieren lassen, ist ihre (rechtsethische) Legitimität zweifelhaft – und obendrein ihre politische Handlungsfähigkeit eingeschränkt.

4. Eine legitime Intervention hat zusätzlich eine vierte Bedingung zu erfüllen: Die Maßnahmen müssen rechtsethisch vertretbar sein, überdies rasch und wirkungsvoll, also mit Klugheit, Augenmaß und zur rechten Zeit ergriffen werden. Weiterhin darf Nothilfe nicht etwa mehr Schaden anrichten als sie verhütet (Aus diesem Grund und nicht etwa, weil die geostrategischen Interessen anders gelagert sind, dürfte es richtig sein, gegen die Gewalt in Tschetschenien zwar massiv zu protestieren, aber nicht militärisch einzugreifen). Dieses eindeutige Kriterium lässt sich freilich nicht immer leicht anwenden. Denn ein so skrupelloser Politiker wie Milošević schuf das Dilemma, dass bei fehlender Intervention Vertreibung, Vergewaltigung und Mord weitergeführt werden, und zwar sowohl der physische als auch jener psychische Völkermord, der den Mitgliedern eines Volkes ihr Zuhause, ihren Pass, ihr Dorf, ihre Stadt, ihre Kultur, kurz: ihre Lebensgrundlage und zugleich ihre Identität zu rauben sucht. Findet dagegen die Intervention statt, so werden Gräueltaten, weil von langer Hand bestens vorbereitet, zunächst einmal verstärkt.

### Fünf Lehren

Lassen sich aus den Gräueltaten im Kosovo und dem Versuch einer humanitären Antwort auf die Gräueltaten Lehren ziehen? Zumindest fünf Aspekte drängen sich auf:

1. Eine Politik, die eine humanitäre Intervention in Erwägung zieht, ist zu einer besseren „Vorfeld-Politik“ verpflichtet.
2. Es ist endlich eine internationale Rechts- und Friedensordnung zu errichten, und dabei geht man sinnvollerweise in zwei Stufen

vor: Eine großregionale Ordnung sollte in Europa für eine europäische, andernorts für eine afrikanische, eine amerikanische, eine asiatische und eine pazifische Ordnung. Und darüber hinaus errichte man eine globale Ordnung, die sich um all die Probleme kümmert, die zwischen den Großregionen auftauchen oder von vornherein überregionaler Natur sind.

3. Im Rahmen der internationalen Rechtsordnung sind für eine humanitäre Intervention verbindliche Grundsätze zu verabreden. Dann erfahren sowohl Diktatoren als auch die Mitläufer deutlich genug, dass sie ihre Untaten nicht ungehindert fortsetzen dürfen, geschützt durch eine angeblich absolute Souveränität. Außerdem werden die etwaigen Nothelfer, die humanitär intervenierenden, an Regeln für ihr Eingreifen gebunden, sowohl an Regeln der Befugnis zum Eingreifen als auch an Regeln der legitimen Durchführung.
4. Eine humanitäre Intervention muss besser geplant und besser durchgeführt werden: Man reagiere rascher und setze die vormilitärischen Sanktionen konsequenter durch, damit die *Ultima Ratio*, die Waffengewalt, in der Regel überflüssig wird.
5. Man bereite die Zeit danach vor und helfe vor allem beim Aufbau einer Rechtsordnung und einer Bürgergesellschaft mit. Den Aufbau primär wirtschaftlich zu verstehen, wäre nämlich ein ökonomistisches Missverständnis.

### Bilanz

Die Bilanz aus den rechtsethischen Überlegungen ist einfach und schwierig zugleich: Der königliche Weg zu einer teils europäischen, teils globalen Rechts- und Friedensordnung führt nicht über die prachtvollen Boulevards wohlklingender Resolutionen, sondern über die steinigten Bergpfade von politischen Verhandlungen. Und deren Verhandlungsziel wird erst mit rechtsverbindlichen Verträgen erreicht, die durch staatsförmige oder staatsnahe Institutionen gesichert werden. □



# GKS-POSITION: DER KAMPFEINSATZ DER BUNDESWEHR IM KOSOVO

## Die völkerrechtlichen Aspekte

KLAUS ACHMANN

### Die GKS und der Kampfeinsatz der Bundeswehr im Kosovo

Der Kampfeinsatz der Bundeswehr im Kosovo eröffnete eine neue Dimension rechtlicher und ethischer Fragestellungen. Insbesondere die völkerrechtliche Problematik führte seither zu einer intensiven Diskussion und teilweise auch zu einer Weiterentwicklung der Völkerrechtslehre in Deutschland.

Die GKS hat sich schon in der Vergangenheit wiederholt zur Frage eines Kampfeinsatzes zum Schutz von Menschenrechten geäußert. Dabei hat die GKS stets den Standpunkt vertreten, dass die Verhinderung oder Beendigung schwerster Menschenrechtsverletzungen wichtiger ist als die Wahrung der Souveränität des Staates, der für solche Verbrechen an seinen Bürgern verantwortlich ist.

Im Zusammenhang mit dem Kampfeinsatz der Bundeswehr im Kosovo trug der Bundesvorsitzende der GKS dem Bundesminister der Verteidigung die aus seiner Sicht bestehende Problematik wegen des Fehlens eines Mandats des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen in einem Brief vom 12. März 1999 vor, auf den das BMVg mit Schreiben vom 24. Juni 1999 antwortete. Beide Texte sind im AUFTRAG, Heft 237/1999 v. Okt. 1999, dokumentiert.

Der Kosovoeinsatz der Bundeswehr war auch Anlass für den Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“ der GKS, sich erneut intensiv mit der Problematik humanitärer Interventionen auseinander zu setzen. In mehreren Sitzungen befasste sich der Ausschuss mit unterschiedlichen Positionen deutscher Völkerrechtslehrer. Den Abschluss bildete eine Tagung des Ausschusses am 11. Februar 2000 beim Institut für Theologie in Frieden in Hamburg, bei der die Ergebnisse der bisherigen Arbeit mit Dr. Tietje, einem Wissenschaftler des von Prof. Jost Delbrück geleit-

teten Walther-Schücking-Instituts der Universität Kiel, diskutiert wurden.

Die GKS griff damit auch das Anliegen des Ständigen Arbeitskreises „Politische Grundfragen“ des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (im Folgenden zitiert: „ZdK“) auf, der in seinem Thesenpapier „Humanitäre Intervention? – Rechtsethische Überlegungen“ vom 24. Februar 2000 fordert, „das Völkerrecht fortzuentwickeln und insbesondere so präzise wie möglich zu definieren, wann massives Unrecht Interventionen aus humanitären Gründen gebietet.“ (Anm. der Redaktion: das Thesenpapier des ZdK finden Sie in diesem AUFTRAG auf den Seiten 31-37.)

Dieser Bericht stellt den gegenwärtigen Sachstand der inhaltlichen Auseinandersetzung der GKS mit der völkerrechtlichen Problematik dar. Dabei liegt der Schwerpunkt auf solchen Überlegungen, die eine ausnahmsweise Rechtfertigung des Kampfeinsatzes der Bundeswehr im Kosovo rechtfertigen können. Eine abschließende Position der GKS wurde noch nicht formuliert.

### Die völkerrechtliche Problematik des Kosovo-Einsatzes der Bundeswehr

Von Anfang an bestand in der GKS ein Konsens darüber, dass ein Kampfeinsatz zur Beendigung schwerster Menschenrechtsverletzungen **ethisch** gut begründet ist. Auch die **innerstaatliche** Rechtslage war nach dem Beschluss des Deutschen Bundestages vom 16. Okt. 1998 eindeutig.

### Die Regelungen der Charta der Vereinten Nationen

- Schwierig war die völkerrechtliche Beurteilung. Grundsätzlich verbietet die Charta der Vereinten Na-

tionen jede Art von Androhung oder Anwendung von Gewalt gegen die territoriale Integrität eines Staates. Dieses in Art 2, Abs. 4 der Charta der Vereinten Nationen niedergelegte völkerrechtliche Gewaltverbot muss als eine der größten zivilisatorischen Leistungen betrachtet werden. Von diesem Gewaltverbot gibt es zwei Ausnahmen:

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen kann zur Wiederherstellung des Weltfriedens oder der internationalen Sicherheit einem Staat oder einer Staatengruppe ein Mandat zur Anwendung militärischer Gewalt erteilen. Mit der Autorisierung der mit Kuwait kooperierenden Staatenallianz, zum Schutz elementarer Menschenrechte der Kurden auch militärische Maßnahmen zu ergreifen (VN-SR-Resolution 688/1990), definierte der Sicherheitsrat erstmals die innere Lage eines Landes als Friedensbedrohung. Er leitete damit eine neue völkerrechtliche Entwicklung ein.

Weiterhin kann nach Art. 51 der Charta der Vereinten Nationen jeder Staat im Falle eines bewaffneten Angriffs so lange „das naturgegebene Recht zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung“ in Anspruch nehmen, bis der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die erforderlichen Maßnahmen ergriffen hat.

### Keine Autorisierung durch den Sicherheitsrat

- Keiner dieser Ausnahmefälle vom Gewaltverbot der Charta der Vereinten Nationen war jedoch im vorliegenden Fall gegeben. Zwar hatte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in seiner Resolution 1199 (1998) v. 23. Sept. 1998 festgestellt, „dass die Verschlechterung der Situation im Kosovo (Bundesrepublik Jugoslawien) eine Bedrohung des Friedens und der Sicherheit der Region darstellt“ und dass er „nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen“ tätig werde. Er hatte zu-

gleich aber beschlossen, „weitere Schritte und zusätzliche Maßnahmen zur Erhaltung oder Wiederherstellung des Friedens und der Stabilität in der Region zu prüfen, falls die ... geforderten konkreten Maßnahmen nicht getroffen werden.“

Damit stand fest, dass der Sicherheitsrat niemandem ein Mandat erteilt hat, solche konkrete Maßnahmen durchzuführen. Allerdings hat er den Kampfeinsatz der NATO auch nicht im Nachhinein verurteilt (Res. 1244/1999 v. 10. Juni 1999).

### Gegner und Befürworter einer humanitären Intervention

- Einige Völkerrechtslehrer vertreten die Auffassung, dass der Kampfeinsatz im Kosovo gegen geltendes Völkerrecht verstieß, weil die Souveränität der Bundesrepublik Jugoslawien verletzt wurde, ohne dass ein Mandat des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen dies rechtfertigte oder ein Fall des Selbstverteidigungsrechts gegeben war. Diese Position war bis zum Beschluss des Deutschen Bundestages vom 16. Oktober 1998 über einen möglichen Kampfeinsatz der Bundeswehr im Kosovo weitgehend gemeinsame Auffassung der deutschen Völkerrechtler.

- Seither haben aber einige – auch führende Völkerrechtslehrer ihre Haltung geändert. Sie weisen auf die Stärkung fundamentaler Menschenrechte im Völkerrecht seit dem Zweiten Weltkrieg hin.

Die Charta der Vereinten Nationen verweist in Art. 1 und in Art. 55 ausdrücklich auf den Menschenrechtsschutz. Zur weiteren Entwicklung gehören die Menschenrechtserklärung von 1948, die VN-Konvention von 1948 zur Verhütung und Bestrafung des Völkermordes, der Internationale Pakt für bürgerliche und politische Rechte von 1966, vor allem aber der Beschluss des Internationalen Gerichtshofs von 1970 über den „erga omnes“- (gegenüber allen geltenden) Charakter fundamentaler Menschenrechte. Mit der KSZE-Schlussakte von Helsinki erkannten die damaligen Vertragspartner an, dass die Menschenrechtssituation nicht mehr ausschließlich zu den inneren Angelegenheiten eines Staates zählt. Beim Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs des Sicher-

heitsrates der Vereinten Nationen im Januar 1992 wurde beschlossen, zur Durchsetzung der Menschenrechte Einschränkungen der staatlichen Souveränität zu dulden. Am 20. April 1994 forderte das Europäische Parlament (Bericht des Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten und Sicherheit vom 08.04.1994) die EU-Partner ausdrücklich auf, sich an der Entwicklung eines Rechts auf humanitäre Intervention zur Verhinderung schwerster und systematischer Menschenrechtsverletzungen aktiv zu beteiligen und es stellte Kriterien für eine solche humanitäre Intervention auf: Nicht-Handeln des Sicherheitsrates, Verletzung der Schutzpflicht durch den betreffenden Staat, militärisches Eingreifen als Ultima Ratio, Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit, kein Widerspruch des Sicherheitsrates.

Spätestens seit 1970 wird dem Individuum im Völkerrecht der Status als Völkerrechts-Subjekt zugebilligt, so weit seine fundamentalen Menschenrechte betroffen sind. Dieses Recht hat unmittelbare völkerrechtliche Geltung. Die Eigenschaft als Völkerrechtssubjekt verschafft ihm ein Selbstverteidigungsrecht, falls diese fundamentalen Rechte angegriffen werden. Daraus wiederum – so diese Völkerrechtler – erwächst ein Nothilferecht für alle anderen Völkerrechtssubjekte, also auch für Staaten. Da aber die Ausübung eines solchen Nothilferechts missbräuchlich genutzt werden könnte, soll nur der kollektive Einsatz einer Gruppe von Staaten erlaubt sein. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen müsste aber eine solche Staatengruppe schon vorher zum kollektiven Handeln autorisiert haben.

### Kein Gewohnheitsrecht

- Weitgehend übereinstimmend lehnen die deutschen Völkerrechtslehrer die Annahme eines möglicherweise bestehenden Gewohnheitsrechts ab, da zwingende Voraussetzungen dafür fehlen: Weder gibt es eine geübte Staatenpraxis, noch gar einen Konsens der Staaten – im Gegenteil: An der Veto-Drohung Russlands und Chinas scheiterte ein Beschluss des Sicherheitsrates, ein Mandat zur Anwendung militärischer Gewalt im Kosovo zu erteilen.

## Prinzipien für zukünftige Kampfeinsätze der Bundeswehr zum Schutz fundamentaler Menschenrechte

Schon aus den bisherigen Überlegungen der GKS folgen klare Prinzipien, die bei künftigen Kampfeinsätzen der Bundeswehr zum Schutz fundamentaler Menschenrechte beachtet werden müssen:

1. Die **völkerrechtlichen Grundlagen** eines Kampfeinsatzes zum Schutz vor schwersten Menschenrechtsverletzungen müssen eindeutig sein.
2. Kampfeinsätze dürfen nur als äußerstes Mittel nach Erschöpfung oder bei Aussichtslosigkeit aller andern politischen, diplomatischen und wirtschaftlichen Mittel angeordnet werden („**ultima ratio**“). Die Grundsätze der **Verhältnismäßigkeit** und des Schutzes von Nicht-Kombattanten (**Diskriminationsprinzip**) sind zwingend zu beachten. Eine legitime Intervention muss (zit. nach ZdK, a.a.O.) „überdies rasch und wirkungsvoll, also mit Klugheit, Augenmaß und zur rechten Zeit ergriffen werden.“ Sie darf nicht mehr Schaden anrichten als sie verhütet. Zur Wiederherstellung des Rechts darf kein massives Unrecht begangen werden, weder durch die intervenierenden Truppen, noch durch eine Wiederholung des Unrechts durch die vorherigen Opfer.
3. Die politische Führung und das Parlament müssen einen klaren und in der öffentlichen Diskussion verantworteten **Kriterienkatalog** entwickeln, nach dem die Entscheidung über einen Einsatz zu treffen ist. Dabei kann angesichts der begrenzten Handlungsmöglichkeiten eine geografische Begrenzung notwendig sein; die Abhängigkeit von (manipulierbaren) Stimmungen in der Öffentlichkeit („**CNN-Faktor**“) ist jedoch strikt abzulehnen. Stets aber muss es um eine schwer wiegende **Verletzung fundamentaler Menschenrechte** gehen, insbeson-

Fortsetzung auf Seite 31 u.



# Thesepapier

## Humanitäre Intervention? – Rechtsethische Überlegungen

### 0. Einleitung

Demokratien, auch internationale Institutionen laufen Gefahr, lediglich auf akuten Entscheidungsdruck hin zu handeln. Die Ereignisse auf dem Balkan, die sich im Frühjahr 1999 in einer kriegerischen Auseinandersetzung zuspitzten, sind dabei ein dringender Anlass, Prinzipien und Strategien zu definieren, mit denen Frieden und Menschenwürde in der Zukunft erfolgreicher geschützt werden können. Alle geschichtliche Erfahrung lehrt, dass in Krisen nur durch grundsatzfestes und entschlossenes Handeln menschliches Leid begrenzt oder besser verhindert werden kann. Und die Grundsätze sind rechtzeitig und vom akuten Handlungsdruck entlastet zu bestimmen.

Die Bürgerinnen und Bürger der europäischen Gesellschaften waren auf friedens- und sicherheitspolitische Herausforderungen dieser Art offensichtlich nicht vorbereitet. Die Ereignisse im Kosovo versetzten sie in einen schockartigen Zustand. Umso mehr müssen jetzt, wo die kriegerische Auseinandersetzung zwar beendet, die Lage im Kosovo aber weiterhin instabil und von wirkli-

chem Frieden weit entfernt ist, Debatten über das außen- und sicherheitspolitische Selbstverständnis in den einzelnen Ländern der Europäischen Union und auf europäischer Ebene geführt werden.

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken will mit dem vorgelegten Text „Humanitäre Intervention? Rechtsethische Überlegungen“ einen wichtigen Aspekt herausgreifen und dazu beitragen, dass der dringend notwendige Diskurs zur rechten Zeit geführt und nicht folgenlos bleibt.

Ein zentrale Aufgabe besteht darin, das Völkerrecht fortzubilden und insbesondere so präzise wie möglich zu definieren, wann massives Unrecht Interventionen aus humanitären Gründen gebietet. Solche Kriterien sollen nicht zuletzt ein Signal an Diktatoren sein, dass der Schutz der Menschenrechte nicht vor der nationalen Souveränität halt machen kann und halt machen wird. In jedem Falle aber muss die Anwendung von Waffengewalt die *Ultima Ratio* bleiben. Präventive Maßnahmen und vormilitärische Sanktionen müssen deshalb entschlossener und damit glaubhafter angewandt werden. Ebenso gilt es, die Zeit nach ei-

ner militärischen Intervention aus humanitären Gründen von vorneherein mit in die Planungen einzubeziehen, damit der Aufbau einer Rechtsordnung und einer Bürgergesellschaft gelingen kann.

### 1. Nothilfe ist immer eine Notlösung: zur rechtsethischen Legitimation von Nothilfe

Dass in Europa, dem seit mehr als fünf Jahrzehnten friedensverwöhnten Kontinent, „Krieg“ herrschte, erschien als bestürzend neu. Militärische Gewalt ist in der Tat bestürzend, selbst für das Nachkriegseuropa war sie aber keineswegs neu. Denn die westeuropäischen Staaten, die ihre Waffen fern von Europa einsetzten, führten gleichwohl Krieg. Ferner schlug in Ostmitteleuropa die jahrzehntelange Unterdrückung bekanntlich auch in militärische Gewalt um: in Ost-Berlin, Budapest, Prag und Polen. Im Vielvölkerstaat, den nur ein Diktator, Tito, zusammenhielt, dem ehemaligen Jugoslawien, sprechen sogar die Waffen schon fast ein Jahrzehnt. Und nicht weniger bestürzend sind die Kriege in Tschetschenien, jenseits des Urals und diejenigen, die südlich und östlich des Mittelmeeres sowie jenseits des Atlantiks geführt werden. Eine Ächtung des Krieges darf sich nicht auf den eigenen Kontinent beschränken.

Ist der Einsatz von Waffen, wenn auch nicht neu, so zumindest legitim? Die rechtsethische Antwort ist unmissverständlich klar, besonders überzeugend vom großen Rechts- und Friedensdenker Kant vertreten. Mit einem bei ihm höchst seltenen Pathos sagt er in der Abhandlung „Zum ewigen Frieden“, in dem für das Völkerrecht zuständigen Zweiten Definitivartikel: dass „die Vernunft vom Throne der höchsten moralisch gesetzgebenden Gewalt den Krieg als

### Fortsetzung von Seite 30

dere um Fälle eines Genozids oder einer massenhaften Vertreibung (ZdK: „Unstreitig kann der Anlass humanitärer Intervention nur in massivem Unrecht bestehen, namentlich in schwersten Menschenrechtsverletzungen wie dem massenhaften, planvollen Mord.“) Nationale Interessen, insbesondere politische oder wirtschaftliche Gründe müssen demgegenüber zweitrangig sein.

4. **Ziel** muss sein, (zit. nach ZdK) „einerseits das Opfer des Unrechts in sein Recht zu setzen, ...

andererseits ... die schuldigen Täter vor einem internationalen Gericht zur Rechenschaft zu ziehen.“

5. Die politische Führung und das Parlament sind in der Pflicht, den Soldaten zweifelsfrei zu begründen, dass ihr Einsatz ethisch begründet, nach nationalem Recht zulässig und völkerrechtlich abgesichert ist. Die Befehlsgewalt ist nach den Grundsätzen der Inneren Führung immer auch an die **Begründungspflicht gegenüber den „Staatsbürgern in Uniform“** gebunden. □

Rechtsgang schlechterdings verdammt, den Friedenszustand dagegen zur unmittelbaren Pflicht macht“. Die einzige, aber ebenso klare Ausnahme besteht im Recht der Bürger, „sich und ihr Vaterland ... gegen Angriffe von außen zu sichern“. Auch die Charta der Vereinten Nationen bestätigt „das naturgegebene Recht zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung; allerdings mit der Ergänzung: bis der Sicherheitsrat die zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen getroffen hat“. (Artikel 51).

Persönlich darf man sich durchaus zur Gewaltlosigkeit entscheiden und ungerechtfertigte Gewalt ohne Gegenwehr ertragen. Schwieriger ist schon die Frage zu beantworten, ob man selbst dort ein moralisches Recht auf Gewaltlosigkeit hat, wo sich die Gewalt auf Personen richtet, für die man Schutzverantwortung trägt, deutlich etwa für die eigenen Kinder. Hier tut sich ein moralisches Dilemma auf: Einerseits mag man seinem Prinzip der Gewaltlosigkeit treu bleiben dürfen; andererseits haben die Schutzbefohlenen einen Anspruch auf meinen Schutz, und hilflose Personen wie Kinder verlassen sich darauf, dass man die eigenen Hilfsmöglichkeiten ausschöpft, was die Gegengewalt gegen fremde Gewalt, die Nothilfe, mit einschließt. Bei dem – nach Selbstverteidigung und Selbstverantwortung – dritten Fall, der Notwehr anderer, ist die Antwort nicht mehr schwierig: Zweifellos gibt es kein Recht, anderen jedes Recht auf Selbstverteidigung abzusprechen; eine moralische Befugnis, die eigene Haltung der Gewaltlosigkeit anderen aufzuzwingen und jedes Opfer von Gewalt auf Gewaltlosigkeit zu verpflichten, zeichnet sich nirgendwo ab. Ernsthaft strittig ist erst ein vierter Fall, definiert durch die Frage, ob man zu den Waffen greifen darf, wenn man weder selbst noch ein Schutzbefohlener angegriffen wird: Darf man nicht nur sich und seine Rechte sowie Schutzbefohlene, sondern auch fremde Menschen und deren Rechte notfalls mit Gewalt verteidigen? Ist die so genannte *humanitäre Intervention* legitim?

Dieser Grundsatz bleibt unstrittig: Wer jemandem beisteht, der sich in Not wehrt, begeht kein Unrecht,

sondern eher derjenige, der die Hilfe in Not verweigert. Die soziale Fortsetzung der Notwehr, die Nothilfe, ist eine rechtsmoralisch unstrittige Praxis; unterlassene Nothilfe ist kein Ausdruck überlegener Moral, sondern entweder das Eingeständnis fehlenden Könnens – man ist zu schwach oder sonst wie nicht fähig zu helfen – oder aber Ausdruck fehlenden Willens: man „drückt sich“, sei es aus Bequemlichkeit, aus Opportunität oder aus Angst. Oder man hängt einer Hoffnung an, die sich in unserer Zeit, leider, noch als Illusion erweist und folgt der trotzigen Devise: „Nie wieder Krieg“.

Man könnte sich zwar mit Kant auf einen moralischen, folglich kategorischen Friedensimperativ berufen wollen, auf das unbedingt gültige Gebot, die „natürliche“, gewaltsame Konfliktlösung zugunsten der rechts- und friedensförmigen Lösung aufzugeben. Das Gebot fällt aber nicht in jene Moral des verdienstlichen Mehr, die Tugendmoral, die auch einseitige Handlungen wie Wohltätigkeit gebietet, sondern in die Moral, deren Anerkennung die Menschen sich schulden, in die Rechtsmoral, für die die Wechselseitigkeit konstitutiv ist. Der einseitige, sogar die Selbstverteidigung verbietende Gewaltverzicht, gewissermaßen eine Friedensbereitschaft um jeden Preis, ist der auf Reziprozität gründenden Rechtsmoral fremd.

Wer die Nothilfe auf sich nimmt, zeichnet sich durch Mit-Leiden aus und die Bereitschaft, das Mit-Leiden ernst zu nehmen, statt es „frommen Worten“ zu überlassen: Resolutionen einer folgenlosen Betroffenheit und Empörung. Zweifellos ist der Friede ein höchstes Gut der Politik: der zwischenstaatlichen Politik nicht weniger als der binnenstaatlichen. Der Wunsch der Menschheit, dass man des Krieges endlich satt werde und die Schwerter zu Pflugscharen und die Lanzen zu Winzermessern umschmiede, gilt aber keinem beliebigen Friedensbegriff. Die Vision, die Propheten wie Jesaja (2,4) aber auch Philosophen wie Kant stellvertretend für uns alle träumen, meint weder den Frieden, der aus Unterdrückung und Ausbeutung lebt, noch die ewige Ruhe auf dem Friedhof: Für Christen ist die alleinige

eschatologische Perspektive zu wenig. Gemäß der Einsicht „opus iustitiae pax“ gründet dieser Friede vielmehr auf Recht und Gerechtigkeit.

Wer dem Opfer ungerechter Gewalt zur Hilfe eilt, steht durchaus im Dienst dieses Friedens.

Allerdings muss er strenge Bedingungen erfüllen:

- 1) Der Anlass bzw. Zweck der humanitären Nothilfe muss rechters sein;
- 2) die „Antwort“ auf den Anlass muss rechters sein;
- 3) gleiches gilt für die Nothilfeleistenden, den Träger der Intervention;
- 4) die Art und Weise der Durchführung muss ebenso rechters sein.

Und alle vier Bedingungen sind gleichermaßen zu erfüllen. Kein noch so legitimer Zweck erlaubt ein minder legitimes Mittel. Wer sich in den Dienst von Recht und Gerechtigkeit stellt, erwirkt ohne Zweifel keine Lizenz zum Unrecht. Selbst dem, der gegen Verbrechen wider die Menschlichkeit einschreitet, ist nicht alles erlaubt. Das generelle Prinzip der Verhältnismäßigkeit der Mittel ist in jedem Falle zu beachten.

## II. Kriterien für die Legitimation einer humanitären Intervention

### 1. Der Anlass für eine humanitäre Intervention muss rechters sein: Massives Unrecht

Unstreitig kann der Anlass humanitärer Intervention nur in massivem Unrecht bestehen, namentlich in schwersten Menschenrechtsverletzungen wie dem massenhaften, planvollen Mord. Dass nicht etwa jede Menschenrechtsverletzung zur militärischen Intervention berechtigt, zeigt folgendes Gegenbeispiel: Nach Artikel 24 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte hat jeder Mensch einen Anspruch auf periodischen bezahlten Urlaub. Staaten, die diesen Anspruch nicht anerkennen, machen sich also einer Menschenrechtsverletzung schuldig. Trotzdem ist ihre Rechtsverletzung nicht so massiv, dass sie eine humanitäre Intervention rechtfertigt. Das Unrecht



muss tatsächlich massiv sein, überdies in zwei Hinsichten zweifelsfrei vorliegen, was zu einem insgesamt dreistufigen Test führt: Im Sinne humanitärer Nothilfe darf man nur dort eingreifen,

wo (1) klarerweise gegen eine Regel verstoßen wird,  
die (2) ein klares Recht beinhaltet, dessen Verletzung (3) klarerweise ein massives Unrecht darstellt.

Gehen wir davon aus, dass im ehemaligen Jugoslawien seit langem und neuerdings in Kosovo so gravierende und so wiederholte Menschenrechtsverletzungen geschehen, dass man sie weder als Ausrutscher noch als relativ harmloses Unrecht bagatellisieren kann. Gehen wir ferner davon aus, dass die massiven Menschenrechtsverletzungen vornehmlich von einer Seite aus stattfinden, dann, freilich auch nur dann ist die erste Hälfte der ersten unserer vier Bedingungen erfüllt.

Vorausgesetzt, dass im Kosovo über lange Zeit vornehmlich Albaner die Opfer des massiven Unrechts, Serben aber die Täter waren, stellt sich die zweite Hälfte eindeutig dar. Man braucht hier keine partikuläre Moral zu beschwören, nur „westliche Werte“, gegen die man sich mit „seinen“, andersartigen Werten zur Wehr setzen könnte. Keineswegs ist hier die Moral, wie Rechtspositivisten gern generell behaupten, streit-erregend: polemogen. Diese übersehen, dass es sich um eine auf den Bereich des Rechts beschränkte Moral handelt, dass sie, die Rechtsmoral, bescheidene Ansprüche erhebt und dass diese nicht zuletzt wegen ihrer Bescheidenheit universal gültig sind. Die einschlägigen Menschenrechte wie das Recht auf Leib und Leben und auf einen Schutz von Eigentum sind interkulturell gültig, nachzulesen in jedem Strafgesetzbuch. Brandstiftung, Vergewaltigung und vorsätzliche Tötung aus verwerflicher Gesinnung, Mord, sind nicht bloß in Westeuropa strafbar, in Osteuropa, Asien und Afrika aber nicht. Im Gegenteil gelten sie in allen Rechtskulturen, die wir kennen, als strafbare Delikte. Infolgedessen ist der Unrechtscharakter der inkriminierten Taten zwischen den Kulturen unstrittig; mehr noch: überall gelten Plünderung und Brandstiftung, die

Verreibung von Zivilisten, die Exekution unbewaffneter Menschen und die Vergewaltigung von Frauen als massives Unrecht.

Blicken wir in das Jugoslawische Strafgesetzbuch, so lesen wir beispielsweise im elften Hauptstück „Strafbare Handlungen gegen die Menschlichkeit und internationales Recht“ als erstes unter dem Titel „Genocidium“:

Artikel 124: „1. Wer in der Absicht eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe vollkommen oder teilweise zu vernichten, Tötungen, schwere Körperverletzungen oder schwere Schädigungen physischer oder geistiger Gesundheit von Mitgliedern der Gruppe begeht, Zwangsaus-siedlungen der Bevölkerung durchführt, eine Gruppe in Lebensbedingungen versetzt, die zu ihrer vollkommenen oder teilweisen Ausrottung führen, oder Maßnahmen zur Verhinderung von Geburten zwischen Angehörigen der Gruppe trifft oder Zwangs-übersiedlungen von Kindern in eine andere Gruppe vornimmt wird mit strengem Gefängnis nicht unter fünf Jahren oder mit dem Tode bestraft.“

Das zwölfte Hauptstück „Strafbare Handlungen gegen Leib und Leben“ beginnt mit „Tötung“ und sagt:

Artikel 135

„...2 Wer einen Menschen auf grausame oder hinterlistige Art, oder auf eine das Leben mehrerer Menschen gefährdende Art, oder aus Eigennutz, oder behufs Begehens oder Verheimlichens einer anderen strafbaren Handlung oder aus anderen niedrigen Beweggründen, oder wer mehrere Menschen tötet, wird mit strengem Gefängnis nicht unter zehn Jahren oder mit dem Tode bestraft.“

Oder „Schwere Körperverletzung“, Artikel 141:

„1. Wer jemanden am Körper schwer verletzt oder an der Gesundheit schwer schädigt, wird mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten oder mit strengem Gefängnis bis zu fünf Jahren bestraft. 2. Wer jemanden am Körper so schwer verletzt oder an der Gesundheit so schwer schädigt,

dass dadurch das Leben des Verletzten gefährdet oder ein wichtiger Körperteil oder ein wichtiges Organ des Verletzten vernichtet oder dauernd und in erheblichem Maße geschwächt, oder eine dauernde Unfähigkeit zur Arbeit des Verletzten oder eine dauernde und schwere Gesundheitsschädigung oder Entstellung verursacht worden ist, wird mit strengem Gefängnis bis zu acht Jahren bestraft. 3. Stirbt der Verletzte infolge der in Abs. 1 und 2 genannten Verletzung, so wird der Täter mit strengem Gefängnis bis zu zwölf Jahren bestraft.“

Oder „Notzucht“, Artikel 179:

„1. Wer eine Frau, mit der er nicht in ehelicher Gemeinschaft lebt, durch Gewalt oder Drohung mit einem unmittelbaren Angriff auf Leib oder Leben zum Beischlaf nötigt, wird mit strengem Gefängnis bis zu acht Jahren bestraft. 2. Ist durch die in Abs. 1 genannte Handlung eine schwere Körperverletzung oder der Tod der Frau eingetreten, so wird der Täter mit strengem Gefängnis nicht unter zwei Jahren bestraft.“ Nicht anders sieht es bei Diebstahl (Artikel 249), Schwerem Diebstahl (Artikel 250), Raub (Artikel 252), Plünderung (Artikel 255) usw. aus: Nicht anders als die Strafgesetze anderer Rechtsordnungen stellt auch das Jugoslawische Strafgesetzbuch die inkriminierten Taten unter Strafe.

**2. Die Antwort auf den Anlass muss rechtens sein: diejenigen, denen Unrecht geschehen ist, müssen wieder in ihr Recht gesetzt werden.**

Die legitime Antwort auf klares Unrecht, die zweite Bedingung einer legitimen Intervention, ist ebenfalls klar und ebenso zweigeteilt. Einerseits ist das Opfer des Unrechts in sein Recht zu setzen, also den Kosovo-Albanern wie auch den übrigen im Kosovo lebenden Volksgruppen eine friedliche Existenz in ihren Dörfern zu sichern. Andererseits besteht die Aufgabe die schuldigen Täter vor einem internationalen Gericht zur Rechenschaft zu ziehen.

### a) Souveränität als Einspruch?

Eine der Haupteigenschaften des modernen Staates, die Souveränität, scheint dem allerdings zu widersprechen. Wie der lateinische Ausdruck für Souveränität, die majestas, anzeigt, soll jeder Staat bzw. sein Oberhaupt eine Hoheit und Würde besitzen, die keinerlei Eingriffe erlaubt. Selbst Jean Bodin, auf den der Begriff zurückgeht, unterwirft aber den Souverän rechtsmoralischen Verbindlichkeiten, nämlich göttlichen Geboten und dem Naturrecht; ferner bleiben Bestimmungen des positiven Rechts, namentlich völkerrechtliche Verpflichtungen, gültig. Die Legitimation staatlicher Gewalt verbindet sich also schon immer mit ihrer Limitation; eine absolute, uneingeschränkte Hoheitsgewalt war die Souveränität nie.

Neuere Entwicklungen im Völkerrecht bekräftigen nicht bloß diese Sachlage. Die Charta der Vereinten Nationen vom 25. Juni 1945 beispielsweise und die beiden Menschenrechtspakte vom Jahr 1966 verstärken sie noch. Zugleich wird ein beliebter Fluchtweg versperrt. Den rechtsethischen Verbindlichkeiten der frühen Neuzeit, den Ansprüchen des göttlichen Rechts und des Naturrechts, entzieht man sich gern mit dem Hinweis, deren Inhalte seien doch hoffnungslos umstritten; bestenfalls unter westeuropäischen Prämissen könnten sie überzeugen. Die Menschenrechte – das zeigen die neuen Entwicklungen – sind aber nicht bloß zu einer interkulturellen Begründung, sondern auch zur interkulturellen Anerkennung fähig. Alle Staaten, die die Charta der Vereinten Nationen anerkennen, erkennen zugleich die Menschenrechte in ihrer interkulturellen Gültigkeit an. Mit der Ratifizierung der genannten Menschenrechtspakte bekräftigen die Staaten die Selbstverpflichtung. Und mit ihrem Strafrecht zeigen sie, dass sie die hier einschlägigen Rechte schon seit langem anerkennen, sie überdies für so elementar halten, dass sie sie der Ultima Ratio staatlicher Gewalt, eben dem Strafrecht, unterwerfen.

Durch Selbstverpflichtung der „domaine réservée à la souveraineté“ enthoben, machen die Menschen-

rechte, und hier vor allem ihr strafrechtlich geschützter Anteil, die Annahme eines absoluten Interventionsverbotes brüchig. Spätestens seit der Schlussakte der KSZE von Helsinki im Jahr 1975 ist das bei Diktaturen beliebte Abwehrargument, Menschenrechte seien innere Angelegenheiten der Staaten, außer Kraft gesetzt. Und es ist nicht etwa nur vorübergehend außer Kraft gesetzt, sondern so, wie es die Rechtsethik schon immer sagt: auf Dauer.

Die Bedingungen, die eine humanitäre Intervention rechtfertigen, müssen allerdings ausgelegt werden. Und je allgemeiner die Bedingungen sind, desto größer ist der Spielraum der Auslegung. Solange die Bedingungen nicht genauer festgelegt sind, drohen daher Interpretationskontroversen, die ihrerseits der Parteilichkeit und Willkür Vorschub leisten, was der Idee des Rechts widerspricht. Die Antwort auf diese Situation versteht sich – fast – von selbst: Um den Spielraum der Willkür einzuschränken, ist das Völkerrecht fortzubilden und um präzise Bestimmungen für jenes massive Unrecht zu erweitern, das eine humanitäre Intervention erlaubt, eigentlich sogar gebietet. Denn bliebe die humanitäre Intervention fakultativ, so degenerierte sie zu einer Gerechtigkeit à la carte, abhängig von Zufällen sowohl der Interessen als auch der Macht

### b) Die schuldigen Täter sind zur Rechenschaft zu ziehen

Die zweite Bedingung hat, wie angekündigt, eine zweite Hälfte: Die Täter müssen wissen, dass sie zur Rechenschaft gezogen werden, etwa nach dem Muster der Kriegsverbrecherprozesse von Nürnberg und Tokio. Heute ist aber nicht mehr ein Militärgerichtshof von Siegermächten zuständig, sondern ein internationales Tribunal. Zu diesem Zweck ist eine zweite Fortbildung des Völkerrechts geboten: die Bildung von global verantwortlichen öffentlichen Gewalten, hier: jenes Weltstraferichts, das mittlerweile von der „Völkerfamilie“ beschlossen, aber noch nicht in Kraft getreten ist und das pikanterweise von einer der Interventionsmächte im Kosovo, den USA, nicht anerkannt wird. Die deutsche Bundesregierung sollte jetzt

darauf drängen, dass dieses unabhängige Weltstrafericht möglichst in vielen Ländern ratifiziert wird.

Anderen Völkern wurde nach Überwindung ihrer allzu offensichtlichen Diktatur Mitläufertum vorgeworfen. Ist der Vorwurf im Fall des Kosovo nicht ebenfalls angebracht? War es nicht geboten, das serbische Volk nachdrücklich über das massive Unrecht aufzuklären, das in seinem Namen geschieht, ferner über die universal anerkannten Maßstäbe, gegen die dabei verstoßen wird, nicht zuletzt über den festen Willen der Weltgemeinschaft, aus Verbundenheit mit den Opfern die Verstöße in Erinnerung zu behalten, die direkt Verantwortlichen, also Politiker und Heerführer, vor ein internationales Gericht zu stellen und den vielen anderen, die teils durch Schweigen, nicht selten durch Zustimmung, mitunter sogar Applaus, mitverantwortlich sind, ihre Mitverantwortung vorzuhalten? Es ist doch merkwürdig, dass das Unrecht, das in der Zeit von Hitler, Stalin und Franco, von Tito, Pinochet und anderen Diktatoren stattfand, intensiv aufgearbeitet wird (freilich nicht überall in der gleichen Intensität) und dass man sich trotzdem nicht auf die Aufgabe vorbereitet hat, im Fall analogen Unrechts in der Gegenwart, hier dem von Milosevic, bei den Völkern Denkprozesse zu initiieren:

Warum wurde nicht versucht, rechtzeitig und mit Erfolg versprechenden Mitteln (Radiosendungen, Massenabwurf von Flugblättern ...) den Serben klarzumachen, dass man ein derart massives Unrecht nicht bloß den wenigen Hauptverantwortlichen anlasten, sondern auch den vielen anderen vorwerfen wird und dass diese nicht mit einem raschen Vergessen rechnen dürfen? Warum hat man den Serben nicht verdeutlichen wollen, dass zwar nicht kollektiv alle, wohl aber distributiv viele mitschuldig sind und dass ihnen die Mitschuld von Kindern und Kindeskindern vorgehalten werden wird? Leicht ist die entsprechende Aufklärung nicht. Zumal in Kriegssituationen neigt man dazu, sich mit der eigenen Regierung zu identifizieren und dessen Fehler, sogar Verbrechen herunterzuspielen. Trotzdem dürften doch genug Menschen auf derartige



Argumente ansprechbar gewesen sein. Dass man im Vorfeld der Intervention im Wesentlichen nur mit den Politikern verhandelt hat, statt auch eine groß angelegte Aufklärung der Bevölkerung zu versuchen, lässt sich schwerlich rechtfertigen. Eigentlich ist es sogar ein Skandal; denn eine Nothilfe soll sich der sowohl einfacheren als auch effizienten Mittel bedienen. Und welche sollten dafür besser geeignet sein als eine Aufklärung der Bevölkerung?

### 3. Der Träger der Intervention muss rechtens sein: Wir brauchen eine zuständige, autorisierte Rechtsinstanz

#### Der Geburtsfehler der Vereinten Nationen

Die beiden ersten, in sich noch gedoppelten Bedingungen sind offensichtlich sehr anspruchsvoll und reichen trotzdem zur Legitimation humanitärer Intervention nicht aus. Wer innerstaatlich in seinem Recht verletzt wird, darf nicht persönlich einschreiten; jede Privatjustiz ist Unrecht. Das Opfer einer Rechtsverletzung muss sich an die autorisierten, öffentlichen Gewalten wenden, die ihrerseits darin, im Dienst am Recht, ihre Legitimation, sogar Würde, finden. Für die zwischen- und überstaatliche Ebene fehlen aber autorisierte Gewalten.

Schon auf europäischer Ebene besteht ein gravierendes Defizit. Denn zuständig ist nicht etwa die Europäische Union, gegen die man dann den beliebten Vorwurf des Versagens erheben könnte. Jugoslawien ist nämlich weder ein Teil der Europäischen Union noch ein Anwärter, den man rascher hätte einbinden sollen. Infolgedessen ist die Verantwortung anderswo zu suchen, nicht bei einer Organisation, der beizutreten die Rechtsethik freistellt, bei einem „Wahleuropa“, sondern bei einem „Pflichteuropa“, etwa bei der OSZE, jener Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, der es aber an Handlungsfähigkeit fehlt. Diesem Defizit liegt ein klarer Verstoß gegen den kategorischen Friedensimperativ zugrunde. Kant spricht in der Friedensschrift zu

Recht von „der Bösartigkeit der menschlichen Natur, die sich im freien Verhältnis der Völker unverhohlen blicken lässt“ (Zweiter Definitivartikel). Und er meint damit – wie er andernorts ausführt – die Weigerung, im Verhältnis zueinander „aus dem gesetzlosen Zustande der Wilden hinaus zu gehen, und in einen Völkerbund zu treten; wo jeder, auch der kleinste Staat seine Sicherheit und Rechte, nicht von eigener Macht, oder eigener rechtlichen Beurteilung, sondern allein ... von einer vereinigten Macht, und von der Entscheidung nach Gesetzen des vereinigten Willens, erwarten könnte“.

Entsprechendes gilt für die globale Ebene: Sowohl im gesamteuropäischen Rahmen als auch für die ganze Menschheit fehlt eine Rechtsordnung mit gemeinsamen, öffentlichen Gewalten. Ein auch noch so bescheidener, überdies bloß subsidiär zuständiger europäischer Staat ist ebenso wenig in Sicht wie eine nur minimale und subsidiäre Weltrepublik. Man könnte zwar auf die Vereinten Nationen verweisen wollen. Seit ihrer Gründung leiden sie jedoch unter einem gravierenden Geburtsfehler, einem rechtsmoralischen Widerspruch. Ihre Verfassung, die Charta, verpflichtet sie auf universale Menschenrechte und zementiert doch im Sicherheitsrat partikulare Privilegien. Diese belaufen sich auf nichts weniger als eine Kollektivhegemonie von fünf Großmächten. Man braucht sich daher nicht zu wundern, dass der Sicherheitsrat selbst auf massive Menschenrechtsverletzungen parteilich oder mangels Übereinstimmung überhaupt nicht reagiert. Stattdessen stellt er sich in vielfacher Hinsicht als eine Pokerinstanz dar, in der strategische, sogar hegemoniale Interessen, jedenfalls partikularistische Gesichtspunkte mit der universalistischen Moral der Menschenrechte konkurrieren und in der Regel den Vorzug erhalten.

Dass der Sicherheitsrat nur dort zum handlungsmächtigsten Konsens findet, wo die strategischen Interessen der Hegemonialmächte zufällig miteinander übereinstimmen, widerspricht eklatant der Grundidee von Recht und Gerechtigkeit, der Unparteilichkeit: Auf Unrecht ist nämlich

so zu antworten, wie es die Justitia mit den verbundenen Augen fordert: gleichermaßen und gleichartig. Solange die Vereinten Nationen den genannten Widerspruch tolerieren und die universalistischen Menschenrechte durch den Sicherheitsrat konterkarieren lassen, ist ihre (rechts-ethische) Legitimität zweifelhaft – und obendrein ihre politische Handlungsfähigkeit eingeschränkt.

Andererseits ist dieses richtig: Jede humanitäre Intervention, die nicht von einer staatenübergreifenden, entweder gesamteuropäischen oder aber globalen Organisation getragen wird, ist nur ein zweitbesten Weg: eine Notlösung mangels besserer Möglichkeiten.

Sie kann nur als Ausnahmerecht zulässig sein: analog zur innerstaatlichen Notwehr dort berechtigt, wo man einem zur Notwehr Berechtigten im Rahmen von dessen Notwehr hilft. Und dafür gibt es, erneut analog zur individuellen Situation, keine vorab legitimierte Instanz: Wo jemand aktuell von massivem Unrecht bedroht ist, muss derjenige helfen, der zur Nothilfe sowohl willens als auch fähig ist.

Eine an sich legitime Anwendung des Ausnahmerechtes ist aber von einer auch wieder an sich legitimen Interessenparteilichkeit bedroht, beispielsweise von der Innenpolitik des zur Hilfe eilenden Staates, ferner von der Gefahr einer Verquickung mit seinen wirtschaftlichen oder geostrategischen Interessen, nicht zuletzt von ethnischen, religiösen und anderen Zugehörigkeitsgefühlen. Ihretwegen – die Beispiele sind sattem bekannt – wird machen Gruppen voreilig, anderen aber gar nicht geholfen. Die Menschenrechtsverletzungen im ehemaligen Jugoslawien zeigen daher einmal mehr, dass die Weltgesellschaft seit Jahren ihre wichtigste „Hausaufgabe“ vernachlässigt hat. Sie hat es versäumt, eine die Staaten nicht ersetzende, aber sie ergänzende überstaatliche Rechtsordnung einzurichten: sowohl großregional, als gesamteuropäische Rechtsordnung, als auch global, als Weltrechtsordnung. Und bei beiden Aufgaben genügt es nicht, ein (europäisches oder globales) Völkerrecht zu entwickeln, das zwar ehrenwerte

Bestimmungen enthält, deren Interpretation und Durchsetzung aber dem Gutdünken der Betroffenen überlässt. Es braucht zusätzlich genuin gemeinsame, öffentliche Gewalten, die dort unparteiisch und wirksam für Recht sorgen, wo die primären Rechtsverantwortlichen, die einzelnen Staaten, versagen, vor allem dort, wo sie selbst das Recht nicht bloß beugen, sondern massiv und planmäßig verletzen.

Bei der konkreten Durchführung wird der Vorschlag für regionale Verbindlichkeiten ernsthaft zu diskutieren sein. Dies stellt keinen rechtsethisch untragbaren Zustand her, da es trotz der Universalität des Hilfsgebotes Abstufungen der Verantwortlichkeiten gibt und geben muss.

#### 4. Die Art und Weise der Durchführung muss rechtens sein: Kein Freibrief

Eine legitime Intervention hat zusätzlich eine vierte Bedingung zu erfüllen: Die Maßnahmen müssen rechtsethisch vertretbar sein, überdies rasch und wirkungsvoll, also mit Klugheit, Augenmaß und zur rechten Zeit ergriffen werden.

Dass im Fall des Kosovo die Nothilfe so spät zustande kam, obwohl jahrelang auf jede Verhandlung neue Menschenrechtsverletzungen folgten, und dass die Verspätung vom Umstand mit verursacht wurde, dass die zur Hilfe aufgeforderten Staaten aus konkurrierendem Eigeninteresse zerstritten waren, dass sie überdies wirtschaftlichen Erwägungen den Vorzug gaben und Öl-, selbst Waffenlieferungen duldeten, muss man als einen weiteren Skandal bezeichnen.

Ein dritter Skandal besteht in dem Umstand, dass die Außenpolitiker des Westens sich auf die Schwierigkeiten Jugoslawiens nach dem Tode Titos nicht vorbereitet hatten. Jeder aufmerksame Besucher nahm doch die Schwierigkeiten des Landes wahr und konnte die Gewaltbereitschaft ahnen. Und obwohl die vielen Jahre erfolgloser Verhandlungen Zeit boten, alternative Interventionsstrategien auszuarbeiten, handelte man schließlich, so hatte es den Anschein, ohne jede wohl durch-

dachte Strategie, worunter generalstabsmäßig vorbereitete Aktionen zu verstehen sind, einschließlich alternativer Optionen für unterschiedliche, auch für wechselnde Szenarien. Das Defizit darf man freilich nicht – nur – der militärischen Planung vorwerfen; denn Pläne, die einen besseren Erfolg versprochen, wurden von politischer Seite verhindert.

Weiterhin darf Nothilfe nicht etwa mehr Schaden anrichten als sie verhütet (Aus diesem Grund und nicht etwa, weil die geostrategischen Interessen anders gelagert sind, dürfte es richtig sein, gegen die Gewalt in Tschetschenien zwar massiv zu protestieren, aber nicht militärisch einzugreifen). Dieses eindeutige Kriterium lässt sich freilich nicht immer leicht anwenden. Denn ein so skrupelloser Politiker wie Milosevic schuf das Dilemma, dass bei fehlender Intervention Vertreibung, Vergewaltigung und Mord weitergeführt werden, und zwar sowohl der physische als auch jener psychische Völkermord, der den Mitgliedern eines Volkes ihr Zuhause, ihren Pass, ihr Dorf, ihre Stadt, ihre Kultur, kurz: ihre Lebensgrundlage und zugleich ihre Identität zu rauben sucht. Findet dagegen die Intervention statt, so werden Gräueltaten, weil von langer Hand bestens vorbereitet, zunächst einmal verstärkt.

In keinem Fall ist der Intervenie-rende zu einer Strafexpedition oder gar einem Strafkrieg berechtigt. Denn es gibt keine Kollektivschuld, die es erlaubte, ein ganzes Volk wegen Gräueltaten zu bestrafen. (Der griechische Schriftsteller Demosthenes Kourtovik sagt von der „Theorie der Kollektivschuld“, sie sei ein „euphemistischer Rassismus, der auf einen bestimmten Menschen – unabhängig davon, was dieser ist, was er tut oder wofür er eintritt – den gesamten Hass projiziert, der seiner Nation oder der Politik ihrer Führung gilt.“) Ebenso wenig steht einem Nothelfer die Strafbefugnis zu; eine Rechtsstrafe darf nur eine dazu autorisierte Instanz, ein gesamteuropäischer Strafgerichtshof oder aber ein Weststrafgericht, aussprechen, und beide sind auf einen fairen Prozess verpflichtet.

Vor allem darf der „Nothelfer“ nicht gegen die rechtsethische Minimalbedingung verstoßen und im Namen der Wiederherstellung von Recht selber massives Unrecht begehen. Kein humanitärer Zweck kann massiv inhumane Mittel heiligen. Militärische Handlungen, mit denen die direkte Tötung von Zivilisten beabsichtigt ist, sind nicht bloß politisch unklug, sondern rechtsethisch unzulässig. Aus diesem Grund unterstützen wir die Bedenken gegen eine humanitäre Intervention, die sich im Wesentlichen auf einen Luftkrieg beschränken will, und eher bereit ist, „Kollateralschäden“ an der Zivilbevölkerung zu akzeptieren als eigene Soldaten zu gefährden. Soll eine humanitäre Intervention berechtigt sein, dann nicht um der Rechthaberei, sondern ausschließlich um dem Recht zu dienen. Dazu gehört übrigens die Aufgabe, Vorsorge zu treffen, dass die Opfer des Unrechts, sobald die Macht der Täter gebrochen ist, nicht ihrerseits Unrecht begehen, also wiederholen, was wir aus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg kennen: eine „Privatjustiz“ großen Stils, nicht selten von Regierungen mitorganisiert und von den anderen „großzügig“ geduldet.

### III. Fünf Lehren

**L**assen sich aus den Gräueln im Kosovo und dem Versuch einer humanitären Antwort auf die Gräueltaten Lehren ziehen? Zumindest fünf Aspekte drängen sich auf:

1. Man muss sich eingestehen, schon im Vorfeld manches falsch gemacht zu haben. Für eine Detailanalyse ist hier nicht der Ort, wohl aber für eine Forderung: Eine Politik, die eine humanitäre Intervention in Erwägung zieht, ist zu einer besseren „Vorfeld-Politik“ verpflichtet.
2. Jede nichtöffentliche Gewalt bleibt eine Notlösung, die in die einzig legitime, die öffentliche Gewalt überführt werden muss, auf das zukünftig derartige Konflikte rechtsförmig unterschieden werden. Infolgedessen ist end-



lich eine internationale Rechts- und Friedensordnung zu errichten, und dabei geht man sinnvollerweise in zwei Stufen vor: Eine großregionale Ordnung Sorge in Europa für eine europäische, andernorts für eine afrikanische, eine amerikanische, eine asiatische und eine pazifische Ordnung: Und darüber hinaus errichte man eine globale Ordnung, die sich um all die Probleme kümmert, die zwischen den Großregionen auftauchen oder von vornherein überregionaler Natur sind. Denn ob der Nothelfende erfolgreich, halb erfolgreich oder erfolglos war – das Amt eines Weltpolizisten steht weder der NATO noch einem anderen Militärbündnis zu. „Polizei“ nennen wir nämlich eine Zwangsmacht, die im Namen einer öffentlichen Gewalt und nach strengen Regeln einer vorgegebenen Rechtsordnung agiert und gegen deren Einsatz, sofern er missbräuchlich oder mit falschen Mitteln oder auch nur unverhältnismäßig erfolgt, Rechtsmittel offen stehen. Ob Weltpolizei oder nur Europapolizei – ohne eine vorgegebene Rechtsordnung sind sie nicht, was der Name „Polizei“ suggeriert: das Instrument eines Rechtsstaates.

3. Im Rahmen der internationalen Rechtsordnung sind für eine humanitäre Intervention verbindliche Grundsätze zu verabreden. Dann erfahren sowohl Diktatoren als auch die Mitläufer deutlich genug, dass sie ihre Untaten nicht ungehindert fortsetzen dürfen, geschützt durch eine angeblich absolute Souveränität. Außerdem werden die etwaigen Nothelfer, die humanitär intervenierenden, an Regeln für ihr Eingreifen gebunden, sowohl an Regeln der Befugnis zum Eingreifen als auch an Regeln der legitimen Durchführung. Und die Regeln helfen, humanitäre Interventionen, wenn sie denn geboten sind, nicht deswegen zu verzögern, weil die Intervenierenden aufgrund unterschiedlicher strategischer Interessen sich lieber strei-

ten als zur Nothilfe schreiten. Nicht zuletzt finden sich andere Staaten aufgefordert, mit ihren Minderheiten „vernünftiger“ umzugehen, auf dass diese Staaten nicht das Schicksal Jugoslawiens erleiden: weder dessen Gräueltaten noch die humanitäre Intervention gegen die Gräuelt.

4. Eine humanitäre Intervention muss besser geplant durchgeführt werden: Man reagiere rascher und setze die vormilitärischen Sanktionen konsequenter durch, damit die Ultima Ratio, die Waffengewalt, in der Regel überflüssig wird.
5. Man bereite die Zeit danach vor und helfe vor allem beim Aufbau einer Rechtsordnung und einer Bürgergesellschaft mit. Den Aufbau primär wirtschaftlich zu verstehen, wäre nämlich ein ökonomistisches Missverständnis. Und wer hier von einem neuen Marshallplan spricht, sollte sich erinnern, was dieser tatsächlich war: gewiss kein Wiederaufbauversprechen für das kriegsverantwortliche Land, um die Deutschen zu beruhigen: „Wir bringen eure in Schutt und Asche gelegten Städte, Verkehrswege und Produktionsstätten danach rasch wieder in Ordnung.“ Die USA halfen keineswegs selbstlos. Sie wollten vielmehr, um eine zweite Weltwirtschaftskrise, namentlich eine Überproduktionskrise im eigenen Land zu verhindern, Europa als kräftigen Handelspartner wiederherstellen, außerdem die sowjetische Expansion bremsen, nicht zuletzt den eigenen politischen Einfluss in Europa erhöhen. Aus diesen Gründen richtete sich die Wirtschaftshilfe auch nicht etwa nach der Größe der Not. Vielmehr erhielten von den in Jahren 1948 bis 1952 bezahlten 13,37 Milliarden Dollar Großbritannien 3,18 und Frankreich 2,71 Milliarden Dollar, während nach Deutschland nur 1,39 Milliarden Dollar flossen. (Zum Vergleich: Der Lastenausgleich, der lediglich einen kleinen Teil der Wiederaufbaukosten

Westdeutschlands ausmachte, belief sich auf 127 Milliarden DM, also bei einem Umrechnungskurs von 1 \$ zu 4 DM auf mindestens das Zwanzigfache.)

Auch wenn wirtschaftliche Not politische Folgen hat – der Aufbau einer die Menschenrechte und die Minderheiten respektierenden Demokratie ist an wirtschaftlichen Wohlstand nicht gebunden. Anders sieht es mit einer Wirtschaftshilfe für die Opfer des Unrechts aus; sie ist allerdings an die Bedingung zu binden, dass die Opfer nicht zu Tätern werden und Revanche, sogar Rache üben. Die nach 1945 geübte „Privatjustiz“, sollte sich doch nicht wiederholen. Und vor allem verhält es sich mit einer „tödlichen Hinterlassenschaft“ anders: Sollte es zutreffen, dass allein in Serbien Tausende, vielleicht sogar Zehntausende nicht explodierter Splitterbomben liegen, die noch Jahre nach Ende der Intervention Zivilisten bedrohen, und dass auch das Kosovo und angrenzende Gebiete davon nicht verschont sind, so trägt der Intervenierende Mitverantwortung, die Bomben zu entschärfen. Und wenn er die Mitverantwortung von sich weist, so fällt auf die humanitären Zwecke seiner Intervention ein dunkler Schatten.

Die Bilanz aus den rechtsethischen Überlegungen ist einfach und schwierig zugleich: Der königliche Weg zu einer teils europäischen, teils globalen Rechts- und Friedensordnung führt nicht über die prachtvollen Boulevards wohlklingender Resolutionen, sondern über die steinigen Bergpfade von politischen Verhandlungen. Und deren Verhandlungsziel wird erst mit rechtsverbindlichen Verträgen erreicht, die durch staatsförmige oder staatsnahe Institutionen gesichert werden.

*Der Veröffentlichung zugestimmt durch das Präsidium des Zentralkomitees der deutschen Katholiken am 20. Januar 2000; veröffentlicht durch den Arbeitskreis am 24.02.2000 in Berlin*

## „Rücksichtsloser Krieg“

WEIHBISCHOF REINHARD MARX

*Russland hat im Krieg gegen Tschetschenien zwar nach eigenem Bekunden gesiegt, doch die Diskussion um die Brutalität und Rechtswidrigkeit mit der er geführt wurde, darf nicht verstummen. Vor allem nicht um der betroffenen Menschen willen und vor dem Hintergrund der voranstehenden Überlegungen zur Legitimation humanitärer Interventionen und zur Weiterentwicklung des Völkerrechts. In diesem Zusammenhang sind die Äußerungen des Vorsitzenden der katholischen Deutschen Kommission Justitia et Pax, Weihbischof Reinhard Marx, von grundsätzlichem Interesse. Er hatte am 22. November 1999 – also noch während der Kämpfe um Grosni – bei einer Pressekonferenz in Berlin dem Westen Untätigkeit vorgeworfen. AUFTRAG dokumentiert sein Statement:*

**E**rste Bemerkung: Der Krieg in Tschetschenien zeigt erneut, dass die internationale Politik dazu tendiert, immer erst dann intensiv aktiv zu werden, wenn die Schwelle zur offenen und massiven Gewalt überschritten ist. Möglichkeiten der Gewalt-Prävention, der De-Eskalation und der zivilen Konfliktbearbeitung werden oftmals nicht oder nur unzureichend genutzt. Die moderaten, verhandlungsbereiten und auf Gewaltverzicht ausgerichteten Kräfte auf Seiten der Konfliktgegner werden im Vorfeld bewaffneter Auseinandersetzungen meist ungenügend unterstützt. So begünstigt die internationale Politik eine Radikalisierung, die schließlich in die Gewalt mündet. Und wenn sie dann – auch angesichts der Fernsehbilder von Leichen und Flüchtlingselend – schließlich aktiv wird, hat sie die besten Chancen bereits verspielt, und oft bleiben nur noch schlechte Alternativen.

Nicht um nachzukarten und um unserer Politik ihre Fehler vorzuhalten, sondern damit aus den Defiziten die nötigen politisch-konzeptionellen Konsequenzen gezogen werden, muss darum auch im Falle des Tschetschenien-Dramas darauf hingewiesen werden, dass der Westen dem sich verschärfenden Konflikt viel zu lange mehr oder weniger tatenlos zugesehen und seine Einwirkungsmöglichkeiten viel zu wenig genutzt hat. Wenn Katastrophen wie die in Tschetschenien vermieden werden sollen, muss eine auf Prävention ausgerichtete Politik einen weit

größeren Stellenwert erhalten, als dies bisher der Fall ist.

**Z**weite Bemerkung: Die Kirche stellt sich eindeutig auf die Seite derjenigen, die die universale Geltung der Menschenrechte als eine wesentliche Grundlage für die Neuordnung der internationalen Beziehungen betrachten. In den letzten Jahren hat es dazu im internationalen Recht ja auch bereits wesentliche Anstöße und erste Klärungen gegeben. Die alte Doktrin von der uneingeschränkten Souveränität der Staaten hat bereits heute ihre Gültigkeit verloren. Wenn eine Regierung offenkundig und massiv die Menschenrechte verletzt, muss die Staatengemeinschaft tätig werden. Dies ist von den Grundlagen des Zusammenlebens in der Einen Welt her gefordert und stellt keine illegitime Einmischung in die inneren Angelegenheiten dar.

Richtig ist dabei natürlich, dass je nach der Beschaffenheit der Situation entschieden werden muss, in welcher Weise auf die Missachtung der Menschenrechte reagiert werden soll. Bekanntlich ist die Klugheit eine der Kardinaltugenden. Ebenso richtig aber ist: Es darf keine Double-Standards geben. Wer – wie zum Beispiel in der Kosovo-Auseinandersetzung – den Schutz der Menschenrechte sogar als Argument für eine militärische Intervention nimmt, der darf in einem anderen Fall nicht aus politischen Opportunitätserwägungen wegsehen, wenn Menschenrechte mit Füßen getreten werden. Die

internationale Gemeinschaft muss deshalb bereit sein, auch gegenüber einer Macht wie der Russischen Föderation eine deutliche Sprache zu sprechen und mit den gebotenen Mitteln auf eine Achtung der menschenrechtlichen Mindeststandards hinzuwirken.

**D**ritte Bemerkung: Die russische Regierung begründet ihre Kriegshandlungen in Tschetschenien mit der Notwendigkeit, dem Terrorismus Einhalt zu gebieten. Nach allem, was wir über die Kämpfe in Tschetschenien wissen, steht jedoch außer Frage, dass der russische Militäreinsatz das Prinzip der Angemessenheit der Mittel missachtet – und zwar in einem unerträglichen Maße. Der Einsatz von Militär, auch zum Zweck der Terroristenbekämpfung, darf niemals in Form eines rücksichtslosen Krieges gegen die Zivilbevölkerung durchgeführt werden. Dies widerspricht internationalem Recht ebenso wie elementaren Prinzipien der Friedensethik. Es gibt keine Rechtfertigung dafür, dass die russische Armee Dörfer und Städte zerstört, dass sie die Bevölkerung wahllos bombardiert und Hunderttausende von Menschen in die Flucht treibt.

Im übrigen wird man auch darauf hinweisen müssen, dass die russische Regierung mit ihrer Politik der verbrannten Erde die Solidarisierung zwischen bisher gemäßigten und gewaltbereiten Kräften faktisch befördert. So wird der Terrorismus nicht geschwächt, sondern eine Radikalisierung herbeigeführt, die sich schließlich in vermehrtem Terror entladen und die gesamte Kaukasusregion destabilisieren kann. Diese Art der Kriegsführung droht so diejenigen Gefahren noch zu verstärken, zu deren vermeintlicher Abwehr sie stattfindet.

**V**ierte Bemerkung: Wir stellen uns deshalb als Kirche an die Seite all derer innerhalb und außerhalb Russlands, die eine sofort

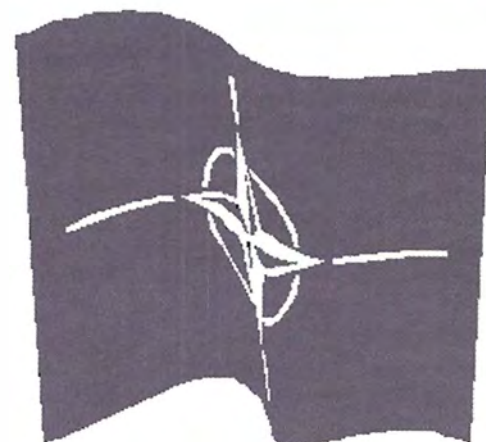
Fortsetzung auf Seite 39 u.



## SICHERHEITS- UND FRIEDENSPOLITIK

# Die „Neue NATO“ – bereit für das 21. Jahrhundert?

LUDWIG JACOB



## 1. Einleitende Bemerkungen zur Entwicklung

Das auf dem Washingtoner Gipfel am 24. April 1999, dem 50. Jahrestag der NATO-Gründung, verabschiedete neue Strategische Konzept ist das vierte in der 50-jährigen Geschichte der NATO. Es soll das sicherheitspolitische und strategische Grundsatzprogramm der NATO für das 21. Jahrhundert sein und es markiert einen deutlichen Wandel in dem Rollenverständnis und der Aufgabenstellung des Bündnisses.

Bei der Erarbeitung des Konzeptes fing die NATO allerdings nicht bei Null an. In ihren Gipfelerklärungen und Grundsatzdokumenten von 1996 und 1997 hat sie viel von der Substanz dessen, was das neue

Strategische Konzept ausmachen und leisten soll, bereits geschaffen. Besonders deutlich wurde das auf den 1996er-Gipfeln von Berlin und Brüssel, auf denen sich die NATO ein Zukunftsprogramm gegeben hat. Gleichmaßen war 1997 ein Jahr wichtiger Innovationen mit den Gipfelentscheidungen von Paris und Madrid über die Errichtung eines Euro-atlantischen Partnerschaftsrates (EAPR), der Verabschiedung der NATO-Russlandakte, der Ukraine-Charta und der Entscheidung über die Aufnahme von drei neuen Mitgliedern: Polen, Ungarn und Tschechische Republik.

Diese Veränderungen, die als die **äußere und innere Anpassung** („external and internal adaptation“) der Allianz bezeichnet werden, markierten den programmatischen Übergang zur „Neuen NATO“.

## 2. Das neue Strategische Konzept

Das neue Strategische Konzept vom 24. April 1999 fasst diese vorangegangenen Änderungen zusammen und verdichtet sie konzeptionell zu dem Kernbestand der politischen und strategischen **Neuausrichtung** des Bündnisses.

Dabei sind als unveränderliche Elemente erneut bestätigt worden:

- Das übergreifende Ziel der NATO: die Schaffung einer dauerhaft stabilen Friedensordnung in Europa mit den notwendigen Rechtsgarantien auf der Grundlage gemeinsamer Werte,
- die Aufrechterhaltung der transatlantischen Bindung, d.h. die Verknüpfung der Sicherheit Nordamerikas mit der Sicherheit Europas.

Als wichtigstes neues Element im Strategischen Konzept der NATO ge-

### Fortsetzung von Seite 38 „Rücksichtsloser Krieg“

tige Beendigung des Krieges in Tschetschenien und eine Rückkehr der russischen Regierung zur Politik verlangen. Die Führung in Moskau ist darüber hinaus dringend aufgefordert, angesichts des Elends der Zivilbevölkerung und besonders der unter bitterer Kälte und Krankheiten leidenden Flüchtlinge unverzüglich internationale Hilfsmaßnahmen zu ermöglichen und aktiv zu fördern. ... Zudem muss verhindert werden, dass der Konflikt im Nordkaukasus zu zusätzlichen Gewaltakten gegen tschetschenische Bürger führt, die in Russland außerhalb des Konfliktgebiets leben.

**F**ünfte Bemerkung: Die Staaten der OSZE haben bei der Istanbul-Konferenz vor wenigen Tagen deutliche Worte der Kritik an der russischen Tschetschenien-Politik gefunden. Auch der deutsche Kanzler hat sich einer klaren Sprache bedient. Das ist gut so, und dafür sind wir dankbar. Das Treffen in Istanbul ist aber nur dann etwas anderes und mehr als eine Beruhigungsveranstaltung für eine zunehmend irritierte westliche Öffentlichkeit, wenn jetzt auch eine konsequente Politik betrieben wird. Gute Worte sind zwar auch Taten, aber den guten Worten von Istanbul müssen weitere Taten folgen.

Das bedeutet zum einen, dass die Staatengemeinschaft alle Möglich-

keiten des Dialogs mit der russischen Regierung und die Chancen diplomatischer Einflussnahme nutzen muss. Das Vermittlungsangebot der Europäischen Union ist hier ein erster wichtiger Schritt. Bei den diplomatischen Bemühungen muss – zweitens – die Ernsthaftigkeit des internationalen Engagements eindeutig gemacht werden. Trotz aller berechtigten Sorge um die Stabilität Russlands sollte deshalb die Frage der zur Bewilligung oder Auszahlung anstehenden Weltbank-Kredite nicht tabuisiert werden. Die internationale Gemeinschaft hat die moralische Verpflichtung, Russland angesichts seiner massiven inneren Krise zu

Fortsetzung auf Seite 40 u.

winnt vor allem die Befähigung zur Krisenbewältigung und Nothilfe in einem politisch und geographisch erweiterten Raum zunehmend an Bedeutung.

## 2.1 Führung im Bündnis

Die USA bleiben als Führungsmacht der NATO auch zukünftig unverzichtbar – auch wenn sich die Europäer verstärkt um eine eigene sicherheitspolitische Identität bemühen wollen. Dahinter steht das Problem, wie bei einer zunehmend unilateralistischen Politik der USA, die deutlicher die eigenen nationalen Interessen in den Mittelpunkt stellt, die Frage nach dem Kräfteverhältnis innerhalb des Bündnisses gelöst werden soll. Sollen die europäischen NATO-Staaten längerfristig auf eigene militärische Handlungsfähigkeit zielen oder soll diese Fähigkeit vorrangig im Rahmen und unter Kontrolle der USA in der NATO implementiert werden?

Das strategische Konzept lässt erkennen, dass die von den Europäern angestrebte größere Eigenständigkeit, die so genannte **Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI)**, sich (noch?) im Rahmen der NATO vollziehen soll (d.h. Aktionen nur mit Zustimmung des NATO-Rates). NATO und WEU (Westeuropäische Union) arbeiten seit langem daran, europäisch geführte Operationen unter Nutzung

von Mitteln und Kräften der Allianz – ohne die Notwendigkeit von Doppelstrukturen – möglich zu machen (Stichwort: „separable but not separate“).

Europa wird sein Ziel, gleichberechtigter Partner der USA zu werden, jedoch nur dann erreichen, wenn es mehr Verantwortung und Lasten für die gemeinsamen euro-atlantischen Interessen übernimmt. Das kostet viel Geld. Hierzu haben sich die Regierungschefs in der „Washingtoner Deklaration“ vom 24. April 1999, sowie auf dem EU-Gipfel in Köln im Juni 1999 ausdrücklich verpflichtet: *„Wir verpflichten uns, unsere Verteidigungsfähigkeiten zu verbessern, um das ganze Spektrum der Bündnisaufgaben des 21. Jahrhunderts erfüllen zu können.“* Neben den Problemen, die durch die unterschiedlichen Mitgliedschaften in EU, WEU und NATO zu lösen sind, bleibt vor allem die Frage, wie diese Vorhaben bei sinkenden oder bestenfalls stagnierenden Verteidigungshaushalten finanziert werden sollen?

## 2.2 Sicherheitspolitisches Umfeld – strategische Perspektiven

Seit nunmehr fast zehn Jahren nach dem zeithistorischen Umbruch in Europa, befinden wir uns noch mitten in einem tief greifenden Wandel mit globalen Auswirkungen. An die Stelle der konkreten Bedrohung

sischen Bevölkerung nur dann Glaubwürdigkeit gewinnen können, wenn außer Zweifel steht, dass es sich nicht um einen Konflikt zwischen dem Westen und Russland handelt und dass es um nichts anderes geht als um eine Wiederherstellung des Friedens und um die Achtung der Menschenrechte. Ganz sicher liegt hier eine wesentliche Verpflichtung der Regierungen. Nicht weniger aber auch eine Verantwortung von Kirchen und zivilgesellschaftlichen Organisationen in Russland und im westlichen Europa. Gerade in dieser Stunde sind wir gefordert, die Kontakte nicht abreißen zu lassen und ein glaubwürdiges Zeugnis für die gemeinsamen Werte und Überzeugungen abzugeben.“

(KNA-Dokumentation 53/23.11.1999)

durch die frühere Sowjetunion ist heute ein komplexes Bündel schwer kalkulierbarer Risiken und Herausforderungen getreten, deren Wurzel in den vielfältigen Spannungs- und Konfliktpotentialen in einzelnen Ländern und Regionen liegen. Dabei sind politisch-historische, ökonomische, ethnische und militärische Konfliktelemente eng miteinander verwoben und die daraus entstehenden Krisen sind weder nach Ort, Zeit oder Intensität vorherzubestimmen oder regional eindeutig einzugrenzen.

Große Zurückhaltung ist jedoch gegenüber den Vorstellungen geboten, jede transnationale, nichtmilitärische Gefährdung, wie etwa Terrorismus oder Drogenschmuggel in den Aufgabenkatalog der NATO aufzunehmen. Zu den militärischen Risiken gerechnet würden sie zu einem „Problem-Overkill“ führen und in der Folge zu einer realitätsfremden Optionsverengung der Politik. Eine strategische Bedrohung der NATO existiert heute nicht und ist auch auf längere Sicht auszuschließen – trotz der berechtigten Sorge um die Verhinderung einer Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und Trägertechnologien.

Es ist vielmehr darauf zu achten, dass die hohe und ständig wachsende militärische Überlegenheit der USA/NATO gegenüber allen anderen Staaten bei diesen nicht ein Empfinden zunehmender Unsicherheit produziert, aus dem heraus dann der Anreiz zur Entwicklung „unkonventioneller“ Kriegführungsoptionen entspringt. Gerade aus jüngster Vergangenheit sollte hier die Erkenntnis noch wirksam sein, dass im Bereich der nuklearen Abschreckung eine „hyper-trophe“ Rüstung kein Mehr an Sicherheit gebracht hat.

## 2.3 Erweiterung des Aufgabenspektrums

Eine weiterer Neuansatz ist die Erweiterung des Aufgabenspektrums der Allianz. Während die kollektive Verteidigung in einem geographisch begrenzten Raum im Sinne der Artikel V u. VI des NATO-Vertrages in der Vergangenheit den Kern der Bündnisaufgaben ausmachte, so geht es jetzt zunehmend um „multifunktionale Friedensmissionen“ („Non-Article V“-Aufgaben) in einem er-

### Fortsetzung von Seite 39

unterstützen – auch finanziell. Aber es darf der Führung in Moskau nicht erlaubt werden, die internationale Gemeinschaft mit der Schwäche des eigenen Landes und mit der Angst vor dem Chaos zu erpressen.

**S**echste und letzte Bemerkung: In allen künftigen Konflikten wird die Glaubwürdigkeit des Einsatzes der demokratischen Staaten für die Menschenrechte nicht zuletzt davon abhängen, ob auch gegenüber einem bedeutenden Land wie Russland im entscheidenden Moment eine unzweideutige Position eingenommen wird. In der jetzigen Auseinandersetzung wiederum wird die internationale Politik bei der rus-



weiterten geographischen Raum zur Stabilisierung und Durchsetzung des Friedens unter Einbeziehung von Nicht-Bündnisnationen. Die praktische Erprobung dieser „variablen Sicherheits-Geometrie“ erfolgt in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo, wo es um die Sicherung von Friedens- und Waffenstillstandsvereinbarungen **außerhalb** des traditionellen Bündnisgebietes in enger Kooperation mit anderen Organisationen (auch zivilen Nicht-Regierungs-Organisationen) geht und wo russische und andere Nicht-NATO-Soldaten als Partner bei dieser Mission erfolgreich zusammenwirken.

Die enge Fixierung der letzten 50 Jahre auf die militärischen Aspekte von Sicherheit tritt somit erkennbar in den Hintergrund, während im Rahmen der „erweiterten Sicherheit“ als neue Herausforderungen in den Vordergrund treten: regionale und überregionale Vertrauensbildung, Krisenmanagement außerhalb der bisherigen Bündnisgebietes, Bewältigung humanitärer und ökologischer Katastrophen sowie die Unterstützung von Friedensbemühungen in Bürgerkriegsregionen.

Das Ziel der NATO ist es, Risiken dadurch „auf Distanz zu halten, dass potentiellen Krisen in einem frühen Stadium begegnet wird“. Ein grundsätzliches Problem dabei ist jedoch, dass Demokratien und auch internationale Institutionen weniger präventiv, sondern erst auf akuten Entscheidungsdruck hin bereit sind zu handeln – wie es auch im Falle Kosovo geschehen ist.

Krisenbewältigung darf dann auch nicht (wie im Kosovo) primär auf ihre militärischen Dimension reduziert werden, sondern verlangt einen umfassenden politischen und wirtschaftlichen Ansatz.

Hierauf weist die NATO in ihrem neuen Konzept besonders hin, indem sie für den erfolgreichen Umgang mit Risiken **politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen klare Priorität** einräumt. Militärische Maßnahmen können selbst keinen Frieden stiften, sie können aber die Voraussetzungen für politische Friedensregelungen schaffen. Die Kosovo-Mission zeigt täglich, dass die eigentlichen Probleme der Friedensschaffung erst nach dem Ende der „heißen“ Konfliktphase zu lösen sind.

Die erst 1994 durch die NATO geschaffene Möglichkeit, von der UNO oder der OSZE autorisierte, „friedensunterstützende“ militärische Interventionen durchzuführen, wird im neuen Konzept von der **zwingenden** Voraussetzung eines Mandates der UNO faktisch entkoppelt, auch wenn die Rolle der UNO und der OSZE – auf europäisches Drängen hin – hervorgehoben wird: *„Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen trägt die primäre Verantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit und leistet in dieser Eigenschaft einen entscheidenden Beitrag zu Sicherheit und Stabilität im euro-atlantischen Raum“*, so das neue Strategische Konzept. Die Wortwahl „*primäre Verantwortung*“ entspricht zwar den Formulierungen von UN-Charta und NATO-Vertrag muss aber im Zusammenhang mit der Feststellung, dass die UN nur „*ein(en) entscheidenden Beitrag*“ und nicht „*den*“ entscheidenden Beitrag für den Frieden in der Welt leistet, so verstanden werden, dass die NATO sich damit die Option offen hält, in bestimmten Situationen, Vorrang vor den Vereinten Nationen zu reklamieren – auch wenn sie im Regelfall bereit sein dürfte, Krisenmanagement „*unter der Autorität des UN-Sicherheitsrates oder der Verantwortung der OSZE*“ zu praktizieren.

Die Mehrheit der europäischen Staaten – dies machte die Haltung der europäischen Regierungen im Fall Kosovo deutlich – ist zwar bereit, in ganz speziellen Fällen NATO-Einsätze ohne UN-Mandat mit zu tragen, besteht aber in der Regel auf einem Mandat als völkerrechtliche Legitimation. In dieser völkerrechtlich umstrittenen Frage besteht vor allem in Deutschland, wo völkerrechtliche Bestimmungen Verfassungsqualität haben, noch grundsätzlicher Klärungsbedarf – nicht zuletzt zur Entlastung unserer Soldaten.

Im Strategischen Konzept wird der Krieg um den Kosovo von der NATO zum Musterbeispiel für die Krisenbewältigungseinsätze des Bündnisses erklärt – eine Bewertung, die erkennbar den Auffassungsstand nach weniger als 30 Tagen des Kosovo-Krieg reflektiert und nicht den nach über 70 Tagen Luftkrieg im Juni 99, als sich die NATO

in der Frage des Einsatzes von Bodentruppen auf eine ernste innere Zerreißprobe zubewegte und die Einschaltung Russlands unvermeidbar wurde. Bereits im Sommer 99 ist daher auch die US-Außenministerin Madeline Albright erkennbar von dem „exemplarischen“ Charakter dieser Krisenintervention der NATO im Kosovo abgerückt.

## 2.4 Erweiterung der Mitglieder

Ohne über zukünftige Rolle und Aufgaben des Bündnisses innerhalb der 16 Mitglieder zu einem Grundkonsens gelangt zu sein und die inneren Reformen zum Abschluss gebracht zu haben, erfolgte der Beschluss zur NATO-Erweiterung bereits auf dem NATO-Gipfel von Madrid am 08./09. Juli 1997.

Die Begrenzung der Beitrittskandidaten auf Polen, Ungarn und Tschechien entsprach einem vorrangigen US-Interesse und wurde ohne Konsultationen mit den europäischen Bündnispartnern und gegen die Vorstellungen Frankreichs durch den US-Präsidenten Bill Clinton verkündet.

Diese Erweiterung verfolgt das offizielle Ziel, die „*Stabilitätszone des Westens weiter nach Osten auszuweiten*“, ohne dadurch jedoch das Sicherheitsproblem der 12 anderen Staaten im Mittel- und Osteuropäischen Raum lösen zu können. Die Entscheidung über die Aufnahme von neun weiteren beitragswilligen Kandidaten (u.a. Slowenien, Rumänien, Bulgarien, Baltische Staaten) in einer zweiten oder dritten Runde soll zwar erst im Jahr 2001 fallen, eine bündnisinterne Diskussion oder ein Konzept über die politische Gestaltung dieses Erweiterungsvorhabens gibt es bisher jedoch nicht. Die Frage, ob die Erweiterung auch ein Mehr an Sicherheit für alle bringt, wird dabei davon abhängen, ob es gelingt, die grundsätzliche russische Gegnerschaft durch das Angebot weiterer kompensatorischer Einflussmöglichkeiten kleinzuverhandeln. Das bisherige Angebot in Form des NATO-Russland Rates erfüllt nach russischer Auffassung nur sehr unzureichend die russische Zielsetzung eines vollen Mitspracherechtes in allen Angelegenheiten äußerer Sicherheit in Europa.

Die Notwendigkeit, Russland in die Verhandlungen über die Beendigung des Kosovo-Krieges miteinzubeziehen, hat noch einmal deutlich gemacht, dass Russland aus den Sicherheitsfragen Europas nicht ausgeklammert werden kann. Auch diese Erkenntnis wird in der Strategie jedoch noch nicht ausreichend reflektiert: Die neue NATO-Strategie schreibt das Verhältnis NATO – Russland aus der Zeit vor dem Kosovo-Krieg fort. Dies entspricht nicht mehr der realen Situation. Die Frage, ob Sicherheit in Europa primär Sicherheit mit Russland oder Sicherheit vor Russland bedeutet, bleibt auf der Tagesordnung – mit deutlichen Unterschieden in der europäischen und amerikanischen Akzentsetzung.

## 2.5 Erweiterung des geographischen Raumes

Das Ziel der Allianz ist und bleibt eine dauerhafte Friedensordnung für ganz Europa – ein „Europe whole and free“. Dieser politische Ansatz zielt in seiner Gesamtheit auf Sicherheit und Stabilität in und für Europa als Ganzes.

Im Vergleich zu dem Strategischen Konzept von 1991 zeigt sich hier eine wichtige Änderung: Während das Konzept von 1991 nur von Europa sprach, impliziert im neuen Konzept die Formulierung in und für Europa, die mit dem auffällig häufig erwähnten Euro-atlantischen Sicherheitsraum korrespondiert, eine geographische Aufweitung, die den Raum des 1997 geschaffenen Euro-atlantischen Partnerschaftsrats ins Blickfeld nimmt, dem 44 europäische, nordamerikanische sowie auch mittelasiatische Staaten angehören.

Darüber hinaus stellt die NATO fest: „Die Sicherheit in Europa ist mit der Sicherheit und Stabilität im Mittelmeerraum eng verknüpft.“ Die neu geschaffene Mittelmeerkoooperationsgruppe, zu der bereits Ägypten, Israel, Jordanien, Marokko, Tunesien und Mauretanien gehören, macht deutlich, dass der bisherige begrenzte regionale Rahmen des NATO-Gebietes endgültig überholt ist. Maßstab für das Handlungsprofil wird deshalb in Zukunft weniger die geographische Eingrenzung sondern zu-

nehmend die funktionale Zweckbestimmung der NATO sein.

Dieser Ansatz entspricht auch der Art der zu bewältigenden sicherheitspolitischen Risiken der Zukunft: Bedrohungen, z.B. durch Massenvernichtungswaffen in den Händen von Staaten im und um den euro-atlantischen Sicherheitsraum sowie sicherheitsgefährdende Aktionen nicht-staatlicher Akteure, erfordern – so die Allianz – „den globalen Kontext zu berücksichtigen“. Damit mutiert die NATO faktisch zu einer eurasisch-atlantischen Sicherheitsagentur, deren Sicherheitsinteressen, wie die US-Außenministerin Madeleine Albright es beschreibt „more than continental, but not global“ sind.

Diese Ausweitung stößt bei den Bündnispartnern jedoch nicht überall auf Zustimmung. Die meisten europäischen Staaten sehen – im Gegensatz zu den USA – in der NATO vornehmlich ein regionales Ordnung- und Interventionsinstrument, nicht aber einen kontinentalübergreifenden Akteur.

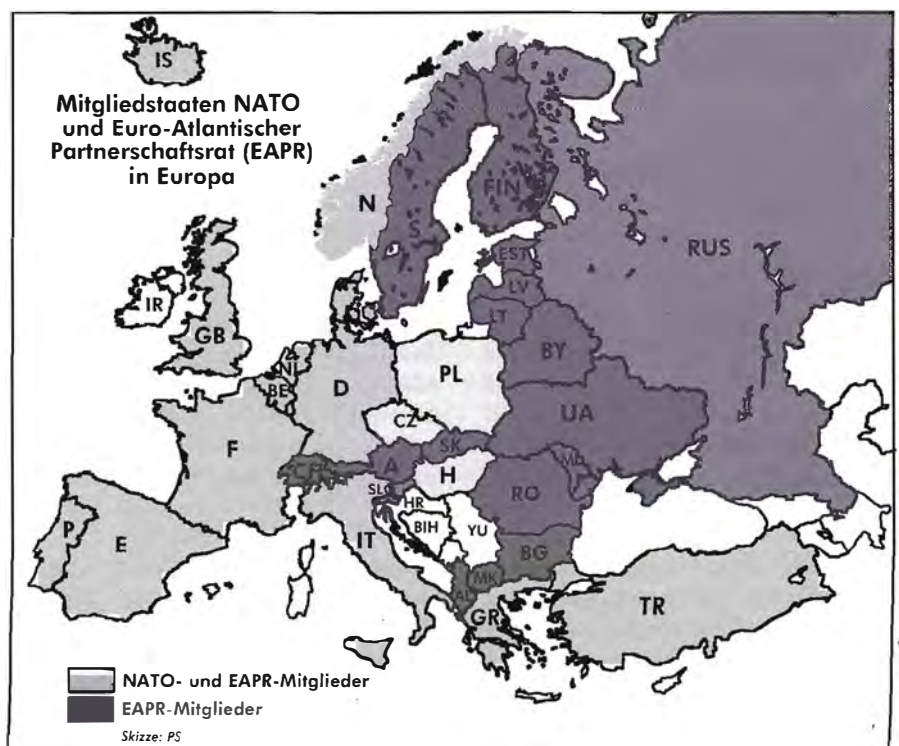
## 3. Nukleare Waffen

Das 1991 auf dem NATO-Gipfel in Rom verabschiedete strategische Konzept signalisierte eine deutliche Abwendung von der umstrittenen nuklearen Eskalationsstrategie der

„Flexible Response“, wobei die seit 1988 (Mittelstreckenabrüstungsabkommen) laufende Entfernung von ca. 93% aller taktischen und operativen Nuklearwaffen aus Europa dieser Strategie auch weitgehend ihre instrumentelle Basis verloren hat.

Das Strategische Konzept von Washington weist nun den ganz wenigen in Europa verbliebenen sub-strategischen Systemen (Flugzeugbomben B-61) wieder ganz im Sinne der vergangenen Eskalations-Strategie der „Flexible Response“ die Funktion eines „Bindegliedes“ zu den strategischen Systemen der USA zu. Eine im Bündnis verabschiedete nuklearkonzeptionelle Grundlage dafür oder aber ein europäisches Mitspracherecht in dieser Sache gibt es bisher jedoch nicht.

Obwohl kaum diskutiert liegt hier jedoch ein ganz entscheidender „Knack“-Punkt der Strategie, denn es ist davon auszugehen, dass für die NATO-Macht USA die – auch in den USA umstrittene – neue Einsatzdoktrin für Nuklearwaffen auf der Grundlage der PDD 60 (Presidential Directive) von 1997 gelten wird, die die Option eines Nuklearwaffeneinsatzes auch gegen Nicht-Nuklearstaaten („rouge states“) offen hält. Als Konsequenz wurde im Dokument auch die Doktrin eines möglichen Ersteinsatzes nicht angetastet, wie sie noch vor einigen Monaten von deut-





scher aber auch kanadischer Seite in Frage gestellt worden war.

Diese Abstützung auf strategisch und politisch äußerst kritisch zu bewertende nukleare Optionen wird umso korrekturbedürftiger, je mehr die geostrategischen Verschiebungen im Zuge der Erweiterung des Sicherheitsraumes die NATO begünstigen und die NATO auch auf konventionellem und vor allem technologischem Gebiet eine wachsende Überlegenheit über russische und andere Streitkräfte gewinnt. Eine nach dem Prinzip der „ambiguity“ entworfene Nuklearstrategie erschwert die Bemühungen um nukleare Abrüstung und schafft neue Unsicherheiten. Hier besteht also weiterhin dringender Reformbedarf, um dem immer wieder durch die amerikanischen Präsidenten Reagan und Bush verkündeten Ziel, „to render nuclear weapons impotent and obsolete“ näher zu kommen.

Die auch im Atomwaffensperrvertrag enthaltene Selbstverpflichtung der großen Nuklearmächte zu umfassender Abrüstung ist bis heute nur unzureichend eingelöst worden. Sowohl Indien wie auch Pakistan ziehen aus dieser Tatsache einen wesentlichen Teil ihrer Legitimation zur Fortsetzung ihrer nuklearen Aufrüstung. Somit bedarf es keiner großen Weitsicht, das Auftauchen neuer nuklearer Mächte vorauszusagen.

Die meisten nicht-nuklearen europäischen Staaten schauen daher besorgt auf die Perspektiven nuklearer Abrüstung und nuklearer Nichtverbreitung. Sie sind der Auffassung, dass die Rolle nuklearer Waffen in der NATO weiter reduziert werden kann. Die Rolle dieser Waffen muss auf das „letzte Mittel der Abschreckung“ beschränkt bleiben; durchaus im Sinne und Kontext, den der Internationale Gerichtshof 1996 allein als noch legal bezeichnen wollte: „Den Fall einer existenziellen Bedrohung eines Staates“.

Im Übrigen ist für Europa in diesem Zusammenhang wesentlich, dass die weiterhin bestehende, ausschließlich nationale Verfügungsgewalt über Nuklearwaffen (USA, England, Frankreich) mit der schon jetzt im Zuge der stärkeren Europäisierung der NATO avisierten europäischen Verteidigungsidentität kaum noch und mit einer in die EU inte-

grierten europäischen Außen- und Sicherheitspolitik nicht mehr zu vereinbaren sein wird.

#### 4. Zusammenfassung und Ausblick

Im Gegensatz zum Strategischen Konzept von 1991, das grundlegende Prinzipien für eine voraussehbare Übergangszeit zu formulieren suchte, orientieren sich die Dokumente des Washingtoner NATO-Gipfels und insbesondere das neue Strategische Konzept der NATO im Wesentlichen an den Allianzbeschlüssen und -diskussionen der Jahre 1991 bis 1998.

Die Strategie der Allianz versucht das gesamte Spektrum von Risiken und möglichen Bedrohungen aber auch der Entwicklungschancen für die Sicherheit und Stabilität Europas in einer Kombination aus Dialog und Kooperation einerseits sowie militärischer Sicherheitsvorsorge und Fähigkeit zur Krisenbewältigung andererseits abzudecken. Das Bündnis hat dabei die regionale Eingrenzung der alten NATO weitgehend abgestreift, ohne jedoch die Rolle eines „global Players“ anzustreben.

Der Wandlungsprozess der NATO ist noch nicht abgeschlossen, in seinem Mittelpunkt stehen weiterhin Fragen wie z.B.:

- welche Rolle die NATO in der euro-atlantischen Sicherheitsstruktur anstreben soll,
- wie die NATO ihr Verhältnis zur EU, OSZE und UNO definieren soll,
- mit welchen Partnern die NATO für welche Werte und Interessen und
- gegen welche Risiken oder Bedrohungen sie mit welchen Mitteln agieren will, um Recht, Frieden und Wohlstand weiterhin zu sichern und zu fördern?

Wird also die NATO in Zukunft aus ihrer traditionellen Rolle eines regionalen Verteidigungsbündnisses herauswachsen und sich zu einer multifunktionalen pluralistischen Sicherheitsagentur (im Sinne einer kollektiven Sicherheitsorganisation) wandeln – als Beratungs-, Koordinations- und Aktionsforum für ein brei-

tes Spektrum zukünftiger Sicherheitsfragen, die gleichermaßen Konfliktverhütung wie Krisenbewältigung und Konfliktnachsorge umfassen?

Ansätze hierzu sind festzustellen, ohne dass bisher jedoch die wichtigen Erkenntnisse und Erfahrungen aus dem Kosovo-Krieg umfassend ausgewertet und verarbeitet worden sind. Die im Verlaufe des Kosovo-Krieges deutlich gewordenen Defizite in dem politischen, strategischen und auch militärischen Konfliktmanagement der NATO werden eine erneute Weiterentwicklung von Strategie, Strukturen und Verfahren initiieren.

Als wichtigster Punkt steht jedoch noch eine Auseinandersetzung mit den politischen und ökonomischen Kosten und Folgen dieses Krieges aus. Die NATO ist faktisch Protektormacht im Kosovo geworden, d.h. sie ist verantwortlich für Sicherheit, Ordnung und Wohlergehen der Bürger. Diese Aufgaben überfordern die Kfor im Kosovo, erneute Gräueltaten sowie als Folge der Auszug von 170.000 Serben aus dem Kosovo können so nicht verhindert werden.

Für diese Art von friedensschaffenden Missionen muss eine völlig neue Struktur unter Einschluss von Polizeikräften und Administrationfachleuten entwickelt werden – entweder im Rahmen einer funktional erweiterten NATO oder in ganz enger Kooperation mit anderen Organisationen (im humanitären Bereich auch mit Nicht-Regierungsorganisationen (NGO's)).

Deutlich wird, dass keine der hier aufgeworfenen Fragen in kurzer Zeit und abschließend beantwortet werden wird. Das verabschiedete strategische Konzept markiert erkennbar die Grenzen einer gemeinsam getragenen Politik der NATO-Mitglieder. Die großen Anstrengungen, während des Kosovo-Krieges „das Bündnis zusammenzuhalten“ (US-SecDef Cohen) haben auf beiden Seiten des Atlantiks ihre Spuren hinterlassen. Eine neuerliche Überprüfung der Politik und Strategie des Bündnisses nach der Wahl und Einarbeitung des neuen amerikanischen Präsidenten wird daher sehr wahrscheinlich. □

## Streitkräfte, Ökonomie und Europäische Sicherheit

Das Forschungsinstitut für Militärökonomie und angewandte Konversion (FIMÖK) mit Sitz in Berlin ist ein typisches Produkt der deutschen Einheit. Am 22.06.1991 wurde das FIMÖK durch die Gesellschaft für Militärökonomie e.V. im Rahmen eines internationalen Seminars in Berlin-Grünau gegründet. Beschleunigt hatte den Prozess der Vereinigung die Tatsache, dass Militärökonomien in beiden Teilen Deutschlands die Literatur der jeweils anderen Seite schon früher zur Kenntnis genommen hatte.

Militärökonomie befasst sich mit den komplexen Fragen, die das Wechselspiel zwischen dem Ökonomischen, dem Militärischen und den Sicherheitserfordernissen heute hervorbringt.

Das wissenschaftliche Arbeitsprinzip des ersten Vorsitzenden und heutigen Ehrenvorsitzenden der Gesellschaft für Militärökonomie, Generalmajor a.D. Dr. rer. pol. Johannes Gerber, lautete: „Man untersuche gründlich die gesellschafts- und sicherheitspolitischen Verhältnisse, analysiere realitätsgerecht und lagebezogen die militärischen Notwendigkeiten, überprüfe vorurteilsfrei sowie mit Sachkenntnis die ökonomischen Gegebenheiten und komme dann zu begründeten Aussagen“.

Johannes Gerber, der Nestor der deutschen Militärökonomie, stellte dem FIMÖK bei seiner Gründung folgende Aufgaben:

- Vertiefung des wissenschaftlichen Vorlaufs auf dem Gebiet der Konflikt- und Sicherheitstheorie.
- Makroökonomische Untersuchungen (Rüstungswirtschaft, Rüstungsproduktion und Strukturpolitik, internationale Rüstungszusammenarbeit, Ökonomie der Abrüstung/Konversion, Logistik).
- Mikroökonomische Untersuchungen, speziell zum Wirtschaftlichkeitsprinzip in den Streitkräften.
- Durchführung von Aus- und

Weiterbildung.

- Dokumentation und Publikation als Sachbeitrag für politische Meinungsbildung.

Dieser Publikationsaufgabe kommt die Gesellschaft für Militärökonomie nun mit dem von Prof. Dr. sc. oec. Siegfried Schönherr aus Anlass des 80. Geburtstags von Generalmajor a.D. J. Gerber herausgegebenen Band „Streitkräfte, Ökonomie und Europäische Sicherheit“ nach.

### Militärökonomie

*Teil der Betriebswirtschaftslehre, „Lehre von den Kostenwirksamkeiten militärischer Entscheidungen. Sie versteht sich als praktisch angewandte Wissenschaft und hat die Aufgabe, aktiv zur Lösung ökonomischer Probleme in Streitkräften beizutragen. Dabei bedient sie sich eines entscheidungs- und systemorientierten Ansatzes.“*

(Walpuski, G./Wolf, D.O.A.: Einführung in die Sicherheitspolitik, München/Wien 1975, S. 201f.)

Mit ihm nimmt die Gesellschaft zu drängenden militärökonomischen Fragen der gegenwärtigen Entwicklung Stellung. In 26 Beiträgen werden von prominenten Politikern, Ökonomen, Militärs, Wissenschaftlern, Verwaltungsspezialisten und Sicherheitsfachleuten aktuelle Themen im Spannungsfeld und Wechselspiel von Sicherheitspolitik, Wirt-

schaftsentwicklung, Sicherheitserfordernissen, Streitkräfteauftrag und -entwicklung sowie Rüstungswirtschaft untersucht.

Obwohl in der vorliegenden Schrift nicht die gesamte Bandbreite militärökonomischer Thematik behandelt werden konnte, stellt die Vielfalt der Autoren sicher, dass der Leser unterschiedliche politische Standpunkte vorfindet, konträre wissenschaftliche Meinungen aufeinanderstoßen, Fachleute sowohl aus dem

In- und Ausland als auch aus den alten und neuen Bundesländern sowie gestandene Wissenschaftler und nachdrängende jüngere Spezialisten zu Wort kommen.

Es ist zu hoffen, dass in einer Zeit großer gesellschaftlicher Umbrüche, die auch vor der Bundeswehr nicht Halt machen, die wichtigen Aussagen der Militärökonomien gehört werden. Sie können als eine Art Kompass auf dem Weg zu einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union Verwendung finden. (PS)

Siegfried Schönherr (Hrsg.): *Streitkräfte, Ökonomie und Europäische Sicherheit*. Verlag der Gesellschaft für Militärökonomie e.V. Dachau, 1999. 327 S., broschiert. □

### KURZ NOTIERT

#### Unicef: Zwei Millionen Kinder in Kriegen gestorben

Jedes Jahr sterben nach Angaben der Kinderhilfsorganisation Unicef zwölf Millionen Kinder vor ihrem fünften Geburtstag an leicht vermeidbaren Krankheiten. Zehn Jahre nach Verabschiedung der UN-Kinderrechtskonvention würden immer noch weltweit Millionen Kindern elementare Grundrechte wie das Recht auf Überleben vorenthalten. 130 Millionen Kinder gingen nicht zur Schule, weil es in ihrem Land keine Schulpflicht gebe. Zwei Drittel von ihnen seien Mädchen. 250 Millionen Kinder würden wirtschaftlich ausgebeutet.

Unicef beklagt, Kinder litten besonders unter bewaffneten Konflikten. In den 90-er Jahren seien rund zwei Millionen Minderjährige in Kriegen gestorben. Rund 300.000 Kinder würden als Soldaten missbraucht. Nach Schätzungen verdienen kriminelle Banden mit Kinderprostitution und -pornografie jedes Jahr rund fünf Milliarden Dollar. – Die UN-Kinderrechtskonvention wurde am 20.11. 1989 von der UN-Vollversammlung verabschiedet. 191 Staaten ratifizierten sie, nicht jedoch Somalia und die USA. (KNA)



# Deutliche Fortschritte bei der Koordinierung von Erdbebenhilfe durch die Vereinten Nationen

KLAUS LIEBETANZ

In der Zeit vom 9. bis 12. Dezember 1999 fand an der THW-Schule Neuhausen bei Stuttgart unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen eine vom Auswärtigen Amt gesponserte Auswertetagung zu den schweren Erdbeben in der Türkei und auf Taiwan statt. Insgesamt nahmen 134 Experten aus 38 Ländern teil. Chairman der Veranstaltung war der stellvertretende Direktor des THW, Dietrich Löpke, der zugleich Vorsitzender der Regionalgruppe Afrika/Europa der „International Search And Rescue Advisory Group“ (INSARAG) ist. Wesentliches Ergebnis war, dass sich die Koordinierungsmechanismen der Vereinten Nationen seit dem verheerenden Erdbeben im Dezember 1988 in Armenien deutlich verbessert haben.

## Ausmaß und Größe des IZMIT-Erdbebens

Am 17. August 1999 wurde die Türkei in der Marmara-Region um die Stadt Izmit von einem der schwersten Erdbeben des Landes mit 7.4 auf der Richter Skala heimgesucht. Das Zerstörungsgebiet lag im Industriegebiet des Landes, umfasste ca. 60.000 km<sup>2</sup> und erreichte damit fast die Größe von Bayern. Es starben ca. 17.300 Personen und 44.000 wurden verletzt. Rund 244.000 Häuser wurden in Mitleidenschaft gezogen (davon waren ca. 66.000 Totalschaden). Insgesamt wurden ca. 250.000 Personen obdachlos. Dieses Erdbeben ist in Intensität und Ausmaß mit dem in Armenien vom 7.12.1988 zu vergleichen.

## Landeseigene Anstrengungen im Anfangschaos

Stärke und Ausmaß des Erdbebens vom 17. August 1999 trafen Regierung und Bevölkerung völlig unerwartet, zumal die Industrieregion um Izmit als nicht besonders erdbebengefährdet galt. Selbst das erdbeben-erfahrene Innenministerium brauchte über einen Tag, um sich über die genaue Größe und Intensität des Schadensgebietes eine Übersicht zu

verschaffen. Der Ausfall der üblichen Kommunikationsmittel, wie Telefon, Handys usw. erschwerte zusätzlich die Erkundung. Viele Entscheidungsträger vor Ort und ihre Familien waren selbst betroffen und mit Selbsthilfemaßnahmen befasst. Die Zufahrtsstraßen zu den Schadensgebieten waren bald verstopft, weil ein nicht geringer Teil der Bevölkerung aus Furcht vor Nachbeben die Schadensregion mit dem Auto verlassen wollte. Zunächst versuchten die unmittelbaren Nachbarn und Familienangehörige mit einfachen Geräten und oft mit bloßen Händen, die geliebten Menschen aus den kollabierten Häusern zu bergen. Hinzu kamen die örtlichen Hilfskräfte, wie Feuerwehr und Roter Halbmond, sofern sie nicht selbst betroffen waren. In den ersten 24 Stunden werden in der Regel 90% der insgesamt geretteten Menschen geborgen. Erst im Laufe des Tags trafen professionelle Hilfstruppen aus den nicht betroffenen Nachbargemeinden mit entsprechenden Spezialgeräten ein. Hubschrauber der Armee leisteten wertvolle Hilfe bei der Aufklärung des Schadensgebietes und der Schadensschwerpunkte. Ferner war die größte Erdölraffinerie des Landes betroffen und hatte Feuer gefangen. Ein Großaufgebot von Feuerwehren war damit beschäftigt, den Brand un-

ter Kontrolle zu bekommen. Desweiteren waren einige chemische Fabriken vom Erdbeben betroffen und zu zusätzlichen Gefahrenpunkten geworden.

## Die Rolle des türkischen Militärs

Generalleutnant Erol Tural von der türkischen Armee schilderte aus seiner persönlichen Erfahrung die Rolle des Militärs bei der Katastrophenhilfe. Als ehemaliger Teilnehmer am Generalstabslehrgang der Führungsakademie in Hamburg berichtete General Tural in deutscher Sprache, die von einem österreichischen Offizier ins Englische übersetzt wurde. In den ersten Stunden nach Beginn des Erdbebens konnte er von den im Katastrophengebiet liegenden Einheiten keine genaue Lagebeschreibung erhalten. Nachdem er seine unterstellten Truppenteile alarmiert und ihnen den Befehl zur Herstellung der Marschbereitschaft erteilt hatte, führte er eine Hubschraubererkundung im betroffenen Gebiet durch. Starker Smog behinderte die Erkundung aus der Luft. Bei der anschließenden Befehlsausgabe teilte er das Katastrophengebiet in mehrere Sektoren auf, die er jeweils einem Brigadekommandeur zur Koordinierung unterstellte. Diese militärischen Füh-





Der türkische General Erol Tural sprach vor der INSARAG-Tagung über seine persönlichen Erfahrungen beim Einsatz des Militärs nach dem IZMIT-Erdbeben. (Fotos: Liebetanz)

1. Lagefeststellung
2. Planung (inkl. Beurteilung der Lage, der Hilfskräfte, des Schadens, Abwägung der Einsatzmöglichkeiten mit Entschluss und Operationsplan)
3. Auftragserteilung
4. Kontrolle

### Koordinierung des internationalen Hilfeinsatzes

An den Rettungseinsätzen beim Izmit-Erdbeben waren ca. 150 internationale SAR-Teams aus 42 Ländern mit ca. 2.500 Rettungsspezialisten beteiligt. Infolge der Stärke und flächenmäßigen Ausdehnung der Katastrophe waren die türkischen Autoritäten vollauf damit beschäftigt, ihre eigenen Rettungsanstrengungen zu koordinieren, zumal die Anfangslage noch ziemlich ungeklärt war. Man wusste nur, dass ein gewaltiges Erdbeben stattgefunden hatte und ließ deshalb relativ früh internationale Hilfe zu. Die Koordinierung der internationalen Rettungsteams war eine enorme Herausforderung. Diese bestand darin, die unkoordiniert und teilweise unangemeldet einfliegenden SAR-Teams zu identifizieren und einem sinnvollen und effektiven Rettungseinsatz zu zuführen. Es musste vermieden werden, dass die ausländischen Spezialisten planlos in die vermuteten Katastrophengebiete fuhren und dieselben Gebäude zum wiederholten Mal auf noch Lebende durchsuchten, wie es beim unkoordinierten internationalen Einsatz in Armenien 1988 wiederholt vorgekommen war.

### Koordinierung durch UN-OCHA-GENEVA

Für die Koordinierung der internationalen Hilfe ist UN-OCHA-GENEVA (Büro für humanitäre Angelegenheiten der Vereinten Nationen in Genf) verantwortlich. Nach Eintreffen der Meldung vom schweren Erdbeben in der Türkei alarmierte der „Disaster Response Branch“ (UN-OCHA) die europäischen Mitglieder des UNDAC-Teams (United

Nations Disaster Assessment and Coordination Team), welches aus 42 Spezialisten aus 12 Ländern besteht. Bereits am gleichen Tage (17.08.99) wurde am internationalen Flughafen in Istanbul ein „Reception-Point“ von drei UNDAC-Mitgliedern für die eintreffenden internationalen SAR-Teams eingerichtet. Kurze Zeit darauf wurde beim türkischen Krisenstab in Istanbul ein UN-OSOCC (United Nations On-Site Operation and Coordination-Centre) aus weiteren nunmehr verfügbaren UNDAC-Mitgliedern gebildet. Wegen der gewaltigen Ausdehnung des Katastrophengebiets wurden weitere Sub-OSOCCs im unmittelbaren Katastrophengebiet notwendig. Hier hat sich vor allem die österreichische Rettungsmannschaft AFDRU hervorgetan, die in der Stadt Yalova ein funktionsfähiges Unterzentrum errichtete und zahlreiche ausländische Teams koordinieren konnte. In seinem ersten „Schnellbericht“ beklagte sich der international wohl erfahrenste SAR-Katastrophenmanager, Joe Bishop, über erhebliche Mängel bei der Koordinierung der internationalen SAR-Teams. Abschließend kam er jedoch zu dem Urteil, dass verglichen mit der Koordinierung in Armenien vor nunmehr elf Jahren ein erheblicher Fortschritt zu verzeichnen wäre. Die türkischen Vertreter sprachen mehrfach ihren Dank gegenüber UN-OCHA für die wertvolle Koordinierung der internationalen SAR-Teams aus. Das UNDAC-Team hatte neben den bisher erfolgreich durchgeführten kleineren und mittleren Einsätzen beim Izmit-Erdbeben 1999 seine „Feuertaufe“ bestanden. Dabei waren Kompetenz, Ideenreichtum und hohe Flexibilität der UNDAC-Mitglieder von ausschlaggebender Bedeutung.

### INSARAG – Motor der Entwicklung

Nach dem verheerenden Erdbeben in Armenien 1988 wurden die Defizite bei der Koordinierung und Qualifikation des internationalen Hilfeinsatzes auf einer Reihe von Konferenzen durch internationale Fachleute analysiert. Auf der vom Auswärtigen Amt gesponserten Tagung in Beuggen kam es im Dezember 1991 zur Gründung der „Interna-

rungszentren arbeiteten dann eng mit dem zivilen Krisenmanagement zusammen. Desweiteren ließ er ein logistisches Koordinierungszentrum einrichten. Die wesentlichen Beiträge des türkischen Militärs bestanden in folgenden Leistungen:

- Herstellen von gesicherten Funkverbindungen (Die zivile Kommunikation war zusammengebrochen).
- Bereitstellen einer größeren Anzahl von Hubschraubern um die geborgenen Verletzten unverzüglich in intakte und aufnahmebereite Krankenhäuser zu fliegen.
- Unterstützung der Bergungsarbeiten durch Pionierkräfte.
- Bereitstellen von Transporteinheiten um dringend benötigte Hilfsgüter in die betroffenen Regionen zu bringen.
- Sicherstellen der Verkehrsregelung.
- Unmittelbare medizinische Hilfe durch Sanitätseinrichtungen des Militärs.

Im weiteren Verlauf der Katastrophenhilfe konzentrierte sich das türkische Militär auf die Einschätzung der Bevölkerungszahl, die obdachlos geworden war und die Bereitstellung von Zeltlagern. Diese wurden zusammen mit dem Roten Halbmond betrieben. In seinem Bericht ging General Tural immer wieder auf die wesentlichen Punkte des Führungsvorgang im Einsatz ein, die wie folgt lauten:



tional Search and Rescue Advisory Group of the United Nations (INSARAG). Die wesentlichen Grundlagen für INSARAG wurden schon auf der Konferenz im österreichischen Wattener Lizum im April 1991 besprochen. Zu den auch heute noch in INSARAG tätigen Gründungsvätern gehören: der Vorsitzende von INSARAG, Toni Frisch (Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit in Bern), Norbert Fürstenhofer (Leiter der ABC-Abwehrschule und Kommandeur der AFDRU (Austrian Armed Force Disaster Relief Unit) und nicht zuletzt der Chairman der INSARAG-Regionalgruppe Afrika/Europa Dietrich Löpke (Stellvertretender Direktor der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk).

### Ziele von INSARAG

- Gegenseitige Kenntnis von Strukturen und Personen bei den hilfeleistenden und katastrophengefährdeten Ländern (Stichwort: INSARAG-Family).
- Erfahrungsaustausch und Schaffung von Qualitätsstandards für internationale Hilfe (Stichwort: Directory of International Search and Rescue Teams).
- Abstimmen der Hilfsmaßnahmen nach einer Katastrophe.
- Aufbau von Katastrophenschutzstrukturen in gefährdeten Ländern durch Know-How-Transfer wie z.B. Ausbildungshilfe.

### Organisation

INSARAG ist eine Untergliederung des Büro für humanitäre Angelegenheiten (OCHA) der UN in Genf, das auch das Sekretariat für INSARAG stellt. INSARAG gliedert sich in drei Regionalgruppen: Afrika/Europa, Amerika, Asien/Pazifik.

### Entscheidender Fortschritt: Bildung des UNDAC-Standby-Teams

Beim großen Erdbeben in der Region von Erzincan (Ost-Türkei) 1992 stellte sich erneut heraus, dass lediglich die drei Mitarbeiter von UNDRO-Genf in der Türkei überfordert waren, gleichzeitig Verbindung mit der türkischen Regierung zu halten, vor Ort Erkundungen durchzu-

führen und den Einsatz der internationalen SAR-Teams zu koordinieren. Dietrich Löpke und ein Mitarbeiter des Arbeitsstab Humanitäre Hilfe des Auswärtigen Amtes schlugen deshalb dem verantwortlichen Projektmanager in Genf Ola Almgren vor, ein Standby-Team aus ca. 15-20 Fachleuten der in INSARAG vertretenen Länder zu bilden. Diese sollten im Bedarfsfall durch Genf alarmiert werden. Auf der nächsten INSARAG-Tagung im Januar 1993 in Münchenwiler (Schweiz) wurde dieser Vorschlag angenommen, nachdem zuvor die finanziellen und rechtlichen Fragen geklärt waren. UNDAC-Mitglieder (United Nations Disaster Assessment and Coordination) handeln im Auftrag der Vereinten Nationen und werden durch die Entsendestaaten vorgeschlagen und finanziert. Vom 27. Juni bis 9. Juli 1993 fand der erste UNDAC-Lehrgang mit 24 Teilnehmern in Versoix bei Genf statt. Die Kosten für Hotelunterkunft und Verpflegung wurden durch die Schweizer Regierung übernommen.

### „Exercise 93“ in Wiener Neustadt

Bei der vom österreichischen Bundesheer hervorragend angelegten Großkatastrophenübung „Exercise 93“ in Wiener Neustadt wurde zum ersten Mal das neu geschaffene UNDAC-Team eingesetzt und ein OSOCC (On-Site Operations Coordination Centre) auf seine Tauglichkeit getestet. Desweiteren waren 14 internationale SAR-Teams beteiligt, darunter auch erstmals das exzellente russische SAR-Team von EMERCON-Moskau. (Dieses Team war beim Izmit-Erbeben 1999 besonders erfolgreich, weil es bereits acht Stunden nach Beginn des Erdbebens in Istanbul war. Es besitzt eigene Flugzeuge.)

### Weltweite Einsätze des UNDAC-Teams

Seit 1993 waren Mitglieder des UNDAC-Teams 64 mal im Einsatz zu unterschiedlichen Erkundungsmissionen bei Naturkatastrophen. Dabei wurden auch die zahlenmäßigen Grundlagen für den jeweiligen „Consolidated Appeal“ (abgestimm-

ter Hilfsaufruf der Vereinten Nationen) ermittelt. Mit Stand vom 8. Dezember 1999 gab es 150 aktive UNDAC-Mitglieder, davon 43 aus Europa/Afrika, 35 aus Lateinamerika, 5 aus Asien, 26 aus dem Pazifischen Raum und 41 bei internationalen Organisationen wie OCHA, UNDP und die Rotkreuz- und Rothalbmond-Föderation.

### Schlussbemerkungen

Die bisherige Geschichte von INSARAG kann man mit Recht als Erfolgsstory der Vereinten Nationen bezeichnen. Sie beweist, dass die Vereinten Nationen so stark und effektiv sind, wie es ihre Mitgliedstaaten wollen und zulassen. Die von Claus Höllein, dem Verantwortlichen für Auslandseinsätze an der THW-Schule Neuhausen, umsichtig und effektiv vorbereitete und durchgeführte Tagung hat bei einigen Vertretern der teilnehmenden Länder das Interesse geweckt, sich aktiv an der INSARAG-Arbeit zu beteiligen. INSARAG straft eine weit verbreitete, pessimistische Auffassung über die Entwicklung der Welt lügen. Es gibt zahllose Menschen, die weder Kosten noch Mühen scheuen, um Menschen anderer Länder, anderer Rasse anderer Religion und Kultur aus humanitären Gründen aus einer misslichen Lage zu befreien. Es bleibt zu hoffen, dass die Bundesrepublik Deutschland, die in ihrer Verfassung von 1949 kurz nach dem 2. Weltkrieg feierlich geschworen hat, „in einem vereinten Europa dem Frieden in der Welt zu dienen“, sich auch weiterhin aktiv und tatkräftig an INSARAG beteiligt. Dies ist u.a. auch mit Kosten verbunden. Hilfseinsätze tragen auch zur Verbesserung der zwischenstaatlichen Beziehungen bei. Die spontane Hilfe der Griechen beim Izmit-Erdbeben 1999 führte dazu, dass ein griechischer Außenminister (Papandreou) am 20. Januar 1999 nach über 40 Jahren zum ersten Mal in die Türkei einreiste, um ein Abkommen über Tourismus und Umweltfragen abzuschließen. Tags darauf schloss der türkische Ministerpräsident Ecevit eine Annäherung auch in der seit Jahren strittigen Zypernfrage nicht aus. Spontane Hilfe kann ein diplomatischer Türöffner sein! □

# Reine Lehre oder Sorge um die Menschen?

Informationen zu einem schwierigen Thema, das alle angeht

PAUL SCHULZ

**D**ie katholische Kirche in Deutschland zieht sich auf Weisung von Papst Johannes Paul II. aus der gesetzlichen Schwangerschaftskonfliktberatung mit Ausstellung eines Beratungsscheines zurück.

Am 23. November 1999 hat die Deutschen Bischofskonferenz (DBK) bekanntgegeben, dass sie nun nach einem Modus suche, wie Frauen in Konfliktsituationen weiterhin durch kirchliche Beratungsstellen erreicht werden können. Während einige Bistümer seit Beginn des Jahres bereits keine Beratungsscheine mehr ausstellen lassen, haben andere Ortsbischöfe differenziertere Ausstiegsfristen für die kirchlichen Beratungsstellen in ihren Zuständigkeitsbereichen bis zum Jahresende festgelegt. Wohlgemerkt, es geht dabei nicht um den generellen Ausstieg der Kirche aus der Schwangerschaftsberatung, sondern darum, dass sie die vom Gesetzgeber vorgeschriebene Beratungsbescheinigung nicht mehr ausstellen wird. Sie ist die Voraussetzung für den Verzicht auf Strafverfolgung bei einer nach wie vor rechtswidrigen Abtreibung. Die Deutschen Bischöfe haben sich auf ihrer Frühjahrskonferenz im März in Mainz noch nicht auf eine einheitliche Vorgehensweise geeinigt.

Das Thema ist für die Meinungsbildung unter Katholiken und für die Argumentation innerhalb wie außerhalb der Kirche wichtig. Zumal sich hinter dem Thema der Schwangerschaftskonfliktberatung tiefergehende Konflikte um das Staat-Kirchenverständnis in Deutschland und zum Verständnis von Kirche (Autorität und Freiheit, kirchliches Amt und Laienapostolat: Stichwort DONUM VITAE – „Dürfen Laien, was Bischöfe nicht dürfen?“) verbergen.

## 1. Zur rechtlichen und gesellschaftlichen Situation

### 1.1 Verfassungslage

- Die Würde des Menschen ist unantastbar und durch die staatliche Gewalt zu schützen (GG Art 1).
- Jeder Mensch hat das Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit (Art 2 GG).

Das Grundgesetz macht keinen Unterschied zwischen der Würde und dem Lebensrecht der Frau und dem des ungeborenen Kindes.

### 1.2 Schwangerschafts-Konflikt-Beratungs-Gesetz (SKBG)

Auch nach dem SKBG von 1992 (All-Parteien-Kompromiss) und der Nachregelung von 1995 ist eine Abtreibung rechtswidrig.

Unter bestimmten Voraussetzungen bleibt Abtreibung straffrei, wenn die Frau sich

- innerhalb der ersten 12 Schwangerschaftswochen und
- spätestens 3 Tage vor dem möglichen Eingriff beraten lässt.

Die Beratung soll laut Gesetz

- zielorientiert sein, d.h. dem Schutz des ungeborenen Lebens dienen und
- gleichzeitig ergebnisoffen sein.

Das SKBG dient dem Lebensschutz der Ungeborenen besser als Gesetze in vergleichbaren – auch katholischen – Nachbarländern. Trotzdem hat das BVerfG in einer Entscheidung von 1995 eine Überprüfung des Gesetzes gefordert und erwartet bis dahin eine geeignete Beobachtung über die Entwicklung von Abtreibungen und die Erfolge von Beratungen.

### 1.3 Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen

- Flächendeckendes, wohnortnahes Angebot und weltanschauliche Pluralität der Träger;

- pro 40.000 Einwohner 1 Beraterin.

Es gibt 1.686 Beratungsstellen, davon

- 51 % in freier Trägerschaft (AWo, Caritas, SkF, Diakon. Werk, DtParit. Wohlfahrtsverband, DRK, ProFamilia), davon: rund 31 % in kirchl. Trägerschaft: 264 in kath., 255 in ev. Hand

Der Staat zahlt generell nur für anerkannte Träger des gesetzlichen Systems.

132.000 Abtreibungen 1998 in Deutschland (Schätzungen, da es keine zuverlässige Statistik gibt; nach Angaben der Caritas wurden durch kath. Beratungsstellen 5.000 Abtreibungen verhindert).

### 1.4 Bewertung der Schwangerschaftskonfliktberatung

Das unveräußerliche Recht auf Leben bildet ein grundlegendes Element der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer Gesetzgebung.

Der Schutz ungeborenen Lebens stellt heute für weite Teile der modernen Gesellschaft keinen unbedingten Wert mehr dar. Durch die Regelung der Abtreibung wurden der Schutz von Würde und Lebensrecht





des ungeborenen Kindes praktisch außer Kraft gesetzt (faktisch staatliche Anerkennung eines Tötungsrechts).

Im Bewusstsein der Bevölkerung hat sich ein Vorrang der Interessen der Frau vor dem Lebensrecht des Ungeborenen breitgemacht. Eine Mehrheit der Bevölkerung meint, mit einem Beratungsschein habe die Schwangere einen Rechtsanspruch auf Abtreibung und die Kirche habe bisher – wenn auch entrüstet, so aber doch bereitwillig – mitgespielt.

Zu der vom BVerfG geforderten Beobachtung und gesetzlichen Nachregelung ist die Politik nicht bereit. Es gibt nicht einmal eine brauchbare Statistik über Zahlen und Umstände von Abtreibungen und über die Erfolge von Beratungen.

## 2. Katholische Position

### 2.1 Sachstand

Die katholische Sittenlehre besagt, dass ein Katholik nichts zur Abtreibung beitragen darf („Die formelle Mitwirkung an einer Abtreibung ist ein schweres Vergehen“, Katechismus der Kath. Kirche von 1993, KKK).

Kirche muss

- sich von jeder Praxis fernhalten, die sie in den Verdacht der Mitwirkung an der Tötung Ungeborener bringt,
  - das Gewissen der Gesellschaft schärfen,
  - die politisch Verantwortlichen zum Handeln veranlassen,
  - den Zugang zu den betroffenen Frauen offen halten, um
    - ihnen Zuwendung schenken zu können,
    - ihnen eine gemeinsame Lebensperspektive für Mutter und Kind zu eröffnen,
- Kirche kann sich nicht darauf verlassen,
- dass Frauen in Konfliktsituationen von alleine zu ihr kommen.

### 2.2 Bewertung

Die bisher übliche Praxis kirchlicher Konfliktberatungsstellen wurde in engem Kontakt und mit Zustimmung

der römischen Kurie entwickelt.

Die Kirche macht keinen Hehl daraus, dass die Gesetzeslage in Deutschland unzulänglich ist, das Leben ungeborener Kinder zu schützen.

Zwischen Gegnern und Befürwortern einer Konfliktberatung mit Ausstellen eines Beratungsnachweises besteht Konsens darüber, dass Abtreibung ein verwerfliches Vergehen ist und die Kirche nicht mitschuldig werden darf an der Tötung ungeborenen Lebens.

#### Freiheit des Gewissens

*Ich lasse mich von der Kirche nicht bevormunden.  
Ich entscheide nach meinem Gewissen.*

**Bei dem Gebot: „Du sollst nicht töten“ handelt es sich nicht um ein Kirchengebot, sondern um ein Gebot Gottes und zugleich um das Naturrecht des Menschen auf Leben. Ein fehlgeleitetes Gewissen kann nicht die oberste Instanz und Norm sittlichen Verhaltens sein. Die höchste Norm menschlichen Verhaltens ist immer das göttliche Gesetz. Jeder kann sich auf sein Gewissen herausreden, wenn er Verantwortung abschieben will.**

Die Beratung mit Ausstellung einer Bescheinigung über die erfolgte Beratung stellt nach traditioneller theologisch-ethischer Sicht keine moralisch verwerfliche (und damit unzulässige) Mitwirkung an einer eventuellen Abtreibung dar.

Durch das Gesetz selbst wird die Scheinausstellung nach erfolgter Beratung in den fragwürdigen Zusammenhang mit der Erlaubtheit zu einer zwar rechtswidrigen, aber straffreien Abtreibung gebracht.

Da es der Kirche nicht gelang, in der Bevölkerung das Bewusstsein für die Verwerflichkeit einer Abtreibung auch bei Vorliegen eines Beratungsnachweises wachzuhalten, hat Rom – um des deutlicheren (d.h. unmissverständlichen) Zeichens der Kirche willen – die deutschen Bischöfe angewiesen, dass katholische Beratungsstellen keinen Schein mehr ausstellen.

In der kath. Kirche in Deutschland bestehen nach wie vor Differenzen – sowohl unter den Bischöfen als auch zwischen Bischöfen und dem organisierten Laienapostolat – über den zu beschreitenden pastoralen

Weg, nicht über die moralische Seite. Bei gleicher Gewissenhaftigkeit in der Bewertung der Sache kann man zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen. Niemand darf dem Anderen die Lauterkeit seiner Entscheidung absprechen.

### 2.3 Schwierige Folgerungen

Nach der Weisung aus Rom ist der Kirche daran gelegen, nach dem Ende der Beratung in Verantwortung der Bischöfe kein Vakuum entstehen zu lassen, das von weltanschaulich „neutralen“ Trägern wie ProFamilia ausgefüllt werden kann.

Bei einem Ausstieg aus der Konfliktberatung mit Schein (§§ 5-7 SKBG) wird die Kirche eine starke Gruppe von Frauen nicht mehr erreichen, die „*negativ ambivalenten Frauen*“.

- **Negativ ambivalente Frauen** lehnen die Schwangerschaft ab und wollen das Kind eigentlich nicht. Sie zögern noch in ihrem Entschluss und sind deshalb offen für eine Konfliktberatung. Sie wenden sich nur an eine Beratungsstelle, welche die Beratung auch bescheinigt. Je nach Grundeinstellung wurden diese Frauen von Ärzten bisher gern zu katholischen Beratungsstellen geschickt. Eine Anzahl dieser Frauen verzichtete auf den „Schein“ oder machte davon keinen Gebrauch.
- Eine zweite Gruppe sind die „*positiv ambivalenten Frauen*“. Diese suchen Beratungsstellen unabhängig davon auf, ob ein Schein ausgestellt wird oder nicht. Diese Frauen wollen das Kind, sie suchen Lebensberatung und -hilfe nach § 2 SKBG.

Der Kirche geht es nicht darum, Frauen in Konfliktsituationen allein zu lassen, sondern ihnen mit Rat und Tat (konkretes Hilfsangebot) zur Seite zu stehen. Jedoch werden bei einem Ausstieg aus der gesetzlichen Beratung nach §§ 5-7, bzw. einem Umstieg auf Beratung nach § 2 SKBG kirchliche Stellen keine *negativ ambivalenten Frauen* mehr erreichen.

## 2.4 Laieninitiative

Die unterschiedliche Beurteilung über den zweckmäßigen pastoralen Weg führt dazu, dass eine Mehrheit der organisierten deutschen Laien (Verbände und Räte) sich gegen einen Ausstieg aus der Konfliktberatung ausspricht. Für sie stellt sich die Frage, was Katholiken in einem konkreten Umfeld und unter den tatsächlichen politischen, gesellschaftlichen und gesetzlichen Rahmenbedingungen tun können, um das Leben ungeborener Kinder zu schützen und zu retten. Katholische Männer und Frauen aus den Reihen des Zentralkomitees der deutschen Katholiken und darüber hinaus aus Diözesanräten und Verbänden

- wollen die gesetzlich geregelte Schwangerschaftskonfliktberatung auf der Grundlage der bisherigen bischöflichen Richtlinien und der von den katholischen Beratungsstellen geübten Praxis fortsetzen;
- wollen die Beratung als Aktion von Katholiken fortführen, die ihre Weltverantwortung als Christen (II. Vat., Dekret über das Laienapostolat) wahrnehmen und von ihrem auch nach dem Kirchenrecht (CIC, Can 215 u. 216) gewährten Koalitionsrecht Gebrauch machen;
- sind der festen Überzeugung,
  - \* dass sie in der Pflicht stehen, sich – entgegen der amtskirchlichen Vorgehensweise –

weiter an der lebensschützenden Beratung im Schwangerschaftskonflikt zu beteiligen, um so Frauen in Not beizustehen und sie für ihr Kind zu gewinnen,

- \* dass der Schutz der ungeborenen Kinder und die wirksame Begleitung von Frauen in Konfliktsituationen eine qualifizierte Beratung notwendig macht.

Aus diesen Gründen wurde von katholischen Laien der Verein „DONUM VITAE“ gegründet. Da der Verein sich nicht aus Kirchensteuermitteln finanzieren kann, sind die Initiatoren auf die breite Spenden-Unterstützung durch die deutschen Katholiken angewiesen.

Wohl wissend, dass diese in bester Absicht gestartete Laieninitiative auch so existentielle Fragen berührt wie nach

- den Grenzen des Gehorsams gegenüber päpstlichen Weisungen,
- der Loyalität gegenüber dem Hl. Stuhl und
- der Einheit der Laien mit dem Ortsbischof,

kann hier keine Empfehlung für die persönliche **Entscheidung** gegeben werden. Diese muss **jede(r) nach eigenem Wissen und Gewissen** treffen!

### Unterschiedliche Prämissen führen zu unvereinbaren Ergebnissen

Der Münsteraner Kirchenrechtler Prof. Dr. Klaus Lüdicke geht in einem Artikel im Rheinischen Merkur/Christ und Welt vom 7. Januar 2000 der Frage nach, warum bezüglich der Schwangerschaftskonfliktberatung „bei gleicher Sachlage die moralischen und rechtlichen Urteile so verschieden ausfallen“. Lüdicke fragt, ob nicht „unterschiedliche Prämissen die Ursache der unvereinbaren Ergebnisse sind“. Dazu stellt er die Meinung „Verbot“ (Ausstieg) der Meinung „Freiheit“ (Verbleib in der Beratung) gegenüber, die hier verkürzt und nur stichwortartig wiedergegeben wird:

#### AUSSTIEG

- Verbot
- Organisationsform der Kirche: Kirche als absolutistische Monarchie, päpstliche Entscheidungen gelten a priori
- absolute Unterlassungspflicht: in keinerlei Weise an Abtreibungen mitwirken
- Güterabwägung nicht zulässig, da nicht erlaubt zu töten, um Leben zu retten
- pure Kausalität: Schuldvorwurf leugnet Entscheidungsverantwortung der Frau und verlangt zum Schutz ungeborener Kinder die staatliche Strafandrohung; Kirche entlasse durch ihre Mitwirkung den Staat aus seiner Verantwortung

#### VERBLEIB

- Freiheit
- Organisationsform der Kirche: rechtlich verfasste Gemeinschaft (Konzil, CIC) Kirchenmitglieder mit gesetzlich verbürgter Verantwortlichkeit
- Versuch, in eine zur Abtreibung hin laufende Kausalkette einzugreifen und Abtreibung nach Möglichkeit zu verhindern
- ohne Angebot Beratungsschein werden viele Frauen die Kirche nicht konsultieren und so mehr Kinder getötet als bei kirchlichem Mitmachen
- intentionale Komponente: menschliche Bewertung schwangere Frau trägt die entscheidende Verantwortung, Schutz des Ungeborenen nur mit der Frau möglich, Beratung nimmt der Frau die Entscheidung nicht ab

### KURZ NOTIERT

#### Statistik: 32.420 Abtreibungen im dritten Quartal 1999

32.420 Schwangerschaftsabbrüche sind im dritten Quartal des vergangenen Jahres in Deutschland gemeldet worden. Das seien 110 mehr gewesen als im zweiten Quartal und 64 mehr als im dritten Quartal des Jahres 1998, teilte das Statistische Bundesamt am 2. Februar in Wiesbaden mit. Nach seinen Angaben wurden 97,2 Prozent der gemeldeten Abtreibungen nach der Beratungs- und 2,7 Prozent nach der Indikationenregelung vorgenommen. Laut Statistikamt muss davon ausgegangen werden, dass trotz der Meldepflicht nicht alle in Deutschland erfolgten Abtreibungen zur Bundesstatistik gemeldet werden. (KNA)



VOR 125 JAHREN: OBLIGATORISCHE ZIVILEHE EINGEFÜHRT

## Das Standesamt ersetzt den Geistlichen

CHRISTOPH ARENS (KNA-KORR.)

**D**er Pfarrer mag „schreien, toben und des Teufels sein. Wenn die Worte einmal ausgesprochen sind, seid ihr Mann und Frau“. So hatte es das Trienter Konzil im 16. Jahrhundert festgelegt, und so blieb es Jahrhunderte lang: Bekundeten katholische Brautleute vor ihrem Ortspfarrer in Anwesenheit von zwei Zeugen ihren Willen zur Ehe, war der Bund für das Leben geschlossen. Doch damit war vor genau 125 Jahren Schluss: Am 1. Oktober 1874 wurde in Preußen, am 6. Februar 1875 im gesamten Deutschen Reich die Zwangszivilehe eingeführt. Der Staat übernahm die Regie beim „Bund für das Leben“. Die Ehe erlangte auch ohne kirchlichen Segen ihre Gültigkeit. Ein weiterer Schritt der Trennung von Kirche und Staat war vollzogen.

Konkreter Anlass für die Einführung der Zivilehe war der 1872 in Deutschland ausgebrochene Kulturkampf, in dem Bismarck den Einfluss der katholischen Kirche und der Zentrumsparterie zurückschrauben wollte. Und doch war es ein langer historischer Prozess, bis der Standesbeamte den Pfarrer und das Standesamt die Kirchenbücher ablöste. Ursache dafür waren auch ganz praktische Schwierigkeiten: beispielsweise immer mehr konfessionsverschiedene Ehen, Heiraten von Nichtchristen oder Zweitehen, denen die Kirchen ihren Segen verweigerten.

Bereits 1794 hatte Preußen den Kirchen vorgeschrieben, wie sie die Kirchenbücher zu führen hatten. 1803 richteten die Franzosen in den von Napoleons Truppen eroberten Gebieten Deutschlands eigene zivile Standesregister ein. Bürgermeister, Bäcker oder Apotheker wurden zu ehrenamtlichen Standesbeamten ernannt und teilweise als „Herr

Civil-Pastor“ titulierte. In der Frankfurter Paulskirche sprach sich die Mehrheit der Abgeordneten 1848 für eine obligatorische Zivilehe aus. In der Minderheit blieben Volksvertreter, die das als freiheitswidrigen Eingriff des Staates in die Rechte seiner Bürger tadelten.

### Stichwort: ZIVILEHE

Die Zivilehe oder die bürgerliche Ehe ist die nach staatlichen Gesetzen vor dem Standesbeamten geschlossene Verbindung von Mann und Frau und das dadurch begründete Rechtsverhältnis. Die Zivilehe erscheint zuerst im 16. und 17. Jh als Wahlmöglichkeit in den Niederlanden und in Westfriesland. Während der Französischen Revolution wurde sie 1792 in Frankreich verpflichtend eingeführt und zunehmend üblich. In Deutschland ist sie seit 1875 obligatorisch. Seitdem dürfen Paare erst dann kirchlich heiraten, wenn sie sich vor dem Standesbeamten ihr Jawort gegeben haben.

Es bedurfte aber mehrerer Anläufe, bis der preußische König und deutsche Kaiser schließlich auf sein Veto gegen die Zivilehe verzichtete. Wilhelm I. fürchtete, dass Heiratswillige die kirchliche Trauung als überflüssige Nebensache betrachten würden. Erst als sich der Kulturkampf so zuspitzte, dass Geistliche an ihrer Tätigkeit gehindert oder sogar ausgewiesen wurden, gab der Monarch seinen Widerstand auf: Im März 1874 wurde das „Gesetz über die Beurkundung des Personenstandes und die Form der Eheschließung“ im preußischen Landtag verabschiedet. Einer Ausdehnung des Zivilstandsgesetzes auf Reichsebene stimmte Wilhelm I. erst zu, als der „Kaiserparagraf“ beigelegt wurde. „Die kirchlichen Verpflichtungen in Beziehung auf Taufe und Trauung werden durch dieses Gesetz nicht berührt“. Der Hohenzoller hoffte, auf diese Weise den befürchteten Säkularisierungsschub im gesellschaftlichen Leben aufhalten zu können. Jedoch bewirkte das Gesetz, dass Eheschließende auf die kirchliche Trauung verzichteten – eine Entwick-

lung, die vor allem in der protestantischen Bevölkerung der Großstädte einsetzte.

Mit dieser Regelung folgte Deutschland nicht dem Vorbild des angelsächsischen Rechtskreises, wo es der Staat den Brautleuten vielfach freistellt, sich vor dem Standesbeam-

ten oder in der Kirche das eheliche Jawort mit Gültigkeit für das amtliche Heiratsregister zu geben. Anders ist die Situation auch in Skandinavien. In Dänemark, Schweden und Norwegen bestehen Staatskirchen, in denen die Geistlichen weiterhin das Recht haben, Standesamtsregister zu führen. □

## Leben als Gottes Bild



Zehn Jahre Woche für  
das Leben  
1. bis 8. Juli 2000

Eine Initiative der katholischen  
und der evangelischen Kirche

## INTERRELIGIÖSER DIALOG

# Mehrheit der Menschheit gehört einer monotheistischen Religion an

## Interreligiöse Brücken bauen

Der Präsident des Päpstlichen Rates für den Interreligiösen Dialog, Kardinal Francis Arinze, hat Juden, Christen und Muslime dazu aufgerufen, „interreligiöse Brücken“ zu bauen. Die drei Religionen, denen zusammen mehr als die Hälfte der Menschheit angehört, hätten bei allen Unterschieden auch zentrale Gemeinsamkeiten, betonte Arinze am 9. Dezember in Berlin bei einem Gespräch mit jüdischen und muslimischen Theologen. Gemeinsam seien etwa der Glaube an denselben Gott als Schöpfer der Welt, die Verehrung Abrahams, dieselbe Bibel bei Juden und Christen sowie gewisse Beziehungen zwischen Koran und Bibel.

Der aus Nigeria stammende Kurienkardinal hob besonders die Verantwortung der religiösen Führer der drei Religionen hervor. Sie sollten sowohl über ihre eigene Religion als auch über die anderen gut informiert sein, persönlich vom Wert des Dialogs überzeugt sein und etwa durch symbolische Handlungen und ge-

meinsame Erklärungen ein gutes Beispiel geben. Dazu gehörten das Gebet für andere oder Grußworte zu Hauptfesten der anderen Religionen. Überkommene Vorurteile und Karikaturen über Andersgläubige müssten überwunden werden. „Eine positive Artikulation der eigenen religiösen Identität braucht keine Polemik gegen andere“, sagte Arinze wörtlich. Auch sollten religiöse Führer den Gläubigen helfen, komplexe Konfliktsituationen, in denen Religion eine Rolle spiele, zu analysieren, anstatt alles der Religion zuzuschreiben.

## Theologie des Pluralismus

Der New Yorker Rabbiner und Direktor des American Jewish Committee für Interreligiöse Angelegenheiten, James A. Rudin, bezeichnete die Religion als „wichtige Gegenkraft zu dem furchtbaren Totalitarismus, der bestimmend war für unser Jahrhundert“. Er rief zur Entwicklung einer „Theologie des Pluralismus“ auf, die nicht relativistisch sein dürfe, sondern in den jeweiligen Traditionen

der drei Religionen tief verwurzelt sein müsse. Eine solche Theologie gehe jedoch von der Voraussetzung aus, dass keine Religion allein die Wahrheit für alle Menschen zu allen Zeiten habe. Es gehe darum, nicht nur oberflächlich zu akzeptieren, sondern zu bejahen, dass „Vielfalt die Norm der menschlichen Existenz“ sei, so Rudin.

Der muslimische Theologe Tahir Mahmoud (Neu-Delhi) rief dazu auf, die Gemeinsamkeiten zwischen den Religionen zu betonen und nicht in den Schriften der anderen nach Dingen zu suchen, die für einen selbst nicht akzeptabel seien. In jeder von ihnen gebe es viel, „das uns näher zusammenbringen, weiser machen und uns zu einem friedlicheren und menschlicheren Zusammenleben führen würde“. Die drei Religionen stellten nachdrücklich heraus, dass Frömmigkeit nicht in Riten und Ritualen bestehe, sondern in der Nächstenliebe. Weiter sagte Mahmoud, die Religionsfreiheit müsse „erkannt, respektiert und praktiziert werden als fundamentales Menschenrecht“. (KNA)

## KATHOLISCHE STATISTIK: DEUTSCHLAND LIEGT NICHT IM TREND

# Noch nie gab es so viele Katholiken

Die Zahl der Katholiken ist auf eine neue Rekordhöhe gestiegen. Wie der Vatikan bekannt gab, zählte die katholische Kirche zum Millenniumswechsel 1,045 Milliarden Mitglieder, 40 Millionen mehr als im Vorjahr. Das entspricht einem Anteil von 17,4 % an der Weltbevölkerung. Gestiegen ist auch die Zahl der in Mission, Katechese und Seelsorge aktiven Katholiken: Sie lag mit 3,7 Millionen um acht Prozent höher als im Vorjahr.

Im Plus lag auch die Zahl der Priester, sie stieg um 0,1 % auf 404.626, von denen 264.202 Diözesanpriester sind. Auch die Zahl der Priesteramts-Kandidaten nahm von 109.171 im Vorjahr auf 109.828 zu. Rekordhöhe erreichte auch die Zahl der katholischen Bischöfe: 4.439 sind weltweit im Einsatz. Den stärksten Zuwachs verzeichneten die

Ständigen Diakone, deren Zahl jetzt 25.345 beträgt, und die Katechisten mit 2,3 Millionen. Einen Rückgang gab es allerdings bei den Ordensfrauen, die traditionell die größte Gruppe des aktiven Personals in der katholischen Kirche bilden. Ihre Zahl sank von 819.278 auf 814.779.

Ein seit langem anhaltender Trend setzte sich bei der weltweiten Verteilung der Kirchenmitglieder fort. 49,5 % aller Katholiken leben mittlerweile in Nord- und Lateinamerika, während in Europa nur noch etwas mehr als ein Viertel (27,8 %) beheimatet sind. Die übrigen 22,7 % verteilen sich auf Afrika (11,4), Asien (10,5) und Ozeanien (0,8). Die Zahl der Staaten, mit denen der Heilige Stuhl diplomatische Beziehungen unterhält, lag 1999 bei 172, auch dies ist ein neuer Rekord. Die Zahlen wurden anlässlich der Über-

reichung des neuen „Päpstlichen Jahrbuchs“ an Johannes Paul II. vorgestellt.

## Völlig anders in Deutschland

In Deutschland gibt es immer weniger Neupriester und Priesteramtskandidaten. 1999 wurden mit 138 Neupriestern 19,3 % weniger registriert als 1998, die Zahl der neu aufgenommenen Priesteramtskandidaten sank um 11,6 % auf 190.

In den meisten Gemeinden ist die Zahl der kirchlich engagierten Jugendlichen und der regelmäßigen Kirchenbesucher von 1960 bis 1998 um rund zwei Drittel zurückgegangen – ebenso wie die Zahl der Neupriester. Im gleichen Zeitraum ist die Zahl der kath.-kirchlichen Trauungen von rund 210.000 auf 69.000 und die der Taufen von 500.000 auf 248.000 gesunken. Der Gottesdienstbesuch am Sonntag hat sich von rund 46 % auf 17 % verringert.

(PS/KNA)



# Deutschlandpolitik im Schatten der Mauer

ECKHARD STUFF

## Freiheit vor Einheit

Beide deutsche Staaten, die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik (DDR), nahezu zeitgleich konstituiert, sind Zwillinge des Kalten Krieges. Der Prozess der Eingliederung der beiden deutschen Teile in die sich gegenüberstehenden Bündnissysteme kam Mitte der fünfziger Jahre zu seinem Abschluss. Am 5. Mai 1955 traten die Pariser Verträge in Kraft, die Bundesrepublik Deutschland wurde Mitglied der NATO. Hiermit verbunden erklärten die drei Westmächte unter dem Vorbehalt ihrer Rechte und Verantwortlichkeiten für Berlin, für Deutschland als Ganzes sowie bezüglich eines Friedensvertrages die Besatzungsherrschaft für beendet. Die Bundesrepublik gewann ihre – begrenzte – Souveränität, indem sie sie teilweise, durch die Entscheidung für die beiden Grundlagen internationaler sicherheitspolitischer Verflechtung, NATO und WEU, gar nicht erst beanspruchte. Zehn Jahre nach dem Krieg war diese eingeschränkte Souveränität weit mehr, als die meisten wenige Jahre vorher für möglich gehalten hatten.

Doch der Prozess der Eingliederung in das westliche Bündnissystem war heftig umstritten, bedeutete Adenauers Kurs doch – von ihm selbstverständlich nicht öffentlich eingestanden – im Ergebnis den Vollzug deutscher Teilung auch von der westlichen Seite. Dieses war der Preis für die Sicherung bürgerlicher Freiheiten im Westen Deutschlands. Es war auch der Preis für den – ungeteilten – Genuss des lange entbehrten, jetzt rasch ansteigenden materiellen Wohlstandes.

Im Mai 1955 wurde die Warschauer Vertrags-Organisation gegründet. Der andere deutsche Staat, die DDR, wurde im Januar 1956 Vollmitglied. Am 20. September 1955 wurde ein Vertrag zwischen der DDR und der UdSSR über die Gestaltung der beiderseitigen Beziehungen abgeschlossen. Die dominan-

te Stellung der Sowjetunion in der DDR war damit gesichert. Durch die Eingliederung beider deutscher Staaten in die gegnerischen Bündnissysteme war eine schnelle Wiedervereinigung ausgeschlossen. Die bipolare Welt teilte sich in Deutschland und seiner Hauptstadt Berlin.

Doch das politische Klima sackte noch weiter ins Minus. In den späten fünfziger Jahren hatten beide großen Parteien, CDU und SPD, kein wirksames oder auch nur halbwegs realistisches Konzept zur Erreichung der Wiedervereinigung. Sowohl Adenauers „Österreich-Vorschlag“ für eine neutrale DDR, geäußert in einem vertraulichen Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter Smirnow am 19. März 1958, wie der Deutschlandplan der SPD von 1959 waren unrealistisch. Durch die doppelte Berlin-Krise, Chruschtschow-Ultimatum 1958 und Mauerbau 1961, kam die Bonner Deutschlandpolitik beider Parteien an einen Nullpunkt. Hier setzt das Buch von Heinrich Potthoff „Im Schatten der Mauer – Deutschlandpolitik 1961 bis 1990“ ein. Gut lesbar und präzise schildert er die Entwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen vom Mauerbau bis zur Wiedervereinigung.

## „Wandel durch Annäherung“ versus Hallstein-Doktrin

Die Neuorientierung der Deutschlandpolitik begann dort, wo die Teilung nach pragmatischen Lösungen jenseits der Ideologie verlangte: in Berlin. Der Regierende Bürgermeister Willy Brandt und sein Pressechef Egon Bahr wollten Lösungen für die alltäglichen und menschlichen Probleme der Teilung finden. In Berlin ging die Trennung durch Familien, lebten Eltern und Kinder, Schwestern und Brüder, einige Straßenzüge voneinander entfernt und dennoch durch die Mauer entzweit, in unterschiedlichen Welten. Hier musste etwas geschehen. Den Wandel markierte Egon Bahrs vielzitatierter Vor-

trag in der Evangelischen Akademie in Tutzing im Juli 1963, in dem er sein Konzept des „Wandels durch Annäherung“ entwickelte. Bahr plädierte für den Dialog mit der anderen Seite, um die Verhältnisse mittelfristig zu verändern. Das schloss also eine Hinnahme deutscher Teilung für eine längere Zeit ein, bedeutete aber auch die Erleichterung der Teilung für die Menschen und zielte mittelfristig auf einen Wandel. Erstes Ergebnis dieser neuen, in Berlin praktizierten „Politik der kleinen Schritte“ war das Passierscheinabkommen vom Dezember 1963, das es den West-Berlinern ermöglichte, ihre Verwandten im Ostteil der Stadt zu Weihnachten und über Neujahr (bis zum 5. Januar 1964) zu besuchen. Das Ergebnis übertraf alle Erwartungen: es kam zu 1,3 Millionen Besuchen. Weitere Passierscheinabkommen folgten in den Jahren 1964 bis 1966.

So weit war man in Bonn noch lange nicht. Hier lag die Regierung noch in den Fängen der einst selbst gestrickten Hallstein-Doktrin. Die Westmächte hatte Adenauer im Deutschlandvertrag als Gegenleistung für den NATO-Beitritt 1955 noch auf das Alleinvertretungsrecht der Bundesrepublik festlegen können. Mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Moskau im September 1955 ergab sich jedoch das Problem der Doppelvertretung: zwei deutsche Botschafter in Moskau. Bereits auf dem Rückflug von Moskau wurde über die Folgen nachgedacht und die so genannte „Hallstein-Doktrin“ in den darauf folgenden Wochen entwickelt. Sie besagte, dass bei Anerkennung der DDR die Gegenmaßnahmen bis zum schließlich praktizierten Abbruch der diplomatischen Beziehungen (Jugoslawien 1957, Kuba 1963) reichen konnten. Die Hallstein-Doktrin führte somit zum Verzicht der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den kommunistisch regierten Staaten Osteuropas. Seit dem NATO-Beitritt der Bundesrepublik waren jedoch

die Westmächte immer weniger geneigt, sich durch den Bonner Wunsch auf Wiedervereinigung in ihrem Bestreben nach Stärkung der europäischen Sicherheit aufhalten zu lassen. Während Adenauer Fortschritte in der deutschen Frage vor Abrüstungsverhandlungen forderte, wollte Washington mit der Sowjetunion zu Abrüstungsvereinbarungen kommen. Je mehr die Sowjetunion defensiv wurde, also den Status Quo nicht mehr bedrohte – und genau so sah Kennedy den Mauerbau –, desto mehr wurde der „Sonderkonflikt“ Bonns mit Moskau über die deutsche Frage zu einem internationalen Entspannungshindernis.

Adenauers neuer Außenminister Gerhard Schröder wollte Bewegung in die Ostpolitik bringen. Aber anders als später Willy Brandt wollte er dabei Moskau weitgehend umschiffen. Brandt und Bahr hatten aber richtig analysiert, dass eine Veränderung im Verhältnis zu den osteuropäischen Staaten und auch zur DDR nur über Moskau läuft. Das änderte sich erst in der Großen Koalition. So erklärte Bundeskanzler Kiesinger am 17. Juni 1967 im Deutschen Bundestag: „Wir alle wissen, dass die Überwindung der Spaltung unseres Volkes, wenn wir nicht auf eine der skurrilen und gefährlichen Launen der Geschichte warten wollen, in der Tat

nur durch ein Arrangement mit Moskau möglich sein wird.“ Damit war Kiesinger zumindest in diesem Punkt auf einer Linie mit seinem Außenminister Willy Brandt. Hierzu Heinrich Potthoff: „Wichtige Weichen wurden in der Zeit der Großen Koalition schon so gestellt, dass sich der Zug Bonn-Moskau in Bewegung setzen konnte und dabei auch die Stationen Ost-Berlin und Warschau angefahren wurden. Als Lokführer in der Bonner Regierung fungierte Willy Brandt, der den Sowjets signalisierte, dass Vorbedingungen nicht zu akzeptieren seien, aber am Ende der Verhandlungen eine graduelle Anerkennung der europäischen Realitäten stehen könne, und als Heizer Egon Bahr, der unermüdlich im Planungsstab des Auswärtigen Amtes an Konzepten strickte.“ Und: „Der trotz der in der Endphase der Großen Koalition schärfer hervortretenden Diskrepanzen eingeschlagene elastischere ostpolitische Kurs bildete in gewisser Weise die Brücke zu der neuen Ost- und Deutschlandpolitik der sozial-liberalen Koalition.“

### Die neue Ostpolitik

Die Bundestagswahlen von 1969 ermöglichten den Regierungswechsel: eine knappe Mehrheit für die sozialliberale Koalition. Die größte Übereinstimmung zwischen Bundeskanzler Brandt und Außenminister Scheel, zwischen SPD und FDP, gab es auf dem Gebiet der Ost- und Deutschlandpolitik. Zuvor hatten die Freidemokraten aber mit zwei Weichenstellungen ihren Wandel manifestiert: den Freiburger Thesen vom Januar 1969, die den Reformwillen der Partei ebenso verdeutlichten wie die ziemlich geschlossene Wahl des Sozialdemokraten Gustav Heinemann zum neuen Bundespräsidenten. Das war schon der kleine Machtwechsel. Der große kam nach den Wahlen am 28. September 1969.

Arnulf Baring urteilt über das neue Bündnis: „Die Regelung unseres Verhältnisses zur Sowjetunion und zu den osteuropäischen Staaten einschließlich der DDR war die eigentliche, wenn nicht sogar die einzige wirkliche Basis des sozial-liberalen Bündnisses an seinem Beginn.“ Dieses verdeutlicht die zentrale Rolle der neuen Ostpolitik für das Handeln der Regierung Brandt. Möglich aber wurde die Umsetzung dieser neuen Ostpolitik durch den Entspannungswillen der 1969 neu ins Amt gekommenen amerikanischen Administration unter Präsident Nixon. Nixon und sein Sicherheitsberater Kissinger wollten das Verhältnis zur Sowjetunion entspannen, auch um den Krieg in Vietnam halbwegs ehrenvoll zu beenden. Die Architekten der jetzigen Politik in Washington und Bonn waren Henry Kissinger und Egon Bahr. So sehr sich diese beiden großen Egomanen in ihrer Eitelkeit gegenseitig übertrafen – und manchmal behinderten –, so sehr passte doch das deutsche Bild der neuen Ostpolitik in den amerikanischen Rahmen der weltpolitischen Entspannung. Und damit machten die Sozialdemokraten damals gegen den Widerstand der Union – und ganz anders als in den fünfziger Jahren – nicht nur eine neue Ost-, sondern eben auch die bessere Westpolitik.

In seiner Regierungserklärung sprach Willy Brandt am 28. Oktober 1969 von „zwei Staaten in Deutschland“. Er fügte hinzu, sie seien „doch füreinander nicht Ausland; ihre Beziehungen zueinander können nur von besonderer Art sein.“ Heinrich Potthoff fährt fort: „Die Botschaft wurde im Osten gehört, in Ost-Berlin, in Warschau und natürlich im Kreml. Am 8. Dezember 1969 wurden in Moskau die deutsch-sowjetischen Vorgespräche über einen Gewaltverzicht aufgenommen.“ Doch in Pankow versuchte Walter Ulbricht noch zu blockieren; so viel Dynamik machte ihn misstrauisch, und schließlich wollte er den Ton angeben. Dabei überschätzte er seine Machtposition erheblich. Es kam zu den symbolisch wichtigen Treffen von Erfurt am 19. März 1970 („Willy, Willy...!“) und Kassel am 21. Mai 1970. In Kassel kam Brandt in seinen Gesprächen mit Willi Stoph



Zweites innerdeutsches Treffen zwischen Bundeskanzler Willy Brandt und DDR-Ministerpräsident Willy Stoph in Kassel am 21. Mai 1970 (Foto oben)

1970: Kniefall am Mahnmal im Warschauer Ghetto (Foto unten)

Fotos: Bundesbildstelle



nicht weiter, übermittelte aber seinen 20-Punkte-Katalog, der die Position der Bundesregierung zur Lage der Nation umriss. Ansonsten war man in der Sackgasse.

Der Schlüssel zum Erfolg lag in Moskau, deswegen standen 1970 die Gespräche mit der Kreml-Führung im Mittelpunkt: „In Moskau ging es um den Rahmen und die Schlüsselgewalt über den Ostzugang zum deutschen Haus. Der Kreml hatte nicht nur gegenüber seinem DDR-Vasallen das Sagen, sondern er sprach bei Berlin ein ganz entscheidendes Wörtchen mit. Die gefährdete Insel der Freiheit West-Berlin hatte Moskau im Verbund mit seinem Ost-Berliner Satelliten immer wieder als Druckmittel gedient.“ Aber Moskau wollte mit Bonn nicht über Berlin sprechen. Das war schließlich Sache der Alliierten. „Während der Moskauer Verhandlungen weigerte sich Gromyko strickt, über den Problembereich „Berlin“ zu sprechen. Dies sollte ausschließlich bei den Vier-Mächte-Verhandlungen geschehen, die am 26. März 1970 im ehemaligen Kontrollratsgebäude aufgenommen worden waren. An ihnen saßen auch die USA ein vitales Interesse. Für Henry Kissinger, der, wie Willy Brandt schrieb, wohl „die heiklen Ost-West-Fragen am liebsten insgesamt selber in die Hand genommen hätte“, waren sie ein Instrument, um die Ostpolitik der neuen selbstbewusst agierenden Bundesregierung zu kontrollieren und einzubinden.“

Damit wird auch die Vielschichtigkeit der neuen Ost- und Entspannungspolitik deutlich: die hohe Ebene der Gespräche zwischen Moskau und Washington setzen den Rahmen, die Alliierten verhandeln über Berlin, Bonn und Moskau öffnen die Tür für weitere Verträge, fast parallel laufen die Verhandlungen mit Polen, und dauernd wird von Brandt und Bahr versucht, den deutsch-deutschen Dialog zu verstärken. Später kommt noch die gesamteuropäische Ebene mit der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa hinzu.

Die ost- und deutschlandpolitische Bilanz der sozial-liberalen Koalition kann sich sehen lassen: schon nach einem guten Jahr sind die Verträge mit Moskau und Warschau aus-

gehandelt. Und die Alliierten sind auch schnell: am 3. September 1971 wird das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin unterzeichnet. Die Zukunft der noch geteilten Stadt scheint gesichert. Am 10. Dezember 1971 wird Willy Brandt in Oslo der Friedensnobelpreis verliehen. Einen Tag darauf wird das Transitabkommen mit der DDR paraphiert. Doch: „Noch standen alle diese Vereinbarungen nur auf dem Papier und besaßen keine Rechtskraft. Fast alles hing davon ab, dass die miteinander verflochtene Ratifizierung der beiden Ostverträge und das In-Kraft-Treten des Vier-Mächte-Abkommens über die Bühne gingen. In der Zwischenzeit verhandelten Egon Bahr und Michael Kohl weiter über einen Verkehrsvertrag, mit dem der Verkehr in und durch die beiden Staaten auf eine gesicherte rechtliche Grundlage gestellt werden sollte.“

### Vom Misstrauensvotum zum Grundlagenvertrag

1972 wird zum Schicksalsjahr der neuen Ostpolitik: Am 27. April scheitert das konstruktive Misstrauensvotum, mit dem der Oppositionsführer Rainer Barzel Bundeskanzler werden wollte. Dabei gibt es bis heute ungeklärte Vorgänge, mindestens einen Fall von Stimmenkauf. Doch schon einen Tag später, am 28. April 1972, kommt es bei der Abstimmung über den Kanzleretat zum parlamentarischen Patt. Heinrich Potthoff beschreibt die Situation: „Die Bundesregierung konnte nun ihre Ostpolitik und die Abstimmung über die Verträge nicht mehr gegen die Opposition durchbringen, sondern war darauf angewiesen, sich mit der Union jedenfalls so zu verständigen, dass eine positive Entscheidung im Bundestag möglich wurde. Nach tagelangen intensiven Spitzengesprächen einigten sich Regierung und Opposition zunächst auf den Wortlaut einer gemeinsamen Resolution zur Ostpolitik, die den vier Alliierten Siegermächten zugeleitet werden sollte. Mit ihr wurden die Vorbehalte akzentuiert, die Verträge schufen „keine Rechtsgrundlage für die heute bestehenden Grenzen“ und nähmen eine friedensvertragliche Regelung für Deutschland nicht vorweg.“

Nun geriet die CDU/CSU-Oppo-

sition in die Bredouille, und es kam zu schweren Auseinandersetzungen zwischen denen, für die die Verträge nun „zustimmungsfähig“ waren, voran der Fraktionsvorsitzende Barzel, und denen, die wie Strauß schwere Bedenken vorbrachten. Schließlich entschied sich die Fraktion fast in letzter Minute, am Vormittag der Abstimmung, für Enthaltung. In namentlicher Abstimmung ratifizierte der Bundestag am 17. Mai 1972 den Moskauer Vertrag mit 248 Stimmen – bei 10 Neinstimmen und 238 Enthaltungen – und den Warschauer Vertrag ebenfalls mit 248 Stimmen – bei 17 Neinstimmungen und 231 Enthaltungen. Mit dem denkbar knappsten Ergebnis wurden diese Eckpfeiler der neuen Ostpolitik so im Bonner Parlament durchgesetzt, eine Tatsache, die vielfach schon in Vergessenheit geraten zu sein scheint, nachdem sich die Union dann unter Bundeskanzler Helmut Kohl dazu durchrang, in die Fußstapfen der sozial-liberalen Ost- und Deutschlandpolitik zu treten und die Kontinuität der operativen Politik zu wahren.

Nachdem auch der Bundesrat am 19. Mai bei Stimmenthaltung der CDU/CSU-Mehrheit die Ostverträge gebilligt, der Bundespräsident die Ratifizierungsgesetze am 23. Mai unterzeichnet und Polen am 26. Mai den Warschauer und die Sowjetunion am 31. Mai den Moskauer Vertrag ratifiziert hatten, konnten die Verträge mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden am 3. Juni 1972 in Kraft treten. Am gleichen Tag geschah dies durch die Unterzeichnung des Schlussprotokolls auch mit dem Vier-Mächte-Abkommen.“

Dies verdeutlicht das Junktim von Ostverträgen und der Berlinregelung. Es belegt aber auch die von Staatsräson getragene Haltung des damaligen Fraktionsvorsitzenden der Union, Rainer Barzel, der mithilfe, die Ostverträge zu retten. Das parlamentarische Patt musste aufgelöst werden, Neuwahlen wurden für den 19. November 1972 vereinbart. Das Verhältnis zur DDR aber war noch ungeregelt. Damit stellten sich im Sommer 1972 für Willy Brandt folgende Fragen: „War es sinnvoll und überhaupt machbar, in dieser Situation einen Grundvertrag mit der DDR anzusteuern? War ein Grundvertrag

überhaupt der richtige Weg? Oder bot es sich an, da das Vier-Mächte-Abkommen in Kraft und Berlin entlastet war, eher auf einzelne Abkommen über verschiedene Sachfelder mit der DDR zu setzen, wie es beispielsweise Herbert Wehner vorgeschlagen hatte? Und wenn es ein Grundvertrag sein sollte, setzte die Regierung sich nicht in Zugzwang, als feststand, dass es noch im Jahre 1972 zu Neuwahlen kommen würde?“

Egon Bahr drängte Brandt zu Verhandlungen mit der DDR. Er wollte einen Grundlagenvertrag mit der DDR bis zu den Neuwahlen erreichen ... und er schaffte es. Brandt und Bahr bekamen Unterstützung aus dem Kreml, Breshnew wollte aus eigener Interessenlage die Fortsetzung der Entspannungspolitik. Er und andere Ostblockführer verstärkten den Druck auf Honecker. Dazu Potthoff: „Die parlamentarische Schwäche der sozialliberalen Koalition entpuppte sich in den Verhandlungen über den Grundlagenvertrag eher als eine Stärke. Der oft erhobene Vorwurf, die mit Blick auf die Wahlen an den Tag gelegte Hast habe zu unnötigen Zugeständnissen an die DDR geführt, stößt ins Leere. Tatsächlich war es eher umgekehrt. Der von den vorzeitigen Wahlen erzeugte Effekt führte vielmehr zu Konzessionen der DDR, die sonst schwerer zu erzielen gewesen wären.“

### Vom Alltag der Ostpolitik zum Ende der Entspannung

Der 19. November 1972 brachte einen klaren Wahlsieg der sozialliberalen Koalition. Es waren „Willy-Wahlen“, die neue Ostpolitik war das Hauptthema!

Damit hatte die neue Ostpolitik aus deutscher Sicht – aus der Retrospektive wird das deutlich – ihren Höhepunkt überschritten. Jetzt ging es daran, die Verträge trotz aller Widrigkeiten des politischen Alltags mit Leben auszufüllen. Im deutsch-deutschen Verhältnis wurde dieses über 17 Jahre zum mühsamen Geschäft, das letztlich viele menschliche Erleichterungen brachte. Eine Belastungsprobe stellten die Um-



stände des Rücktritts von Willy Brandt als Bundeskanzler 1974 dar. Die Entlarvung eines DDR-Spions in seiner engeren Umgebung brachte Verstimmung, aber keinen Abbruch. Helmut Schmidt setzte den ostpolitischen Alltag fort. Andere Probleme rückten in den Mittelpunkt, allen voran die Wirtschaftskrise.

Seit dem Sommer 1973 liefen die direkten Verbindungen über die Vorsitzenden der Regierungsfractionen, Herbert Wehner und Wolfgang Mischnick. Wehner und Mischnick lagen die deutsch-deutschen Beziehungen besonders am Herzen, beide stammten aus Dresden. Zudem kannten sich Honecker und Wehner aus alten gemeinsamen kommunistischen Zeiten. Mit Brandt hatte sich Wehner 1973 überworfen, mit Schmidt arbeitete er loyal zusammen. Zu der Art der jetzt – als der „Überbau“ errichtet war – zu verrichtenden Kärnerarbeit paßte das Gespann Schmidt/Wehner auch besser. Jetzt kam der graue Alltag, die konkreten kleinen Schritte für die Menschen in der DDR und der Bundesrepublik: die Arbeit der Ständigen Vertreter, der Zwangsumtausch, die Verkehrswege usw.

Doch die großen Probleme der Entspannungspolitik kamen Ende der siebziger Jahre aus Moskau und Washington. Die Rüstungskontrollpolitik war festgefahren, die sowjetische Rüstung mit atomar bestückten Mittelstreckenraketen bereitete Sorgen, und 1979 kam mit dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan das vorläufige Ende der Entspannung zwischen den Supermächten. Da war es schwer in Europa, an der Blockgrenze noch Kurs zu halten. Dabei

*Guillaume-Affäre 1974: Günter Guillaume, der persönliche Referent des Bundeskanzlers, wird unter Spionageverdacht festgenommen. Nach seiner Enttarnung tritt Brandt zurück, Nachfolger ist Helmut Schmidt.*

war der Doppelbeschluss der NATO vom 12. November 1979 immerhin ein Novum in der Geschichte von Rüstungskontrollverhandlungen: über die Einführung von neuen nuklearen Mittelstreckensystemen soll vor ihrer Stationierung verhandelt werden. Mühsam versammelt sich die SPD noch einmal hinter ihrem Bundeskanzler Helmut Schmidt, einem der Väter des Doppelbeschlusses. Aber der dramatische Verlust an Westbindung innerhalb der deutschen Sozialdemokratie ist in den achtziger Jahren nicht mehr aufzuhalten. Dieser Realitätsverlust führt schließlich zum Regierungsverlust, Schmidt hält noch tapfer bis 1982 durch.

Der Verlust an Westbindung innerhalb der SPD im Zusammenhang mit der Diskussion um den NATO-Doppelbeschluss ging einher mit Erstarrung in der Ost- und Entspannungspolitik. Dabei hatte die SPD diese Politik initiiert und umgesetzt. In den achtziger Jahren aber verabsolutierten viele der führenden Genossen den Friedensbegriff derart, dass die oft beschworene Leidenschaft zur praktischen Vernunft keine Chance mehr hatte. Der zentrale Wert der 1969 begonnenen neuen Ostpolitik, der Wert Freiheit, das Recht auf freie Selbstbestimmung geriet dabei immer mehr in den Hintergrund. Gipfelpunkte dieser Entwicklung waren das gemeinsame Papier von SPD und SED und das weitgehende Unverständnis der SPD für die Veränderungsprozesse im Ostblock, die sie ja früher gewollt hatte. Zur polnischen Solidarnosc fand die SPD nie ein angemessenes Verhältnis. Hier liegt auch ein wesentlicher Grund für das gestörte Verhältnis der deutschen Sozialdemokratie zum Prozess der deutschen Vereinigung.



## Kontinuität mit Kohl, Einheit mit Kohl

Helmut Kohl hingegen führte mit der FDP die Ost- und Entspannungspolitik fort, so sehr es das weltpolitische Klima zuließ. Dieses schloss die deutsch-deutschen Beziehungen ein. Mitte der achtziger Jahre war ein ernsthafter Glaube an eine deutsche Wiedervereinigung, jenseits von politischen Sonntagsreden, selten. In allen Parteien. Es schien ausschließlich um die konkreten Erleichterungen für die Menschen zu gehen. 1987 kam es zum Besuch Honeckers in der Bundesrepublik. Wenige Monate zuvor, im Juni 1987, hatte der amerikanische Präsident Ronald Reagan am Brandenburger Tor ausgerufen: „Herr Gorbatschow, reißen Sie diese Mauer nieder!“. Davon waren alle Politiker in der Bonner Republik noch Welten entfernt, von Kohl über Genscher bis zu Jochen Vogel. Aber Kohl nutzte den Besuch Honeckers durchaus zu klaren Worten: „Größten Wert hatte Helmut Kohl auf seine Tischrede bei dem offiziellen Essen in der Godesberger Redoute gelegt, die vom Fernsehen, auch dem der DDR, übertragen wurde. Der Bundeskanzler bekannte sich zu dem Glauben, zum Wunsch und zum Willen der deutschen „zueinander zu kommen, weil sie zusammengehören“. Er sprach von den Leiden an der Trennung und „an einer Mauer“, die im Wege steht, von den unterschiedlichen Auffassungen „zur nationalen Frage“ und mahnte die Achtung der Menschenrechte und den Frieden an der Grenze an. Die Präambel des Grundgesetzes (die Vollendung der „Einheit und Freiheit Deutschlands in freier Selbstbestimmung“) stehe nicht zur Disposition. „Die deutsche Frage bleibt offen, doch ihre Lösung steht zurzeit nicht auf der Tagesordnung der Weltgeschichte, und wir werden dazu auch das Einverständnis der Nachbarn brauchen.“.

Als die Chance zur Einheit schließlich zwei Jahre später kam, hatte kaum einer damit gerechnet. Aber Helmut Kohl legte seine Meisterprüfung als Staatsmann ab und bewältigte alle Hürden in schon schlafwandlerischer Sicherheit. Das vereinigte Deutschland in der NATO,

nicht einmal an Stammtischen wäre das wenige Monate zuvor noch für möglich gehalten worden. Allerdings war der zu zahlende Preis für die Vereinigung auch hoch: der „politische“ Preis in Form des Umtauschkurses der „Ostmark“ zur „Westmark“ und die Akzeptanz des EURO, die Deutschland derzeit zum Weichwährungsland macht.

Erstaunlich bleibt in der Retrospektive, dass die außenpolitische Kontinuität in der Bundesrepublik in kritischen Momenten stets gewahrt wurde: 1969, als die Union verbraucht war und drohte, die Bonner Republik ins Abseits zu führen, hatte die SPD die bessere Westbindung durch zeitgemäße Ostpolitik. Ab 1982 hatte die SPD das Ticket ins außenpolitische Nirwana gebucht und wurde auch deshalb auf die Oppositionsbänke verwiesen. Die Wähler entschieden jeweils mit klugem Gespür für das nationale Interesse. Dieses nationale Interesse in Form der deutsch-deutschen Beziehungen wurde durch die Politik der kleinen Schritte in Berlin nach dem Mauerbau zuerst realisiert und fand in der neuen Ostpolitik unter Kanzler Brandt seine konsequente Verwirklichung. Es spricht für diese Politik, dass sie schließlich im

Helmut Kohl wird 1982 Bundeskanzler (Foto oben). Nach dem Zerbrehen der sozialliberalen Koalition, die 13 Jahre regierte, wird Kohl durch ein konstruktives Misstrauensvotum Bundeskanzler.

Tag der Einheit: Am 3. Oktober 1990 – 45 Jahre nach Kriegsende und Teilung – ist Deutschland wieder eine Einheit. Tausende feiern am Brandenburger Tor (Foto Mitte)

Der Deutsche Bundestag erinnerte am 17. März mit einer Sonderveranstaltung im Plenarsaal an die ersten freien Wahlen zur Volkskammer der DDR am 18. März 1990. Hierzu waren nicht nur die Mitglieder des Bundestages und frühere Bundestagsabgeordnete, sondern auch die ehemaligen Mitglieder der 10. Volkskammer und Verfassungsorgane eingeladen. – Zu Beginn der Veranstaltung haben sich Bundestagspräsident Wolfgang Thierse sowie die Präsidentin der 10. Volkskammer der DDR, Dr. Sabine Bergmann-Pohl, mit Ansprachen an die Gäste gewandt.

grauen Alltag der achtziger Jahre durch die von Helmut Kohl geführte Regierung fortgesetzt wurde. Deutschlandpolitik im Schatten der Mauer diente den Menschen in beiden Teilen des Vaterlandes.

Literaturhinweis: Heinrich Potthoff: *Im Schatten der Mauer, Deutschlandpolitik 1961 bis 1990*, Propyläen Verlag, Berlin 1999, 448 S. □





# Quo vadis Bundesrepublik Deutschland ?

Gedanken zum Beginn des neuen Jahrhunderts

KLAUS LIEBETANZ

**D**er Verfasser versucht zum Jahrhundertwechsel eine außenpolitische Bestandsaufnahme der Bundesrepublik Deutschland. Er vergleicht sowohl den Anspruch von Roman Herzog nach einer größer gewordenen Verantwortung des wiedervereinigten Deutschlands in der Welt anlässlich seiner vielbeachteten außenpolitischen Grundsatzrede am 13. März 1995 als auch die Auffassung von Fritz Stern, dem Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels 1999, der von einer „zweiten Chance Deutschlands“ sprach, mit der haushaltspolitischen Wirklichkeit. Er schließt sich bei diesem Vergleich der Forderung von Gerd Poppe dem Beauftragten für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe der Bundesregierung an, dass sich die neue Verantwortung des größer gewordenen Deutschlands auch in Gewichtung und Priorität im Bundeshaushalt auswirken muss.



## Das Ende des „Trittbrettfahrens“

In seiner ersten großen außenpolitischen Grundsatzrede erklärte Roman Herzog anlässlich des 40-jährigen Bestehens der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik im März 1995 unter anderem: „In einer kleiner werdenden Welt, in der Chancen und Risiken sich gleichermaßen globalisieren können, wird auch die Globalisierung der deutschen Außenpolitik unvermeidlich sein.“ Das Ende des Trittbrettfahrens sei erreicht. Deutschland gehöre zum Konzert der großen Demokratien. Wenn eine dieser Demokratien beiseite stehe, schade sie auch den anderen und sich selbst. Das deutsche Engagement müsse dem gewachsenen Gewicht Deutschlands entsprechen: „Sonst nimmt uns in der Welt auf Dauer niemand ernst.“ Deutsche Interessen beschränken sich nicht auf Sicherheit und Wohlstand. Den Interessen Deutschlands entspreche es auch, weiter zur Verbreitung der Demokratie in allen Teilen der Welt beizutragen, am Ausbau der Vereinten Nationen zu einem wirksamen politischen System mitzuwirken, das Atlantische Bündnis auf eine neue

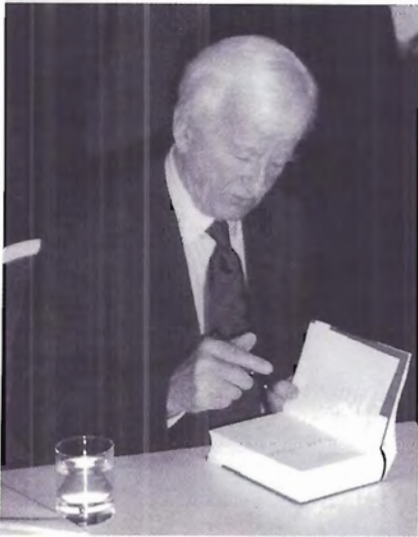
Grundlage zu stellen und das europäische Einigungswerk zu vollenden. Deutsches Interesse und deutsche Mitverantwortung für die Weltgemeinschaft deckten sich weithin. Zu den Folgerungen gehöre, dass dafür materielle Lasten übernommen werden müssen und möglicherweise auch einmal der Einsatz von Leib und Leben gefordert sei. „Dazu gehört aber auch, dass es in Fragen von nationaler Bedeutung kein parteipolitisches Klein-Klein geben darf und dass darüber nicht nach Kassenlage, nach dem politischen Meinungsbarometer, auf Parteitage oder durch die Gerichte entschieden werden kann.“

## Deutschlands zweite Chance

Anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels 1999 erklärte der deutsch-amerikanische Schriftsteller und Historiker Fritz Stern: „Wir können nur ahnen, mit welchen Herausforderungen Europa in den nächsten Jahren konfrontiert werden wird. Das neue Deutschland als das mächtigste Land in Europa wird besonders gefordert sein. Die Zeit, da man die Bun-

desrepublik als wirtschaftlichen Riesen und politischen Zwerg beschreiben konnte, ist längst vorbei – wobei ich mir nicht so sicher bin, ob nicht der politische Zwerg ein sorgsam verkleideter, erfolgreicher Jongleur war. Vor zehn Jahren habe ich von Deutschlands zweiter Chance gesprochen: Am Ende wie am Anfang des Jahrhunderts hat Deutschland die führende Stelle in Europa – am Anfang in einem weltbeherrschenden Europa, am Ende in einem durch deutsche Kriege relativ geschwächten Europa, aber innerlich befreit von Bürgerkriegen, die seine moderne Geschichte gekennzeichnet haben. Ein Krieg zwischen europäischen Großmächten ist heute undenkbar – zum ersten Mal in der Geschichte. Das Vertrauen auf Frieden hat vieles in der europäischen Mentalität verändert. Alte Tugenden wie zum Beispiel Opferbereitschaft – oft missbraucht in sinnlosem Militarismus – sind verblasst. Gefordert ist der Gemeinschaftssinn oder was die Franzosen *civisme* nennen, wie auch Zivilcourage, jenes Fremdwort im doppelten Sinne im deutschen Bereich. Ob und wie die zweite Chance genutzt wird, bleibt offen; ... Die politische Klasse hat viel





*an Glaubwürdigkeit verloren: Sie redet zu viel und sagt zu wenig.“*

### Haushaltspolitische Realitäten

Infolge der verstärkten Beschäftigung mit den bekannten Problemen der deutschen Wiedervereinigung und der daraus resultierenden hohen Arbeitslosigkeit haben sich die jeweiligen Bundesregierungen im Wesentlichen auf innenpolitische Themen konzentriert. Diese gesamtdeutsche Nabelschau hat sich zwangsläufig auch in der Ausgestaltung des Bundeshaushaltes ausgewirkt. Es ist daher nicht zu verwundern, dass sich die Anteile am Bundeshaushalt für Entwicklungshilfe (EPL 23) und für Friedens- und Sicherheitspolitik (EPL 14) in den letzten zehn Jahren kontinuierlich verringerten. Zunächst war es verständlich, dass nach der in den 2+4-Verträgen vereinbarten Halbierung beider deutscher Armeen (Bundeswehr und NVA) eine Reduzierung des Verteidigungsetats angezeigt war. Spätestens jedoch nach dem BVG-Urteil vom 12. Juli 1994, das weltweite militärische Einsätze der Bundesrepublik im Rahmen kollektiver Sicherheitsbündnisse (schon immer) für verfassungskonform erklärte, hätte die Verringerung des Einzelplanes 14 gestoppt werden müssen, damit die Bundeswehr als friedenspolitisches Instrument der Bundesregierung den neuen Bedingungen konsequent angepasst werden konnte, um ihre international eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen (Deutschland ist u.a. Unterzeichnerstaat der UN-Konvention über die Verhütung und Be-

*Auf einer Matinee-Veranstaltung in den Berliner Kammerspielen am 14. November 1999 führte Altbundespräsident Richard von Weizsäcker ein Gespräch mit dem Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels 1999, Fritz Stern. Dabei äußerte sich von Weizsäcker wie folgt zum kontinuierlichen Abwärtstrend der haushaltspolitischen Entwicklung bei der Friedens- und Sicherheitspolitik sowie der Entwicklungshilfe: „Kurzfristig wird sich daran nichts ändern. Es kann nur mittelfristig versucht werden, den Trend umzukehren. Dafür muß jedoch die Öffentlichkeit mobilisiert werden.“*

strafung des Völkermordes). Die angemessene Umrüstung der Bundeswehr ist nicht in dem erforderlichen Umfang vorgenommen worden. Beim Entwicklungshilfeeinsatz (EPL 23) haben sich die letzten Bundesregierungen endgültig von der einstmaligen Selbstverpflichtung zur Erhöhung dieses für die Dritte Welt so wichtigen Haushaltstitels auf 0,7% des Bruttosozialprodukts (BSP) verabschiedet. Derzeit liegt der deutsche Anteil unter 0,3 % des BSP.

### Mangelnde Konsequenz im Deutschen Bundestag

Seit dem 27. Januar 1995 erinnert sich der Deutsche Bundestag jährlich in einer Gedenkstunde an die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz. Dabei wird von Rednern aller Parteien auf die unterlassene Hilfeleistung für die Betroffenen hingewiesen. Dergleichen dürfe nie wieder geschehen. Seit Januar 1995 kürzt der Deutsche Bundestag kontinuierlich die Haushaltsansätze beim Auswärtigen Amt für die humanitäre Soforthilfe, welche von der Bundesregierung für lebensrettende Maßnahmen in Krisengebieten, wie Süd-Sudan, Angola, Liberia, Elfenbeinküste und in vielen anderen vergessenen Katastrophengebieten Betroffenen, meist Frauen, Kindern und älteren Menschen, zur Verfügung gestellt wird. Dieser Haushaltstitel wurde im laufenden Jahr (2000) von 69 Mio. DM um 16% auf 58 Mio. DM gekürzt. In der Zeitschrift „NOTFALLVORSORGE 3/98“ wurden die politischen Stellungnahmen zur zu-

künftigen humanitären Auslandshilfe von den im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien abgegeben. Der Vorsitzende der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen und derzeitige Bundesaußenminister Joschka Fischer schrieb in seiner Stellungnahme: *„Der Unterausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe fordert seit Jahren vergeblich – auch mit den Stimmen der (regierenden) Koalitionsparteien – eine Anhebung der Mittel für Humanitäre Auslandshilfe auf 130 Mio. DM. Auch der Hinweis, dass im Falle des Bedarfs der Titel „Humanitäre Hilfe“ nachträglich aufgestockt wird, trifft nur gelegentlich zu, wenn es politisch opportun erscheint. Es kann nicht länger hingenommen werden, dass dem Arbeitsstab Humanitäre Hilfe im Auswärtigen Amt in der Regel schon Mitte des Jahres die Mittel ausgehen und deshalb notwendige und sinnvolle Aktivitäten in der humanitären Auslandshilfe unterbleiben.“* Joschka Fischer hatte wohl vor der letzten Bundestagswahl nicht ernsthaft geglaubt, dass er Außenminister würde.

### Richard von Weizsäcker: Kurzfristig keine Änderung des Abwärtstrends

Auf einer Matinee-Veranstaltung in den Berliner Kammerspielen am 14. November 1999, bei der Fritz Stern aus seinen Werken las, und Richard von Weizsäcker ein anschließendes Gespräch mit dem Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels 1999 führte, wurde dem ehemaligen Bundespräsidenten und derzeitigen Vorsitzenden der „Zukunftskommission der Bundeswehr“ folgende Frage gestellt: *„Herr von Weizsäcker, haben Sie nicht auch den Eindruck, dass der kontinuierliche Abwärtstrend der haushaltspolitischen Entwicklung bei der Friedens- und Sicherheitspolitik und der Entwicklungshilfe die Auffassung von Fritz Stern über eine zweite Chance Deutschlands konterkariert?“* Die kurze Antwort von R. von Weizsäcker lautete: *„Das ist so. Kurzfristig wird sich daran nichts ändern. Es kann nur mittelfristig versucht werden, den Trend umzukehren. Dafür muss jedoch die Öffentlichkeit mobilisiert werden.“*

## Das Beispiel der deutschen Kirchen

Beide deutsche Kirchen haben nach Abschluss der ersten Aufbauphase der Bundesrepublik Deutschland Ende der Fünfziger Jahre – eingedenk ihres katastrophalen Versagens während der Nazizeit und ihrer unverdienten Renaissance in der Nachkriegszeit – weltweite Verantwortung übernommen, indem sie die großen Selbsthilfswerke „Brot für die Welt“ (ev.) und „Misereor“ (kath.) gründeten. Hinzu kamen die Werke „Adveniat“ (für Lateinamerika), „Missio“ und „Die Sternsinger“, welche für Not leidende Kinder in der Dritten Welt auf die Straße gehen und an die Haustüren kommen und allein 1998 ca. 90 Mio. DM „ersungen“ haben. Insgesamt erreichten diese und andere kirchliche Hilfswerke für die Dritte Welt 1998 eine Spendensumme von 668 Mio. DM. Diese 40-jährige ungebrochene massive Unterstützung für die basisorientierten Projekte der Ortskirchen in Südamerika, Afrika und Asiens blieb in Verbindung mit der veränderten Haltung der deutschen Kirchen gegenüber einem gesellschaftlichem Engagement und verantwortlichem politischen Leben nicht ohne Folgen für die weltweite innere Entwicklung zu mehr Demokratie und Menschenrechte. Das Geheimnis dieser kaum von der Öffentlichkeit wahrgenommenen weltweiten, sich selbst tragenden Entwicklung liegt in dem langfristigen und selbstlosen Engagement der deutschen Kirchen, dass auf die Wünsche und Vorstellungen der Partner vor Ort aufbaute, sodass die Entwicklung von innen geschah und nicht von außen aufgedrängt wurde. Damit wurde ein nicht zu unterschätzender Dominoeffekt ausgelöst. Das wurde besonders deutlich bei den politischen und sozialen Veränderungen in Südamerika, wo Ortskirchen dank der o.a. Hilfe unabhängig von Großgrundbesitzern agieren konnten. Bei der friedlichen Übernahme der Macht in Südafrika hat sich insbesondere die deutsche evangelische Kirche durch erhebliche moralische und finanzielle Hilfe für die unterdrückten Ortskirchen verdient gemacht. Als weitere Beispiele wären zu nennen: Die Unterstützung bei der

Der Träger des Friedenspreises des deutschen Buchhandels 1999 Fritz Stern: „Wir können nur ahnen, mit welchen Herausforderungen Europa in den nächsten Jahren konfrontiert werden wird. Das neue Deutschland als das mächtigste Land in Europa wird besonders gefordert sein. Wird es seine zweite Chance nutzen?“

(Fotos: Liebetanz)

friedlichen „Rosenkranz-Revolution“ auf den Philippinen zur Ablösung des diktatorischen Marcos-Systems durch den Aufbau von christlichen Radiosendern für die Landbevölkerung, die Hilfe für christliche Gewerkschaften in Südkorea und dieser Tage in Ost-Timor, wo Bischof Belo und seine Ortskirche seit Jahren massive deutsche kirchliche Hilfe erfährt, um nur einige spektakuläre Beispiele zu nennen. Darüber hinaus sollte nicht vergessen werden, dass auch andere deutsche Nichtregierungsorganisationen, wie z.B. das Deutsche Rote Kreuz, wertvolle Dienste zum Aufbau einer humaneren Welt geleistet haben und noch leisten.

## Lichtblicke bei der derzeitigen Bundesregierung

Die rot-grüne Koalition ist ernsthaft bemüht, der weltweiten zivilen Konfliktbearbeitung und damit der Krisenprävention einen höheren Stellenwert einzuräumen. Entsprechende Programme werden derzeit durch den Deutschen Entwicklungsdienst (DED) im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung erarbeitet und bereits in Anfängen umgesetzt. Ferner forciert das Auswärtige Amt die Ausbildung von zivilem Personal für internationale Einsätze, vornehmlich als Beobachter von OSZE-Missionen. Desweiteren nimmt das in der Koalition vereinbarte und von der Bundesregierung zu gründende „Unabhängige Menschenrechtsinstitut“ langsam Konturen an und wird voraussichtlich Ende 2000 in seine Gründungsphase eintreten. Es soll die Menschenrechtssituation in verschiedenen Weltregionen in Zusammenarbeit mit internationalen und lokalen NGO's beobachten und eine entsprechende Politikberatung durchführen.



## Profangeschichte ist immer auch Heilsgeschichte

Das wiedervereinigte, erstarkte Deutschland darf sich seiner weltpolitischen Verantwortung zusammen mit seinen europäischen Partnern nicht entziehen. Wohlmeinende Reden und Ankündigungen sind nicht ausreichend. Die Feststellung des Beauftragten für Menschenrechte und humanitäre Hilfe der Bundesregierung Gerd Poppe trifft zu: „Wenn Deutschland seiner neuen Weltverantwortung auch im Bereich der Menschenrechte und der humanitären Hilfe gerecht werden will, dann muss sie sich auch im Haushalt niederschlagen.“ (NOTFALLVORSORGE 2/99) Der dem Holocaust entkommene Jude Fritz Stern reibt sich vor Verwunderung die Augen über den unverhofften Wiederaufstieg Deutschlands. Würde sich das deutsche Volk in seinen heutigen Vertretern dem in der Präambel des Grundgesetzes von 1949 „vor Gott und den Menschen“ abgegebenen feierlichen Schwur, „dem Frieden in der Welt zu dienen“, durch Gleichgültigkeit und Eigensucht entziehen, würde es seine zweite Chance verspielen und in der Bedeutungslosigkeit verschwinden. Profangeschichte ist nach jüdisch-christlichem Verständnis immer auch Heilsgeschichte. Vielleicht gelingt es den Christen und Humanisten in der derzeitigen Regierungskoalition, ihre Parteifreunde davon zu überzeugen, die unter den „schal gewordenen“ Christdemokraten begonnene und schon seit zehn Jahren andauernde negative haushaltspolitische Tendenz umzukehren. □



## GKS ZUM WAFFENDIENST VON FRAUEN:

## Emanzipation bis hin zum Waffendienst

Zur Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes vom 11. Januar 2000

PAUL SCHULZ

Möglicherweise werden Frauen schon im kommenden Jahr bei der Bundeswehr Dienst mit der Waffe leisten, hieß es Mitte März in Pressemeldungen. Der Spiegel wusste sogar zu berichten, dass die Marine Frauen in U-Boote zulassen werde, bei der Luftwaffe sollen die Soldatinnen Kampffjets fliegen dürfen. Die militärische Führung empfehle aber, sie nicht in Truppengattungen einzusetzen, bei denen es zum Nahkampf kommen könne – gemeint seien damit u.a. Infanterie, Fallschirmjäger, Kampfschwimmer, Spezialkommandos und Verwendungen in Kampfpanzern sowie Kampfhubschraubern. Heeresinspekteur Willmann habe unter Hinweis auf die negativen Erfahrungen der Amerikaner, Briten und Israelis diese Einschränkungen gegen Luftwaffe und Marine durchgesetzt, wusste das Magazin zu melden.

Plötzlich ist Bewegung in eine Sache gekommen, mit der sich die Justiz befassen musste, obwohl diese gesellschaftlich relevante Frage auf politischer Ebene längst hätte entschieden werden müssen. So wie seinerzeit das Bundesverfassungsgericht die Selbstbockade der Politiker zu Friedenseinsätzen der Bundeswehr außerhalb des NATO-Vertragsgebietes aufbrechen musste, kommt nach der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) vom 11.01. 2000 eine Dynamik in die Frage nach dem Waffendienst von Frauen, die einen schwindeln lässt. Was gestern als nach Art 12a GG unmöglich schien, ist heute bereits vielen Meinungsmachern er-

strebenswert: endlich die „Frau Generalin der Panzertruppe“.

Dabei bezieht sich das Waffenverbot des Art 12a für Frauen seit eh und je nur auf im Verteidigungsfall zwangsverpflichtete Frauen, die Dienst im zivilen Sanitätswesen und in militärischen Lazarettorganisationen leisten müssen. Den freiwilligen Dienst von Frauen in deutschen Streitkräften hat das GG weder ausdrücklich erlaubt, noch verboten. Eine Grundgesetzänderung ist also nicht erforderlich. Und wir werden sehen, wie leicht das Parlament die notwendigen Änderungen des Soldatengesetzes (§ 1) und der Soldatenlaufbahnverordnung (§ 3) beschließen wird. Dann wird in der Bundeswehr Realität sei, was in anderen Armeen der Europäischen Union längst Praxis ist. Ob das allerdings ein echter gesellschaftlicher Fortschritt ist, steht auf einem anderen Blatt.

## Auffassung der GKS

Die GKS ist wiederholt um ihre Auffassung zum Waffendienst von Frauen gefragt worden. Hierzu hat

der Bundesvorsitzende Oberst Karl-Jürgen Klein am 24.01.2000 erneut Stellung genommen. So äußerte er sich

„Zur Entscheidung des EuGH vom 11. Januar 2000 zum Waffendienst von Frauen“:

Für die GKS ist der Waffendienst von Frauen in der Bundeswehr keine Frage der Ethik, sondern eine politische Entscheidung. Diese Auffassung wird durch das Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) bestätigt.

Dem EuGH geht es um die Gemeinschaftsverträglichkeit des Arbeitsrechts in Deutschland. Die Entscheidung hat deshalb direkt nichts mit Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik, der Wehrform, dem Umfang oder der Organisation der Bundeswehr zu tun. Da Frauen freiwillig in den Streitkräften dienen, stellt sich auch nicht die Gewissensfrage nach GG Art 12a(2) und ihrem Recht auf Kriegsdienstverweigerung.

Es ist Aufgabe des Gesetzgebers, das Soldatengesetz und die Soldatenlaufbahnverordnung den neuen Bedingungen anzupassen. Dabei sollte der Grundsatz gelten: gleiche Rechte – gleiche Pflichten. Die GKS empfiehlt, den Spielraum der im Urteil genannten europäischen Richtlinien von 1976, dass „das Geschlecht für den Dienst in speziellen Kampfeinheiten eine unbedingte Voraussetzung darstellen kann“, voll auszuschöpfen.

Errungenschaften der Bundeswehr, wie die Innere Führung und die Militärseelsorge, werden durch eine weitere Öffnung der Bundeswehr für den Dienst von Frauen nicht betroffen. Auch bisher gelten die Grundsätze der Inneren Führung für Soldaten unabhängig von Geschlecht, Status, Dienstgrad und Funktion. Die Militärseelsorge hat Soldatinnen sowohl im Standortdienst als auch bei Einsätzen im Ausland pastoral ebenso betreut wie ihre männlichen Kameraden. Militärseelsorge ist immer auch Seelsorge für die Soldatenfamilien.

Die GKS als eine Form des organisierten Laienapostolats in der Kirche ist offen für die Mitgliedschaft von Frauen, die für das Selbstverständnis und das Bild der GKS unverzichtbar ist. □

## Soldatinnen in der NATO

Land	Personalstärke Streitkräfte	Anteil weibl.	in Prozent
Belgien	41.750	2.570	6,2
Dänemark	24.300	1.020	4,2
Deutschland	322.500	4.250	1,3
Frankreich	317.300	22.790	7,2
Griechenland	165.670	5.520	3,3
Großbritannien	212.400	15.860	7,5
Italien*	265.500		
Kanada	60.600	6.100	10,0
Luxemburg	768	47	6,1
Niederlande	56.380	1.920	3,4
Norwegen	31.000	891	2,9
Polen	240.650	167	0,1
Portugal	49.700	2.300	4,6
Spanien	186.500	3.800	2,0
Tschechien	61.700	1.695	7,4
Türkei	639.000	754	0,1
Ungarn	43.440	2.198	5,0
USA	1.371.500	199.900	14,6

\* ) Noch keine Frauen in den Streitkräften, aber gesetzliche Grundlage dafür 1999 geschaffen (Übersicht aus IAP2/00)

## ANSICHTEN ZU ZWEI ÜBERSTRAPAZIERTEN BEGRIFFEN

## Ehrenworte und Entschuldigungen kosten wenig

**E**in gegebenes Ehrenwort schützt nicht vor öffentlichem Interesse. Schon gar nicht, wenn damit Ehrenrühriges verborgen werden soll. Aber wenn es ruchbar wird, dass es zum Himmel stinkt, dann soll ein einfaches „ich entschuldige mich“ helfen, um eine selbstgefällige Integrität wieder herzustellen – zumindest scheint das in der gegenwärtigen politischen Landschaft für jegliche Couleur zu gelten. Tröstlich, dass wenigstens einer – der Papst als Oberhaupt einer 2000-jährigen Institution, die auch mit allen menschlichen Fehlern behaftet ist – weiß, was Schuld ist, wie man um Vergebung und Entschuldigung bittet und wer Adressat für eine solche Bitte ist. (PS)

## Ehrenwort – Ein alter Begriff mit vielen Bedeutungen

CHRISTOPH ARENS (KNA-KORR.)

**G**roßes Indianerehrenwort! Wer als Jugendlicher die Bücher von Karl May verschlungen hat, weiß, was ein Ehrenwort bedeutet. Doch spätestens seit Altbundeskanzler Helmut Kohl sich auch darauf beruft, um die Quelle der Millionenspenden für die CDU zu verschleiern, ist das hehre Wort ins Gerede gekommen. Kohl ruiniere den Begriff Ehrenwort, wenn er damit Gesetzesverstöße legitimiere, kritisierte selbst sein alter Mitstreiter Norbert Blüm: „Sonst könnte sich jeder per Ehrenwort allen Nachforschungen entziehen.“

Das hatte in der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik schon einmal ein Politiker versucht: Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Uwe Barschel(CDU) verpfändete 1987 sein Ansehen dafür, nichts von der unlauteren Kampagne gegen seinen Konkurrenten Björn Engholm (SPD) gewusst zu haben. Eine Lüge mit fatalen Folgen.

Ein Blick ins Lexikon zeigt, dass der Begriff nicht immer solch eine tief greifende Bedeutung hatte. Bis ins 18. Jh. war er allenfalls in seiner Bedeutung als „ehrendes Wort“ oder als „höfliche Rede“ geläufig. „Ehrenworte kosten wenig“ lässt Zimmanns „Zitatenschatz der Weltliteratur“ deshalb den Sprachwissenschaftler Johann Gottfried Herder sagen. Und der Dichter Karl Simrock meinte: „Ehrenworte binden nicht. Ehrenwort ist drum kein wahr Wort.“ Erst das heraufziehende bürgerliche Zeitalter maß dem Begriff eine größere Bedeutung für den Zusammenhalt der Gesellschaft bei.

Denn „Ehre“ – abgeleitet aus

dem mittelhochdeutschen Wort für glänzendes, leuchtendes Metall – spielte in den zurückliegenden Jahrhunderten eine große Rolle bis hin zum Duell, das die verletzte Selbstachtung wiederherstellen sollte. „Ehre entsteht dort, wo sich eine bestimmte Person als ehrwürdig und ehrenwert erweist“, formuliert das „Lexikon für Theologie und Kirche“ den engen Zusammenhang zwischen persönlichem Verhalten und gesellschaftlicher Anerkennung in der damaligen Gesellschaft. Selbstachtung und Ehrgefühl einer Person hängen danach stark davon ab, dass Mitmenschen ein den herrschenden Normen entsprechendes Verhalten würdigen und der Person auch die Ehre erweisen. Bis zum Ende des 19. Jh. sei

Ehre geradezu eine zentrale Kategorie für die Stellung einer Person in der Gesellschaft gewesen, so das Lexikon. Erst im 20. Jh. werde der Mensch eher durch die Personenwürde, die jedem unabhängig von seinem Verhalten zustehe, definiert. In der modernen Leistungsgesellschaft bestimmten zunehmend Prestige, Statussymbole und Produktivität die Stellung des Einzelnen in der Gemeinschaft.

Fest steht, dass das Ehrenwort heute weder eine juristische noch im strengen Sinn eine ethische Kategorie ist. Dennoch sei es zwischenmenschlich immer noch von enormer Bedeutung, weil es eine Verpflichtung zu Treue und Verlässlichkeit einschließe, erläutere der Bamberger katholische Moraltheologe Volker Eid. Es sei ja sinnvoll, einem anderen Menschen zu versprechen, dass man ihn nicht bloßstellt und in einer Notsituation für ihn da ist.

Allerdings: Ein Ehrenwort dürfe nicht zur Komplizenschaft führen, mahnen Eid und der Münchener Sozialethiker Alois Baumgartner. Wenn es um Illegales oder Unmoralisches gehe, habe ein Ehrenwort von vornherein keine Bedeutung. Der Amtseid eines Bundeskanzlers stehe weit höher als das persönliche Ehrenwort. (KNA 27.01.2000)

## Entschuldigung – Eine zu billige Floskel

**E**ine Perversion menschlichen Denkens und Handelns hat Erzbischof Johannes Dyba in seiner Fuldaer Bistumszeitung „Bonifatiusbote“ beklagt. Es komme in der Gesellschaft nicht mehr darauf an, gut zu sein, sondern gut zu scheinen, die Klugheit habe die Güte als erste Tugend abgelöst. Es gebe kaum noch ein Schuldbewusstsein, sondern nur noch Ärger über Dummheiten, die zu unliebsamen Entdeckungen führten, so der Erzbischof.

Deutlich wird das angesichts zahlreicher politischer Affären in einer Flut von öffentlichen Entschuldigungen, deren Wortwahl „ich entschuldige mich“ nur eine enttarnende Leerformel darstellen. Denn durch diese öffentliche Bekanntgabe

eines Fehlers soll schon alles erledigt sein. Der Täter will entscheiden; das ist Bekenntnis ohne Buße, Reue und Wiedergutmachung.

Wer aber – meist gezwungenermaßen – „sich entschuldigt“, entzieht sich der wirklichen Auseinandersetzung, weil er den anderen mit seiner Entschuldigung wehrlos machen will. So wird der Geschädigte erst gar nicht um seine Zustimmung gebeten. Tatsächlich aber kann man nur kleinlaut und demütig jemanden um Entschuldigung bitten, in dessen Hand es liegt, ob Vergebung gewährt wird.

In diesem Zusammenhang ist das Schuldeingeständnis des Papstes zu sehen, der Gott um Vergebung für Irrtümer und Verbrechen im Namen des Glaubens bittet. (PS)



VOR 1.000 JAHREN: KAISER OTTO III. PILGERT NACH GNESEN

## Wo Polen geboren wurde

GABRIELE BURCHARDT (KNA-KORR)

**A**ls am 12. März die Staatspräsidenten europäischer Länder im polnischen Gnesen zusammenkamen, haben sie in feierlichem Rahmen die Hoffnung auf eine friedliche gemeinsame Zukunft in Europa beschworen. Der Anlass: Polen feiert ein Millennium. Tausend Jahre ist es her, seit Kaiser Otto III. mit seinem Besuch in Gnesen die kirchliche und staatliche Unabhängigkeit Polens besiegelte. Damals entstand auf der Landkarte im Osten des ottonischen Reiches ein neues Stück Europa. Die wechselvolle Geschichte Polens, auf gedeihliche, aber auch verhängnisvolle Weise verknüpft mit der des deutschen Nachbarn im Westen, begann.

Und so entstand Polen: Es war in grauer Vorzeit, als Lech, Stammesfürst der Polanen, auf einem von sieben Hügeln den Horst eines weißen Adlers fand. Von dort aus, so berichtet die Legende, wollte er künftig herrschen. Gnesen, die erste Hauptstadt Polens, war gegründet. Tatsächlich fanden Archäologen nach dem Zweiten Weltkrieg unter dem Lech-Hügel von Gnesen (polnisch: Gniezno) Reste einer wehrhaften Siedlung aus dem 8. Jh. Im Jahr 1000 empfing das polnische Gnesen einen deutschen Kaiser: Der universal denkende Otto III. war gekommen, um am Grab des böhmischen Heiligen und Märtyrers Adalbert (polnisch: Wojciech) zu beten.

Herzog Boleslaw habe Kaiser Otto mit großem Gepränge empfangen, berichten die Chronisten. Dieser war nämlich nicht nur als frommer Pilger gekommen. Sein Besuch besiegelte die politische und kirchliche Selbstständigkeit vom heiligen römischen Reich: Polen war geboren. Die Stärke Polens, so das Kalkül des Kaisers, werde seiner eigenen Herrschaft mehr nützen als schaden. Fortan sollten im Gnesener Dom Könige gekrönt werden. Als erster empfing Boleslaw der Tapfere hier im Jahre 1025 die polnische Krone. Die Begegnung zwischen dem deutschen Kaiser und dem Polenherzog hätte der Beginn einer wunderbaren Nachbarschaft werden können. Doch es sollte ganz anders kommen: Polen erlitt ein Jahrtausend lang das Schicksal eines Pufferstaates

und wurde allzu oft zum Spielball der Großmächte in Ost und West.

Nachdem die größte Katastrophe seiner Geschichte, der Überfall Hitler-Deutschlands, Volk und Land tiefe Wunden geschlagen hatte, wurden die polnischen Grenzen nach Westen verschoben, die ostpolnische Bevölkerung in die ehemals deutschen Ostgebiete zwangsumgesiedelt. Seit Kriegsende hatte Polen wieder die Grenzen, die Boleslaw der Tapfere mit dem Schwert gezogen hatte: über die Weichsel zur Ostsee, nach Pommern hin, nach Schlesien, bis zu Oder und Neiße, ein Tatsache, die manche deutsche Vertriebene bis heute nicht anerkennen wollen. Und auch das Verhältnis zwischen der katholischen Kirche beider Länder blieb noch viele Jahre nach dem Krieg belastet.

Die politischen Wirren und Katastrophen vor allem des letzten Jahrhunderts haben den Blick der westeuropäischen Völker auf die 1000-jährige Zugehörigkeit der lateinisch-christlichen Völker des östlichen Mitteleuropas weitgehend verstellt. Bei Polen, Tschechen, Slowaken, Litauen und Ungarn aber blieb die Gewissheit der Zugehörigkeit zum abendländisch-westlichen Kulturkreis immer prägend.

Heute ist Polen wieder ein freier, souveräner, demokratischer Staat auf dem Weg in die Europäische Union und mit guten Beziehungen zu den deutschen Nachbarn. Der silbeme Sarkophag des heiligen Adalbert, dessen Gebeine längst in seinem Heimatbistum Prag ruhen, thront hoch im Kirchenschiff über dem von der Deutschen Bischofskonferenz gestifteten neuen Altar der Gnesener Kathedrale. Er symbolisiert mehr als 1.000 Jahre polnischer Geschichte. □

## Warschauer Flughafen im Zeichen des orthodoxen Kreuzes

JOACHIM G. GÖRLICH

**W**er demnächst auf dem Warschauer Zentralflygfeld Okecie landen wird, der wird auch von zwei großen Kuppeln eines orthodoxen Domes mit den Doppelkreuz begrüßt werden. Sie schmücken auf weite Sicht den ersten Felddom Polens, den das „Felddominariat der „Autokephalen Orthodoxen Kirche Polens“ noch dieses Jahr im Zeichen der Ökumene erbauen lässt. Dies verkündete stolz Feldbischof Miron Chodakowski. Das Baugelände gehört dem polnischen Verteidigungsministerium und befindet sich in unmittelbarer Nachbarschaft einer „Repräsentationsallee“ und von Schrebergärten.

Das Ministerium werde auch den Bau finanzieren, erklärte Hochwürden Oberst Jerzy Wiluk, Chef des „Orthodoxen Sekretariats“ der Polnischen Streitkräfte. Allerdings werde sich die Kathedrale im Stil von russisch-orthodoxen Kirchen unterscheiden. Und die regierungsnahen „Rzeczpospolita“ schrieb, dass sie „ein himmelähnliches Dach haben werde. „Unsere Kathedrale wird wie

ein Gotteshaus auf Pelopones aussehen“, sagte General Feldbischof Miron.

Mit dem Bau wurde Architekturprofessor Jan Kabac von der Technischen Hochschule Bialystok beauftragt, der u.a. die schöne orthodoxe Hl. Dreifaltigkeitskirche in Bialystok erbaute. Kabac ergänzte, dass Touristen, die auf Okecie landen, keineswegs den Eindruck bekommen sollen, sie seien in Moskau gelandet. Deswegen werde eine Ähnlichkeit mit der St. Sophienkathedrale auf Pelopones angestrebt.

Der Felddom wird Sitzplätze für ca. tausend Gläubige aufweisen und seine Kuppeln – mit Rücksicht auf den Flughafen – nur 35 Meter hoch sein. Es werden dort nicht nur Feldgottesdienste für orthodoxe Soldaten stattfinden, sondern auch ökumenische und „normale „Gottesdienste.

In Polen lebt etwa eine halbe Million orthodoxer Christen. Um die Gegend von Bialystok Weißrussen und in Ostpreußen, Pommern und Niederschlesien dorthin nach 1948 vertriebene Ukrainer. □

Nach mehr als 60 Jahren besuchte Dr. Paul Roth, em. Professor für Politikwissenschaften an der Bundeswehruniversität in München und ausgewiesener Russlandkenner, die Stadt Odessa in der Ukraine, in der er als Sohn des deutschen Konsuls seine Kindheit verbrachte und die er mit zehn Jahren verließ. Hier sein kurzweiliger Reisebericht.

## Odessa: Die Stadt der Künstler, Spitzbuben und Spaßmacher

PAUL ROTH

Um es gleich vorwegzunehmen: Odessa ist eine der schönsten Städte des ehemaligen Zarenreiches und der ehemaligen Sowjetunion. Zumeist kennt man aus Filmen und Berichten nur die Große Treppe (früher hieß sie Richelieu-Treppe), heute wird sie zumeist Potjomkin-Treppe genannt. Bekannt geworden ist sie durch den berühmten Film von Eisenstein „Panzerkreuzer Potjomkin“, der eine Szene auf der Treppe spielen ließ. Bekannt ist auch die große Oper, auf die die Odessiten besonders stolz sind. Sie wurde nach dem Vorbild der Wiener Oper Ende des 19. Jh. gebaut als Sinnbild dessen, dass Odessa die Heimat zahlreicher großer Musiker gewesen ist und als Vorzeigebau eines reichgewordenen Bürgertums.

Bis vor zehn Jahren waren viele der prächtigen Paläste und Häuser und Geschäfte noch in schlechtem Zustand. Heute ist die Innenstadt weitgehend restauriert und fasziniert mit ihrer bunten Mischung von Barock, Jugendstil, Klassizismus, Neugotik. Nur das einstige Woronzow-Palais am Ende der großen Promenade oberhalb des Hafens ist noch nicht wieder im alten Zustand. Kommt man über die einstige Grenze des Freihafens Odessa heraus, dann werden die Häuser niedriger und armseliger. Dort lag einmal auch das Viertel der Juden, die Moldowanka. Ganz kann man sich den Besuch der Vororte sparen, die nach dem Krieg erbaut worden sind und sich durch ihre scheußlichen Betonhochhäuser auszeichnen.

Auf jeden Fall sollte man jedoch die einstigen und heutigen Erholungsgebiete der Odessiten am Meer besuchen: Die so genannten Fontänen und Arkadia. Man kann mit der

Straßenbahn dorthin kommen. Wenn man Pensionär ist, ist die Fahrt kostenlos.

Arkadia ist nicht nur das Stichwort für Heilanstalten und Kliniken, sondern – jedenfalls für den Odessiten – auch für Villen, die die Neureichen sich dort gebaut haben. Wo bei die Odessiten unterstellen, dass heute niemand auf ehrliche Weise das Geld für ein solches Luxusheim habe erwerben können.

### Die Stadt der Spitzbuben

Odessa hatte schon in der Zarenzeit den Ruf, eine Stadt der Spitzbuben zu sein. Man kann das in Isaak Babels „Geschichten aus Odessa“ nachlesen, er war Jude aus Odessa. Es wird behauptet, dass in früheren Zeiten jemand in Europa erst dann als richtiger Dieb anerkannt worden sei, wenn er eine Lehrzeit in Odessa verbracht habe. Und selbstverständlich kennt man in Odessa noch den Namen des Königs der Diebe: Benja Krik aus der Moldowanka, obwohl er vor der Revolution gestorben war. Es kann auch etwas später gewesen sein, als zuerst deutsche, dann fran-

zösische und englische Truppen, dann die „Weißen“ und schließlich die Bolschewiki die Stadt einnahmen. Zu stehlen gab es immer etwas.

Vor meiner Reise nach Odessa hörte ich folgende Anekdote, die sicherlich aus Odessa stammt: Ein einstiger Odessit möchte Odessa noch einmal sehen. Man rät ihm ab: „Du wirst enttäuscht sein, wirst die Stadt nicht wieder erkennen.“ Er reist trotzdem, kommt in Odessa auf dem Hauptbahnhof an, stellt seinen Koffer ab und schaut sich um. Als er ihn wieder aufnehmen will, ist der Koffer verschwunden. Fröhlich schlägt er die Hände über dem Kopf zusammen: „Es ist immer noch wie früher.“

Diese Anekdote soll jetzt keinen Touristen verschrecken. Auf der Haupteinkaufs- und Flanierstraße Deribassowskaja (benannt nach dem Admiral spanischer Abstammung de Ribas, der Odessa mit erobert und den ersten Stadtplan entworfen hat) mit ihren Juwelier- und Antiquitätengeschäften sitzt jeweils am Eingang ein junger muskulöser Mann mit einer schusssicheren Weste und einer Handfeuerwaffe. Derjenige, der die



Barocker Balkon, Detail an einem der prunkvollen Stadtpaläste an der „Deribassowskaja“, der Haupteinkaufs- und Flanierstraße Odessas  
(Fotos: P. Roth)



russischen Zeitungen lesen kann, darf sich auch nicht von Meldungen einschüchtern lassen, dass in der vergangenen Nacht dieser oder jener ermordet worden ist.

Odessa ist nicht gefährlicher als Moskau oder St. Petersburg. Natürlich sollte man nicht nachts mutterseelenallein durch dunkle Straßen oder Parks flanieren. Auf dem Bazar sollte man alle Taschen „plombieren“. Und telefonische Anrufe: „Wollen Sie nicht den Abend mit einem hübschen Mädchen verbringen?“ sollte man mit einem eindeutigen „Nein“ beantworten. Allerdings muss man zugeben, dass man in Odessa bemerkenswert hübsche junge Frauen sieht. (In Russland wird geflüstert, die hübschesten Frauen gebe es in Odessa.) Die kurzen Röcke erinnern eher an Bauchbinden, unter denen sehr attraktive, schlanke Beine hervorragen. Wieso in höherem Alter daraus wuchtige Matronen werden, gehört nicht in einen Reisebericht.

### Die Stadt der Künstler

1793 nahm Katharina die Große das Schwarzmeerufer den Türken ab. Sie befahl den Aufbau einer Stadt. Damit begann die Tätigkeit der Künstler: Architekten, Schriftsteller, Musiker, von denen viele aus dem Ausland gekommen waren. Der Ribas hatte den Stadtplan entworfen, Herzog Richelieu (ein entfernter Verwandter des Kardinals) war mit verantwortlich, dass die Stadt nach westlichem Vorbild angelegt worden ist mit einem rechtwinkligen Straßennetz, breiten Boulevards mit vielen Bäumen, dazwischen kleine Parks.

Unter dem Grafen Woronzow war Odessa mehrere Jahrzehnte lang

Freihafen. Kaufleute, Unternehmer – darunter viele Deutsche kamen in die Hafenstadt – ließen sich Paläste und prunkvolle Geschäfte errichten. Sowohl die berühmte Große Treppe wie die Oper wurden von Ausländern errichtet.

Überall in der Stadt erinnern schwarze Tafeln an Schriftsteller aus dem In- und Ausland: Gogol, Schewtschenko, Mickiewicz und natürlich Puschkin, der allerdings nicht ganz freiwillig nach Odessa gekommen ist. Seine Verse über die Stadt kann man immer wieder hören. Im Übrigen war er ein ausgesprochener Charmeur und hatte eine enge Beziehung zur Frau des Grafen Woronzow. Isaak Babel ist bereits erwähnt worden. Seit einiger Zeit gibt es auch eine Tafel für Kandinsky. Wenn man in der Geschichte des Konservatoriums herumblättert, fällt es einem schwer, die ganze Kette berühmter Musiker aufzuzählen. Ich beschränke mich auf Swjatoslaw Richter, der in Odessa seine Karriere begonnen hatte. Sein Vater Theophil Richter ein Deutscher – hat mir das Klavierspielen beigebracht. 1941 wurde er als „deutscher Spion“ erschossen, seine Gebeine ruhen in irgendeinem Massengrab. Viele Maler haben sich ihre Anregungen in Odessa geholt. Ihre Bilder, besonders die von Aiwassowkij, der immer wieder das Schwarze Meer gemalt hat, sind im Kunstmuseum zu finden. Früher einmal gehörte es dem polnischen Magnaten Potozki. Allein das Gebäude dieses Palastes ist einen Besuch wert. Die derzeitigen jungen Maler und Malerinnen sind im kleinen Park an der Deribassowskaja zu finden, wo sie ihre Bilder ausstellen und Vorübergehende dazu auffordern, sich malen zu lassen. Einige haben sich ganz auf Lackmalerei spezialisiert.

### Die Stadt der Spaßmacher

Odessa war immer schon mit Erfindern von Witzen und Anekdoten, mit Satirikern und Karikaturisten gesegnet. Das ist bis heute so geblieben. Den beiden Satirikern Ilf und Petrow hat die Stadt jüngst einen Denkmalstuhl aus Bronze gewidmet, in Erinnerung an ihre satirische Erzählung „Die zwölf Stühle“. In einem Schaufenster in der Deribassowskaja stellte eine Buchhandlung politische Karikaturen aus, eine davon zeigt mehrere Steinzeitmenschen, die ihr Transparent „Unser Ziel ist der Kommunismus“ in die Höhe recken.

Die letzte Anekdote aus der Kindheit, an die ich mich noch erinnern kann, stammt aus dem Jahre 1934/35. Die stalinsche Säuberung hatte – noch in kleinem Umfang – begonnen. Nachts holte die Geheimpolizei ihre Opfer aus den Betten. Die Anekdote berichtet: Es klopft nachts an der Tür einer Gemeinschaftswohnung. Alle stehen auf, keiner wagt zu öffnen. Da ertönt die Stimme des Hauswartes: „Genossen, macht auf, Ihr braucht euch nicht zu



Карикатура А. АЛЧЕЛА

<< In einem Schaufenster in der Deribassowskaja stellte eine Buchhandlung politische Karikaturen aus, eine davon zeigt mehrere Steinzeitmenschen, die ihr Transparent „Unser Ziel ist der Kommunismus“ in die Höhe recken.

Am nach-kommunistischen „Stuhl- >> Denkmal“ für die Satiriker Ilf und Petrow haben junge Odessiten ihre helle Freude





fürchten. Das Haus brennt nur!“

Die Scharfzüngigkeit ist erhalten geblieben. Als Präsident Kutschma am 10. April 1999 Odessa besuchte und in der Oper zum „Tag des Sieges“ (am 10.04.1944 rückte die Rote Armee wieder in Odessa ein) eine Rede hielt, äußerte man sich in Odessa recht dankbar. Denn für die Fahrt zur Oper waren mehrere Straßen „geglättet“ worden. Ansonsten besteht die Pflasterung der Stadt immer noch aus Granit-Hoppel-Steinen. Ein lebhafter Autoverkehr muss sich damit abfinden; man hat den Eindruck, dass die Autos wie Küchenschaben hin-und-her und auf-und-nieder herumwuseln.

Im Bewusstsein der Einzigartigkeit von Odessa erzählt man sich folgenden Ratschlag: Die Ukraine soll ihren Westteil an Polen abgeben, ihren Ostteil an Russland und Odessa selbständig machen. Es besteht kein Zweifel, dass im Witz der Odessiten ein Gutteil jüdischer „Chuzpe“ steckt. Graf Woronzow brachte es fertig, dass den Juden seinerzeit freier Zuzug nach Odessa gewährt wurde. Vor dem ersten Weltkrieg, als Odessa 600.000 Einwohner hatte, waren ein Viertel davon Juden.

## Die Heldenstadt

Nach dem Ende des zweiten Weltkrieges erhielt Odessa, wie zahlreiche andere Städte den Ehrentitel einer „Heldenstadt“. Ganz am Anfang dieser Heldenhaftigkeit steht selbstverständlich die Meuterei auf dem Panzerkreuzer „Potjomkin“ (1905).

Ein Denkmal im Stil des sozialistischen Realismus steht ein paar hundert Meter vom oberen Ende der Großen Treppe entfernt. Früher einmal, bis zum Jahre 1920, stand dort ein Denkmal von Katharina der Großen mit vier Persönlichkeiten, die sich um Odessa verdient gemacht hatte. Im Volksmund hieß es „Katharina und ihre Favoriten“. Das war aber eine Übertreibung, denn nur Fürst Potjomkin unter diesen vier gehörte zu Katharinas Liebhabern.

Als das Denkmal niedergerissen wurde, brachte es ein pfiffiger Odessit fertig, die Reste in einem Keller zu verstecken. Heute kann man es – die Büste der Kaiserin und vier „Favoriten“ – im kleinen Park



eines Museums betrachten.

Die kritisch-anekdotische Aufarbeitung der Vergangenheit hat übrigens einen ukrainischen Historiker oder Halbhistoriker zu folgender These über die „Potjomkin“-Helden veranlasst: Die Meuterer waren gar keine linken Revolutionäre, sie wollten in Wirklichkeit die Unabhängigkeit der Ukraine.

Tapfer hat sich Odessa im Jahre 1853 gehalten, als eine englisch-französische Flotte die Stadt beschoss. Eine Kugel ist noch im Sockel des Richelieu-Denkmal oberhalb der Großen Treppe zu sehen. Die Kanone der englischen Fregatte „Tiger“, die von einer russischen Batterie außer Gefecht gesetzt wurde, steht heute auf dem großen Boulevard über dem Hafen, gleich neben dem Stadtratsgebäude.

Wie heldenhaft die Verteidigung der Stadt im 2. Weltkrieg war, darüber kann man sich streiten. Die Stadt hielt zwar mehr als zwei Monate im Jahre 1941 der Belagerung stand, dann wurden jedoch die sowjetischen Truppen kampfflos evakuiert. In den Katakomben der Stadt führte eine aus Moskau geschickte Partisanengruppe einen Untergrundkampf gegen die rumänische Besatzung. Man kann diese unterirdischen Gänge außerhalb der Stadt besichtigen, allerdings ist manches nicht mehr Original. Als die Besatzungsmacht einen Anschlag der Partisanen blutig ahndete, nahm die Sympathie der Bevölkerung für diese Helden ab.

Im Schewtschenkowpark mahnt ein gewaltiger Obelisk an die im

Büste der Zarin Katharina der Großen, Überbleibsel eines Denkmals, das bis 1920 am oberen Ende der „Großen Treppe“ in Odessa stand

Krieg gefallenen Matrosen. Wie in alten Zeiten stehen Schüler und Schülerinnen in Uniform Ehrenwache davor.

Am Tag des Sieges konnte man viele Kriegsteilnehmer über und über bedeckt mit Orden und Ehrenzeichen in der Stadt sehen. In den Tagen danach erzählten mir jedoch vier ältere Männer, dass es ihnen nie so gut gegangen sei, wie zur Zeit der rumänischen Besatzung. Wir standen im Park, in dem einst die gewaltige orthodoxe „Christ-Verklärungs-Kathedrale“ gestanden hatte. Ich habe noch erlebt, wie die Glocken heruntergeworfen wurden. Die Gebeine des Grafen Woronzow und seiner Frau wurden aus den Gräbern gerissen. 1936 wurde die Kathedrale gesprengt. Heute sind die Fundamente wieder freigelegt, ein Kreuz erinnert an die Vergangenheit. Es ist das zweite Gedenkkreuz, das erste wurde bei Nacht zerstört. Am Tag des oben erwähnten Gesprächs war orthodoxes Ostern. Ich wurde mit dem Ostergruß „Christus ist erstanden“ begrüßt.

## Ein wenig Geschichte

Odessa ist keine russische, auch keine ukrainische Stadt, auch wenn im Laufe der Geschichte Russen und Ukrainer die Mehrheit der Bevölkerung stellten. Am Anfang der Stadt Odessa kamen Griechen, die in den folgenden Jahrzehnten gegen das osmanische Reich für die Unabhängigkeit Griechenlands konspirierten. Katharina die Große, eine deutsche Prinzessin, holte deutsche Kolonisten ins Land. Damals war die ganze Umgebung von Odessa eine kahle Steppe. Im Laufe der Zeit kamen mehr als 100.000 Lutheraner, Katholiken, Mennoniten. Sie machten die Steppe fruchtbar, bauten ihre Dörfer mit ihren Kirchen, wurden wohlhabend. Aber auch in der Stadt siedelten sich zahlreiche deutsche Kaufleute, Fabrikanten, Unternehmer an. Es gab eine deutsche Schule, eine deutsche Zeitung, eine lutherische



## Ein wenig Gegenwart

Derjenige der Odessa durchstreift, seine breiten von Bäumen gesäumten Straßen und die Vielfalt der Baustile genießt, stößt nicht nur auf Geschäfte mit Waren aus aller Welt, sondern auch auf zahllose Kleinhändler. Dazwischen haben Bettler und Bettlerinnen ihre Stammplätze, während Kinder den Passanten nachlaufen und um Geld bitten.

Einige Odessiten sind reich geworden, sie stammen wohl aus der alten Nomenklatura und hatten genug Betriebskapital, als die Privatisierung begann. Man erkennt sie an ihren Autos, den Anzügen, ihrem Benehmen in den Restaurants und Bars. Wie sich eine Mittelschicht über Wasser hält, ist wohl ähnlich wie in der Vergangenheit. Der eine kauft in der Türkei ein, der andere produziert Papierservietten. Ein Journalist, den ich fragte, gab mir zur Antwort, er arbeite gleichzeitig an fünf Stellen. Eine junge Frau mit Hochschulabschluss, bedient in einer Bar. Eine andere, ebenfalls mit Diplom, verdient ihr Geld als Etagenfrau im Hotel (120 Griwen im Monat).

Fast verzweifelt ist die Lage der Rentner und Rentnerinnen. Mit 36 bis 39 Griwen pro Monat (etwa 20 Mark) kann niemand überleben, wenn er nicht Kinder hat, die helfen. Der eine spielt Harmonika auf der Straße, andere stehen ganz einfach stumm an einer Ecke und strecken eine Hand aus. Eine alte Frau, der ich reichlich gegeben hatte, hob ihr Gesicht, strahlte mich glücklich an und sagte: „Heute bin ich eine reiche Frau!“ Die Situation ist so, wie in fast allen Städten der ehemaligen Sowjetunion.

Trotz allem ist Odessa eine schöne Stadt, deren Besuch lohnt. Die Umgangssprache ist nach wie vor russisch, auch wenn die Schilder in ukrainischer Sprache abgefasst sind. Ab und an kann jemand ein Paar englische Brocken. Und – etwa im Unterschied zu den Moskowitern – schwatzen sie gerne auch mit Fremden. Sie berichten zwar über ihre schwierige Lage, aber sie jammern nicht. Irgendwo scheint im Hinterkopf eine altüberlieferte Überzeugung ihren Sitz zu haben: „Ein Odessit überlebt auch das.“ □

Kirche im Stadtzentrum. Die Kollektivierung Ende der zwanziger Jahre traf die reichen Bauern. Stalin ließ dann im Krieg alle Deutschen nach Asien verschleppen. Die Dörfer verloren ihre deutschen Namen. Heute leben bei Odessa etwa 1.000 Russlanddeutsche. Um sie kümmert sich vor allem das „Bayerische Haus“ in Odessa, finanziert durch das Land Bayern und die evangelisch-lutherische Kirche Bayerns.

Es kamen Polen, Italiener und vor allem Juden in die Stadt. Jede der Gruppen hatte ihre Bildungseinrichtungen, ihre Gotteshäuser: Die Lutheraner, die Anglikaner, die Katholiken, die Juden. In der Sowjetzeit verschwanden sie. Das härteste Los traf die Juden Odessas während des 2. Weltkrieges. Der Holocaust hat sie fast ganz ausgelöscht. Einst stellten sie ein Viertel der Odessiten. Heute soll Odessa zwischen 1,2 und 1,5 Millionen Einwohner haben, darunter 35.000 bis 36.000 Juden. Zwei Synagogen stehen ihnen zur Verfügung, beide gestützt durch orthodox-chassidische Gemeinden in den USA. Auch die anderen nicht-orthodoxen Gemeinden sind ständig auf Hilfe aus dem Ausland angewiesen. Mariä Himmelfahrt in der Jekaterinskaja war bis 1991 Sporthalle, die Halterungen für den Boxring kann man noch sehen. Polnische Priester betreuen die Katholiken. Die einstige lutherische Kirche ist nicht benutzbar, zwei Pastoren aus

Deutschland kümmern sich auch um die Rücksiedler aus Kasachstan.

Die orthodoxe Kirche hat wahrscheinlich die größte Anzahl von Gläubigen. Aber sie ist in der Ukraine, d.h. auch in Odessa untereinander zerstritten. Drei Gruppierungen befehden sich. Immerhin gibt es ein orthodoxes Priesterseminar und drei Klöster in Odessa. Am Ostersonntag begrüßte ein Direktor der Oper die Zuschauer mit dem Ostergruß „Christus ist erstanden“.

Während der Sowjetzeit mussten die meisten Straßen und Gebäude ihre Namen wechseln. Die Straße neben der orthodoxen Kathedrale hieß nicht mehr „Verklärungsstraße“, sondern „Straße der sowjetischen Armee“. Karl Marx, Lenin, Liebknecht, Rosa Luxemburg usw. verdrängten die bisherigen Namen. In den letzten Jahren sind alle alten Namen wieder zurückgekehrt, selbst Peter der Große verschwand wieder, während Katharina die Große als Stadtgründerin respektiert wird. Demnächst soll sie auch im Wachsfigurenkabinett in der Nähe der Oper einen Platz bekommen.

Eine Gesellschaft „Memorial“ hat es sich zur Aufgabe gemacht, vor allem die Zeiten der stalinistischen Verfolgung zu untersuchen. Zwei große Wälzer führen die Namen der „Repressierten“ (Verfolgten) auf. Die Gesellschaft hat auch das Schicksal von Theophil Richter aufgeklärt.



Christ-Verklärungs-Kathedrale in Odessa: 1936 sprengten die Kommunisten die orthodoxe Kirche, von der nur noch Fundamente übrig geblieben sind.



CHRISTOPH ARENS (KNA-Korr.  
19.02.2000)

**E**r wurde im vergangenen Jahr von einer hochrangigen Jury zum „Mann des Jahrtausends“ gewählt. Seine Erfindung führte zu einer Explosion des Wissens, revolutionierte Gesellschaft und Religion und wurde zur Grundlage der modernen Mediengesellschaft. Doch wann genau Johannes Gutenberg, der Erfinder des Buchdrucks mit beweglichen Lettern, geboren wurde, steht in keinem Buch verzeichnet. Historiker sind sich lediglich einig, dass es irgendwann zwischen 1394 und 1404 gewesen sein muss. Und so griffen Mainzer Bürger am Ende des 19. Jh. zu einer List, die eher ins marketinggeprägte 20. Jh. gepasst hätte: Man einigte sich auf das Jahr 1400 als Geburtsjahr des Johannes Gensfleisch zur Laden. So kommt es, dass in diesem Jahr der 600. Geburtstag Gutenbergs mit einer Reihe großer Ausstellungen und Fernsehsendungen gefeiert wird.

Die Lebensgeschichte Gutenbergs birgt alles, was ein guter Roman braucht: edle Herkunft, Anklage wegen Heiratsschwindel, ein Schuldenprozess, erfolgreicher Erfinder, unglücklicher Geschäftsmann, Schöpfung eines der schönsten Bücher der Welt, schließlich Flucht aus der eroberten Vaterstadt Mainz ins Exil, Rückkehr und ehrenvolles Altenteil. Seine Erfindung kam nicht aus heiterem Himmel: Als der fast 40-jährige Gutenberg mit Partnern in Straßburg eine Firma aufmachte, um Pilgerspiegel für

VOR 600 JAHREN

## J. Gutenberg: der Mann des Jahrtausends

1400 wurde der Erfinder des Buchdrucks geboren

Wallfahrer auf dem Weg nach Aachen herzustellen, produzierte er zum ersten Mal in Massen. Seine Grundlage: Serienguss mit einer Zinnlegierung. Heimlich experimentierte er weiter, und als er ab 1448 wieder in Mainz wohnte, konnte er bereits drucken.

Im Nachhinein sieht alles ganz einfach aus: Die Kombination von Stempel, Papier und Weinpresse stand am Anfang des Medienzeitalters. Für jeden Klein- und Großbuchstaben stellte Gutenberg jeweils ein Metallstäbchen aus hartem Eisen her, das am oberen Ende den Buchstaben seitenverkehrt und erhaben herausgearbeitet zeigte. Diese „Urtypen“ prägte er mit einem Hammerschlag in ein rechteckiges Plättchen aus weichem Metall, vermutlich Kupfer. So erhielt er beliebig viele Negativ-Matrizen, aus denen er nach Bedarf Metalltypen gießen konnte. Vorsortiert in Kästen, stellte der Setzer mit Hilfe eines Winkelhakens mehrere Zeilen eines Textes aus den Bleitypen zusammen, gab diese fertigen Zeilen dann nacheinander auf ein Holztablett (Satzschiff), das am Ende eine ganze Seite aufnahm. Gutenberg gelang es damit, schönere Bücher herzustellen als die besten Schreiber. Denn darauf kam es unter anderem bei der Produktion der Bibel an: ein absolut ausgewogenes Schriftbild, besser als von Hand je herstellbar.

Vermutlich hat Gutenberg mit ganz profanen Aufträgen begonnen: Gefragt waren damals Grammatiken für den Lateinunterricht, Flugblätter und aktuelle Bekanntmachungen. Sein schönstes und berühmtestes Werk war die berühmte, in 42 Zeilen pro Seite gesetzte Bibel, die zwischen 1452 und 1455 entstand. Etwa 20 Mitarbeiter stellten an vier bis sechs Druckerpressen 180 Exemplare mit jeweils 1.282 Seiten her. Heute sind noch 49 davon erhalten. Eines davon wurde im Februar nach sechs Mona-

ten Arbeit auf CD-Rom gespeichert. Für die Digitalisierung der farbigen Seiten wurden 710 CD-ROM benötigt.

Das Geld, das sich Gutenberg für diesen selbstgestellten Mammutauftrag geliehen hatte, wurde zum Stolperstein. Im Gerichtsstreit mit seinem Finanzier verlor er die Druckerei samt einem Teil der fertig gestellten Bibeln. Daraus entstand in Mainz die zweite Druckerwerkstatt der Welt, die Offizin von Fust und Schöffer. Gutenberg selbst arbeitete anscheinend in seiner ersten Druckerei auf eigene Rechnung weiter. Der zweite Schicksalsschlag ereilte ihn 1462, als im Machtkampf um die Besetzung des Erzbischofsstuhles in Mainz die Stadt gewaltsam eingenommen und viele Bürger ins Exil gezwungen wurden. Dazu gehörten auch Gutenberg und seine Gehilfen. Er selbst durfte einige Zeit später wieder zurückkehren; viele seiner Mitarbeiter aber wanderten dauerhaft in andere Städte ab – und verbreiteten damit unwiderruflich die bislang geheim gehaltene Kunst des Buchdrucks über ganz Europa und die Welt. Gutenberg starb wenig später im Jahr 1468 als angesehener Bürger von Mainz. □

### KURZ NOTIERT

**Sonderbriefmarke  
350 Jahre Tageszeitung**

**A**m 1. Juli 2000 jährt sich zum 350. Mal die Gründung der ersten Tageszeitung in Deutschland: Der Drucker Timotheus Ritzsch brachte sie mit dem Titel "Einkommende Zeitungen" in Leipzig heraus. Die Deutsche Post AG würdigt den Anlass mit der Veröffentlichung einer Sonderbriefmarke, die am 8. Juni ausgegeben wird und zuvor von Bundesfinanzminister Hans Eichel am 30. Mai in Leipzig der Öffentlichkeit präsentiert wird.



VOR 500 JAHREN

Karl V. mit der typischen, gratigen Nase und vorstehenden Unterlippe der Habsburger nach einem Bild (Tinte und Kreide, um 1530, Ausschnitt, New York) von Christoph Amberger.



## Der letzte vom Papst gekrönte Kaiser

Vor 500 Jahren wurde der Habsburger Karl V. geboren

CHRISTOPH SCHOLZ (KNA-KORR.)

Habsburger war der letzte Kaiser, der vom Papst gekrönt wurde. Die auseinander strebenden Kräfte in Religion, Politik, Wissenschaft und Kultur zersprengten die angestrebte Einheit Europas unter einem sakralisierten Kaiser.

Machtpolitisch waren es vor allem der Streit mit Frankreichs König Franz I. sowie die Autonomiebestrebungen der Reichsfürsten, die das Reich zersplitterten. Religiös ging die „geliebte und hoch-

begehrte Einigkeit in unserem Christenglauben“ durch die Reformation in die Brüche. Hinzu kam die Gefahr durch die Türken. Wie sein Erzieher, Adrian von Utrecht, der spätere Papst Hadrian VI. (1522-23), war Karl jedem religiösen Dogmatismus abgeneigt. So argumentierte er gegenüber Luther auf dem Reichstag zu Worms nicht theologisch, sondern aus Tradition und Glaubensdisziplin: „Denn es ist sicher, dass ein einzelner Mönchsbruder in seiner Meinung irrt, wenn sie gegen die ganze Christenheit steht ...“

Die Verhängung der Reichsacht gegen den Reformator konnte die geistige Spaltung des Abendlandes aber ebenso wenig aufhalten wie der Sieg Herzog Albas über die protestantischen Fürsten in der Schlacht bei Mühlberg 1547. Und Karls wiederholter Ruf nach einem Kirchen-Konzil scheiterte an den Päpsten, denen politische und territoriale Interessen zunächst wichtiger schienen. Ja, der Kaiser kämpfte zeitweise sogar gegen die Päpste, da sie sich mit dem französischen Erzfeind verbündet hatten. 1527 plünderten Karls Landsknechte im „Sacco di Roma“ die

Ewige Stadt. Als es schließlich 1545 zum Konzil von Trient kam, war das einigende Band der Christenheit längst zerrissen.

1547 stand Karl im Zenit seiner Macht: Der Sieg über die im Schmalkaldischen Bund vereinigten evangelischen Fürsten und ein Friedensabkommen mit den Türken ermöglichten ihm größte Herrschaftsentfaltung. Die Franzosen hatte er zuvor gezwungen, seine Herrschaft in Italien und den Niederlanden anzuerkennen. Karls Würden und Herrschaftstitel umfassten über 70 Positionen. Doch noch im selben Jahr stieß der Habsburger an die Grenzen der Macht: Auf dem „geharnischten“ Reichstag in Augsburg schlug ihm die Opposition der Reichsfürsten entgegen. Die folgenden Jahre leiteten den Niedergang seiner Herrschaft ein, so dass Karl nicht in der Lage war, seinem Erben ein geeintes Reich zu hinterlassen.

Der Kaiser resignierte zusehends bei seinen Vermittlungsbemühungen im Umbruch zwischen Mittelalter und Neuzeit. Die Aushandlung des Augsburger Religionsfriedens 1555 überließ er bereits seinem Bruder und Nachfolger im Reich, Ferdinand I. Der Amtsverzicht im Jahr 1556 war folgerichtig – und dennoch für damalige Verhältnisse unerhört. Von Gicht gepeinigt, zog sich Karl nach Neukastilien in seine Villa nahe dem Kloster San Geronimo de Yuste zurück, um sich auf den Tod vorzubereiten, der ihn am 21. September 1558 ereilte. Sein Porträtist Tizian hatte ihn schon zuvor im Totenhemd gemalt, die Krone zur Seite gelegt, in der Anbetung der Heiligen Dreifaltigkeit. Eine einmalige Darstellung in der Kunstgeschichte für den Herrscher an der Schwelle zur frühen Neuzeit. Er selbst überschritt sie nicht mehr. □

**V**eni, vidi, Deus vincit“ (Ich kam, sah und Gott siegte), so beschrieb der Historiograph Luis de Avila jenen Mann, der von sich überzeugt war, den Auftrag der Vorsehung zu erfüllen. Sein Ziel: die Errichtung einer christlich-europäischen Universalmonarchie nach mittelalterlichem Vorbild. Die Sterne schienen dafür günstig zu stehen, als Karl V. am 24. Februar 1500 als erster Sohn des Herzogs von Burgund, Philipp I. des Schönen, und Johanna der Wahnsinnigen in Gent zur Welt kam. Mit 16 Jahren wurde der Habsburger zum König von Spanien ausgerufen. Mit 19 wählten ihn die Kurfürsten in Frankfurt – gesponsert durch die Augsburger Fugger – zum „Kaiser des Heiligen Römischen Reiches“, und an seinem 30. Geburtstag krönte ihn Papst Clemens VII.

Als König von Spanien, Neapel und Sizilien, Kaiser des Heiligen Römischen Reiches, Herrscher in Flandern, den Niederlanden und über weite Gebiete Mittel- und Südamerikas regierte der eher zierlich gebaute Monarch ein Reich, in dem die Sonne nie unterging. Doch Karls Herrschafts-Idee erwies sich als nicht mehr durchführbar: Der

# Jan Hus als Symbol der Heilung jahrhundertealter Wunden

Kardinal Vlk und evangelischer Synodalsenior veröffentlichen gemeinsame Erklärung  
Das Symposium in Rom war ein wesentlicher Schritt hin zur Versöhnung

Die Auseinandersetzung mit Person, Lehre und Wirkungsgeschichte des tschechischen Reformators Jan Hus (1370-1415), der in Konstanz auf dem Scheiterhaufen verbrannt wurde, kann für die christlichen Kirchen und die gesamte tschechische Gesellschaft heute wichtige versöhnende Impulse bringen. Das haben der katholische tschechische Primas, Kardinal Miloslav Vlk, und der Vorsitzende des Ökumenischen Rates der Kirchen in der Tschechischen Republik, der evangelische Synodalsenior Pavel Smetana, in einer gemeinsamen Erklärung hervorgehoben.

Anlass der nun veröffentlichten Botschaft an alle Bürger des Landes war das Hus-Symposium, das Mitte Dezember in Rom stattgefunden hat.

## Nicht nur eine kirchliche Frage

Vlk und Smetana erklären, dass die höchstkarätig besetzten Gespräche in Rom viel zu einer Annäherung in der Bewertung von Jan Hus und damit zu einer Aussöhnung jahrhundertealter Differenzen beigetragen haben. Sie machen deutlich, dass es sich bei Jan Hus und seiner Bewertung nicht bloß um eine kirchliche, sondern auch um eine nationale Angelegenheit handelt. Mit dem Symposium in Rom sei es an der Schwelle des 2000-Jahr-Jubiläums der Geburt Christi gelungen, „einen wichtigen Schritt zu setzen auf dem Weg der Heilung schmerzlicher Wunden unserer nationalen Vergangenheit und der Annäherung der Gläubigen, die sich zu verschiedenen christlichen Konfessionen bekennen“.

Der „katholische Priester, Theologe und Prediger“ Hus habe sich „in der Zeit einer großen Krise für die Neuordnung der gespaltenen Kirche des Westens und des Papsttums“ eingesetzt, schreiben die beiden Prager Kirchenführer. In diesem Bemühen habe er aus dem Evangelium wertvolle Impulse gewonnen, „die in

ihrer Bedeutung seinen persönlichen Fall, der mit der Verurteilung in Konstanz und dem nachfolgenden Tod seinen Abschluss fand, bei weitem überstiegen“.

Diese Impulse, „die das geschichtliche Bewusstsein des tschechischen Volkes geprägt haben“, könnten heute „zur Inspiration der ökumenischen Gemeinschaft der christlichen Kirchen werden“. Zu ihnen zählten der „eindringliche Aufruf“ von Hus zur Versöhnung des Menschen „mit Gott, mit sich selbst und mit den Mitmenschen“, die Betonung der Einheit der Kirche und die Forderung nach einem hohen moralischen Niveau aller Christen, besonders der Geistlichen.

Wesentlich sei des Weiteren die Betonung der Autorität der Bibel (vor allem des Neuen Testaments), die grundsätzliche Ablehnung von Gewalt in Glaubensangelegenheiten sowie die Suche nach der „göttlichen Wahrheit, die die letzte Norm des Lebens der Kirche und der Gesellschaft ist“ und die ein „Appell an das Gewissen und die unersetzliche Verantwortlichkeit eines jeden Menschen“ sei. Mit diesen Impulsen habe Jan Hus „Gedanken der Reformation des nachfolgenden Jahrhunderts vorweggenommen, aber auch Akzente, die später die katholische Kirche auf dem Zweiten Vatikanum gesetzt hat“.

Kardinal und Synodalsenior erinnern daran, dass Papst Johannes Paul II. bei seinem Prag-Besuch 1990 eine Neubewertung des Reformators Hus anregte und fragte, „ob es möglich sei, dass die Person Hus die Christen verschiedener Bekenntnisse heute mehr verbindet als trennt“. Daraufhin sei in der Tschechischen Republik eine ökumenische Hus-Kommission ins Leben gerufen worden. Ihre Arbeit habe durch den Aufruf des Papstes, die Kirche möge zum Jahr 2000 für Fehler in der Vergangenheit um Vergebung bitten, zusätzlichen Antrieb erhalten.

Das an der Lateranuniversität abgehaltene Symposium habe nun die mehrjährige Arbeit von Theologen und Historikern der Hus-Kommission „auf eine internationale Ebene und – was noch wichtiger ist – in das Zentrum der römisch-katholischen Kirchen gerückt, so die beiden Prager Kirchenführer. Sie erinnern auch daran, dass Johannes Paul II. bei einem Empfang für die Symposiusteilnehmer am 17. Dezember im Vatikan Hus als „wohl bekannten tschechischen Prediger“ und „einen der berühmtesten unter den vielen hervorragenden Magistern der Prager Universität“ gewürdigt hat. Sein „moralischer Mut angesichts von Feindseligkeit und Tod“ habe ihn „zu einer Figur von besonderer Bedeutung für das ganze Volk“ gemacht, wird der Papst zitiert.

## Bewegende Worte des Papstes

Alle Teilnehmer, an dem Symposium hätten zudem bewegt die „Worte der Entschuldigung“ gehört, die der „oberste Repräsentant der römisch-katholischen Kirche“ ausgesprochen habe: „Heute, am Vorabend des Großen Jubiläums, fühle ich die Pflicht, ein tiefes Bedauern über den grausamen Tod auszudrücken, der Jan Hus zugefügt worden ist, und über die nachfolgende Wunde, die sich dadurch in den Gedanken und Herzen der tschechischer Menschen aufgetan hat und die zur Quelle von Konflikten und Spaltungen geworden ist.“

Präsident Havel habe bei der Tagung die „tragfähige Botschaft“ von Jan Hus für die Gegenwart und die Zukunft mit folgender Worten charakterisiert: „Die glühende, existenzielle Hingabe von Hus an die Wahrheit, an ihre treue Befolgung in tiefer Harmonie der innersten Überzeugung und des Alltags, bleibt eine beständige Herausforderung des geistigen Erbes unseres Volkes. Der große Beitrag von Jan Hus zur europäischen



Geschichte war das Prinzip der persönlichen Verantwortung“.

Daran anknüpfend heißt es in der gemeinsamen Erklärung von Kardinal Vlk und Synodalsenior Smetana, es sei in der ökumenischen Hus-Kommission sowie auf dem römischen Symposium um mehr als um „religiöse Toleranz“ gegangen, „nämlich um ein lebendiges, zur Liebe befreiendes Zeichen der Wahrheit“. Die Teilnehmer hätten „das spürbare Bemühen der Repräsentanten der römisch-katholischen Kirche gewürdigt, zum geistlichen Vermächtnis von Magister Jan Hus ein neues Verhältnis zu finden“. Die Arbeit der Historiker wie auch die offizielle Erklärung des Papstes seien eine „Ermutigung zu weiteren mutigen Schritten auf der Suche nach der Einheit der Christen in der Vielfalt“.

Auf der Grundlage dieser Erfahrung sollten „auch weitere strittige Fragen in Zukunft nicht zur Ursache von Anschuldigungen, der konfessionellen Polemik und des Kulturkampfes“ werden. Es habe sich gezeigt, „wie man an historische Traumata mit sachlicher Ruhe, mit Demut gegenüber der Wahrheit, die

alle verbindet und befreit, herangehen kann“. In diesem Sinn könne sie auch „ein Beispiel für die übrige tschechische Gesellschaft bilden“, erklären der Prager Erzbischof und der evangelische Synodalsenior.

### „In der Wahrheit zu leben“

Die Reflexion über Persönlichkeiten wie Hus, die an der „Scheidelinie“ zwischen den beiden kirchlichen Traditionen des Westens stehen, sei auch angesichts der gemeinsamen katholisch-lutherischen Erklärung über die Rechtfertigungslehre von großer Bedeutung und Aktualität. Wörtlich halten Vlk und Smetana fest: „Keine Kirche, keine Konfession kann sich Hus restlos aneignen. Doch kann Hus zur Brücke eines neuen Vertrauens von Herz zu Herz werden.“ Der „nächste konkrete Schritt“ soll laut Vlk und Smetana ein „ökumenisches Lehrbuch der Kirchengeschichte in der Tschechischen Republik“ sein. Dieses soll von Fachleuten der verschiedenen christlichen Kirchen erarbeitet werden.

An dem Symposium in Rom hatten tschechische, polnische, deut-

sche und italienische Wissenschaftler, tschechische katholische Bischöfe, hohe Repräsentanten des Vatikans, Ordensobere, Repräsentanten der Tschechoslowakischen Hussitischen Kirche und der evangelischen Kirchen, Vertreter der Prager Karlsuniversität und der dortigen theologischen Fakultäten sowie der Tschechischen Akademie der Wissenschaften teilgenommen.

Beobachter weisen darauf hin, dass der Begriff „Wahrheit“, wie er in der Stellungnahme öfter vorkommt, in Tschechien eine nationale und auch hussitische Note hat. Der hussitische Wahlspruch „Die Wahrheit siegt“ (Pravda vítězí) zielt sowohl das Hus-Denkmal auf dem Prager Altstädter Ring als auch die Standarte des tschechischen Präsidenten. Unter diesem Schlachtruf kämpften tschechoslowakische Soldaten im Zweiten Weltkrieg sowohl im Westen als auch im Osten; auch ihr weiterer Wahlspruch „Wir bleiben treu“ ist in der gemeinsamen Erklärung von Vlk und Smetana angesprochen. Präsident Havel hatte mit seinem „Versuch, in der Wahrheit zu leben“, diese Tradition aktualisiert.

(Die Tagespost Nr. 4, 11.01.2000)

## KALENDERBLATT APRIL

- |                  |  |                  |   |
|------------------|--|------------------|---|
| 01.04.1875 (125) | Edgar Wallace (1875-1932), englischer Schriftsteller, geboren.   | 19.04.1920 (80)  | Franzosen und Briten teilen auf der Konferenz von San Remo die Nah-Ostgebiete des ehemaligen Osmanischen Reiches unter sich auf.                                |
| 03.04.1930 (70)  | Alt-Bundeskanzler Helmut Kohl geboren.   | 22.04.1500 (500) | Der Portugiese Pedro Alvarez de Cabral landet bei Bahia im heutigen Brasilien und nimmt das Land für Portugal in Besitz. Ankunft des Christentums in Brasilien. |
| 03.04.1950 (50)  | Der NWDR-Köln (Vorläufer des WDR) beginnt mit den ersten regelmäßigen UKW-Sendungen.   | 24.04.1975 (25)  | In Stockholm besetzt das Kommando „Holger Meins“ die deutsche Botschaft und nimmt Geiseln. Am folgenden Tag sprengen die Terroristen die Botschaft.             |
| 05.04.1990 (10)  | Das erste und letzte frei gewählte Parlament der DDR tritt zusammen.   | 26.04.1924 (75)  | Der Roman „Der Prozess“ des österreichischen Schriftstellers Franz Kafka erscheint.   |
| 06.04.1980 (20)  | In Deutschland wird wieder die Sommerzeit eingeführt.  | 27.04.1945 (55)  | In Wien errichtet Karl Renner eine provisorische Regierung. Österreich ist wieder Republik.   |
| 11.04.1825 (175) | Ferdinand Lassalle (1825-1864), Begründer des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und der sozialdemokratischen Bewegung in Deutschland, geboren.                                   | 30.04.1825 (175) | Gründung des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels in Leipzig.  |
| 15.04.1920 (80)  | Richard von Weizsäcker, Alt-Bundespräsident, geboren.  | 30.04.1935 (65)  | Erste aktuelle Fernsehübertragung vom Tempelhofer Feld in Berlin.   |
| 18.04.1980 (20)  | Als 50. afrikanischer Staat wird die britische Kolonie Südrhodesien unter dem Namen Simbabwe unabhängig.   | 30.04.1975 (25)  | Der Vietnam-Krieg endet mit der bedingungslosen Kapitulation Süd-Vietnams.  |
| 19.04.1775 (225) | Beginn des nordamerikanischen Unabhängigkeitskriegs: Aus den britischen Kolonien werden die United States of America, die am 04.07.1776 ihre Unabhängigkeitserklärung unterzeichnen. |                  |   |

## AUS DEN ANFÄNGEN DER BUNDESWEHR

**I**m Februar erreichte die Redaktion AUFTRAG ein Bericht des seit 27 Jahren pensionierten Oberstleutnant a.D. Gerhard Hasenkamp – durch seine Bekanntschaft mit dem früheren Chefredakteur unserer Zeitschrift Oberst a.D. Helmut Fettweis regelmäßiger AUFTRAG-Leser. Gerhard Hasenkamp (Geb.Jg. 1915) erinnert sich heute noch gern an seine ersten Jahre als Offizier der jungen Bundeswehr, insbesondere an seine Werbetour für die Bundeswehr im Sommer und Herbst 1956 mit dem damaligen Oberleutnant Dr. Helmut Korn – 1961 Gründungsvater und bis zu seinem Tod im Jahr 1983 Mentor des organisierten Laienapostolats in der Katholischen Militärseelsorge. Seinen Beitrag und einen Artikel aus der Herner Zeitung vom 03.10.1956 über diese Werbetätigkeit im Ruhrgebiet drucken wir nachstehend ab.

## Mit Dr. Helmut Korn 1956 auf Werbetour für die junge Bundeswehr

GERHARD HASENKAMP

**D**ie Bundesregierung hatte sich 1956 gegenüber der NATO verpflichtet, bis Ende des Jahres ein Streitkräfte-Kontingent von 96.000 Soldaten aufzustellen. Um diese Zahl zu erreichen, warb die Bundeswehr in der Presse. Zusätzlich bereiste Mitte bis Ende 1956 ein kleines Team aus drei Offizieren die größeren Städte Nordrhein-Westfalens, um in Auskunftsstellen ehemalige Unteroffiziere und Offiziere über ihre Einstellungschancen zu beraten. Außerdem sollten ungediente Freiwillige geworben werden. Einher ging eine Vortragstätigkeit vor den Abschlussklassen der höheren Schulen in den betreffenden Städten, um für die Offizierlaufbahn zu werben.

Das Team leitet Major Page (später General); er war für die gesamte Organisation verantwortlich. Die beiden Offiziere für Auskunftserteilung und Vortragstätigkeit waren Oberleutnant Dr. Helmut Korn, ehemaliger Jugendsekretär, und Hauptmann Gerhard Hasenkamp, evangelischer Pfarrerssohn und ehemaliger Leiter eines großen Bergmannsheims.

Wir beiden Offiziere waren in unserer Arbeit völlig auf uns gestellt. In den Auskunftsstellen mussten wir auch der Presse Rede und Antwort stehen. Das hieß für uns, ein plausibles Konzept zu erarbeiten, um allen kritischen Fragen gewachsen zu sein. Hier kamen mir die kluge Art und akademische Vorbildung meines Ka-

meraden Dr. Korn zu Hilfe. Er verstand es, in Kurzform alle aktuellen Fragen, die mit dem Aufbau der Bundeswehr und ihrem Einbau in das Staatsgefüge verbunden waren, in klar gegliederter Form zu Papier zu bringen. So konnten wir, wenn wir mal getrennt Interviews gaben, mit einer Stimme sprechen. Das war wichtig, weil gewisse Presseleute damals der Bundeswehr äußerst kritisch – wenn nicht sogar feindlich – gegenüber standen. So hatten wir z.B. in Duisburg in einer Zeitung nach einem solchen Interview lesen können: „Die beiden Bundeswehr-offiziere arbeiteten mit der Routine im Dienst ergrauter Möbelpacker“. Ähnlich erging es uns in anderen Städten. Konkrete Fehler konnte man uns aber nie nachweisen. Im Allgemeinen hatten wir Dank der guten Dr. Korn'schen Vorbereitung eine positive Presse.

Während es den Interessenten in den Auskunftsstellen in erster Linie um die Verdienstmöglichkeiten in der Bundeswehr ging, waren Dr. Korn und ich uns einig, bei unseren Vorträgen vor den Abschlussklassen die ideelle Seite des Offizierberufes hervorzuheben. Dr. Korn arbeitete diesen Kern unseres Anliegens besonders heraus; er unterstrich, dass vom Offizier verlangt werde, jungen Menschen Vorbild zu sein, um sie charakterlich und geistig formen zu können. Ein Offizier könne in seiner Aufgabe zu innerem Reichtum gelangen, aber nicht zu äußerem. – Durchweg zeigten sich die Abiturienten von unseren Ansichten beeindruckte.

Ich selber würzte die Vorträge mit zahlreichen Beispielen aus meinen Erfahrungen mit jungen Menschen und meinen Kriegserlebnissen. So waren wir ein ideales Paar und haben einen wesentlichen Teil zum Aufbau der Bundeswehr beigetragen. □

Foto von der Beratung beim Bundeswehr-„Auskunftsamt“ in der Herner Zeitung von Mittwoch, 3. Oktober 1956.

Die Bildunterschrift lautete: „Auf alle Fragen gaben Hauptmann Hasenkamp und Oberleutnant Dr. Korn bereitwillig Auskunft.“





AUS DER HERNER ZEITUNG, NUMMER 231, VOM 3. OKTOBER 1956

# Die erste Frage: Was verdienen wir? Bundeswehr berät Herner Interessenten

Eine halbe "Hundertschaft" Freiwilliger wartete vor dem kleinen Sitzungssaal im Rathaus

Erstaunte Gesichter im Herner Rathaus. Rund 50 Männer und eine „Mutti“ belagern schon vor 11 Uhr den kleinen Sitzungssaal. Männer zwischen 18 und 38, auch wohl noch einige "ältere Semester" darunter. Dann kommt ein großer schlanker Uniformierter, begleitet von einem stämmigen Unteretzten: Hauptmann und Oberleutnant der neuen deutschen Bundeswehr. Die erste Beratungsstunde für Herner, die am freiwilligen Eintritt in die Bundeswehr interessiert sind, hat begonnen.

Die Beratungsstunde begann ohne den Ton, der manchem von uns vielleicht noch immer aus den einstigen Musterungsbüros oder Wehrmeldeämtern im Ohre klingt, begann weit zwangloser und unmilitärischer als jede Vereinsversammlung. Es blieb bei einer freundlichen Aufforderung an einige der Herren, doch den Hut abzunehmen. Aber das tut man ja wohl in "geschlossenen Räumen" auch im zivilen Leben noch. Übrigens waren der Hauptmann und sein Oberleutnant nicht die einzigen „Uniformierten“ – man sah noch einen Straßenbahner und einige junge Leute in der Uniform der Bergschüler. Damit haben wir schon gleich die Frage angeschnitten, woher die Bundeswehr-Interessenten kommen. Zum nicht geringen Teil – überraschend – aus dem Bergbau. Und so sah sich Hauptmann Hasenkamp doch zu der halb scherzhaften, halb ernststen Warnung genötigt: „Bleibt im Pütt, sonst werden die Kohlen noch teuer!“ Und er muß es schließlich wissen, denn er kommt aus dem Gelsenkirche-

ner Bergbau. Daneben sah man Angestellte, Vertreter, Arbeiter, Menschen aus fast allen Berufsschichten.

## Vielseitige Fragen

Nach einer in großen Zügen informierenden Ansprache wurde dann in Frage und Antwort oder auch in persönlicher Beratung unter vier Augen noch manche Unklarheit durch die beiden Offiziere beseitigt. Interessante Probleme wurden dabei angeschnitten. Etwa das Thema, welcher Geist in der Truppe herrschen werde und wie es zu den Zwischenfällen auf dem Fliegerhorst Ütersen gekommen sei. Ob man als deutscher Soldat auch auf fremden Kriegsschauplätzen und für die Sache eines fremden Volkes eingesetzt werden könne usw. usw. Obwohl diese Fragen eigentlich über seine Zuständigkeit hinausgingen, versuchte Hauptmann Hasenkamp sie doch nach bestem Wissen und Gewissen zu beantworten.

## Charakter entscheidet

Der kritische Beobachter dieser Beratungsstunde (die sich über den ganzen Dienstag erstreckte und heute noch fortgesetzt wird) nimmt einen zwiespältigen Eindruck mit nach Hause. Er ist positiv beeindruckt von der geistigen Haltung der Offiziere, die immer wieder betonen, daß man in erster Linie bei den Einstellungen darauf sehen werde, was der Mann in den elf Jahren seines zurückliegenden zivilen Daseins geleistet, wie er sich hier charakterlich bewährt habe. Frühere militärische Erfahrungen und Leistungen kommen erst an zweiter Stelle. Man will die menschliche Persönlichkeit, will ihr die freie Entfaltung ermöglichen, will auf sogen. „Hurra-Patrioten“ gerne verzichten.

Auf der anderen Seite wird jedoch durch die kaufmännisch-nüchterne Behandlung des Problems ein ungemein materieller Geist in die neue Truppe hineingetragen, der Geist des „Wo kann ich noch mehr verdienen“, der unser Wirtschaftsleben ja schon in so unheilvollem Maße beherrscht. Die Herner Beratung machte diese Gefahr deutlich – für die meisten Frager ging es darum: „Was bekomme ich? Lohnt es sich für mich?“ Gewiß ist die materielle Sicherheit des künftigen Berufssoldaten eine selbstverständliche Voraussetzung. Aber sie sollte doch nicht ausschließlich bestimmend für den Eintritt in die Truppe sein.

## KALENDERBLATT MAI

- |                 |  |                  |  |
|-----------------|--|------------------|--|
| 01.05.1925 (75) | Die Insel Zypern wird britische Kronkolonie.   | 12.05.1915 (85)  | Frere Roger Schutz, <b>Gründer</b> und Prior der ökumenischen Gemeinschaft von Taizé/Frankreich, geboren.  |
| 04.05.1980 (20) | Josip Tito, Staatspräsident von Jugoslawien, gestorben.  | 17.05.1900 (100) | Schiitenführer Ayatollah Ruholla Khomeini (1900-1989), <b>geistlicher</b> Gründer und Führer der Iranischen Republik, geboren.   |
| 05.05.1960 (40) | Die Bundesregierung beschließt die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel. Am 13.05. wird der Beschluss offiziell bekannt gegeben.  | 18.05.1920 (80)  | Papst Johannes Paul II. geboren.   |
| 06.05.1975 (25) | Kardinal Jozsef Mindszenty, Primas von Ungarn, im österreichischen Exil gestorben.   | 18.05.1990 (10)  | Unterzeichnung des Staatsvertrages zwischen der Bundesrepublik und der DDR über die Schaffung einer Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion.   |
| 09.05.1950 (50) | Der französische Außenminister Robert Schumann schlägt die Fusion der deutschen und französischen Montanindustrie vor, um Krieg zwischen beiden Ländern unmöglich zu machen (Schumanplan). | 27.05.1915 (85)  | Die türkische Regierung ordnet die Deportation der zwei Millionen christlichen Armenier aus Anatolien an. Bis 1916 fallen rund eine Million Armenier Massakern und Verfolgungen zum Opfer. |
| 10.05.1940 (60) | Beginn des Überfalls deutscher Truppen auf die Niederlande, <b>Belgien</b> , Luxemburg und Frankreich.   | 29.05.1500 (500) | Bartolomeu Diaz, portugiesischer Seefahrer, <b>umsegelte</b> 1488 als erster Europäer das Kap der Guten Hoffnung, gestorben.   |

# Salomon

## Von der Möglichkeit, den Namen Gottes zu aktualisieren

MICHAEL OVERMANN

Das Ideal  
männlicher  
Selbstverwirk-  
lichung

Die Beschäftigung mit Salomon führt zur Begegnung mit der Urform männlicher Spiritualität, dem König. Der König bietet dem modernen Mann scheinbar nur wenig, womit er sich identifizieren könnte. Für uns, die wir in einer Demokratie leben ist die Figur eines Königs fremd geworden, und doch, gleichzeitig fasziniert seine ungebrochene mythische Anziehungskraft in Märchen, Romanen und Filmen. Diese Faszination basiert auf dem menschlich-männlichen Wunsch, das Ansehen, die Macht und den Reichtum eines Königs zu erreichen. Wir gehen den Weg des Helden in einem Märchen innerlich mit, der eine Vielzahl von Prüfungen zu bestehen hat, schließlich das verheißene Land in der Fremde erreicht und dessen mächtiger und wohlhabender König wird. Der Weg des Helden ist unser Lebensweg; es ist der Weg der Entwicklung und Verwirklichung unseres Selbst. Ansehen, Macht und Reichtum sind dann Attribute eines gesunden Selbstbewusstseins und kennzeichnen den Abschluss eines Entwicklungsprozesses. Der märchenhafte Verlauf von Entwicklungsprozessen und Lebenswegen ist aber nicht jedem in gleicher Weise vergönnt. Ideale dienen der Ermutigung und Stärkung, werden dagegen nur ausnahmsweise Realität und so begegnen wir der Schattenseite des Königs, dem Tyrannen. Weil nun jeder Mann im Verlauf seines Lebens mit der Ausstrahlung seiner Autorität, den Möglichkeiten seiner Macht und der Verwirklichung seiner Verantwortung konfrontiert wird, ist die Auseinander-

setzung mit der Urform des Königs wichtig. Bei dieser Aufgabe soll uns die Geschichte des Salomon helfen, die uns viel über den Segen des Königs bzw. den Fluch des Tyrannen zu lehren vermag.

### Salomon – ein König

Wir müssen uns zu Beginn der Geschichte Salomons bewusst sein, dass der Gedanke an ein Königtum und die Vorstellung von einem König vielen Menschen im alten Israel ebenso fremd war wie uns heute. Beim Stichwort „König“ dachten sie nur an den ägyptischen Pharao, die Zeit ihrer Deportation und die Flucht aus der Sklaverei. Zudem liebten die Hebräer ihre gewonnene Unabhängigkeit und lehnten jede Macht ab, die in ihren Angelegenheiten herumschnüffelte, Steuern eintrieb, ihre Söhne einzog und ihre Töchter versklavte (1 Sam 8,10-19). Ihre traditionelle Regierungsform zog die patriarchale Herrschaft vor: kleine Sippen, die bestenfalls von einem weisen, ortsansässigen Führer regiert wurden, Richter genannt. Vor allem aber glaubten die Israeliten, dass ihr Volk bereits einen König habe – Jahwe Zebaoth – und dass jede irdische Ausübung dieses Amtes ein Schlag ins Gesicht ihres Gottes sei (1 Sam 8,6-9). Wenn es dennoch zur Installierung eines irdischen Königtums in Israel kam, ist das nur als notwendige Folge geschichtlicher Veränderungen zu verstehen.

Im späten elften Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung bevölkern verstreute

Erfahrung und  
Schilderung  
eines histori-  
schen Königs

Das Alte Testament vermittelt ganz konkrete Vorstellungen von „Männer-Gestalten“. Ihre Beschreibung lässt vor dem inneren Auge der Zuhörer Bilder entstehen, welche Aspekte der männlichen Existenz, der männlichen Sozialisation und der männlichen Spiritualität beleuchten. Diese Begegnung mit männlichen Vor-Bildern des Alten Testaments (die Visualisierung von Männer-Gestalten bzw. von Aspekten des Mann-Seins) bietet die Möglichkeit der Bearbeitung des eigenen Männer-Bildes. Möge der Leser dieser Beschreibungen die Begegnung mit Abraham (Heft 234), Jakob (Heft 235), Josef (Heft 237), Moses (Heft 238), Salomon (Heft 239), Elija (Heft 240) und Jeremia (Heft 241) konstruktiv nutzen und aus dieser Begegnung Konsequenzen für sein Mann-Sein ziehen. Die Männerbilder sind mit freundlicher Genehmigung des Verlags dem Buch entnommen: „Müssen Männer Helden sein? Neue Wege der Selbstentwicklung“ / Paul M. Zulehner (Hrsg) mit Beiträgen von Walter Hollstein, Johannes Kaup, Michael Overmann und Christian Reichart. Tyrolia-Verlag Innsbruck 1998; ISBN 3-7022-2097-6.



hebräische Stämme die Berglandschaft Kanaans, die sich von den bewaldeten Gipfeln Galiläas im Norden bis zu den nackten Wüstenhöhen Judäas im Süden ausdehnt. Diese Stämme, jeweils in Sippen organisiert, leben in ständiger Spannung und im Krieg miteinander und mit ihren kanaanitischen Nachbarn, die in den reicheren Stadtstaaten der fruchtbaren Ebenen und Täler wohnen. Die Invasion der Philister, ein Seefahrervolk des Mittelmeers, verändert den Stand der Dinge dramatisch. In das hebräische Hügel-land eindringend, drohen sie, ganz Kanaan mit ihrer mächtigen Militärmaschine zu überrollen, ausgerüstet mit der neuesten Technologie: Waffen aus Eisen. Die moderne Kriegskunst ist da: Die Hebräer können als isolierte und zersplitterte Stämme, angeführt von alternden Scheichs, nicht überleben. In der Bedrohung durch die Philister nutzt ein örtlich starker Mann der Benjaminer, namens Saul, die Chance, die einzelnen Stämme zu einem hebräischen Königtum unter seiner Herrschaft zu vereinen. Er besiegt die Philister in einer Reihe klug geführter Scharmützel, lässt sich als erster hebräischer König salben und errichtet seine Hauptstadt in Gibeon. Doch Sauls Tod durch Philisterhände auf dem Berge Gilboa ermöglicht es seinem judäischen Rivalen David, den Thron zu besteigen; er rötet den Großteil der verbliebenen Sippe Sauls aus, zermalmt die Philister und erklärt die neu eroberte Stadt Jerusalem zur Hauptstadt (2 Sam 1-5). Siegreich über alle Feinde, errichtet König David ein ausgewachsenes israelitisches Königreich mit Militär und Verwaltungsbükratie. Familienprobleme und Palastintrigen machen der Dynastie jedoch zu schaffen (2 Sam 9-20), bis der alte David schließlich (mit Nachhilfe von dessen Mutter Batseba) die königliche Macht seinem Sohn Salomon übergibt (1 Kön 1).

Israel salbt Salomon etwa Mitte des 10. Jh. v.Chr. zum König. Auch wenn unter Gelehrten kein Zweifel an der Historizität dieses Ereignisses herrscht, besteht Skepsis gegenüber den ausführlichen Beschreibungen von Salomons Herrschaft, die im 1. Buch der Könige beschrieben wird. Was ist nun mit der vorgegebenen Macht, dem verschwenderischen Reichtum und der weltberühmten Weisheit des Salomon? Ihre literarische Darstellungen sind der Stoff, aus dem Legenden gemacht werden, Geschichten, die Könige ihre Hofchronisten zur Erbauung künftiger Generationen haben aufschreiben lassen. Die extravagante Literatur

über Salomon taucht also auch tief in die Welt des Mythos ein, sodass die majestätischen Erzählungen über diesen König uns mehr über die spirituellen Eigenschaften des idealen Königs der Bibel als über die politischen oder wirtschaftlichen Lebensbedingungen ein Jahrtausend vor Christi Geburt vermitteln.

*Vermischung historischer und mythologischer Zusammenhänge*

## Salomon – Formen vollkommener Männlichkeit

### Die Weisheit des Königs

Einige wichtige Facetten der Urform des Königs treten in der Geschichte Salomons zutage. Die erste und wichtigste bezieht sich auf den geheimnisvollen Traum Salomons auf den Kulthöhen von Gibeon, als der Tempel in Jerusalem noch nicht fertig ist. Dort wendet sich Gott an den neuen König: „Sprich eine Bitte aus, die ich dir gewähren soll“ (1 Kön 3,5) – ein Blankoscheck, von Jahwe unterschrieben. Salomons Antwort entspringt dem innersten Kern dessen, was es heißt, ein König zu sein, und zeigt, dass er das, worum er bittet, bereits besitzt: „Verleih deinem Knecht ein hörendes Herz, damit er das Gute vom Bösen zu unterscheiden und er dein zahlreiches Volk zu regieren weiß.“ (1 Kön 3,9) Salomon strebt nicht nach größerer politischer Macht, nicht nach höheren finanziellen Mitteln und nicht nach militärischer Überlegenheit, sondern nach der nötigen Weisheit zur Führung seines Volkes, eine Bitte, die Jahwe nicht abschlagen kann.

Salomon weiß, dass ein heiliges Königtum nicht nur eine politische, sondern auch eine spirituelle Dimension hat, nicht nur mächtige Position, sondern auch verantwortungsvoller Dienst ist; er weiß, dass er als irdischer König Gott repräsentiert. Er sieht sich als Vermittler, der sowohl dem himmlischen König, als auch dem geringsten Untertan Rechenschaft schuldet. Deshalb stellt ihn ein großer Teil der „salomonischen Schriften“ als betenden König dar, der Jahwe für sein Volk um Führung und Weisheit bittet (1 Kön 3,4-15; 8,22; 9,9). Offensichtlich handelt es sich um schwere Kost, mit zwingenden Folgen für die Psyche eines jeden Mannes, der König sein möchte, doch die spirituelle Dimension gehört nun mal zur Urform des Königs und verleiht ihr ihr seelisches Gewicht.

In neuerer Zeit haben die humanistischen Philosophien unter den Regierenden jegliches Bewusstsein dafür verdrängt, dass sie für ihren Herrschaftsstil

*Spirituelle Eigenschaften des „idealen“ Königs*

*Männliche Verantwortung als Dienst und Führung*

Gott in irgendeiner Weise Rechenschaft schuldig sind. Führerschaft wird heute nur noch als gesellschaftlicher Vertrag verstanden: „Du stellst mich an, ich arbeite für dich; du bestellst, ich liefere“. So logisch dieses Arrangement klingt, es erweist sich als menschliches Fiasko. Der spirituellen Dimension im Dienst an den Menschen beraubt und bar jeder spirituellen Verantwortung vor Gott geht es den Mächtigen unserer Zeit vor allem um ihre Lobby, Bosse fühlen sich den schwarzen Zahlen in den Bilanzen verpflichtet und Projektleiter schielen auf die Anerkennung der Betriebsräte; häufig begegnen wir nur noch pervertierten Formen männlichen König-Seins. Salomon jedoch ist nicht zu groß, um in den Tempel zu gehen und sich vor Jahwe zu verneigen, nicht zu wichtig, um sich der intimsten Probleme der Armen seines Reiches anzunehmen (I Kön 3,16-28). Deshalb konnte sein Volk im von ihm errichteten Tempel singen:

*„Er wird Recht verschaffen den Gebeugten im Volk,  
Hilfe bringen den Kindern der Armut.  
Denn er errettet den Gebeugten, der um Hilfe schreit,  
den Armen und den, der keinen Helfer hat.  
Er erbarmt sich des Gebeugten und Schwachen,  
er rettet das Leben der Hilflosen.  
Von Unterdrückung und Gewalttat befreit er sie,  
ihr Blut ist in seinen Augen kostbar.“*

(Ps 72,4.12-14)

Dienst und  
Führung in  
Vertretung  
Gottes

Jeder Mann, dem die Führung anderer Menschen obliegt, bedarf der Gnade Gottes in seiner Aktualisierung dieser Urform männlicher Spiritualität. Ob er einer Gesellschaft oder einem Verwaltungsbezirk vorsteht, eine Diözese oder eine Schule leitet, eine Fußballmannschaft oder Jugendgruppe betreut, er muss wissen, dass er in Vertretung Gottes handelt. Die Probe für eine gelungene Verwirklichung der Urform des Königs ist einfach: „Vertrauen Ihnen die Ihnen anbefohlenen Menschen?“ Ein echter König beantwortet diese Frage mit einem entschiedenen JA:

- der Chef, der auch mit dem Hausmeister über dessen Probleme spricht
- der Offizier, der wie selbstverständlich mit seiner Mannschaft die Nachschubprobleme diskutiert
- der Politiker, der sich konkret um bezahlbare Wohnungen für Familien mit Kindern bemüht

### Die Fruchtbarkeit des Königs

Weitere Eigenschaften, die Salomon und auch die Urform des „Königs von Gottes Gnaden“ auszeichnen, sind außerordentliche Freigebigkeit, Fruchtbarkeit und Schöpferkraft. Salomons Förderung

von Gelehrsamkeit und Weisheit in Israel, der Errichtung des Tempels in Jerusalem als Aufenthalt Jahwes, dem königlichen Palast, weiteren Bauvorhaben im ganzen Land und sogar den bahnbrechenden seefahrerischen Unternehmungen widmet die Bibel auffallende Aufmerksamkeit (I Kön 5-9). Obendrein entspringen diese Beschreibungen nicht dem Reich der Phantasie bzw. der späteren Glorifizierung der Vergangenheit: Archäologische Funde bestätigen zum Teil die Geschichtlichkeit des phänomenalen Baubooms; Bibelexperten sprechen von der „salomonischen Aufklärung“ als einer Zeit großer wissenschaftlicher Aktivität und literarischer Kreativität.

Der heilige König ist demnach die Inkarnation des Lebensprinzips seines Reiches; er blüht regelrecht auf, wenn er sein Volk gedeihen sieht, und strahlt, wenn er von dessen Errungenschaften hört. Er fördert die Kreativität der Menschen, befriedigt ihren Durst nach Erkenntnis und Wissen, unterstützt ideelle und intellektuelle Vorhaben und ermutigt den Fortschritt der Gesellschaft und das Wachstum der Zivilisation. Der Schlüssel zur psychischen Kraft dieser Hochherzigkeit ist die, dem König wiederum zukommende Anerkennung, weil ja alles durch seine Förderung, unter seiner Leitung und unter seinem Schutz zustande gekommen ist. Er fühlt sich nicht bedroht vom Erfolg anderer, sondern erfreut sich daran und profitiert selber davon. Jeder mag sich glücklich schätzen unter einem solchen Vorgesetzten arbeiten zu dürfen, der seinen inneren König zur Geltung bringt:

- der Professor, der seinen Studenten wertvolle Anregungen für die akademische Arbeit gibt
- der Pfarrer, der sich über die Beliebtheit seines Pastoralreferenten freut
- der Chef, der die neue Idee eines Angestellten für eine Werbekampagne entsprechend honoriert
- der Vater, der sich geduldig und wohlwollend mit seinem Sohn auseinander setzt

Wie gut diese Männer sind, wie groß und wie herzlich! Wir alle haben solche Männer gekannt und sind unter ihnen aufgeblüht. Wir alle spüren eine verborgene Sehnsucht nach solchen männlichen Vorbildern und wünschen uns insgeheim, so zu werden wie sie. Die Verwirklichung des königlichen Selbstbewusstseins beinhaltet die Überwindung von Konkurrenz und Neid und die Fähigkeit zur Förderung der Persönlichkeits- und Gruppenentwicklung.

Reflexive  
Wirkung der  
männlichen  
Verantwortung  
für das Leben



## Salomon – Formen unvollkommener Männlichkeit

Ernsthafte Störungen des Individuations- und Sozialisationsprozesses eines Mannes können im Bereich der männlichen Spiritualität die Schattenseite des Königs mit ihren zwei Formen aktivieren:

- Enttäuschte und verletzte Männer streben die Macht eines Königs als Ausgleich für ihr mangelndes Selbstwertgefühl an. Die Urform des Königs wird von ihnen nicht zum Nutzen, sondern auf Kosten der Menschen vergewaltigt; sie ist dann nicht mehr als eine Maske, ist mehr Schein als Sein. Wir nennen diese falschen Könige: Tyrannen.
- Unreife und unsichere Männer dagegen können die Figur des Königs nicht ausfüllen und weigern sich, die Verantwortung und Verpflichtung einer leitenden Funktion zu übernehmen. Sie empfinden diese Urform männlicher Spiritualität als überflüssige Belastung und nicht erstrebenswertes Ziel. Wir bezeichnen diese unreifen Könige: „ewige Jünglinge“.

*Der Missbrauch und die Verweigerung männlicher Verantwortlichkeit*

*Psychische Impotenz als Grundlage des Missbrauchs*

### Die Eifersucht des Tyrannen

Die Aura des Königs wirkt wie ein starker Magnet auf eingeschüchterte und verletzte Männer, zur Kompensation ihrer psychischen Impotenz. Ohne ein gesundes Selbstbewusstsein und ein entsprechendes Gefühl für die Würde des Menschen erlauben sie der Schattenseite des Königs, von ihnen Besitz zu ergreifen; sie hängen sich den Mantel der Autorität um und rei-

ßen die Schalthebel der Macht an sich. Die Allüren der Macht dienen der Abgrenzung und Verteidigung; das entsprechende Reden und Tun ist geprägt von Einschüchterung, Kleinkariertheit, Manipulation und Zwanghaftigkeit. Solche Folgen narzisstischer Kränkung zählen zweifellos zu den größten Plagen der menschlichen Geschichte, die eine abscheuliche und scheinbar endlose Kette von großen und kleinen Tyrannen hervorgerufen hat. Und keiner kann sich von diesen Negativerscheinungen männlicher Spiritualität freisprechen, immer und überall verschafft sich auch die Kehrseite einer Medaille Geltung. Voller Misstrauen und Selbstzweifel sorgen die Tyrannen dafür, dass niemand unter ihnen heranreift, groß wird und mit sich zufrieden sein kann. Sie besitzen ein untrügliches Gespür für die Fehler, Probleme und Schwächen ihrer Untergebenen. Unter der Eifersucht des Tyrannen welkt ein Königreich dahin:

*Das Salomonische Urteil –  
Tuschezeichnung:  
Rudolf Hensch 2000*



- Angestellte gehen in Deckung und wagen keine Experimente und Risiken mehr.
- Zucht und Ordnung behalten die Oberhand und würgen alle Ansätze von Kreativität ab.
- Meinungsunterschiede gelten nicht als Chancen für Veränderung und Wandel, sondern als Mangel an Loyalität.

Tyrannen und ihre kleinen Reiche entdecken wir immer wieder und meistens sind wir gezwungen, ihre Schikanen zu dulden. So bleibt festzuhalten, dort wo der heilige König die Fruchtbarkeit und Schöpferkraft der Menschen fördert, sorgt der Tyrann für Enttäuschung und Verödung.

### Die Verweigerung des „ewigen Jünglings“

*Psychische  
Inkompetenz  
als Grundlage  
der Verwei-  
gerung*

Die andere, ebenso mögliche Schattenseite des großen Königs ist der „Ewige Jüngling“, der jeder Autorität, Verantwortung und Verpflichtung aus dem Weg zu gehen weiß. Während sich der König den Herausforderungen des Lebens selbstbewusst stellt, reagiert der Jüngling ausweichend und flüchtig. Er ist ein Mann, der nie groß werden durfte und sich damit abgefunden hat, klein zu bleiben, ein Mann, der nicht selbständig ist und sich standhaft weigert, erwachsen und reif werden. Aufgrund seiner eigenen Orientierungslosigkeit und Unsicherheit vermag er nicht, andere Menschen zu führen und Verantwortung für sie zu übernehmen. Seine narzisstische Sorge um das Wohl seines eigenen Selbst verhindert, dass aus dem kleinen Prinzen ein König wird.

Mit der unaufhaltsamen Abkehr der westlichen Kultur von gereiften männlichen Werten und der zunehmenden Diskreditierung der Formen rauer und ursprünglicher Männlichkeit, nimmt die Zahl dieser harm- und wirkungslosen Jünglinge zu. Anschmiegsam, jungenhaft, reizend und sanft muss der Mann von heute sein; auch seine störrische, unreife und unverantwortliche Schattenseite wird akzeptiert; ja, der ewige Jüngling ist in, er lässt sich in der Popkultur und auf dem Unterhaltungsmarkt gut verkaufen. Das aktuelle Männerbild, das „Muttersöhnchen“, charmant, empfindsam und weiblicht, die lebendige Verkörperung des modernen uneingeweihten Mannes und das Gegenteil des heiligen Königs mit all seiner Fruchtbarkeit, Substanz und Würde, dieses Männerbild wirft jedoch zuneh-

mend Probleme auf. Die Unsicherheit im Blick auf die Rolle und die Situation des Mannes beeinflusst nicht nur die Lebensbewältigung der erwachsenen Männer negativ, sie hat inzwischen dramatische Folgen in der Orientierungslosigkeit der männlichen Jugend.

### „Ich bin ein König“ – das wahre Königtum ist nicht von dieser Welt

Salomon ist keineswegs ein perfekter König. Die Bibel sagt uns, dass er gegen Ende seiner Herrschaft von der unbedingten Treue zu Jahwe abfällt und anderen Göttern folgt. Sie zitiert diese Sünde als Grund für politischen Aufruhr und militärische Streitigkeiten gegen Salomon und für das wachsende Schisma im Volk, das später zur Abspaltung des nördlichen Königreiches Israel von Juda führt (1 Kön 11). Natürlich sind Salomons Fehler historisch viel komplexer als es der biblische Hinweis auf die Vielgötterei zugibt. Des Königs Politik der Zwangsarbeit (1 Kön 9,15ff) und die hohen Steuern haben die nördlichen Stämme zermüht; als sein Sohn Rehabeam den Thron besteigt, nützen die Ältesten Israels die Gunst der Stunde, um vom Hause David abzufallen (1 Kön 12). Doch trotz aller Schwierigkeiten gibt es keinen Hinweis darauf, dass Salomon als König oder als Mann je verstört oder verzweifelt ist. Vielleicht liegt der Grund in der nachträglichen Glorifizierung dieses israelitischen Königs in der Geschichte durch das Volk; die jüdische Geschichtsschreibung erspart Salomon auf jeden Fall jegliche Erfahrung einer Niederlage. Und doch, die Probe königlichen Mutes und Selbstbewusstseins kommt erst mitten in der Katastrophe.

Die biblische Schilderung königlicher Würde in der Katastrophe folgt erst im Zusammenhang mit einem Nachkommen Salomons, einem weiteren König der Juden, mit Jesus von Nazaret. In der Woche nach seinem triumphalen Einzug nach Jerusalem erduldet er, der Wanderprediger aus Galiläa, edelmütig eine Kette von Auseinandersetzungen und Prüfungen. Verurteilt von den Gerichten, gebannt von den religiösen Autoritäten, verlassen von seinen Freunden, verspottet von Feiglingen, gefoltert von Verbrechern und hingerichtet von Soldaten bleibt Jesus König bis zuletzt, großmütig, selbstbeherrscht und verzeihend. Der Bericht über das Leiden Jesu im Johannes-Evangelium ist eine ehrfurchtsgebietende Darstellung der kö-

*Darstellung  
königlichen  
Selbstbewusst-  
seins in der  
Erniedrigung*



niglichen Würde in der Niederlage:

„Da ging Pilatus wieder in das Prätorium hinein, ließ Jesus rufen und sagte zu ihm: ‚Du bist der König der Juden?‘ Jesus antwortete: ‚Sagst du das vor dir aus, oder haben es andere dir von mir gesagt?‘ Pilatus antwortete: ‚Bin ich denn ein Jude? Dein Volk und die Hohenpriester haben dich mir ausgeliefert. Was hast du getan?‘ Jesus antwortete: ‚Mein Reich ist nicht von dieser Welt. Wenn mein Reich von dieser Welt wäre, hätten meine Diener gekämpft, dass ich den Juden nicht ausgeliefert worden wäre. Nun aber ist mein Reich nicht von hier.‘ Da sagte Pilatus zu ihm: ‚Also bist du doch ein König?‘ Jesus erwiderte: ‚Du sagst es: Ich bin ein König. Ich bin dazu geboren und dazu in die Welt gekommen, um für die Wahrheit Zeugnis abzulegen. Jeder der aus der Wahrheit ist, hört auf meine Stimme.‘ Pilatus sagte zu ihm: ‚Was ist Wahrheit?‘“ (Joh 18,33-38)

Der König ist mehr als eine gesellschaftliche Machtposition; letztlich ist der König die Urform des gereiften Selbst. Es ist das Selbst, das sich seiner bewusst ist und ausruft: „Ich bin ein Mensch! Ich bin ein Mann! Ich bin jemand! Ich bin Ich!“

Das innere  
Königtum hat  
nichts mit  
äußerem  
Erfolg zu tun

Nur selten erfahren wir die positive Verwirklichung dieser Urform männlicher Spiritualität. In der Regel beobachten wir an uns und anderen vor allem den klein karierten Egoismus, dessen Selbstbezogenheit jede Hinwendung an und jede Hingabe für den Nächsten untergräbt; wir beobachten ihn sogar bei berühmten, mächtigen und reichen Personen. Inneres Königtum hat aber nichts mit äußerem Erfolg zu tun. Die Könige, deren Reiche nicht von dieser Welt sind, finden wir vielmehr unter den Armen, Kranken und Unterdrückten. Umgeben von deprimierender Armut, von entstellender Krankheit und von erniedrigender Rechtlosigkeit steht der Thron eines Königs, eines Menschen, dessen Gott in seinem Herzen einen Platz gefunden hat, dessen Gott ihn seiner menschlichen Würde bewusst macht, dessen Gott ihn zu einer Quelle der Menschlichkeit werden lässt.

## Salomon und du

Zur Besinnung:  
Die Realisierung  
des inneren  
Königs als  
Aktualisierung  
des Namens  
Gottes in der  
Zeit

Im Buch Deuteronomium heißt es: „Leben und Tod, Segen und Fluch habe ich dir vor Augen gestellt. So sollst du denn ... das Leben wählen, indem du Jahwe, deinen Gott liebst ...“ (Dt 30,19.20) Entsprechend dieser alttestamentlichen Vorgabe ist der Evangelist Johannes der Meinung, dass der Mensch die Fülle des Lebens nur in der Erkenntnis Gottes (Joh 17,3) findet. Es war, ist und bleibt aber die Frage des Menschen, wie er dieses Ziel erreichen kann. So findet die menschliche Verwirklichung göttlichen Potentials

in irdischen Zusammenhängen immer wieder im Werden und Wirken des inneren Königs seine mythische Illustration. Der König auf dem Weg und am Ziel ist Beispiel für die Entwicklung des Menschen von der Unvollkommenheit zur Vollkommenheit und von der Teilmenschlichkeit zur Vollmenschlichkeit, ist Symbol für die Entwicklung und Vollendung des Geschöpfes im Sinne seines Schöpfers, ist Vorbild für die Aktualisierung des Namens Gottes in der Zeit. Entsprechend kann der Mensch mit einem königlichen Selbstbewusstsein formulieren: „Ich bin!“ (vgl. Ex 3,14)

An dieser Stelle haben wir uns mit einem Beispiel der mythologischen Darstellung eines Königs auseinander gesetzt. Die Autoren der biblischen Schriften haben in die Beschreibung des historischen Salomon mythologisches Wissen einfließen lassen, sodass er nicht nur ein großer König in der Geschichte des Volkes Israel war, sondern ein großes Vorbild für den Entwicklungsprozess eines jeden Mannes ist:

## Bist du ein König?

- Welche Erfahrungen führten bei dir in der Vergangenheit zur Entwicklung eines königlichen Selbstbewusstseins?
- Welches Gottesbild wurde dir vermittelt, welches Gottesbild hast du heute und welchen Einfluss hat dieses Gottesbild auf dein Selbstbild?
- Welchen Menschen kannst du mit Vertrauen begegnen?
- Welche Eigenschaften eines vorbildlichen Mannes möchtest du in Deinem Leben verwirklichen und jungen Männern anempfehlen?
- Welche Verbindung siehst du zwischen den Begriffen „Gottvertrauen“ und „Selbstverwirklichung“?
- Welche Wirkung hat das Wort Jesu auf dich: „Wer unter euch der Erste (der König) sein will, soll der Letzte und der Diener aller sein!“ (Mk 9,35)?
- Welchen Zusammenhang erkennst du zwischen der Entwicklung des männlichen Selbstbewusstseins und der Wahrnehmung gesellschaftlicher Wandlungsprozesse?

## Betrachtenswerte Schriftstellen

- Im 1. Buch der Könige (1 Kön)
- 3,16-28: Salomon als Thronfolger Davids
  - 3,4-15: Erste Gotteserscheinung im Traum
  - 3,16-28: Das salomonische Urteil
  - 6,1-38: Der Tempelbau in Jerusalem
  - 8,1-9: Übertragung der Bundeslade
  - 8,14-61: Der betende König
  - 9,1-9: Zweite Gotteserscheinung im Traum
  - 10,1-13: Die Freigebigkeit des Königs
  - 11,1-43: Schattenseiten des Königs und sein Ende □

# Patriotismus und christlich-abendländisches Menschenbild

## Voraussetzung für die Führung im Gefecht?

KARL-HEINZ LATHER

Die Thematik dieses Vortrages, der während des Einführungsseminars der Offizieranwärter der gepanzerten Kampftruppen des 69. OAJ (Offizieranwärter-Jahrgang) am 8. März 2000 an der Kampftruppenschule in Munster gehalten wurde, war anfänglich dem Verfasser in seinem Inhaltsreichtum nicht vollständig bewusst.

Patriotismus ist nach landläufigem Verständnis zunächst einmal ein eher negativ besetzter Begriff, dem es sich zu nähern galt. Christlich-abendländisches Weltbild dagegen, das schien ihm einfach, da er sich selbst aus diesem heraus versteht. Aber wie erklären, überzeugend erklären, dass dieser Entwurf quasi zeitlose Bedeutung hat und auch für die moderne Offizierausbildung, ja das Selbstverständnis des Offizierberufes wichtig ist?

Und dann die Führung im Gefecht, dies schien wiederum recht einfach, ist sie es doch, die das Besondere unseres Berufes ausmacht: das Führen in einer Ausnahme-situation – eben nicht im Frieden, in dem Führen in der Regel doch ohne Lebensgefahr und ohne die unmittelbare Verantwortung für das Leben Untergebener stattfindet. Schließlich führen wir ja inzwischen wieder in gefechtsähnlichen Situationen. Auf dem Balkan, bei IFOR, SFOR, KFOR, AFOR gab und gibt es Lagen, bei denen Führung im Gefecht verlangt ist, in aller Konsequenz!

Das deutlichste Beispiel ist die Führungsleistung jenes Leutnants, der im Juni letzten Jahres, auf Patrouille in Prizren, das Feuer auf jenen gelben Lada mit seinen zwei Insassen eröffnen ließ.

Oder es ist die Führungsleistung jenes jungen Kompaniechefs in Rudu/Strpce, der zusammen mit amerikanischen Spezialkräften erfolgreich die Unterbrechung der Bahnlinie Belgrad-Drvar durchführte. In beiden Fällen gab es Verluste, Tote beim Gegner.

Hier wird die ganze Konsequenz unserer Berufswahl deutlich. Mit derartigen Peacekeeping-Situationen müssen militärische Führer sich auseinander setzen. Sie müssen sie durchdenken, um möglichst richtig, d.h. vor allem auch rechtmäßig zu handeln und um nach ihrem Handeln vor ihrem Auftraggeber, vor sich selbst und ihrem Gewissen und natürlich auch vor ihren Männern und Frauen bestehen zu können.

Das ist der Beginn einer Verantwortung des militärischen Führers im Gefecht. Sie übt er als Patriot und auf der Basis eines christlich-abendländischen Menschenbildes aus. Beidem versucht dieser Vortrag sich nun zu nähern.

### Zunächst zum Begriff des Patriotismus

In seiner Rede anlässlich des Neujahrsempfanges des Stadtkommandanten von Berlin am 18. Januar 2000 sprach BM Scharping vom „aufgeklärten Patriotismus als Grundlage deutscher Friedens- und Stabilitätspolitik, die sowohl unsere sicherheitspolitischen Interessen und Ziele berücksichtigt als auch das Vertrauen unserer Freunde und Partner in deutsche Politik und Solidarität bewahrt“. Wir sind also offenbar mit dem Thema hochaktuell und in guter Gesellschaft.

Woher kommt der Begriff?

Im Lateinischen bedeutet *patrioticus* als Adjektiv heimatlich, als Substantiv der Landsmann. Das ganz ähnliche Wort *patrius* meint väterlich im Sinne von den Vätern und Eltern stammend/vererbt, aber es beschreibt auch einen von den Voreltern ererbten, alten Brauch.

Schauen wir in ein modernes Fremdwörterbuch, so ist ein Patriot jemand, der von Patriotismus erfüllt ist und sich für sein Land einsetzt. Patriotismus ist danach die begeisterte Liebe zum Vaterland. Die gefühlsmäßige Bindung an Werte, Tra-

ditionen und kulturhistorische Leistungen des eigenen Volkes/Nation verstehen wir dann als Patriotismus.

Etwas differenzierter beschreibt der Brockhaus den Begriff Patriotismus als Vaterlandsliebe, die ideell in einer freiwilligen Bereitschaft zu Dienst und Opfer wurzelnde, zugleich gefühlsbetonte Hingabe an das überpersönliche staatliche Ganze. Dieses erscheint nicht nur als rechtliche und politische Ordnung, sondern als eine den Einzelnen tragende Gemeinschaft.

Der Patriotismus kann sich auch auf einen regional oder lokal begrenzten Bereich der staatlichen Gemeinschaft erstrecken, setzt jedoch auch eine im historisch-kulturellen wurzelnde gefühlsmäßige Bindung voraus. Nach außen zeigt er sich u.a. in der Wertschätzung von Symbolen (Fahnen, Hymnen, Nationalfarben und -feiertagen), historisch bedeutsamen Ereignissen (Revolution) sowie Personen (Herrscher, Dynastie, symbolischen Gestalten) oder Institutionen (Parlament) mit integrativer Kraft.

Plutarch hat in seinem Werk die Patriotismusformen im antiken Sparta beschrieben und damit das frühe Rom bis hin zur Renaissance beeinflusst. In der Zeit der Aufklärung entwickelt J.J. Rousseau, der den Begriff als Inkarnation eines integralen Patriotismus interpretiert, ihn weiter zum „volonté générale“.

Während der französischen Revolution überhöhen Rousseau's Schüler Robespierre und Saint-Just den Begriff – eine Haltung, die sich in Deutschland dann in den Schriften Fichte's wieder findet. Etwa gleichzeitig entsteht der Begriff des Nationalismus als beherrschender Faktor politischen Denkens. Der Übergang vom Patriotismus zum Nationalismus ist fließend.

Die Wirkung des Patriotismus reicht von sozialer und politischer Integration des Einzelnen bis zur Überheblichkeit gegenüber anderen



Völkern und ihren politisch-kulturellen Traditionen.

Ganz ähnlich setzt der Bertelsmann bei seiner Begriffserläuterung an. Er erklärt aber, dass im Gegensatz zum Nationalismus, bei dem die aggressive Tendenz überwiegt, der Patriotismus das Nationalgefühl der anderen Völker achtet.

Lassen Sie uns schließlich einen Blick auf den Begriff werfen, wie er von unseren großen Alliierten ganz selbstverständlich benutzt wird.

Die *Encyclopaedia Britannica* spricht von ergebener Liebe, Unterstützung und Verteidigung des eigenen Landes, von „national loyalty“.

Im *Larousse Dictionnaire des synonymes* verbindet man *patriotisme* mit Liebe zur Heimat und Aufopferung in der Verteidigung der Heimat. Unter Heimat verstehen Franzosen nicht nur das französische Kernland, sondern die „Grande Nation“.

Das Verhältnis zum Patriotismus ist in Frankreich, ebenso wie in Großbritannien und den USA, völlig selbstverständlich und unbelastet.

Dagegen galten in Deutschland bereits in der Folge des 1. Weltkrieges, während der Weimarer Zeit, die Begriffe Vaterland und Patriotismus als veraltet. Nach 1945, nach der Zeit des Nationalsozialismus waren sowohl jeglicher nationale Gedanke als auch der Patriotismus belastet. Alles Streben der Bundesrepublik Deutschland zielte staatlich auf die Wiedervereinigung. In der DDR konnte man dagegen den Beginn eines neuen Patriotismus entdecken, der sich auf die sozialistischen Ererbschaften und die Hilfe der Sowjetunion bei der Staatsgründung nach dem Sieg im großen vaterländischen Krieg zu berufen begann.

Nun, in unserem vereinten und souverän gewordenen Vaterland, in dieser Bundesrepublik Deutschland, die demokratisch, solidarisch und verlässlich sein will, taucht der Begriff wieder auf.

Das positive Verständnis des Wortes vorausgesetzt, vermag der Autor nichts Schlimmes daran zu finden, nimmt sich gern unsere britischen, amerikanischen und französischen Kameraden als Beispiel. Dabei trennt er scharf gegen den Nationalismus, der im gerade zu Ende gegangenen Jahrhundert eine der Ursachen dafür war, dass unser Land, Eu-

ropa und die Welt zweimal in großes Verderben gestürzt wurden. Bei allem Stolz auf unsere jüngere Vergangenheit, auf dieses Deutschland und sein Volk, die in der Lage waren, sich in friedlicher Revolution zu vereinigen, sollten die Deutschen solidarisch und bescheiden bleiben.

Nach dem Eindruck des Verfassers ist es gerade diese gemeinsame friedliche Revolution, die man uns Deutschen am wenigsten zutraute. Wir haben dadurch auch einen großen Vertrauensvorschuss gewonnen. Wir gelten als gerecht, zuverlässig, gut organisiert, fleißig und auch wohlhabend. Man erwartet, dass wir in Europa mitgestalten, und gar mancher möchte noch mehr von uns.

Der militärische Führer der Gegenwart wird sich in einem zunehmend multinationaler werdenden Umfeld zurechtzufinden haben; schon heute sind binationale, multinationale und integrierte Truppenteile die vorherrschende Normalität. Die multinationale Mischung geht, wie wir derzeit im Kosovo erleben, bis in die Kompanien und Züge. In den Stäben ist sie ohnehin Normalität. Es ist diese Normalität, in der Offiziere und Unteroffiziere ihre Truppe werden ausbilden, erziehen und führen müssen – auch im Gefecht.

Sie sollten also Ihren Patriotismus definieren. Sie sollten ihn ohne Affektiertheit, ohne nationalistische Überheblichkeit, ohne Hass auf den Angehörigen der anderen Nation, in Respekt und Anerkennung der anderen Kultur leben. Wenn wir uns so verhalten, dann entsprechen wir sicher nicht der Definition eines Thomas Mann, der sagte: „*Der Mensch muss schon von einer gewissgradigen Beschränktheit sein, um Patriot sein zu können*“. Und wir entgehen auch der Kritik eines Aldous Huxley, der wie folgt konstatierte: „*Eine der großen Attraktionen des Patriotismus ist: er erfüllt unsere übelsten Wünsche. In der Person unserer Nation sind wir imstande, durch einen Stellvertreter zu tyrannisieren und zu betrügen. Und dies obendrein mit einem Gefühl, dass wir im Tiefsten tugendhaft sind. Süß und ehrenvoll ist es, für das Vaterland zu morden, zu lügen und zu foltern*“.

Setzen wir stattdessen den nicht dekadenten, aufgeklärten Patriotismus, von dem der Verteidigungsmi-

nister in Berlin sprach, dagegen, der zugleich so klar ist wie der eines Plutarch, wenn er vom Patriotismus der Spartaner spricht – eben unpräzise, offen und solidarisch, durchaus auch ein wenig stolz, aber ohne zu verletzen.

### Das christlich-abendländische Menschenbild

Damit zum zweiten Teil des Themas, dem christlich-abendländischen Menschenbild. Es soll nicht versucht werden, mit Hilfe einer Exegese des Alten und Neuen Testaments sich dem Begriff zu nähern. Auch wird ein umfangreiches Quellenstudium der protestantischen und katholischen Erlasse, Dekrete, kanonischer Schriften oder ähnlicher Papiere vermieden.

Es gilt aber vorab daran zu erinnern und hier besteht wohl kein Zweifel, dass die Geschichte des Christentums unser Abendland in entscheidender Weise in den vergangenen zwei Jahrtausenden beeinflusst, ja mitbestimmt hat. Dabei ist es zunächst einmal unerheblich, wie sich einzelne Christen in konkreten historischen Situationen verhalten haben, was sie getan oder was sie unterlassen haben.

Gehen wir einmal davon aus, dass sie in einem großen Spannungsfeld lebten. Konzentrieren wir uns vielleicht auch auf die christlichen Soldaten. Was ist dann dieses Spannungsfeld?

Da ist zunächst das fünfte Gebot des Dekalogs (Ex 20, 1-21): Du sollst nicht töten! Viele sagen, dass es eigentlich heißen muss: Du sollst nicht morden! Wie auch immer, das alttestamentliche, göttliche Verbot, einen anderen Menschen aus niederen Gründen und Motiven umzubringen, zieht sich wie ein roter Faden durch unsere Geschichte und Kultur. Es ist unumstößliche Basis aller freiheitlich-demokratischen Verfassungen, des Völkerrechts, und des Strafrechts geworden. Der Verstoß dagegen wurde und wird in einigen Ländern noch heute mit der Todesstrafe geächtet.

Auf der anderen Seite des Spannungsfeldes steht für den neuzeitlichen Christen das Gebot der Nächstenliebe, wie es Jesus von Nazareth postuliert hat, nach dem wir uns

Christen nennen. Christen handeln aus Liebe zum Nächsten, auch christliche Soldaten. Sie folgen damit einem göttlichen Gebot, dass in der Bergpredigt (Mt 5,43-48) zentralen Platz, Charakter und Bedeutung hat. Es ist diese Nächstenliebe, und es sind die zehn Gebote, die den Kern unseres Gewissen ausmachen.

Der Christ sagt von sich, er handle in der Verantwortung vor Gott und den Menschen. In dieser Reihenfolge bestimmt ihn denn auch sein Gewissen. Wie weit das geht, wird an Henning von Tresckow deutlich, einem der Männer des Widerstandes gegen Hitler und Namensgeber der Kaserne des IV. Korps in Potsdam. Die letzte und tiefste Begründung für sein Handeln, das ihn letztlich – ganz unchristlich, aber volle Verantwortung tragend – in den Selbstmord führte, lautete: *„Ich verstehe nicht, wie sich heute noch Menschen als Christen bezeichnen können, die nicht gleichzeitig wütende Gegner des Regimes sind. Ein wirklich überzeugter Christ kann doch nur ein überzeugter Gegner dieses Regimes sein.“*

Und kurz vor seinem Freitod sagte er zu seinem Adjutanten von Schlabrendorff: *„Der sittliche Wert des Menschen beginnt erst dort, wo er bereit ist, für seine Überzeugung sein Leben hinzugeben.“* (Scheurig, S. 167 u. 195).

Jeder Offizier und Unteroffizier sollte sich einmal mit den Männern und Frauen des Widerstandes gegen Adolf Hitler beschäftigen, und er wird finden, dass sich die meisten von ihnen auf dem festen Fundament des christlich-abendländischen Menschenbildes befanden. Das gib nicht nur für Kardinal Graf Galen, Bischof Martin Niemöller und Dietrich Bonhoeffer, die ja Glaubensmänner waren, sondern ebenso für die Politiker, Diplomaten und Soldaten im Widerstand.

Wir wollen unser Dilemma noch einmal von einer anderen Seite beleuchten. Wenn man die Geschichte des Hauptmann von Kapernaum im Matthäus- oder Lukas-Evangelium nachlesen, stellt man fest, dass Christus den Soldaten nicht a priori verdammt. Später nimmt Martin Luther, 1526, in einer Schrift Stellung, „Ob Kriegsleute auch in seligem Stande

sein können“. Er schreibt: *„Wenn ich dem Kriegeramt zusehe, wie es die Bösen strafft, die Unrechten würgt und solchen Jammer anrichtet, scheint es gar ein unchristliches Werk zu sein und allerdings wider die christliche Liebe; sehe ich aber an, wie es die Frommen schützt, Weib und Kind, Haus und Hof, Gut und Ehre und Frieden damit erhält und bewahrt, so findet sich's, wie köstlich und göttlich das Werk ist, und merke, dass es auch ein Bein oder Hand abhaut, auf dass der ganze Leib nicht vergehe. Denn wo das Schwert nicht wehrte und Frieden hielte, so müsste alles durch Unfriede verderben, was in der Welt ist.“*

Mit oder ohne eine solche Aussage, militärische Führer werden Situationen erleben und in ihnen führen müssen, wo sich der äußere und der innere Konflikt ins Unermessliche steigern können. Die Entscheidungssituation mag dann etwa so lauten:

1. Du sollst nichts tun, was anderen Menschen schadet oder ihnen gar den Tod bringt.
2. Du sollst denen, die in Gefahr sind, beistehen; also alles tun, um Schaden oder gar Tod von ihnen abzuwenden.

Wie gehen wir mit diesem ethischen Konflikt um? Eine schwierige Frage. Sie mag für denjenigen, der aus ideologischer Begründung heraus handelt, leicht zu beantworten sein. Ein solcher Mensch mag nach seinem Handeln dann wohl auch ein gutes Gewissen haben – selbst wenn er andere Menschen töten musste. Für den Verfasser aber bedeutet das Töten im Kriege, auch in der Peacekeeping Situation, immer, dass ich eine Schuld auf mich lade. Er würde sie übrigens ja auch auf sich geladen haben, wenn er nicht gehandelt hätte.

Bonhoeffer sagte: *„Das letzte Nichtwissen des eigenen Guten und Bösen und damit das Angewiesensein auf Gnade gehört wesentlich zum verantwortlich geschichtlichen Handeln. Der ideologisch Handelnde sieht sich in seiner Idee gerechtfertigt, der Verantwortliche legt sein Handeln in die Hände Gottes und lebt von Gottes Gnade und Gunst.“*

Wir gehen noch weiter. Wir glauben,

dass Gott uns vergeben wird, wenn wir in verantwortlichem Handeln gefehlt hätten. Mit anderen Worten: Die Verantwortung nimmt uns keiner ab, aber bei diesem verantwortlichen Handeln begleitet und geleitet uns dieser Gott, der uns im Alten und im Neuen Testament der Bibel begegnet!

Nun haben wir allerdings mit der Bindung an unsere Verfassung und das Soldatengesetz einen festen Kodex, der uns in den meisten Situationen auch ohne solch tiefe religiöse Überlegung wird bestehen lassen.

Der militärische Führer aber, der Offizier im Besonderen, will und muss Menschen führen. Von ihm ist zu erwarten und zu fordern, dass er sich in aller Tiefe mit diesen ethischen Fragen ganz ernsthaft auseinandersetzt. Und er muss das tun, bevor er im Einsatz, im Gefecht in eine grenzwertige Lage gerät.

An dieser Stelle gilt es, sich einmal dem Begriff der Kameradschaft nähern. Für uns Soldaten ist er doch eine Selbstverständlichkeit. Das Soldatengesetz verlangt ihn. Wir gewähren und erwarten Kameradschaft. Auch der überzeugte Nazi war wohl meistens Kamerad. Der kommunistische WP-Soldat mit seiner Erziehung zum Hass war es doch auch – nach seinem sozialistischen Selbstverständnis.

Für den Verfasser gründet Kameradschaft im Gebot der Nächstenliebe, sein Gewissen verlangt ganz selbstverständlich nach ihr. Kameradschaft in diesem Sinne erwartet weder Dank noch Anerkennung. Sie ergibt sich quasi von selbst durch die Anerkennung des Gebotes. Sie verlangt aus demselben Grunde sein aktives, verantwortliches Handeln für und zum Wohle der Kameraden.

Anders gesagt, der Rechtsvorschrift des Soldatengesetzes bedürfte es an sich gar nicht. Das Handlungsgebot kommt aus der göttlichen Anweisung zur Nächstenliebe. Aus dem gleichen Grunde hätte der Autor übrigens große Schwierigkeiten, einem Diktator, einem totalitären Regime oder einer undemokratischen Regierung als Soldat und Offizier zu dienen.

Der Inspekteur des Heeres hat in zwei Schriften des Jahres 1998 seine



Gedanken zum Thema Operationsführung im Deutschen Heer und zu dem ausgedrückt, was er Leadership nennt. Das Letztere befasst sich mit der Problematik des militärischen Führers im Einsatz. Als die Schrift „Leadership“ seinerzeit erschien, meinten viele, das sei doch nichts Neues. Die Leistung, die sie erbringt, wird mit dem Auftrag unseres Inspektors deutlich, das Thema in der Offizier- und Unteroffizier-Aus- und Weiterbildung intensiv zu behandeln.

Im Vergleich zu den Jahren davor, beschäftigen wir uns nun wieder intensiver und bewusster mit den geistig-ethischen Bindungen unseres Berufes. Wir fühlen uns an ethische Grundlagen gebunden, die die Beachtung von Menschenwürde und Menschenrechten fest in unser Bewusstsein meißeln. Mit diesem Verständnis unseres Berufes entfernen wir uns von dem Soldaten, der sein Selbstverständnis ausschließlich aus militärischer Professionalität bezieht. Er wäre bloß ein hervorragendes Handwerkszeug in der Hand seines Auftraggebers. Damit könnte er auch missbräuchlich eingesetzt werden.

Wir erwarten und verlangen von unseren Führern neben der fachlich, professionellen Kompetenz die persönliche Glaubwürdigkeit, die im Rahmen ethischer Normen wirkt und handelt. So darf unser Handeln eben nur im Rahmen der Menschenrechte und unter strikter Beachtung der Menschenwürde erfolgen.

Leadership im Einsatz verlangt also wie Führung im Gefecht nach geistig-ethischen Bindungen. Für den Verfasser, das sollte mit diesem Beitrag deutlich werden, ergeben sie sich aus der christlich-abendländischen Geschichte, aus dem christlich-abendländischen Menschenbild, wie es sich auch im Humanismus und in der Aufklärung tradiert hat.

Man findet es daher bei den preußischen Reformern, die unsere militärische Tradition wesentlich bestimmen, ebenso wie bei den Männern und Frauen des 20. Juni 1944. Die konkretisierte, kodifizierte, also verbindliche Form dieser ethischen Normen ist das Soldatengesetz und dort besonders die Pflichten des Sol-

daten. Sie sind so gefasst, das jedermann ihnen Gefolgschaft leisten kann, sei er Christ oder nicht.

Nach der Überzeugung des Autors reicht das aber nicht aus. Der Mensch allgemein, der Soldat, der Offizier und Führer benötigen tiefere Bindungen als bloß juristische. Das eigene Selbstverständnis bestimmt den Wert der militärischen Führungspersönlichkeit. Wir müssen schon die Frage beantworten können, aus welchem Verständnis heraus wir uns so oder so entschieden haben.

**D**er Artikel soll schließen mit Forderungen an den Offizier, wie sie bei dem früheren evangelischen Generalmilitärgeneraldekan Reinhard Gramm zu finden sind. Er spricht vom Selbst-Stehen, vom Ein-Stehen und vom Vorn-Stehen.

#### Offizier sein heißt Selbst-Stehen:

Soldatische Erziehung steht und fällt mit der Selbständigkeit. Sie beginnt damit, dass man eine begründete Meinung hat. Selbst-Stehen heißt selbst-denken können und diese eigene Meinung auch vertreten. Selbst-Stehen ist also auch eine Sache des Wissens und der Bildung. Weil Erziehung aber auch Weitergabe des Gültigen ist, muss darüber nachgedacht werden, was denn eigentlich gilt. Wer erzieht, mehr noch wer im Gefecht führt, braucht einen festen Standort. Das ist zuletzt eine Frage des Sittlichen und auch der Religion.

#### Offiziersein heißt Ein-Stehen:

Gemeint ist das Einstehen für andere Menschen. Ein-stehen beginnt mit Verstehen, und das bedeutet Offenheit den anderen gegenüber. In solchem Wagnis wächst Vertrauen. Das wird umso mehr gelingen, je mehr der andere in mir nicht nur den Fachmann und den Manager erkennt, sondern auch den achten lernt, der nichts wider besseres Wissen und Gewissen tut. Ein-stehen heißt auch Stellvertretung, also stellvertretend für andere Entscheidungen treffen und durchsetzen.

Abwägen und freies Entscheiden in oft schweren Konflikten, das ist Teil der Würde des Offizierberufes, die mehr verlangt als das bloße Aus-

führen von Befehlen und die Anwendung von Vorschriften und Richtlinien.

#### Offiziersein heißt Vorn-stehen:

Vom Offizier wird anderes, nicht unbedingt mehr verlangt als vom Unteroffizier und den Mannschaften. Beide erwarten von ihm, dass er vorgeht in die Gefahr, durch die der Auftrag sie gemeinsam zwingt. Vorn-stehen heißt auch, mehr wissen und verantworten als andere. Vorn-stehen heißt Beispiel geben.

Die Bewältigung der Situation durch den vorgesetzten Offizier hilft dem Geführten zur eigenen Bewährung, im Einsatz, im Gefecht mehr noch als im Alltag der Kaserne, des Truppenübungsplatzes oder der Schule. Nur – hier und heute üben wir ein, was im Gefecht, im Einsatz von uns verlangt wird.

**A**n das Ende dieses Beitrages gehört noch ein persönliches Bekenntnis. Führen und Befehlen müssen sich rechtfertigen, auch vor Gott. Je höher die Führungsposition, umso wichtiger eine transzendente Bindung.

Diejenigen, die nur dem Menschen dienen, nur ihn als Maßstab und Bezugspunkt anerkennen, werden nicht glücklich und wohl auch nicht unabhängig oder geistig frei. Sie unterliegen nur allzu leicht der Menschenverachtung. Sie laufen Gefahr, durch die Last der Verantwortung erdrückt zu werden.

Die Verantwortung vor Gott, von der oben die Rede war, macht es auch leichter, das richtige Maß für rechtes Handeln zu finden. Zu viel ist oft ebenso gefährlich wie zu wenig. Mut im Übermaß kann leicht in wilde Tollkühnheit entarten, sich selbst und andere in Gefahr bringen. Vorsicht im Übermaß verpasst den richtigen Zeitpunkt zum Handeln, zu dem der Offizier verpflichtet ist. Härte im Übermaß zerstört seine Autorität und das in ihn gesetzte Vertrauen.

Diese und ähnliche Gedanken finden sich bei General a.D. de Maizièrre in seiner Rede anlässlich der Beförderung der Offizieranwärter des 66. Offizieranwärterjahrganges der 10. Panzerdivision im Rokokogarten zu Veitshöchheim am 1. Juli 1999. □

# Tapfer sein

## Gratwanderung zwischen Zufall und Berechenbarkeit

ROBERT GAREIßEN

### David und Goliath

Wir Bayern sind ein eigenwilliges Volk. So erstaunt es auch nicht, dass wir über eine eigene bayerische Weltgeschichte in Versform verfügen. Ein Kapitel ist darin dem Kampf Davids gegen Goliath gewidmet, aus dem ich ein paar wenige Zeilen zitieren, die zum Thema passend die entscheidende Passage wiedergeben: König Saul fühlt sich durch rüde verbale Attacken Goliaths bereits stark unter Druck gesetzt.

*Der König wird fuchsteufelswild,  
da hat der David Zither gespielt,  
damit er sich beruhiget wieder.  
Der aber schreit den Buam gleich nieder.  
„Mit dem Gezupf da hörst jetzt auf,  
hau du ihm eine auf'n Rüssel nauf!“  
„Wennst meinst“, sagt drauf der David  
schlicht,  
„dann tu ichs halt, ich fürcht ihn nicht!“  
„Mei Bua“, sagt drauf zu ihm der König,  
„bist überschnappt, spinnst jetzt a  
wenig.“*

*Der is so groß als wie a Haus.  
Für den bist du ja nur a Laus.  
Was willst mit deine dreizehn Jahr.  
Begib dich ja nicht in Gefahr.  
Die stärksten Krieger, siehst das ja  
San net zum haben, is keiner da.  
Net oaner bringt für mi des Opfer.  
Da willst du ihm das Mundwerk stopfa?“  
Der David sagt: „Warum denn net.  
Des sieh i dann scho, wenns net geht.  
Mir lassen uns doch net beleidigen.  
Man muss doch's Vaterland verteidigen!“*

*„Das Gute setzt sich nicht von selbst durch. Es verwirklicht sich nur, wenn tapfere Menschen sich dafür einsetzen.“*

Zu den vielen klassischen Beispielen für die Richtigkeit dieses Satzes von Josef Pieper, einem der bedeutendsten christlichen Philosophen, der in Münster lebte und lehrte, zählt sicher auch der Kampf Davids gegen Goliath. Aber so richtig der Satz auch ist, kann er uns im Alltag helfen? Wer ihn genau nimmt, der muss doch immer denken: Mensch sei unablässig auf der Hut! Denn das Böse ist die Regel! Und

wenn du das Gute dagegen setzen willst, dann sei tapfer und kämpfe!?

Gibt es nicht besonders Auserkorene, die schon von Berufs wegen oder als Auserwählte wie David zu dieser Tugend zu verpflichtet sind? Und die uns anderen diese Mühsal gefälligst abzunehmen haben?

Ich bin davon überzeugt, jede oder jeder von uns wird vom Schicksal dann und wann herausgefordert, im eigenen Alltag tapfer zu sein. Wenn ich darüber spreche, dann möchte ich dazu etwas aus meiner eigenen Berufserfahrung als Soldat sagen. Aber: Tapferkeit<sup>3)</sup> geht nicht nur Soldaten an. Dazu gehören viele verschiedene Gesichtspunkte.

### Tapferkeit in Extremsituationen

Stellen Sie sich einmal folgende Situation vor: Ein Flugzeug wird entführt, die Entführer geben sich als politische Extremisten zu erkennen, die mit der Aktion die Freilassung von inhaftierten Gesinnungsgenossen erzwingen wollen. In entlegener Gegend auf einem ehemaligen Militärflugplatz, der heute nicht mehr genutzt wird, zwingen sie den Flugkapitän zur Notlandung, bei der durch den Aufprall einige Passagiere schwer verletzt werden.

Das Flugzeug wird beschädigt, kann nicht mehr weiter fliegen, die Passagiere und mit ihnen ihre Entführer können jedoch in der Maschine verbleiben. Über den Bordfunk erpressen die Entführer die Fluggesellschaft, auf die Politik so einzuwirken, dass die Inhaftierten sofort freigelassen werden. Solange dies nicht bestätigt würde, werde die medizinische Notversorgung der verletzten Passagiere nicht zugelassen. Die Entführer verbieten mit vorgehaltener Waffe und der Androhung sofort zu schießen, dass zwei Ärzte, die sich unter den Passagieren befinden, die

Verletzten versorgen, auch angesichts der Wahrscheinlichkeit, dass diese Passagiere dann ihren Verletzungen erliegen würden. Die Schreie und das Wehklagen der schwer verletzten Passagiere werden dadurch unterbunden, dass die Entführer den Verletzten den Mund zukleben. Nach zwei Stunden erstickt einer der Verletzten und die anderen drohen das gleiche Schicksal zu erleiden. Alle Bitten von engagierten Passagieren und einem der beiden Ärzte sind erfolglos.

Da stehen eine Frau und ein Mann auf, gehen ungeachtet der Drohung zu den verletzten Passagieren und befreien diese von den Klebverbänden. Die Frau wird darauf von den Verbrechern brutal niedergestossen und dem Mann schießen sie in die Beine.

Einer der beiden Ärzte geht nun auf die Entführer zu und sagt: „Sie können mich jetzt sofort erschießen oder mich zuerst die Verletzten versorgen lassen. Ich sehe hier nicht mehr tatenlos zu, wie Sie mit unschuldigen Menschen umgehen.“ Er dreht sich um, geht zu den Verletzten und beginnt sie zu versorgen. Die Entführer lassen ihn gewähren. Nun hilft dem Arzt auch sein Kollege.

*„Das Gute setzt sich nicht von selbst durch. Es verwirklicht sich nur, wenn tapfere Menschen sich dafür einsetzen.“*

Eine Frau und zwei Männer geben hier ein Beispiel dafür, wie man durch sein eigenes Verhalten einer Situation eine Wende geben kann, die erst einmal von tiefer Verzweiflung und verständlicher Angst vor dem eigenen Tod bestimmt war. Als sich die drei entscheiden mussten, konnten sie nicht im Voraus wissen, wie das ausgeht: Sie mussten mit ihrem Tod rechnen. Das Verhalten der Verbrecher bezeugte deren Ernsthaftigkeit. War es Todesmut, der die



Frau und den Mann und danach den Arzt so handeln ließ?

War es kaltblütiges Kalkül, die Entführer durch ihr überraschendes Verhalten zur Umkehr bewegen zu können? Oder war es eine Verzweiflungstat, derer sie sich gar nicht bewusst waren im Moment der Handlung? Gewiss: Hinterher berichteten die Medien in großen Schlagzeilen von den drei Helden, die „tapfer und todesmutig ihr eigenes Leben aufs Spiel setzten, um anderen Menschen in der Not zu helfen“.

Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, wenn Sie von derartigen menschlichen Prüfungen erfahren. Mich berührt das eine oder andere Ereignis doch auch sehr persönlich. Und dann stelle ich mir schon manchmal die Frage: Wie hättest du in dieser Lage reagiert? Hätte ich so gehandelt wie die Frau und die beiden Männer, oder hätte ich mich so verhalten wie die große Mehrzahl der Passagiere?

Wäre ich also ein Held oder ein Feigling, wäre ich ein Verzweiflungstäter oder verantwortungsvoller Ehemann – denn ich habe doch zu Hause eine Familie, der meine tägliche Sorge gelten muss!

Die andere Frage, die mich in solchen Fällen umtreibt, ist die: Haben diese drei Menschen bewusst gehandelt, gingen sie im vollen Bewusstsein die drohende Lebensgefahr ein? Wenn ja, sind solche Menschen überhaupt zurechnungsfähig oder handeln sie nicht in einer Art psychischen Ausnahmezustand? Ihr Verhalten in dieser Lage ist im Sinne der christlichen Tradition zweifellos als tapfer zu bezeichnen – doch ist diese Haltung nicht vielmehr das Produkt eines intellektuellen Black-outs? Haben nicht die anderen Passagiere verantwortungsvoller gehandelt, weil sie nicht noch mehr Menschenleben gefährden und sich ihrer Verantwortung gegenüber ihren Familien zu Hause nicht entziehen wollten?

### Das Wesen der Tugend der Tapferkeit

In dieser offenkundigen Hilflosigkeit gegenüber Situationen, die nicht den Alltag beschreiben, suchen wir Menschen einen Halt, sehen uns gleichsam nach Patentre-

zepten, mit deren Hilfe wir auch undenkbare Lebenslagen bewältigen können.

Doch wer kann uns helfen? Die eigene Lebenserfahrung wohl kaum. Gespräche mit anderen Menschen, auch solchen, die einschlägige Erlebnisse schon durchmachen mussten? Schon eher! – aber schwierig zu realisieren!

Können uns der Glaube an Gott, die Tradition der Kirche helfen? Wiederum bei Pieper finden wir folgende Aussagen: *„Das Martyrium ist die eigentliche und höchste Tat der Tapferkeit. Die Bereitschaft zum Martyrium ist die Wesenswurzel aller christlichen Tapferkeit. Es gibt keine christliche Tapferkeit ohne diese Bereitschaft“*.

Und weiter: *„Die Todesbereitschaft ist eines der Fundamente christlichen Lebens, denn „der Mensch muss sich dafür bereithalten, eher sich töten zu lassen, als Christus zu verleugnen oder schwer zu sündigen“*.

Kann das eine Hilfe für das Leben sein? Ist es nicht vielmehr die Aufforderung, ja die Erwartung, sein eigenes Leben bereitwilligst, ja vielleicht sogar freudig hinzugeben, um sich nicht des Vorwurfes oder gar der Sünde auszusetzen, nicht im christlichen Sinne tapfer gewesen zu sein?

Auf den ersten Blick könnte ein solches Verständnis schon nahe liegen. Man könnte fälschlicherweise darin einen Aufruf sehen, den Tod zu suchen. Wir kennen alle die leidvollen Folgen solchen Denkens aus der deutschen Geschichte, als es angeblich kein höheres Ziel geben konnte, als für das Vaterland mit Begeisterung zu sterben.

Genauer betrachtet nimmt auch der Märtyrer die Verwundung nicht um ihrer selbst willen hin. Er schätzt nicht schlechthin das Leben gering, wenn er es auch für geringer hält als das, weswegen er es hingibt. Freude, Gesundheit, Erfolg, Glück. Alle diese Dinge sind echte Güter, die der Christ nicht einfach weggibt und gering schätzt: es sei denn, um höhere Güter zu bewahren.

Wenn nun in letzter Konsequenz die Hinnahme des Todes den Tapferen kennzeichnet, der wiederum sein Leben aber auch nicht gering schätzt, wie können wir Menschen diese Tugend als praktische Lebenshilfe für den All-

tag und darüber hinaus erfahren?

Auf diese Frage gibt Pieper folgende Antwort:

*„Das Wesen der Tugend der Tapferkeit ist gerade nichts anderes als die Bereitschaft, sich einzusetzen für die Verwirklichung des Guten in der Welt und sich zur Wehr zu setzen gegen die Macht des Bösen.“*

Nun wird sich wohl niemand gerne nachsagen lassen, dass es ihm an dieser Bereitschaft fehle. Damit läge der Schluss nahe, jeder Christ sei ein potentiell Tapferer, er müsse nur die Gelegenheit erhalten, es zu beweisen.

Hatten nicht alle Passagiere in dem Flugzeug diese Chance und warum haben sie diese nicht genutzt? Niemand soll nun voreilig und billig annehmen, es waren nur Nicht-Christen an Bord, bis auf jene drei, die mit ihrem Einsatz der Entführung die entscheidende Wende gaben. Hüten wir uns davor, Tapferkeit nur für uns Christen zu beanspruchen! Ich meine eher: Was Menschen tapfer nennen ist oft eine Gratwanderung zwischen Zufall und Berechenbarkeit.

Zwar ist die Bereitschaft, tapfer zu sein, wohl bei vielen Christen vorhanden. Aber dies bietet noch lange keine Gewähr dafür, dass sie zum Zuge kommt, wenn es notwendig wird!

Hängt es also vom Zufall ab, ob sich das Gute durchsetzen kann? Hängt es vom Zufall ab, ob sich der tapfere Einsatz auch letztlich lohnt? Sicherlich gibt es bestimmte Menschen, die eher als andere bereit sind, den entscheidenden Schritt zu tun. Von ihnen wird man annehmen, dass sie sich tapfer verhalten werden. So gibt es Menschen, denen diese Bereitschaft von Berufs wegen abgefordert wird.

### Bundeswehrsoldat und Tapferkeit

Wenn man als Soldat der Bundeswehr seinen Dienst leistet oder das feierliche Gelöbnis ablegt, erklärt man sich bereit „das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen.“ Das schließt die Verpflichtung ein, dass der Soldat im Letzten aller denkbaren Fälle in eben dieser tapferen Ausübung seines Berufes sein Leben opfert. Darauf dürfen sich alle Mitbürger

verlassen, deren militärischer Schutz den Soldaten anvertraut ist. Dies gilt für den Dienst im Frieden und im Falle eines wie auch immer gearteten Konflikteinsatzes. In diesem Verständnis leisten Tausende von Soldaten der Bundeswehr seit Jahren mit den Kameraden anderer Streitkräfte in den aktuellen Unruheherden unserer Welt für die Freiheit bedrohter Menschen diesen Einsatz, so in Bosnien-Herzegowina oder im Kosovo. Jeder Soldat muss damit rechnen, jederzeit vor der Bewährung zu stehen und sein öffentliches Versprechen einlösen zu müssen!

Können wir Vorgesetzte im Geiste dieser Inpflichtnahme sicherstellen, dass wir selbst und die von uns geführten Soldaten im Falle des Falles diese Tapferkeit auch unter Beweis stellen? Sie können sicher nachvollziehen, dass ich als Antwort auf diese Frage nur meine Erwartung und Hoffnung ausdrücke, dass wir das tun – aber eine Gewähr geben? Nein, das wäre allzu vermessen!

Tapferkeit – dies Wort ist heute selten geworden. In unserem Zusammenleben sprechen wir häufiger von Mut oder Zivilcourage. Viele Erfahrungen lehren uns, dass Mann und Frau mutig sind und couragiert handeln. Tapferkeit schien mir mit zu hohem Anspruch ausgestattet, als dass ich sie mit Erlebnissen und Ereignissen des Alltages verbinden wollte.

### Tapferkeit im Alltag

Die nähere Beschäftigung mit dieser Tugend belehrte mich eines besseren. Josef Pieper sagt: „Im Kampf gegen das Böse nimmt der Tapfere Verwundungen in Kauf“, d.h. Dinge, die dem Menschen natürlicherweise zuwider sind, z.B.: Missverständnisse, Lächerlichkeit, Verachtung, Schaden an Leib und Seele.

Unter Verwundung ist all das zu verstehen, was gegen unseren Willen an uns und mit uns geschieht. Alles, was irgendwie negativ ist, alles Schmerzliche und Schädigende, alles Beängstigende und Bedrückende, aber letztlich auch zerstörender körperlicher Schmerz und Tod. Eben der Alltag mit all seinen Facetten!

Sie kennen das aus eigener Erfahrung, wenn Sie z.B. in einer To-

desanzeige „Unsere über alles geliebte Mutter hat den tapferen Kampf gegen die tückische Krankheit verloren, sie ist ihrem Leiden erlegen.“ Die Krankheit wird hier als das Böse erfahren!

Mobbing am Arbeitsplatz kann Tapferkeit herausfordern: Kollegen hänseln einen Mitarbeiter wegen seines Sprachfehlers und äffen sein Stottern unablässig nach, um ihn dadurch so müde zu machen, dass er seinen Arbeitsplatz frei macht, und anderen die Beförderung ermöglicht. Der Betroffene lässt sich davon nicht beirren und überzeugt weiter durch seine Leistung, sodass das Verhalten der Kollegen verpufft. Mitmenschen verächtlich machen ist das Böse!

Die jüngste Geschichte unseres Landes hat tapfere Menschen belohnt: Im Sommer und Herbst 1989 fassten sich immer mehr Menschen in der damaligen DDR ein Herz, verstießen mit ihren Aktionen gegen das geltende Recht im totalitären Staatssystem und waren mit harten Strafen bedroht. Sie hielten durch und wurden belohnt, der Unrechtsstaat löste sich auf.

Das Böse war ein Unrechtssystem!

Selbstverständlich werden in Zeiten und Ereignissen, die den Menschen harte Prüfungen auferlegen, Beispiele für persönliche Tapferkeit besonders herausgefordert. Menschen, die verfolgte Juden unter eigener Lebensgefahr bei sich versteckten und durch die Kriegszeit brachten. An der Front und in der Heimat hatten Menschen tapfer durchzuhalten und ertrugen unsägliches Leid.

Verfolgung, Verwundung und Tod sind das Böse!

Tapferkeit, das geht nicht nur einige wenige an. Wir alle können unverhofft vor scheinbar unüberwindbare Probleme und Sorgen gestellt werden. Aber tapfer sein um der Tapferkeit willen ist nicht erstrebenswert. Die Grundhaltung der Tapferkeit braucht die Ergänzung durch die Tugenden der Klugheit und Gerechtigkeit. Folgende Beispiele belegen, dass eine Tapferkeit, die nicht der Gerechtigkeit sich dienstbar macht, ebenso unecht und unwirklich ist wie eine Tapferkeit, die nicht von der Klugheit informiert ist.

### Missbrauchte Tapferkeit

Politisch, religiös oder irgendwie ideologisch motivierter Fanatismus bedroht vielfach unsere Gesellschaft und bedient sich willfährig gemachter Menschen. Mitten auf einem belebten Marktplatz einer Stadt im Nahen Osten sprengt sich ein Mann als lebende Bombe selbst, zerstört das Leben unschuldiger Menschen und wird dafür von seinen verbrecherischen Auftraggebern als tapferer Held verklärt, dem der Himmel sicher sei. Im letzten Weltkrieg wurden die japanischen Kamikaze Flieger als Helden verklärt, weil sie sich unter bewusster Selbstaufgabe auf den Feind stürzten, um in letzter Verzweiflung und wider besseren Wissens ihrer Führer einen schon hoffnungslosen Krieg noch zu gewinnen.

Dieses Verhalten mag in den Augen bestimmter Menschen ein leuchtendes Beispiel für aufopfernde Tapferkeit sein. In den Augen des christlichen Menschen kann und darf es das nicht sein.

Diese Bereitschaft zur eigenen Verwundung bis zur Selbstzerstörung in aggressiver und bewusster Absicht, Mitmenschen mit in den Abgrund zu reißen, ist keine nach christlichem Verständnis gerechte Motivation.

### Tapfer sein heißt, auf den Sieg hoffen

Lassen Sie mich noch mit einem wenig hilfreichen Vorurteil aufräumen. Tapferkeit setzt in einem bestimmten Sinne voraus, dass der Mensch sich vor dem Übel fürchtet; ihr Wesen liegt **nicht** darin, keine Furcht zu kennen, sondern darin, sich durch die Furcht nicht zum Bösen zwingen oder von der Verwirklichung des Guten abhalten zu lassen.

Das Handeln der Frauen und Männer des Widerstandes um den 20. Juli 1944 gibt dafür ein treffendes Beispiel.

In der historischen Aufarbeitung ist ihnen z.T. der Vorhalt gemacht worden, nicht mit letzter Konsequenz, d.h. mit bewusstem Einsatz ihres Lebens, das Attentat auf Hitler durchgeführt zu haben.

Hat nicht jeder Mensch Recht auf seine persönlichen Ängste? Kei-



ner wage bei anderen den Anspruch auf Furchtlosigkeit einzuklagen!

Die Tat des Tapferen ist nicht das Beispiel eines Übermenschen, das dem normalen Menschen den Mut zur Nachahmung schon deswegen raubt!

Kein Mensch ist über den anderen Menschen und niemand kann so selbstsicher auf sich bauen, dass er

sich seines Verhaltens in jeder Situation sicher ist. Dies ist Trost und Hilfe und auch Hoffnung. Denn tapfer sein, heißt auch: auf den Sieg hoffen. Ohne diese Hoffnung ist Tapferkeit unmöglich. Und was eigentlich Hoffnung ist – das vermag niemand tiefer zu wissen, als wer sich im Ernstfall äußerster Tapferkeit zu bewähren hat.

Katastrophen wie eine Flugzeugentführung oder eine Geiselnahme mögen uns allen erspart bleiben. Möge dieser Kelch an uns vorübergehen. Hoffen und beten wir, dass wir im äußersten Fall uns mit dem angemessenen Maß entscheiden und tatkräftig für das Gute einsetzen und so unsere Tapferkeit unter Beweis stellen. □

#### KATHOLISCHE KIRCHE SIEHT GEFÄHRDUNGEN DER INNEREN FÜHRUNG:

## „INNERE FÜHRUNG bei der Bundeswehr nicht in Frage stellen“

**D**er Vorsitzende der Deutschen Kommission *Justitia et Pax* (Gerechtigkeit und Frieden), Weihbischof Prof. Dr. Reinhard Marx, und der Generalvikar des Katholischen Militärbischofs, Prälat Jürgen Nabbefeld, sehen die Standards der Inneren Führung bei der Bundeswehr gefährdet. Auch im Zuge internationaler Zusammenarbeit und bei der geplanten Wehrstrukturreform müsse die Umsetzung der Prinzipien der Inneren Führung als „unverzichtbare Voraussetzung für die Legitimität von Streitkräften anerkannt werden“, heißt es in einer am 24. März in Bonn veröffentlichten gemeinsamen Erklärung (Wortlaut nebenstehend S. 87-89).

Beide zeigen sich insbesondere besorgt darüber, dass „Tendenzen der Rationalisierung und der Ökonomisierung, denen die Streitkräfte zunehmend ausgesetzt sind, das Konzept der Inneren Führung bei der Bundeswehr unter Druck bringen“. Diese sei eines der „wesentlichen sozialetischen Fundamente“ der Streitkräfte und beispielsweise für die „moralische Kompetenz“ eines Soldaten unverzichtbar und dürfe nicht von „militärischem Effizienzerwägungen“ verdrängt werden. Eine besondere Gefahr für die Innere Führung sehen *Justitia et Pax* und Militärbischofsamt in der zunehmenden internationalen Kooperation, da in den Bündnisarmeen unterschiedliche Führungskulturen herrschten. Vor dem Hintergrund solcher Gefährdungen und der immer wieder auftretenden Zielkonflikte zwischen den Forderungen militärischer Effizienz und der Grundrechtsbindung militärischen Handelns sei Innere Führung nicht verhandelbar. Ihre Prinzipien seien sozialetisch so begründet, dass ihr Geltungsanspruch unabhängig von bestimmten Wehrformen oder militärpolitischen Zielsetzungen bestehe.

Beide Organisationen erinnerten daran, dass Reformbemühungen und Integration der Streitkräfte in eine demokratische Gesellschaft nach dem Zweiten Weltkrieg maßgeblich von Seiten der katholischen Kirche mitbetrieben worden sei. Die „strikte Bindung von Aufbau und Einsatz der Streitkräfte zum Schutz der Rechts- und Friedensordnung an ethische Kriterien“, das Erfordernis „staatsbürgerlicher Reife“ bei den Angehörigen des Militärs und die ethische Begrenzung der Gehorsamspflicht seien dabei stets als Grundforderungen vertreten worden. An diesen Grundelementen dürfe auch heute nicht gerüttelt werden.

Aus Sicht der christlichen Sozialetik sind die Prinzipien der Inneren Führung eine Voraussetzung für die Legitimität von Streitkräften in einem demokratischen Rechtsstaat, heißt es in der gemeinsamen Erklärung. Innere Führung müsse deshalb als Thema in der öffentlichen Diskussion verankert sein und dürfe nicht als innermilitärische Angelegenheit gelten. Durch Reduzierung der Personalstärke, Abbau von Standorten und längere Auslandseinsätze werde die Bundeswehr künftig in der Gesellschaft weniger präsent sein. Dies dürfe indes nicht zu einer Abkapselung und der Entstehung einer militärischen Sonderkultur führen.

Bei internationalen Einsätzen sei es zwingend erforderlich, wesentliche ethische und rechtliche Standards länderübergreifend zu gewährleisten. Die beiden katholischen Einrichtungen wiesen darauf hin, dass es vermehrt Klagen über familiäre Belastungen durch häufige Versetzungen und verlängerte Auslandseinsätze gebe. Auch dies sei eine bedenkliche Entwicklung, wenn militärische Forderungen über die familiären und sozialen Bedürfnisse und Rechte des Einzelnen gestellt würden. (KNA)

# INNERE FÜHRUNG — unverzichtbare ethische Grundlage für Streitkräfte

Erklärung des Vorsitzenden von Justitia et Pax Weihbischof Marx und des Generalvikars des Katholischen Militärbischofs Prälat Nabbefeld am 24. März 2000

Gegenwärtig findet in Deutschland eine sicherheits- und außenpolitische Debatte statt, die erhebliche Auswirkungen auf die zukünftige Struktur der Bundeswehr haben wird. Der in wenigen Wochen zu erwartende Abschlussbericht der Kommission „Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ wird diese Diskussion intensivieren. Dies sowie die Beobachtung, dass die Frage nach dem sozialetischen Geforderten zusehends von militärischen Effizienzerwägungen verdrängt zu werden droht, sind Anlass für uns, Überlegungen zum Themenkomplex der Inneren Führung anzustellen, der für die sozialetische Legitimität von Streitkräften grundlegend ist.

## 1. Streitkräfte im demokratischen Staat – geschichtliche Erfahrungen

Die Wiederaufstellung von Streitkräften im neuen demokratischen Deutschland Mitte der 50er Jahre war Gegenstand intensiver innergesellschaftlicher Kontroversen. Die historische Hypothek zweier Weltkriege und die Auswüchse des preußischen und reichsdeutschen Militarismus verlangten nach einer Militärreform, die die Streitkräfte in die demokratische Ordnung integriert.

Diese Reformbemühungen wurden von großen Teilen der Kirche, gestützt von wesentlichen Inhalten der kirchlichen Verkündigung und Soziallehre, gefördert. Dabei hatte die Kirche die Legitimität des Aufbaus wie des Einsatzes von Streitkräften zum Schutz einer Rechts- und Friedensordnung an strenge ethische Kriterien gebunden. In dieser Tradition kritisierte die Kirche schon im 19. Jh. den Militarismus, die Verselbständigung der Streitkräfte und die Vormachtstellung des Militärs in Staat und Gesellschaft. Ende der 40er Jahre des 20. Jh. wurden

von Vertretern der kirchlichen Soziallehre programmatische Konzeptionen zur Rolle der Streitkräfte in einem demokratischen Staat entwickelt. Die Eingliederung der Streitkräfte in die demokratische Verfassung war ebenso eine zentrale Forderung wie die „staatsbürgerliche Reife“ der Angehörigen der Streitkräfte und die Unverzichtbarkeit einer ethischen Begrenzung der Gehorsamspflicht. Gerade letzteres leitet sich unmittelbar aus dem christlichen Menschenbild ab.

## 2. Anforderungen an die Integration der Streitkräfte in den demokratischen Staat

Dem entspricht die im Grundgesetz verankerte Auffassung, dass die Organisation der Streitkräfte, die Rechte und die Pflichten des Soldaten sowie dessen Selbstverständnis an normativen Prinzipien auszurichten sind. Durch diese Ausrichtung werden überhaupt erst die legitimierenden Voraussetzungen für Streitkräfte geschaffen.

- a) Streitkräfte unterliegen hinsichtlich Zweck und Auftrag dem Primat der demokratisch legitimierten Politik. Die politischen Entscheidungsträger verantworten die rechtliche Legitimität ihrer militärpolitischen Zielsetzungen, die sie an ethischen Kriterien orientieren müssen.
- b) Die Kontrolle der Streitkräfte geschieht durch Integration in das System der Gewaltenteilung: die organisatorische Trennung der Bundeswehrverwaltung von den Streitkräften und ihre Unterstellung unter die allgemeine Rechtsprechung ist ein ebenso effektives Kontrollinstrument wie die vielfältigen parlamentarischen Kontroll- und Entscheidungskompetenzen.
- c) Diese Kontrolle geschieht ferner durch Integration in die freie und

pluralistische Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland. In der personellen Zusammensetzung der Streitkräfte muss sich der soziale und weltanschauliche Pluralismus der deutschen Gesellschaft widerspiegeln.

- d) Der demokratische Verfassungsstaat gewährleistet die Menschenrechte aller Bürgerinnen und Bürger als Grundrechte. Grundrechtseinschränkungen, die sich aus den Besonderheiten des Dienstes in den Streitkräften ergeben, sind begründungspflichtig und müssen, soweit überhaupt möglich, durch Gesetz festgelegt sein. Der Dienst in den Streitkräften schränkt die Gewissensfreiheit nicht ein.
- e) Militärisches Handeln ist sowohl durch positives Recht und Gesetz als auch durch ethische Standards gebunden, die Befehlsgewalt und Gehorsamspflicht begrenzen.
- f) Soldaten sind Grundrechtsträger und zur wechselseitigen Anerkennung ihrer unveräußerlichen Rechte verpflichtet. Auch diese Verpflichtung spricht sich im Leitbild des „Staatsbürgers in Uniform“ aus. Es formuliert das berufsethische Ideal eines verantwortlich handelnden Soldaten, der politische und moralische Urteils- und Handlungskompetenz besitzt. Die Integration der Streitkräfte in den demokratischen Staat und die freie Gesellschaft verlangen ein soldatisches Selbstverständnis, das durch das demokratische Ethos des Respekts vor den Menschenrechten, der Toleranz und des Dialogs geprägt ist. Neben der fachlichen Ausbildung sind politische Bildung und die Reflexion der ethischen Aspekte des soldatischen Dienstes in den Streitkräften eines demokratischen Staates unverzichtbar.



### 3. Innere Führung: Begrenzung militärischen Handelns durch normative Bindung

Diese politischen, rechtlichen und ethischen Vorgaben zur Schaffung demokratieadäquater Streitkräfte bilden den Ausgangspunkt der Konzeption Innere Führung. Kern der Inneren Führung ist die Formulierung institutioneller – streitkräftespezifischer – Normen, die militärisches Handeln an die Werte des Grundgesetzes binden und die innere Ordnung der Streitkräfte an rechtsstaatlichen Prinzipien und dem Schutz der Menschenwürde orientieren. Innere Führung darf nicht als Instrument, das primär einer effektiven Menschenführung dient, missverstanden werden. Innere Führung dient zunächst und vor allem der Limitierung militärischen Handelns durch normative Bindung. Sie formuliert den normativen Rahmen, innerhalb dessen in den Streitkräften eine ethische Kommunikation über Rechtfertigung und Sinn militärischen Handelns stattfindet. Als solche ist die Innere Führung eines der wesentlichen sozialetischen Fundamente der Streitkräfte. Sie ist unverzichtbar.

### 4. Vorrangigkeit der Inneren Führung im Widerstreit der Interessen

Immer wieder gab und gibt es auch heute Zielkonflikte zwischen den Forderungen militärischer Effizienz und der Grundrechtsbindung militärischen Handelns. Deshalb stellen wir ausdrücklich fest: Wo ein Zielkonflikt zwischen militärischer Effizienz und rechtlichen bzw. ethischen Prinzipien auftritt, ist zugunsten letzterer zu entscheiden. Innere Führung ist nicht verhandelbar. Die Prinzipien, auf denen die Innere Führung basiert, sind in einer Weise sozialetisch begründet, dass ihr Geltungsanspruch unabhängig von bestimmten Wehrformen oder militärpolitischen Zielsetzungen besteht.

### 5. Innere Führung und berufsethische Bildung

Die Verwirklichung der Inneren Führung verlangt einen Soldaten, der über moralische Kompetenzen verfügt. Diese können nicht befohlen

werden, sondern sind Resultat von Bildungs- und Reflexionsprozessen. Der Unterricht über Innere Führung in den Laufbahnlehrgängen der Unteroffiziere und Offiziere muss diesem berufsethischen Bildungsanspruch gerecht werden. Der von der Militärseelsorge erteilte Lebenskundliche Unterricht leistet hierzu wertvolle Beiträge. Eine Verkürzung der Inhalte der Inneren Führung auf sozialwissenschaftlich und psychologisch begründete Grundsätze einer zeitgemäßen Menschenführung riskiert ein technizistisches Missverständnis der Menschenführung.

### 6. Institutionelle Bedingungen der Inneren Führung

Das reale Erscheinungsbild der Inneren Führung im militärischen Alltag ist abhängig von institutionellen Vorgaben. Personalmangel und eine hohe Aufgabendichte in vielen Bereichen konterkarieren den Anspruch der Inneren Führung, die individuellen Rechte und Bedürfnisse des Soldaten bei der militärischen Auftragserfüllung zu berücksichtigen. Knappe finanzielle Mittel unterwerfen das Entscheidungs- und Prüfungsverhalten in den Streitkräften einem Rationalisierungs- und Ökonomisierungsdruck, der mit den Zielen der Inneren Führung oftmals konkurriert.

Wachsende Berufsunzufriedenheit und vermehrte Klagen über hohe familiäre Belastungen durch häufige Versetzungen und eine verlängerte Stehzeit bei Auslandseinsätzen sind Anzeichen für eine bedenkliche Entwicklung, die militärische Forderungen über die familiären und sozialen Bedürfnisse und Rechte des Einzelnen stellt.

### 7. Innere Führung als Gegengewicht zu Tendenzen einer militärischen Sonderkultur

Die Reduzierung des Personalsumfangs der Streitkräfte, der Abbau von Standorten und länger andauernde Abwesenheiten von Soldaten bei Auslandseinsätzen verändern das Verhältnis der Streitkräfte zur zivilen Gesellschaft. Die Bundeswehr wird in Zukunft in der Gesellschaft weniger präsent sein. Diese Tendenz, die bei der Abschaffung der Wehrpflicht

noch verstärkt würde, bringt das Risiko einer gegenseitigen Abkapselung von Streitkräften und Gesellschaft und der Entstehung einer militärischen Sonderkultur mit sich. Dies wird verstärkte Bemühungen um den Ausbau und die Verwirklichung der Inneren Führung notwendig machen.

### 8. Sicherung des politischen und sozialen Pluralismus in den Streitkräften

Für die Integration der Streitkräfte in die demokratische Gesellschaft, die das Entstehen einer militärischen Sonderkultur verhindert, ist die Sicherstellung des gesellschaftlichen Pluralismus in den Streitkräften notwendig. Die allgemeine Wehrpflicht war über lange Jahre und ist auch heute noch aufgrund der hohen Personalfuktuation Garant dafür, dass sich in Streitkräften die gesellschaftliche Pluralität von Lebensformen, Welt- und Selbstdeutungen widerspiegelt. Bereits die Entwicklung zu einer De-facto-Wahlmöglichkeit zwischen Wehr- und Zivildienst und die wachsende Zahl von Zivildienstleistenden reduzieren den Pluralismus in den Streitkräften. Unabhängig davon, wie die politische Entscheidung über die zukünftige deutsche Wehrform ausfallen wird, müssen deshalb für die Personalauswahl Kriterien festgelegt werden, die verhindern, dass die Soldaten der Bundeswehr einseitige politische Orientierungen aufweisen oder durch ihre soziale Herkunft in besonderer Weise zur Unterordnung und psychischen Anpassungsbereitschaft neigen. Es gilt zu verhindern, dass die Bundeswehr für diejenigen besondere Attraktivität erhält, die eine Abenteuer- und Söldnermentalität mitbringen.

### 9. Sicherung der Inneren Führung in der internationalen Zusammenarbeit von Streitkräften

Der erweiterte Auftrag der Bundeswehr und die neuen Einsatzszenarien der Friedenssicherung und -erzwingung internationalisieren den Dienst des Soldaten. Enge Kooperation in multinationalen Verbänden wird zukünftig für die Bundeswehr in zunehmendem Maße notwendig sein. Die Soldaten müssen dabei mit An-

gehörigen anderer Streitkräfte zusammenarbeiten, die auf der Basis unterschiedlicher Rechtsnormen und Führungskonzeptionen ihren Dienst leisten. Die verschiedenen Rechtsnormen führen zu Unübersichtlichkeit und Unsicherheit. Wir erwarten von den politisch Verantwortlichen, dass sie die Rechtsstellung der deutschen Soldaten in multinationalen Kontingenten gemäß der Konzeption der Inneren Führung gewährleisten und auf die Schaffung gemeinsamer Rechtsgrundlagen und Führungskonzeptionen für multinationale Verbände hinwirken. Es droht die Gefahr, dass unter Verweis auf die Interoperabilität mit anderen Streitkräften, wesentliche ethische und rechtliche Standards aufgegeben werden. Dies wäre nicht hinnehmbar.

In diesem Zusammenhang weisen wir ausdrücklich auf den im Dezember 1994 von der „Organisation

für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ gebilligten „Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit“ hin. Dieser verpflichtet als politisch verbindliche Norm die Teilnehmerstaaten auf Minimalstandards zur Integration der Streitkräfte in die Demokratie, zur Streitkräftekontrolle und zur Gewährleistung einer auf den Grundrechten basierenden Rechtsstellung der Soldaten. Dieser Kodex muss Ausgangspunkt für die Entwicklung und Konkretisierung gemeinsamer europäischer Rechtsgrundsätze sein.

### 10. Innere Führung als Thema der ganzen Gesellschaft

Aus der Sicht der christlichen Sozialethik sind die Prinzipien der Inneren Führung eine Voraussetzung für die Legitimität von Streitkräften innerhalb eines demokrati-

schen Rechtsstaats. Innere Führung muss deshalb als Thema in der öffentlichen Diskussion verankert sein. Sie darf nicht als innermilitärische Angelegenheit gelten, die das Interesse der Öffentlichkeit nur dann auf sich zieht, wenn ein fragwürdiges Traditionsverständnis und rechtsextremistische Aktivitäten bestimmter Gruppen in den Streitkräften Aufmerksamkeit erregen.

Angesichts des tiefgreifenden Wandels der Streitkräfte, ihres Aufgabenspektrums und ihrer Einsatzszenarien sowie der Diskussion um die zukünftige Wehrform bleibt es wichtig, die grundsätzliche Bedeutung der Inneren Führung für die Streitkräfte des demokratischen Deutschland in Erinnerung zu rufen, zumal die genannten Defizite deutlich erkennbar sind und sich zusätzliche neue Herausforderungen abzeichnen. □

## Wehrbeauftragte Marienfeld legt letzten Jahresbericht vor

„**B**edrückende Situation, Verunsicherung, Motivationsverlust, Zukunftsangst, Resignation, katastrophale Materiallage“: Mit diesen Schlagworten schildert die scheidende Wehrbeauftragte, wie die Soldaten der Bundeswehr ihre derzeitige Lage beurteilen. In ihrem Jahresbericht 1999 lässt sie keinen Zweifel daran, dass die Stimmung in den deutschen Streitkräften angesichts des ständig sinkenden Wehretats und der völlig unklaren Zukunftsaussichten schon „fast am Nullpunkt“ angekommen ist.

Claire Marienfeld hat es nach fünf Jahren Amtszeit abgelehnt, noch einmal zu kandidieren, weil sie die künftige Entwicklung der Bundeswehr nicht mittragen könne. Ein klarer Protest gegen den rot-grünen Regierungskurs. Dabei hat sich gerade die erste Frau in diesem Wächteramt über die Grundrechte der Soldaten und die Grundsätze der Inneren Führung seit ihrer Wahl im März 1995 hohes Ansehen erworben im Bundestag, vor allem aber in der Truppe.

Bereits Ende Januar hatte sie im Bundestag klar gemacht, dass die Soldaten sich trotz der misslichen

Entwicklung mit aller Kraft bemühen, ihren Dienst zu tun. Sie würden aber leiden, weil der „Virus der Planungsunsicherheit, der Gerüchte und Befürchtungen grassiert“. Tatsächlich weiß bei der Bundeswehr keiner mehr so recht, wo der Weg hingehen soll. Alle warten auf das Ergebnis der Zukunftskommission, die im Mai die Richtung in die Zukunft der deutschen Armee weisen soll.

Frau Marienfeld war im Amt der Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestags stets eine konstruktiv-kritische Begleiterin der Bundeswehr, der die Umsetzung der Inneren Führung in den Streitkräften und die Sorgen der Soldaten ein Herzensanliegen waren. Die engagierte Katholikin, die sich auf Veranstaltungen des Katholischen Militärbischofsamts oder der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) „besonders wohl fühlte“ – zuletzt bei der GKS-Akademie Oberst Helmut Korn im November 1999, als sie zum Thema „Aspekte der Inneren Führung am Beginn eines neuen Jahrtausends“ referierte (s. AUFTRAG 238, S. 28 ff.) –, hat in ihrem Amt neue Maßstäbe gesetzt. Bereits als Mitglied des Verteidigungsausschusses hatte sich

die in Bingen geborene gelernte Apotheken-Assistentin um die sozialen Belange der Bundeswehrangehörigen gekümmert. Als Wehrbeauftragte wurde die Mutter zweier Söhne auch zur „Mutter der Soldaten“.

(PS/DT vom 16.03.2000)

### KURZ NOTIERT

#### Spital würdigt Einsatz der KFOR-Soldaten im Kosovo

**D**er Bischof von Trier, Spital, hat den Einsatz der KFOR-Soldaten im Kosovo gewürdigt und zugleich ziviler Friedenshilfe das Wort geredet. In einem Gottesdienst mit etwa 800 deutschen und amerikanischen Soldaten aus Rheinland-Pfalz und dem Saarland sagte Spital am 29. März im Trierer Dom, die KFOR-Soldaten verhinderten einen Ausbruch des Völkerhasses im Kosovo. Ein erzwungener Frieden sei aber noch kein vollendeter Frieden, erklärte Spital, der Präsident der deutschen Sektion der katholischen Friedensbewegung Pax Christi ist. (DT/KNA)



## FÜHRERWEITERBILDUNG EINMAL ANDERS

## „Menschen führen, Leben wecken“

Offiziere des Logistikregiments 10 gehen zur KFOR-Einsatzvorbereitung ins Benediktinerkloster Münsterschwarzach

JÜRGEN THOMA

Nachdenklich, aber neugierig waren sie nach der ersten Begegnung mit dem Cellerar, dem Ökonomen des Benediktinerklosters Münsterschwarzach, westlich von Würzburg gelegen, ins Gästehaus der Abtei gegangen. Pater Anselm Grün hatte den Militärs auch so manches zugemutet: „Sie dürfen Führen nicht mit Verletzen verwechseln“ – „Aggressionen regeln das Verhältnis von Nähe und Distanz“. Leicht war es nicht, dem charismatischen Pater zu folgen. Doch wer es wagte, seine „Wunden anzuschauen“, konnte so manche Ursache für eigenes Fehlverhalten erkennen und Zweifel ausräumen.

Die Bundeswehr bereitet sich umfassend durch Übungen, Schulungen und Lehrgänge auf ihren Friedensauftrag im Kosovo vor. Oberst Karl-Jürgen Klein, Kommandeur des Logistikregiments 10 und im Ehrenamt Vorsitzender der Gemeinschaft Katholischer Soldaten, wollte mit diesem Seminar auch den ethischen Aspekt der Vorbereitung seines Verbandes auf den Einsatz als „Logistikregiment KFOR“ (Mai bis November 2000) beleuchtet wissen.

Der Offizier versteht sich als Führer, Ausbilder und Erzieher der ihm anvertrauten Soldaten. Er ist Vorbild und gewohnt, dieser Rollenerwartung gerecht zu werden. Sich zu hinterfragen, Schwäche zuzulassen und sich so seiner selbst bewusst zu werden, ist notwendig, um in der besonderen Verantwortung des Menschenführers im Einsatz zu bestehen.

„Wer führen will, muss erst sich selbst führen können.“ Pater Anselm Grün sieht dies als Grundvoraussetzung des Führens. Der Führende müsse den Gedanken und Gefühlen, welche sein Handeln bestimmten, auf den Grund gehen: „Was wollen sie ihm sagen? Welches Grundproblem meldet sich in ihm zu Wort? Was hat ihn verletzt? Was hindert ihn am klaren Denken? „Klare Füh-

rung werde immer dann verhindert, wenn sich die Führungsaufgabe mit nicht eingestandenen Bedürfnissen und unterdrückten Leidenschaften vermische.

Im Gespräch suchte der Pater, gemeinsam mit den Soldaten, Ursachen für mögliche Führungsfehler. „Mutter- und Vaterwunden“, so Anselm, könnten in den Kindesjahren entstehen. So fehle gerade dem jungen Mann häufig die Identifikation mit dem Vater. Der sei von der Erziehung her derjenige, der dem Kind das Rückgrad stärken, der ihm Mut machen und ihm den Rücken frei halten solle. Habe das Kind einen solchen Vater nicht erlebt, könne das dann zu Unsicherheit, Machtgehebe und Führungsproblemen führen.

„Als Partnerersatz benutzt und verwöhnt durch die Mutter.“ Auch diese, nicht natürliche Bindung des Kindes zur Mutter könne zu auffälligem Verhalten führen. Der Erwachsene löse sich zunächst nur schwer von der Mutter, welche das Kind als Stellvertreter für eigene Bedürfnisse benutzt habe. Später suche man sich dann aber überraschenderweise ähnliche Beziehungen, mit den gleichen, ungünstigen Voraussetzungen. Sogar die Wahl des Partners, die des Berufes, letztlich die des Chefs, werde dadurch beeinflusst: „Denn die Verletzungen müssen, wenn auch unbewusst, weitergehen“.

„Der Verantwortliche soll nicht nur für die Gemeinschaft und für die einzelnen Mitarbeiter (Soldaten) sorgen, sondern auch für sich selbst.“ Pater Anselm mahnte die Offiziere verantwortlich mit ihren Kräften umzugehen. Ständige Überforderung sei nicht nur eine Gefahr für den Betroffenen, sondern für die ganze Gemeinschaft. Arbeits- und Ruhephasen müssten sich auch im Einsatzland abwechseln. Als möglichen Ausgleich lernten die Kursteilnehmer, unter Anleitung von Pater Anselm, verschiedene Meditationsformen und

auch praktische Partnerübungen kennen.

Die Regeln des heiligen Benedikts und deren aktueller Bezug zu den Bedingungen des Einsatzes waren am letzten Tag des Seminars Gegenstand des Gesprächs mit Pater Benedikt Müller. Er zitierte den Ordensgründer: „Sparsam, nicht knauserig, wie ein guter Vater für seine Mitarbeiter“, so müsse der Cellerar des Klosters und eben auch der Vorgesetzte in der Bundeswehr sein. Die Wahrheit halte der Abt dem Mitarbeiter wie einen Mantel hin, in den er hineinschlüpfen könnte. „Schlage sie ihm nicht um die Ohren, wie ein nasses Tuch.“ Ähnlich laute die Regel: „Der Weise wird das Gefäß nicht zerbrechen, wenn er nur den Rost auskratzen will.“ So ließen sich viele der Prinzipien des heiligen Benedikts noch nach Jahrhunderten im alltäglichen Leben auch der Soldaten anwenden.

Viele praktische Tipps und Tricks für das richtige Führungsverhalten durfte der Seminarteilnehmer nicht erwarten. Zuerst bei sich selbst zu beginnen, sich mit seinen Fehlern auseinander zu setzen und seine Schattenseiten zu erkennen und zu integrieren, um sich dann der Aufgabe des Führens frei widmen zu können, waren Ziel dieses Aufenthaltes.

Die Offiziere werden sich nach ihrem Einsatz erneut nach Münsterschwarzach begeben, um die im Kosovo gesammelten Eindrücke gemeinsam aufzuarbeiten.

Die Anregung für diese ungewöhnliche Form der Einsatzvorbereitung hatte Kommandeur Klein bei der GKS-Akademie Oberst Helmut Korn im November 1999 erhalten. Bei einer Exkursion „Blick über den Zaun ließen sich damals die Akademieteilnehmer von Pater Anselm Grün Anregungen für menschliches und ethisch verantwortliches Führungsverhalten geben. AUFTRAG hat darüber in Heft 238, S. 59 berichtet. □

# Berufsethik als Anliegen der GKS

Aus der Arbeit des GKS-Sachausschusses „Innere Führung“

HELMUT JERMER



**D**ie Gemeinschaft Katholischer Soldaten versteht sich als Verband, der Katholiken in der Bundeswehr und Soldaten in der katholischen Kirche eine geistige Heimat bieten will. Die Leitsätze dieser Gemeinschaft sind anspruchsvoll. Kein noch so engagierter Christ und Soldat kann den darin formulierten Imperativen gleichzeitig und aus eigener Kraft nachkommen. Nur aus der Gemeinschaft heraus können Einzelne mit ihrem Charisma oder Gruppen die Forderungen erfüllen. Die vielfältigen Aufgaben, denen sich die Gemeinschaft verschrieben hat, fügen sich so – einem Puzzle gleich – zu einem Bild zusammen. Aus diesem Grunde sind die Leitsätze nicht in der ersten Person Singular, sondern im Plural formuliert – ein Einzelner würde sich überheben.

Die Leitsätze fordern einen im Glauben verwurzelten, für Recht und Freiheit engagierten, sittlich gebundenen, politisch und historisch gebildeten, fachlich kompetenten Soldaten, der auf den Frieden verpflichtet ist. Gemeint ist ein Frieden im erweiterten Verständnis: Frieden in Freiheit und Sicherheit, Friedenssicherung und Friedensförderung.

Wie soll nun der Verband dem selbstgesteckten Auftrag nachkommen? Die Verantwortlichen, der Bundesvorsitzende mit dem Bundesvorstand tragen Sorge dafür, dass Mitarbeiter gesucht werden, die dem Verband ihre geistigen Fähigkeiten ebenso zur Verfügung stellen wie sie ihm einen Teil ihrer freien Zeit schenken, ganz im Sinne des Wortes: die gefundenen Idealtypen sind ehrenamtlich tätig.

## Selbstverständnis und Auftrag

Der Sachausschuss Innere Führung ist vom Bundesvorstand eingesetzt, um für den Verband zu arbeiten. Dabei werden zwei Ziele verfolgt: Zum einen geht es um die Beratung des Bundesvorstandes bzw. des Bundesvorsitzenden, zum anderen soll die Arbeit an der Basis, also in den Kreisen der Gemeinschaft befruchtet werden. Damit trägt er zur Profilierung des Verbandes bei und fördert das Ansehen der GKS in der Kirche und in der Bundeswehr sowie in der Öffentlichkeit. Der Sachausschuss behandelt grundsätzliche und aktuelle Fragen aus dem weiten Themenbereich der Inneren Führung und richtet sein besonderes Interesse auf die soldatische Berufsethik. Konkret: er beleuchtet das Problemfeld Innere Führung aus der Perspektive der katholischen Soziallehre. Er greift Themen auf, zu denen er aus fachlicher Kompetenz heraus zur Meinungsbildung in Kirche und Öffentlichkeit beiträgt.

Im Einzelnen nimmt er folgende Aufgaben wahr:

– Beobachten der Implementie-

– rung der Konzeption Innere Führung in der Truppe

- Beobachten der gesellschaftlichen Entwicklung im geistig-kulturellen Bereich
- Diskutieren von Themen und Konzipieren von Positionen
- Beraten des Bundesvorstandes / Bundesvorsitzenden im Aufgabenbereich
- Verfassen von Erklärungen und Veröffentlichungen
- Referieren von Themen der Inneren Führung
- Zusammenarbeiten mit der Verbandszeitschrift AUFTRAG

## Ein Mitgliedsbeitrag ideeller Art – Engagement und Kompetenz

Um diesen Aufgaben nachgehen zu können, ist der Sachausschuss auf den Sachverstand und auf die Mitarbeit der Mitglieder angewiesen. Das Gremium setzt sich zusammen aus ausgewählten GKS-Mitgliedern, in der Regel aktive und erfahrene Soldaten, die in Vorgesetztenfunktion stehen oder gestanden haben oder in Schulen bzw. in Ämtern dienen, denen die Umsetzung der Inneren Füh-

– rung im Soldatenalltag wichtig ist und die besonderen Wert auf eine zeitgemäße, an den Prinzipien der Katholischen Soziallehre orientierten Berufsethik legen. Ausnahmsweise gehören dem Ausschuss Soldaten der Reserve oder außer Dienst an. Dazu kommen so genannte Berater, die aus Institutionen kommen, die einem Bezug zur Bundeswehr und/oder zur Kirche haben. Deren kritische Begleitung befruchtet die Arbeit auch und gerade dadurch, weil sie mit einer gewissen Distanz gewohnte Sichtweisen zu hinterfragen verstehen. Zurzeit arbeitet beispielsweise der Sprecher des GVPA im BMVg im Status eines Beraters mit, der auftragsbedingt mit Fragen der Mitwirkung in der Bundeswehr befasst ist und der den Sachausschuss mit Informationen aus erster Hand versorgt.

## Zur Arbeitsweise des Sachausschusses

Etwa sechs Mal im Jahr treffen sich die Sachausschuss-Mitglieder zu einer Arbeitssitzung, in der Regel montags von 17 bis 21 Uhr. In den Treffen geht es um zweierlei, um einen Erfahrungsaustausch darüber, was an Bemerkenswertem seit der jeweils letzten Sitzung im Themenspektrum Innere Führung aufgefallen ist und um die Arbeit an Schwerpunktthemen, die entweder vom Sachausschuss selbst bestimmt oder vom Bundesvorstand vorgegeben werden (Auftragsarbeit). So hat sich das Gremium beispielsweise mit der Frage der Wehrform beschäftigt, konkret mit der Fragestellung, ob eine Wehrpflichtarmee oder Freiwilligenstreitkräfte für die Bundeswehr besser geeignet erscheinen, ob und wie die GKS für die eine oder andere Form Position beziehen soll, ob die Wehrform Auswirkungen auf



die „Hege und Pflege“ der Inneren Führung hat und welche gesellschaftlichen Auswirkungen ein Wechsel der Wehrform mit sich brächte.

Wird eine Veröffentlichung vorbereitet, so findet sich ein Mitarbeiter, der das gestellte Thema in einem Arbeitsentwurf umreißt und aufbereitet. Dieser Rohentwurf wird dann diskutiert und redaktionell überarbeitet, sozusagen „hie- und stichfest“ gemacht, damit der Verband damit an die Öffentlichkeit treten kann. Bisher haben die Erklärungen alle Mal das Profil der GKS geschärft, weil der Verband Position bezogen hat – gelegen oder ungelegen. Schließlich haben diese besonderen Veröffentlichungen dazu beigetragen, das Image der GKS zu fördern.

### Ökumene und Mission der anderen Art

Mitunter gibt es Themen, die den „Schwesterausschuss“ Sicherheit und Frieden ebenso angehen. Dann ist es sinnvoll, eine gemeinsame Sitzung einzuberufen. So kümmern sich beide Gremien um Themen der Wehrstruktur, des erweiterten Auftrags und des damit einhergehenden erweiterten Selbstverständnisses, der Friedensmissionen und der Humanitären Intervention. Solche und ähnliche Themen bilden eine Schnittmenge zwischen Friedensethik und Berufsethik.

Auch die fast zur Tradition gewordenen gemeinsamen Bildungs- und Missionsreisen nach „Neufünf-land“ und in die dortigen Diözesen haben zur Horizonterweiterung auf beiden Seiten beigetragen: bei den Besuchern und bei den Besuchten. Beide Ausschüsse hoffen auf eine Fortführung dieser Tradition. Inzwischen haben Mitglieder beider Ausschüsse die Länder Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg besucht. Sie konnten ihre Arbeit und ihr Anliegen auch den Ortsbischöfen von Erfurt, Dresden-Meißen, Magdeburg, Schwerin, Görlitz und Berlin vorstellen und fanden dabei aufmerksame Zuhörer, haben sich doch die Kirchenleute im „Staatsgefängnis DDR“ kaum entfalten und äußern können. Die Kirche in den neuen

Ländern ist – nach westlichen Maßstäben – unterrepräsentiert, die Christen stellen nicht einmal ein Viertel der Bevölkerung, die Katholiken etwa drei Prozent – da lacht das Herz des Missionars ...

Eine ähnliche Aufgabe stellt sich in den zu begründenden Patenschaften der Militärseelsorge-Institutionen in den Staaten Mittel- und Osteuropas, sind diese doch stark an Fragen der Inneren Führung, speziell der Menschenführung, der politischen Bildung, des Wehrrechts und der Fürsorge interessiert. Zwar lässt sich Innere Führung nicht einfach in andere Armeen exportieren, höchstens inkulturieren – und das kostet Zeit. Gleichwohl bietet diese einmalige Konzeption eine Menge Know-How für eine zu entwickelnde Berufsethik gerade in den Streitkräften der Staaten des ehemaligen Warschauer Paktes, die unter Diktatur und Gängelei, unter ideologischer Berieselung und Moskauer Bevormundung gelitten hatten ...

### Innere Führung konkret – aktuelle Fragen, die eine Antwort verlangen ...

Hinter manchen Frage stehen ernste Sorgen, andere reißen ein Problem an. Einige Fragen mögen als Checkliste für eine gewissenhafte Kontrolle dienen. Alle verlangen jedoch eine ehrliche Antwort.

#### Mehr Aufträge ...

Welche Art von Aufträgen fordern die Bundeswehr in absehbarer Zeit heraus? Verlagert sich der Schwerpunkt auf Friedensmissionen, auf humanitäre Hilfe oder gar auf (völkerrechtlich umstrittene) Humanitäre Interventionen? Oder soll sich die Bw wie bisher auf die Landes- und Bündnisverteidigung konzentrieren? Soll sich die Bundeswehr womöglich auf Einsätze im Innern einstellen? Wird die Bundeswehr zu einer Art bewaffnetem technischen Hilfswerk, weil sie – der politischen Vorgabe entsprechend – Aufbauhilfe leisten soll? Muss die Bundeswehr nicht schneller reagieren können, wenn es darum geht, humanitäre Hilfe bei Katastrophen „Grünhelme“ zu leisten? (Mosambik war ein trauriger Offenbarungseid).

### ... mit weniger Mitteln

Reichen für die wahrscheinlichen Aufgaben die Mittel aus? Wird der Auftrag der „Neuen“ Bundeswehr Richtschnur für die Struktur, für die personelle und materielle Ausstattung? Wird durch die derzeitige Finanzpolitik die Bedrohung nicht objektiv von der politischen Realität, sondern subjektiv vom „verfügbaren Geld“ her definiert? Sehen die politisch Verantwortlichen die Gefahr, dass die Bundeswehr technologisch ins Abseits gerät (wenn sie es nicht bereits ist)? Ist nicht das Beste gut genug für die, welche für Staat und Gesellschaft ihre „Haut zum Markte tragen“? Wäre nicht eine etwas kleinere, dafür aber „feinere“ Bundeswehr mit einem Wehrpflichtigen-Anteil eine schlagkräftigere und damit effizientere Truppe? Wie lange wird es dauern, bis die in der „Bestandsaufnahme“ von 1999 aufgeführten Mängel behoben sind und woher soll das Geld kommen?

### Wehrform – ausreichend begründet?

Dürfen Wehrpflichtige außer zur Landes- und Bündnisverteidigung auch für darüber hinausgehende Auslandseinsätze vorgesehen werden? (Die derzeitige Praxis schafft – wenn auch ungewollt – eine Zweiklassen-Armee, denn das Soldatengesetz unterscheidet nicht zwischen Wehrpflichtigen und Zeit- bzw. Berufssoldaten.) Hat die Allgemeine Wehrpflicht in Deutschland eine Zukunft, wenn (west-)europäische Nachbarstaaten auf Freiwilligenstreitkräfte „umgestellt“ haben? Haben die politisch Verantwortlichen eine Antwort, wenn junge Deutsche fragen, warum im Gegensatz zu ihnen ihre französischen, belgischen, niederländischen, britischen und spanischen Altersgenossen nicht zu einem Pflichtdienst herangezogen werden? Kann die Allgemeine Wehrpflicht noch hinlänglich begründet werden, wenn die Wehrdienstzeit zur kurz ist, um einen qualifizierten Spezialisten auszubilden?

### Wehrgerechtigkeit – kein Problem?

(Dieser Begriff: „Wem wird die Wehr gerecht?“ – ist falsch; gemeint ist, dass jeder tauglich Gemu-

sterte dient, entweder in der Bundeswehr oder im Zivilen Ersatzdienst. Besser wäre also der Begriff „Dienstgerechtigkeit“. Wie begründen Regierung und Parlament die *Not-Wendigkeit* der Allgemeinen Wehrpflicht, wenn die Verantwortlichen seit Jahrzehnten zulassen, dass der Wehrdienst durch massenhafte Kriegsdienstverweigerung unterlaufen wird? (Inzwischen verweigern mehr als ein Drittel eines Geburtsjahrganges, so viele, dass die de-facto-Wahlfreiheit den „freiwilligen Wehrpflichtigen“ hervorgebracht hat!) Werden Frauen in der Bundeswehr tatsächlich den Männern gleichgestellt? Bekommen sie die gleichen Chancen in allen Bereichen und Laufbahnen? Werden in absehbarer Zeit auch Frauen durch die Allgemeine Wehrpflicht einberufen, weil Männer Gleichberechtigung fordern? Oder anders: Muss die Allgemeine Wehrpflicht nach der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs vom Januar 2000 nicht auch – nach dem Gleichstellungsgebot – dem weiblichen Teil der Bevölkerung zugemutet werden?

### Geistige Orientierung oder „Vermopsung“

Welche Kriterien sind für die Traditionsbildung richtungsweisend? Welche Vorbilder dienen dem Soldaten zur ideellen Orientierung? Was kann politische, historische und kulturelle Bildung erreichen? Welche Auswirkungen hat der gesellschaftliche Wandel auf den Zusammenhalt in der Truppe? Wie vertragen sich „Fast-Food-Mentalität“ und „Erlebnissgesellschaft“ mit altbewährten soldatischen Tugenden, die keine Wegwerfprodukte sind und die nicht wie die Wäsche gewechselt werden können? Wie wird die Bundeswehr mit Zeitgeist-Erscheinungen wie dem Werteverfall fertig? (Verlust der religiösen Bindung, Individualisierung, Hedonismus, Dekadenzerscheinungen durch um sich greifende „Fast-Food-Mentalität“ und „Event-Zaperei“) Wie wirken sich solche Auswüchse auf den Führernachwuchs, auf die Führungs- und Gehorsamskultur aus? Welche Werte und Tugenden, welche Vorbilder und Leitbilder, welche Denkschulen und Konzeptionen sollen tradiert werden? Welche Rezepte gegen Extremismus

und Fremdenfeindlichkeit helfen im Truppenalltag? Und wie werden Vorgesetzte für derartige Exzesse empfindsam gemacht, um gegensteuern zu können?

### Selbstverständnis und Berufsethik – Anspruch verpflichtet

Wird aus dem „Staatsbürger in Uniform“ nicht – bedingt durch den erweiterten Auftrag der Bundeswehr – ein „Weltbürger in Uniform“, ein „Universal Soldier“? Wird er im Zuge von Friedensmissionen gar zum Vollzugsbeamten des Völkerrechts, der für Recht und Ordnung, für Unterkunft und Verpflegung, für medizinische Versorgung und fürs Minenräumen zuständig ist? Ist der „Soldat XXI“ als Ordnungshüter gedacht, der auch polizeiliche Aufgaben gegen rebellierende und marodierende Banden wahrnimmt? Soll er dafür sorgen, dass in der Krisenregion wieder „Staat gemacht“ werden kann, dass Verwaltung und Justiz funktionieren, dass Handel und Gewerbe wieder belebt wird? Hat er dazu eine qualifizierte Ausbildung, oder soll er die fehlende Ausbildung – wie bei KFOR praktiziert – durch Improvisationstalent ersetzen?

### Führungskultur – hegen und pflegen

Wird die bewährte „Auftragstaktik“ auch in Zukunft kultiviert? Wird die Verantwortung des militärischen Vorgesetzten auch weiterhin geachtet (oder „funk“ man ihm – über Führungsebenen hinweg – mit dem Handy ins Handwerk)? Werden Befehlswege durch „Micromanagement“ ausgehöhlt und hierarchische Ebenen nur bei „Schönwetterlagen“ geachtet? Werden gerade junge Vorgesetzte überfordert, weil ihnen durch relativ lange Theorie vermittelnde Ausbildungsgänge und zu kurze Praktika die Erfahrung im Umgang mit Menschen und in den Führungsgebieten fehlen? Haben sie genügend Zeit, um sich auf neue Aufgaben (Auslandseinsätze) einzustellen? Leiden sie nicht unter mangelhafter Vorbereitung und fehlender bzw. zu kurzer Einweisung in neue Aufgabengebiete? – Ist das „Leadership-Programm“ im Heer auch auf andere Teilstreitkräfte übertragbar? Wenn nein, warum nicht? – Wie ernst ist es dem

Dienstherrn, wenn er den mündigen Staatsbürger in Uniform fordert? Fördern Strukturen und Auswahlverfahren den angepassten oder den couragierten „Bürger in Uniform“? Wäre es nicht an der Zeit, bestimmte Begriffe im Truppenalltag/in der Ausbildung zu überdenken? Beispiel: Handbuch statt Vorschrift – denn Vorschriften macht man „obrigkeitsstaatsangehörigen Unmündigen“, während das Handbuch mit seinem durchaus verbindlichen Charakter dem selbstbewussten und mitdenkenden Soldaten ein bewährtes und erprobtes Vorgehen / Verfahren empfiehlt. Auch die Sprache verrät das Menschenbild!

### Menschen- und Personalführung – eine vornehme Aufgabe

Werden Vorgesetzte wirklich nach Qualitätskriterien ausgewählt: Eignung, Befähigung, Leistung – soziale und fachliche Kompetenz, psychische und physische Belastbarkeit, vorbildlich und charakterstark? Oder beeinflussen das Parteibuch, bestimmte Gefälligkeiten oder gute Beziehungen die „Personalauswahl“? Spürt jeder Soldat, dass er gebraucht wird für einen sinnvollen Dienst, dass mit seiner Zeit verantwortlich umgegangen wird und dass er gerecht behandelt wird? – Trifft der Begriff Personal“führung“ zu, wenn – wie in der Vergangenheit häufig praktiziert – über längere Zeiträume hinweg lediglich eine kleine „förderungswürdige“ Gruppe im Sinne des Wortes „geführt“ worden ist, während bestimmte Jahrgänge trotz nachgewiesener Förderungswürdigkeit unzumutbar viele Jahre „im Stau“ verwaltet (Hammelburg) und durch laufend geänderte Eignungskriterien hingehalten worden sind? Ist es nicht Ausbeutung (Karl Marx), wenn Soldaten auf so genannte „höherwertige Dienstposten“ versetzt werden, ohne pünktlich befördert und in die entsprechende Besoldungsgruppe eingewiesen zu werden? Wäre es nicht ein Gebot der Fürsorge und der Treuepflicht des Dienstherrn, den Systemfehler der Trennung von STAN und Stellenplan zu beheben und beides miteinander zu verschmelzen, um künftig Verwendungs- und Beförderungsstaus zu vermeiden? (Der nächste Stau baut sich bereits wieder auf!) Verstößt es



nicht gegen die Menschenwürde, solche Verfahren und solch mangelnde Fürsorge denen zuzumuten, die bereit sind, notfalls ihr Leben für die Gemeinschaft einzusetzen? Verhält sich nicht schäbig, wer solches zulässt? Nimmt der Dienstherr nicht wahr, was hier seit Jahr und Tag „zerwaltet“ und „billigend“ – ganz im Sinne des Wortes – in Kauf genommen wird?

### **Fürsorge und Betreuung – es dürfte etwas mehr sein!**

Ist es nicht eine Zumutung, die Last eines Umzugs inzwischen nur noch mit einem Tag „Umzugsurlaub“ abzugelten? Geht der Dienstherr stillschweigend davon aus, dass Frau und Kinder die Last fast alleine tragen, während der Vater bereits wieder dienstlich voll beansprucht wird? Haben diejenigen, die das Urlaubsmaß festlegen, selbst Umzüge miterlebt, und wissen sie, wie vielfältig die am neuen Wohnort und in der neuen Wohnung anstehenden Aufgaben sind, um wieder „auf die Reihe zu kommen“? Lässt sich nicht die Wertschätzung der Soldaten durch den Staat daran ablesen, wie er mit Armee umgeht, wie er sie ausstattet und ausrüstet und wie er die Soldaten und ihre Familien alimentiert bzw. entschädigt?

Werden Soldaten, die für Auslandseinsätze vorgesehen sind – aber auch deren Familien –, ausreichend vorbereitet? Werden „Rules of Engagement“ so abgefasst, dass „gewissenhafte Soldaten“, die ein christliches Menschenbild internalisiert haben, jederzeit gegen Mordbrenner und Vergewaltiger vorgehen und *lebens-not-wendige* Einsätze forcieren können? (robuste Einsätze) – Sind genügend Militärfarmer bei der Truppe, und ist die psychologische Betreuung vor, bei und nach heiklen Einsätzen ausreichend sichergestellt?

### **Multinationalität - auf Kosten der Inneren Führung?**

Welche Auswirkungen hat die zunehmende Integration von Streitkräften auf die Führungskultur der Bundeswehr? Wird die Bundeswehr ihren hohen, durch die Innere Führung geprägten und geforderten Standard halten und ggf. noch weiterentwickeln können? Oder muss sie „nachgeben“, also Abstriche hinnehmen, um die Zusammenarbeit mit den Streitkräften anderer Nationen „reibungsfrei“ zu gestalten? Wie verträgt sich eigentlich französische Fremdenlegionärs-Mentalität (Interventionsarmee) mit dem deutschen „Staatsbürger in Uniform“? Führt nicht das „Söldnertum“, das in den Armeen vieler verbündeter Staaten „gepflegt“ wird, zwangsläufig zu Problemen bei der politischen, rechtlichen und ethischen Legitimation von Auslandseinsätzen? Lässt sich Wehrrecht und soldatisches Selbstverständnis anderer Armeen an die deutsche Norm anpassen oder werden „Abstriche“ billigend in Kauf genommen? Nehmen die Streitkräfte der verbündeten Staaten Rücksicht auf die an grundgesetzlich geschützte Werte gebundene Gehorsamskultur der Bundeswehrsoldaten? Kann man der Bundeswehr zumuten, mit solchen Armeen gemeinsame Übungen „zu fahren“, deren politische Verantwortliche mit der Implementierung

der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit im eigenen Land Probleme haben? (Türkei als Verbündeter, Russland und Weißrussland als PfP-Staaten ...)

### **Minderheiten – Inkulturation oder Subkultur**

Wie verträgt sich „Doppelte Staatsbürgerschaft“ und Allgemeine Wehrpflicht? – Kann oder muss religiösen Minderheiten in der Bundeswehr freie Religionsausübung gewährt werden (Gebets- und Speisekultur, Fasten- und Feiertage)? – Wie lassen sich Übersiedler (Russland-Deutsche) mit mangelhaften Sprachkenntnissen und anderer Sozialisierung in (Teil-)Einheiten und Verbände integrieren? Wie kann dem Entstehen von Subkulturen entgegen gewirkt werden und welche (pädagogischen) Methoden und Mittel sind geeignet, durch sprachlich bedingte Defizite zur körperlichen Gewalt neigenden Kameraden im dienst-täglichen Miteinander zu mäßen?

### **Problemlösungen – Innere Führung als Wegweiser**

Manche Fragen kann nur der Dienstherr beantworten. Es geht nicht nur um Zweckmäßigkeit, sondern noch mehr um Glaubwürdigkeit, die nur dann aufscheint, wenn wirklich gerechte Lösungen präsentiert werden! Viele „hausgemachte“

Probleme warten auf eine Lösung, zu der die politische Leitung wie die militärische Führung aber auch jeder einzelne Soldat beitragen können und müssen. Die gegenseitige Treuepflicht, die Fürsorge des Dienstherrn, das Engagement der Vorgesetzten im Besonderen und das der Soldaten im Allgemeinen sind herausgefordert. – Innere Führung hat offensichtlich auch und erst recht morgen Hochkonjunktur und – hoffentlich – eine große Zukunft! □

### **Innere Führung – Versuch einer Definition**

**Innere Führung ist eine dynamische Konzeption, welche, ausgehend vom Menschenbild des Grundgesetzes, die innere Verfassung der Bundeswehr entscheidend prägt, das Miteinander der Soldaten konstruktiv regelt und zu gewissenhaftem Dienen motiviert.**

**Aus der Wechselbeziehung Armee / Staat definiert Innere Führung das Rollenverständnis von „Streitkräften in der Demokratie“, und aus dem Verhältnis Gesellschaft / Soldat heraus stützt und gestaltet sie das Leitbild vom „Staatsbürger in Uniform“.**

**Ihre Prinzipien bewirken – richtig angewendet und umgesetzt – auf vielfältige Weise die Integration der Armee in den Staat, konkret: des Bürgers in die Bundeswehr, des Soldaten in die Gesellschaft und – schließlich – der Bundeswehr in die Demokratie.**

„POLITIKERGESPRÄCHE“ IM KMBA:

# Unsere Sicherheit und die Zukunft der Bundeswehr

Positionspapier der CDU/CSU-Fraktion zur Zukunft der Bundeswehr

Zum „Politikergespräch“ mit dem verteidigungspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag Paul Breuer (MdB), hatte der Katholische Militärgeneralvikar am 3. Februar ins Gästehaus des Katholischen Militärbischofs nach Bonn eingeladen. Neben Angehörigen des KMBA nahmen vor allem Mitglieder der zentralen Versammlung (ZV) und der GKS an der Veranstaltung teil, in der Breuer auf das zu diesem Zeitpunkt noch nicht veröffentlichte Thesenpapier der Unionsfraktion „Sicherheit 2010 – Die Zukunft der Bundeswehr“ einging.

Mit einer geringen Verkleinerung der Streitkräfte, einer Verkürzung der Grundwehrdienstzeit und einer deutlichen Reduzierung der zivilen Verwaltung bei gleichzeitiger Erhöhung des Verteidigungsetats will man die Bundeswehr einsatzfähig halten und auf mögliche neue Aufgaben vorbereiten.

Breuer ging in seinem 30-minütigen Eingangsstatement vor allem auf folgende drei Punkte ein:

- Landesverteidigung als Distanzverteidigung,
- Beibehaltung der Wehrpflicht und
- Aufstockung des Wehretats.

In der anschließenden Diskussion sorgte gerade der neu eingeführte

Begriff einer „Landesverteidigung als Distanzverteidigung“ für kritische Nachfragen aus dem Plenum wie z.B. ob zukünftig Landesverteidigung in jedem Krisengebiet beginnen könne? Wenn ja, wer darüber entscheide, ob man dort u.a. deutsche Soldaten einsetze? Wer definiere in diesem Zusammenhang, was eine Krise ist, die Deutschland oder das NATO-Bündnis bedrohe? Breuer versuchte deutlich zu machen, dass alle Entscheidungen nur im Bündnis getroffen werden und es sinnvoll sei, Krisen, die das Bündnisgebiet betreffen können, dort zu bekämpfen, wo sie entstehen. Die ethischen Kriterien, die bei einer solchen „Landesverteidigung“ als Maßstab anzulegen sind, blieben in der Diskussion umstritten.

Das die flexible Wehrpflicht gerade in Deutschland nicht ausgesetzt werden dürfe, betonte Breuer im Besonderen. Er wies hierbei daraufhin, welche Probleme Bündnispartner in ihren Berufsarmeen mit dem Nachwuchs hätten. Außerdem sei die wegen der geografischen Lage Deutsch-

lands erforderliche Aufwuchsfähigkeit der Bundeswehr nur mit einer Wehrpflichtarmee zu bewältigen.

Das alles könne aber nur mit einem Verteidigungsetat umgesetzt werden, der über 50 Milliarden Mark liege und ab 2003 auf ca. 54 Milliarden Mark weiter anwachse, so dass auch der investive Anteil im Etat wieder steigen könne. Nur so könnten „Technologielücken“ zu anderen Bündnisstaaten geschlossen werden.

(Marco Schauff)



Am „Politikergespräch“ mit dem verteidigungspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, MdB Paul Breuer, nahmen neben den Referatsleitern aus dem KMBA vor allem Soldaten aus dem organisierten Laienapostolat (ZV und GKS) teil, darunter auch die Mitglieder dieser Gremien im ZdK. Moderiert wurde die Diskussion von Oberst a.D. Ludwig Jakob (re neben MdB Breuer). Das Foto oben zeigt den Bundesvorsitzenden der GKS Oberst Karl-Jürgen Klein im Gespräch mit dem Abgeordneten Breuer. (Fotos: PS)



WIE ANDERE BERICHTEN

## Die Tagespost

Katholische Zeitung für Politik, Gesellschaft und Kultur

# Katholische Soldaten für Beibehaltung der Wehrpflicht

Programm für die Bundeskonferenz der GKS vorgelegt

BONN (DT). Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) will sich auf ihrer Bundeskonferenz im Mai in Salem am Kummerower See unter dem Leitwort „Der Zukunft Hoffnung geben – mit Christus für Gerechtigkeit und Frieden“ mit den Themen „Innere Führung“, „Frauen in der Bundeswehr“, „Weiterentwicklung des Völkerrechts“ im Zusammenhang mit den Auslandseinsätzen der Bundeswehr und der so genannten „Humanitären Intervention“ beschäftigen. Das hat der Bundesvorstand der GKS auf seiner Frühjahrskonferenz in Bonn beschlossen. Die GKS war sich darüber hinaus einig, dass es auch nach der Regierungsbildung in Österreich keinerlei Anlass gibt, die „gute und kameradschaftli-

che Zusammenarbeit“ mit der Arbeitsgemeinschaft Katholischer Soldaten Österreichs (AKS) im Apostolat Militaire International (AMI) und bilateral nicht wie bisher fortzusetzen. Zugleich bekräftigte die Gemeinschaft Katholischer Soldaten die Auffassung, dass die Allgemeine Wehrpflicht derzeit „die für Deutschland angemessene Form der Beteiligung des Bürgers an der Erhaltung der Sicherheit seines Landes ist“.

Angekündigt wurde ein Dokument unter dem Titel „Der christliche Soldat am Beginn des dritten Jahrtausends“, das zusammen mit den übrigen 26 Mitgliedsländern des Apostolat Militaire International im November 2000 veröffentlicht wird.

Richtung vor. Wo es Menschen erste und zweite Klasse gibt, wo der Respekt vor der Menschenwürde mit Füßen getreten wird, da kann es auf Dauer mit einem Volk nicht aufwärts gehen, da ist der Niedergang vorprogrammiert. Die Toten rufen uns zu: Unsere Tränen, unser Leid, unsere Not und unser Tod sollen ein Mahnung zur Wachsamkeit sein.

„Worte, die uns zum Fanatismus und zum Hass verleiten wollen, sollen wir mit viel Skepsis begegnen“, betonte Werner Plesch. Die Menschen brauchen die Gnade, die Gnade des Neuanfangs, das Wort Gottes, den großen Tröster und den Stein, der ihnen vom Herzen fällt. Er schloss seine Predigt mit dem Wunsch „Haltet fest an der Liebe Gottes und wartet auf das Erbarmen Jesu Christi unseres Herrn, der euch das ewige Leben schenken wird.“

Eine sehr schwierige Situation müssen zurzeit sowohl die Evangelische als auch die Katholische Militärseelsorge in den Standorten Hammelburg und Veitshöchheim durchmachen. Nur eine von den insgesamt vier Stellen der Standortpfarrer ist besetzt. Lediglich der Katholische Standortpfarrer in Hammelburg, Militärpfarrer Norbert Sauer, ist noch vor Ort. Und dieser musste beim ökumenischen Gottesdienst auch noch krankheitsbedingt passen. Auf evangelischer Seite werden die Standorte Hammelburg, Wildflecken, Mellrichstadt, Veitshöchheim, Ebern, Volkach, Markt Bergel sowie Aschaffenburg durch den in Roth bei Nürnberg beheimateten Standortpfarrer Manfred Hohnhaus mit betreut. □

## WB VI: STANDORT HAMMELBURG

### Gebt den Toten eine Stimme

Ehemaliger Militärdekan Werner Plesch feierte auf dem Lagerberg ökumenischen Gedenk-Gottesdienst

Mit einem ökumenischen Gottesdienst auf dem Lagerberg gedachten die Soldaten des Standortes Hammelburg den Gefallenen der verschiedenen Weltkriege.

Zusammen mit dem General der Infanterie und Kommandeur der Infanterieschule Brigadegeneral Wolf-Dieter Löser versammelten sich die Soldaten zu dem aufgrund des Wetters kurzfristig in eine Halle der Truppenübungsplatzkommandantur verlegten Gottesdienst, den Pfarrer im Ruhestand und Militärdekan a.D. Werner Plesch aus Veitshöchheim abhielt. Für die musikalische Umrahmung des Gottesdienstes sorgte die Musikkapelle der Standortverwaltung Hammelburg

unter der Leitung von Klaus Emmerling.

Mit der Forderung „Gebt den Toten eine Stimme“ gab der ehemalige Militärdekan in seiner Predigt eine

Militärdekan a.D. Werner Plesch sucht wie in seiner aktiven Zeit (1968-77) als erster Evangelischer Standortpfarrer von Veitshöchheim die Nähe der Soldaten. Auch damals musste er in Hammelburg aushelfen.

(Text u. Foto: Peter M. Pillich)



## ARBEITSKONFERENZ IM WEHRBEREICH III:

## „Der Dienst am Christen an Mensch und Welt“

„Der Dienst am Christen an Mensch und Welt“. Unter diesen Leitgedanken hat der Kölner Erzbischof Kardinal Meissner sein Fastenhirtenwort in diesem Jahr gestellt und dies war auch das Motiv der ersten Arbeitskonferenz beim Katholischen Wehrbereichsdekan III im Heinrich-Lübke-Haus der KAB in Möhnesee-Günne. Neben 20 Delegierten aus Pfarrgemeinde- und Seelsorgeräten, aus Mitarbeiter- und GKS-Kreisen – unter ihnen auch ein grundwehrdienstleistender Soldat als Vertreter des GKS-Kreises Essen – konnte Militärdekan Monsignore Rainer Schadt auch zahlreiche Ehepartner und Kinder willkommen heißen, da die Konferenz auch als Familienwochenende durchgeführt wurde.

Nach einer kurzen Begrüßung und Vorstellung der Teilnehmer untereinander und der Einnahme des Abendessens schloss sich ein erster reger Erfahrungsaustausch mit zahlreichen konstruktiven Gesprächen an.

Im Anschluss an eine Heilige Messe, zelebriert von Militärdekan Schadt, nahmen die Delegierten am Samstag die Arbeit auf. Die Ehefrauen hatten die Möglichkeit zu einer Stadtbesichtigung in Soest, die Kinder wurden in zwei altersmäßig zusammengestellten Gruppen während der Konferenz sehr gut betreut.

In seinem Bericht zur Lage in seinem Aufgabengebiet ging der Wehrbereichsdekan zunächst auf die Personalsituation in seinem Bereich ein. Seit der letzten Arbeitskonferenz im Herbst 1999 hätten drei Militärpfarrer ihre Dienstzeit als „Pfarrer auf Zeit“ beendet. Davon seien zwei Stellen wieder besetzt. Lediglich die Nachbesetzung des Standortes Nörvenich – geplant sei hier die Einstellung eines Pastoralreferenten – gestalte sich z. z. schwierig. „Jedoch wird bis Juni dieses Jahres eine Lösung angestrebt“, versicherte Dekan Schadt. „Derzeit sind im Wehrbereich III elf hauptamtliche Militärpfarrer und sieben im Nebenamt in insgesamt 12 Seelsorgebezirken eingesetzt. Sie leisten durchweg gute Arbeit“. Auch

seien weiterhin durch Auslandseinsätze in Bosnien und im Kosovo Vakanzen in betroffenen Seelsorgebezirken hinzunehmen. Ein Pfarrer aus dem Wehrbereich sei derzeit im Kosovo-Einsatz, weitere Abstellungen seien ab Juni bzw. Dezember geplant.

Wie MD Schadt weiter ausführte, könne im Wehrbereich III auf eine Vielzahl von Veranstaltungen der Katholischen Militärseelsorge zurückgeblieben werden, die das gesamte Angebotsspektrum der seelsorgerischen Betreuung zum Inhalt gehabt hätten. Im Rahmen dieser Maßnahmen sei für die rund 21.000 katholischen Soldaten im Wehrbereich ein Gesamtvolumen von etwa 750.000 Mark an Kirchensteuermitteln eingesetzt worden. Auch im laufenden Jahr seien wieder vielfältige Aktivitäten geplant. „Wir stehen am Anfang eines ereignis- und arbeitsreichen Jahres. Es gibt viel zu tun – wollen wir es gemeinsam tun, denn ich weiß mich bei Ihnen in besten Händen“, äußerte der Wehrbereichsdekan zuversichtlich bei seinem Ausblick auf die zu erwartenden Veränderungen in den Strukturen der Bundeswehr.

Im weiteren Verlauf der Konferenz, die letztmalig von Hauptmann Wilfried Geilenkirchen in bewährter, sachlicher Art moderiert wurde, gab der Vorsitzende der GKS im Wehrbereich, Stabsfeldwebel Johann-A. Schacherl, ebenso einen kurzen Sachstandsbericht aus seinem Wirkungsfeld, wie die Vertreterin der Zentralen Versammlung Magdalena Berners mit einer Vorschau auf das Programm der „40. Woche der Begegnung“ in Salem.

Auch die Thematik „Mitarbeiterkreise und Seelsorgebezirksräte“ als Nachfolgegremien für die bisherigen Pfarrgemeinderäte wurde intensiv behandelt. In mehreren Bereichen sei die Umstellung bisher reibungslos verlaufen, in anderen noch „im Werden“. Es brauche aber noch Zeit, bis die neuen Strukturen letztendlich eingenommen werden könnten. So sind verstärkte Werbemaßnahmen und gezieltes Zugehen auf potentielle Kandidaten/innen oder Fragebogenaktionen in den verschiedenen Be-

reichen erforderlich, um geeignete Mitarbeiter zu finden.

Die Suche eines Nachfolgers für den Moderator der Arbeitskonferenzen war anschließend Aufgabe der Delegierten. Hauptmann Wilfried Geilenkirchen kann dieses Ehrenamt nicht weiter wahrnehmen, da er in einem Jahr als aktiver Soldat aus der Bundeswehr ausscheidet. Einstimmig stimmte die Versammlung dem Personalvorschlag von Militärdekan Schadt zu und wählte mit Hauptmann Peter Lorber aus dem Standort Köln-Wahn einen geeigneten Nachfolger, der das Amt auch bereitwillig annahm.

Militärdekan Monsignore Rainer Schadt nahm die Gelegenheit wahr, dem ausscheidenden Moderator für seine Leistungen in diesem Amt und das durchgehend hervorragende Verhältnis in der Arbeit, in der Einstellung zur Militärseelsorge und in der wohl dosierten Form der Leitung der Arbeitskonferenzen während seiner Amtszeit zu danken. Als äußere Zeichen des Dankes überreichte er Hauptmann Wilfried Geilenkirchen das „Große Kreuz der Katholischen Militärseelsorge“ sowie eine gute Flasche Milleniumssekt.

Es folgten an diesem arbeitsintensiven Tag noch die Wahlen der Vertreter der Seelsorgeräte und der GKS aus dem Wehrbereich III zur Teilnahme an der Zentralen Versammlung. Auch wurden die neuesten Sachstände zur Romwallfahrt, zur Soldatenwallfahrt nach Lourdes und dem Deutschen Katholikentag sowie die Terminübersichten für das laufende und das kommende Jahr besprochen.

Ein gemütlicher Abend in der Kellerschänke des Heinrich-Lübke-Hauses bildete schließlich einen willkommenen Ausklang für alle Delegierten, Frauen und Kinder.

Mit einem Familiengottesdienst, in dem vor allem die Kinder und die bevorstehende Fastenzeit eine große Rolle spielten, wurde der Sonntag in der Hauskapelle feierlich eröffnet. Mit den Berichten aus den Seelsorgebezirken und den GKS-Kreisen und

Fortsetzung auf Seite 98



## WEHRBEREICH I KÜSTE: „... sich Freunde machen“

Mitglied im Vorstand der ZV Oberst Böhler von Arbeitskonferenz in Bäk verabschiedet



Das Wochenende stand unter dem Motto "... sich Freunde machen". Am Freitag abend wurde der Film "Der kleine Prinz" vorgeführt. Daran schloß sich eine kurze Aussprache an. Am Samstag, als die Delegierten über der Tagesordnung brüteten, bereiteten die Kinder sich auf den Sonntagsgottesdienst vor. Dabei wurden Themen aus dem Film für den Gottesdienst aufbereitet. In der heiligen Messe ging der Katholische Wehrbereichsdekan I, Prälat Peter Rafoth, in seiner Predigt nochmals auf den kleinen Prinzen ein. Dabei hob er hervor, wie wichtig es ist, sich Zeit für den Mitmenschen zu nehmen.

Trotz aller Normalität im Zusammenwachsen unseres großen Wehrbereichs hatte diese erste Arbeitskonferenz im neuen Jahrtausend doch ihren Höhepunkt. Oberst Volker W. Böhler, seit Jahren in der Arbeitskonferenz und in der Zentralen Versammlung aktiv, schied Ende März 2000 aus dem aktiven Dienst aus.

Damit endeten auch seine Ämter in der Zentralen Versammlung. Während eines kleinen Empfangs wurde Oberst Böhler von der Arbeitskonferenz verabschiedet. Seinen Dank an den scheidenden Oberst verband der Moderator Oberstleutnant Horst-Diethelm Knaf mit der Bitte, auch weiterhin als Ratgeber zur Verfügung zu stehen. Frau Böhler wurde mit einem Rosenstock (die Verbindung zum kleinen Prinzen ...) für ihren häufigen Verzicht auf ihren Mann während seiner ehrenamtlichen Tätigkeit ein wenig entschädigt.

(Text u. Foto:  
Franz-Josef Hosse u., PS o.li.)

Inzwischen Normalität ist die Arbeitskonferenz beim Wehrbereichsdekan I für den seit der Umorganisation vor mehr als zwei Jahren flächenmäßig größten Wehrbereich der Katholischen Militärseelsorge. Die Delegierten aus den drei zum Wehrbereich gehörenden Bundesländern Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein berieten ein Wochenende lang über Möglichkeiten, die Kath. Militärseelsorge attraktiver und effektiver zu gestalten.



### Fortsetzung von Seite 97

einem gemeinsamen Mittagessen ging das offizielle Programm der Konferenz zu Ende.

„Viel Arbeit hatten wir uns vorgenommen, konstruktive Ergebnisse wurden erzielt. Ich kann ruhigen Gewissens sagen, dass in Bezug auf die Katholische Militärseelsorge der Wehrbereich III äußerst lebendig ist. Es macht Spaß miteinander und es ist sehr schön, dies zu erleben. Vielen Dank an alle, die sich aktiv daran beteiligen“, schloss Militärdekan Schadt das Wochenendtreffen. Die nächste Arbeitskonferenz ist vom 27. bis 29. Oktober im Haus „Maria in der Aue“ in Wermelskirchen geplant. (Wilfried Puth)

## WEHRBEREICH V – FEIER DES WELTFRIEDENSTAGES IN KARLSRUHE

### Freiburger Erzbischof Saier hebt Friedenseinsatz der Bundeswehr hervor

Den Friedenseinsatz der Bundeswehr hat der Freiburger Erzbischof Saier hervorgehoben. „Es ist ein großer Gewinn, dass heute in unserer Gesellschaft beim Stichwort Bundeswehr von vielen Menschen nicht mehr sofort an Krieg und Angriff, sondern an Friedenssicherung und Friedensförderung gedacht wird“, sagte Saier am 23. März bei einem „Friedensgottesdienst“ der Bundeswehr in

Karlsruhe. Diesen Weg gilt es nach den Worten des Erzbischofs weiter zu beschreiten. Saier erinnerte Soldaten und zivile Mitarbeiter der Bundeswehr daran, das Jesus den Menschen Auftrag und Kraft gegeben habe, Boten seines Friedens zu werden. Er gebe die Kraft, Frieden dort zu stiften, „wo zuvor Hass und Feindschaft die Ursache für Tod und Verwüstung waren oder immer noch sind“. (DT/KNA)

AUS DER ARBEIT DES BUNDESVORSTANDES DER GKS:

## Mehrfjährige Gesprächspausen beendet

**Treffen mit dem Bundesvorsitzenden des BDKJ**

Nach längerer Abstinenz sollte es am 31. Januar zu einem Treffen der Bundesvorsitzenden des BDKJ (Bund Deutscher Katholischen Jugend), Knuth Erbe, und der GKS, Oberst Karl-Jürgen Klein, im Gästehaus des Katholischen Militärbischofs in Bonn kommen. Schon lange hatte man nach einem passenden Termin gesucht, um gemeinsam interessierende friedensethische und sicherheitspolitische Themen zu erörtern. Auch diesmal musste Oberst Klein kurzfristig aus dienstlichen Gründen passen. Für ihn sprang sein Stellvertreter Oberstleutnant Paul Brochhagen ein.

Knuth Erbe begrüßte den Gesprächszeitpunkt, weil der BDKJ da-

bei sei, seine Position zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik neu zu bestimmen. Auch sehe der BDKJ eine objektive Notwendigkeit die Frage von Streitkräften sowie grundsätzliche Fragen von Frieden und Sicherheit professionell zu diskutieren. Bis zur Hauptversammlung des BDKJ im Frühjahr 2001 will Knuth Erbe mit einer Arbeitsgruppe eine friedensethische und sicherheitspolitische Position erarbeitet haben. „Der BDKJ will sich aber Zeit dafür nehmen und nicht von aktuellen Entwicklungen unter Druck setzen lassen“, meinte Erbe.

Die Gespräche sollen fortgesetzt werden. Insbesondere zu Fragen der Friedenssicherung, der Inneren Führung und von Pflichtdiensten wollen die beiden Verbände auf der Arbeitsebene Kontakte pflegen. Überein-

stimmung herrschte, dass die Frage der Wehrform nicht unabhängig von der Friedens- und Sicherheitsproblematik diskutiert und entschieden werden könne. Wehrpflicht ja oder nein sei auch keine Glaubens-, sondern pragmatische Frage, welche politisch beantwortet werden müsse, war die gemeinsame Auffassung.

**Sprachlosigkeit zwischen GKS und Pax Christi beendet**

Die Zeit der Sprach- und Kontaktlosigkeit zwischen GKS und dem Präsidium der deutschen Sektion vom Pax Christi lässt sich ziemlich genau bestimmen. Am 15. Januar 1991 fand das letzte Gespräch im Gustav-Stresemann-Institut in Bonn statt. Eine für September 1991 geplante Diskussion über die „Situation nach dem Golfkrieg“ fand auf Wunsch von Pax Christi nicht statt. Danach kam kein Kontakt mehr zustande. Nun, nach neun-jähriger Pause nahmen GKS und Pax Christi ihre Gespräche zu sicherheitspolitischen Fragen wieder auf. Am 27. März trafen sich Mitglieder des Präsidiums von Pax Christi und des Bundesvorstandes der GKS in Bonn, um zunächst Punkte anzusprechen, die zwischen Beiden zu Irritationen geführt hatten. Anschließend kamen Themen zur Sprache, die einerseits, wie „die Rolle der katholischen Kirche im 2. Weltkrieg“, von Pax Christi angestoßen wurden, und andererseits, wie „die Legitimation humanitärer Interventionen“, im Interesse der GKS liegen. Vereinbart wurde, den Meinungsaustausch auf Arbeitsebene fortzusetzen, möglichst einmal im Jahr auch im Kreis der Präsidiums-/Vorstandsmitglieder.

(PS)

Im Bild unten die Teilnehmer am Gespräch BDKJ/GKS v.l.: J. Bringmann, Referent BV, Prälat W. Theis, Geistlicher Beirat der GKS, Knuth Erbe, Bundesvorsitzender BDKJ, Josef König, Geschäftsführer der aktion kaserne und Berater im GKS-Sachausschuss „Innere Führung“, OTL Paul Brochhagen, Stellvertreter des Bundesvorsitzenden der GKS, OTL Helmut Jermer, Vorsitzender des GKS-Sachausschuss „Innere Führung“. Am Gespräch nahm auch der Ehrenbundesvorsitzende der GKS Paul Schulz teil. (Fotos: PS)





# TERMINE 2000

<b>April</b>					
29.04.-01.05.	Vorkonferenz WdB mit BV GKS	31.05.-04.06.	94. Kath.Tag Hamburg mit zentraler Werkwoche	20.-22.10.	AK/WB WB VI in Volkersberg
<b>Mai</b>		<b>Juni</b>		18. – 22.10.	Seminar 3. Lebensphase in Nürnberg
01.-06.05.	40. WdB in der Kolling-Familienferienstätte Salem am Kummerower-See/Mecklenburg-Vorpommern	17.06.	Vorstand ZV Bonn	21.10.	Vorstand ZV Bonn
		19.06.	EA GKS Bonn	27.-29.10.	AK/WBKonf WB III in Wermelskirchen
		14.-18.06.	Seminar 3. Lebensphase in Cloppenburg	<b>November</b>	
03.-05.05.	GKMD Haupttagung FD	<b>August</b>		12.-15.11.	AMI-Konferenz in Rom
22.05.	Redaktionsschluss AUFTRAG 240	21.08.	Redaktionsschluss AUFTRAG 241	15.-22.11.	Internationale Rom-Wallfahrt der Militärseelsorge zum Hl. Jahr
26.-28.05.	Vorbereitungsseminar in Waldbröl für den 94. Kath. Tag	<b>September</b>		23.11.	Redaktionsschluss AUFTRAG 242
		22.-24.09	BV GKS im Haus Marienberge, Katzwinkel-Elkhausen	24.-26.11.	AK/WBKonf WB II in Wörthausen
26.-28.05.	WBKonf WB III in Wermelskirchen	<b>Oktober</b>		27./28.11.	Herbstkonferenz der GKMD in Fulda
		20.-21.10.	AK/WBKonf WB I in Parchim		

Verwendete Abkürzungen: AGKOD – Arbeitsgemeinschaft Katholischer Organisationen Deutschlands, AK – Arbeitskonferenz des Wehrbereichsdekans, AMI – Apostolat Militaire International, BuKonf – Bundeskonferenz, BV GKS – Bundesvorstand der GKS, EA – Exekutivsausschuss, GKMD – Gemeinschaft der katholischen Männer Deutschlands, IS – Internationaler Sachausschuss, MGW – Militärgeneralvikar, SA InFü – Sachausschuss „Innere Führung“, SA S+F – Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“, SA KI – Sachausschuss „Konzeption und Information“, WB – Wehrbereich, WdB – Woche der Begegnung, ZV – Zentrale Versammlung

## AUTOREN (soweit nicht in den Einführungen zu ihren Beiträgen vorgestellt)

### Achmann, Dr. Klaus

Oberst, Amtschef Amt für Studien und Übungen der Bundeswehr in Waldbröl; Vorsitzender des Sachausschusses „Sicherheit und Frieden“ der GKS.

### Bringmann, Jürgen

Oberst a.D., Referent des Bundesvorstandes der GKS, Bonn

### Gareiß, Robert

Oberst i.G., Kommandeur der Sport- und Schule der Bundeswehr in Warendorf.

### Görlisch, Joachim Georg

Magister, freier Journalist, Schwerpunkt mittel- und osteuropäische Gesellschaften. Publiziert häufig u.a. in „Die Tagespost“ und im AUFTRAG.

### Heinz, Manfred

Dipl.-Theol., wissenschaftlicher Mitarbeiter und Referent im Referat „Kirche und Gemeinde“ des KMBA, Bonn. Geschäftsführer der Zentralen Versammlung der katholischen Soldaten im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs.

### Jakob, Ludwig

Oberst a.D., freier Mitarbeiter im Institut Theologie und Frieden in Barsbüttel; Mitglied im Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“ der GKS.

### Jermier, Helmut

Oberstleutnant im Streikräfteamt, Mitglied im ZdK und in der Zentralen Versammlung, Vorsitzender des Sachausschusses „Innere Führung“ der GKS.

### Justenhoven, Dr. Heinz-Gerhard

Leiter des Instituts Theologie und Frieden in Barsbüttel

### Klein, Camen

Studentin der Rechtswissenschaften an der Universität Köln, gelegentliche Publikationen im AUFTRAG.

### Lather, Karl-Heinz

Generalmajor, Befehlshaber Wehrbereichskommando V / Kommandeur 10. Panzerdivision, Sigmaringen.

### Liebetanz, Klaus

Major a.D., Berater für humanitäre Hilfe im Ausland, Dörverden/Aller.

### Overmann, Pater Michael

Mitglied der Ordensgemeinschaft der Salvatorianer; Dipl. Sozial-Pädagoge

u. Dipl. Theologe; Pfarrer für den Bundesgrenzschutz in Berlin.

### Roth, Prof. Dr. Paul

Professor für Politikwissenschaft an der Universität der Bundeswehr München; seit 1990 emeritiert.

### Steinborn, Hartmut

Oberstleutnant, AbtLtr an einer Schule der Bundeswehr; seit 1994 Mitglied im Vorstand der Zentralen Versammlung.

### Stuff, Eckhard

Journalist; am Sender Freies Berlin zuständig für die Aus- und Weiterbildung des Nachwuchses und der Mitarbeiter. Veröffentlichungen in AUFTRAG.

### Theis, Prälat Walter

Militärdekan, Leiter des Referats „Kirche und Gemeinde“ im KMBA; Koordinator der Auslandseinsätze von Militärpfarrern; Geistlicher Beirat der GKS.

### Thoma, Jürgen

Leutnant und Presseoffizier im Logistikregiment 10, Veitshöchheim.

*Die Redaktion AUFTRAG wünscht ihrer Lesergemeinde ein gesegnetes und frohes Osterfest!*

## Das Politische Buch

*Europa auf dem Weg zur Weltmacht?*  
**Elizabeth Pond: Die Stunde Europas. Ein Kontinent auf dem Weg zur Weltmacht. Propyläen Verlag, Berlin 2000, 416 S.**

Ein fulminantes Plädoyer für das zusammenwachsende Europa hält die amerikanische Journalistin Elizabeth Pond in ihrem neuen Buch. Kenntnisreich, aber auch leidenschaftlich, wirbt sie für das neue Europa, obwohl sie doch eigentlich ein Sachbuch schreiben wollte. Die distanzierte Betrachtung gelingt der erfahrenen Korrespondentin nicht, zu sehr ergreift sie Partei. Das allerdings macht sie so überzeugend und von der thematischen Breite gesehen umfassend, dass die Lektüre ihres Werkes Gewinn verspricht. Immer wieder rückt sie abwechselnd historische, sicherheitspolitische und wirtschaftspolitische Aspekte in den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen.

Eine Reihe von Fragen rückt sie eingangs in das Visier: „Aber wie bekam der deutsche Bundeskanzler eine Bevölkerung, die zu zwei Dritteln die Währungsunion ablehnte, dazu, ihre geliebte D-Mark aufzugeben? Wie überlebte das Projekt der WWU die schlimmste Rezession seit den dreißiger Jahren? Wie gelang es Kohl 1994, unmittelbar nach dieser Rezession, wiedergewählt, um dann, 1998, von den Wählern fallen gelassen zu werden? Wie kommt es, dass Vertiefung und Erweiterung der EU sowohl von den Deutschen als auch von anderen Nationen nicht nur als miteinander vereinbar, sondern als komplementär betrachtet werden? Wie schaffte es das leichtlebige Italien, die strengen europäischen Konvergenzkriterien wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit zu erfüllen und sich für die Mitgliedschaft in der Währungsunion zu qualifizieren? Wie war es Polen gelungen, ohne Überhitzung vier Jahre hintereinander ein Wirtschaftswachstum von fünf bis sechs Prozent zu erreichen?

Wie verwandelte sich der kleinste gemeinsame Nenner, den man von fünfzehn sehr unterschiedlichen EU-Mitgliedern erwarten würde, in einem Rechenvorgang, in dem die beste Leistung zum Maßstab für alle wird?“

Immer wieder geht sie auf diese Fragen ein. Immer wieder schlägt sie sich dabei die Seite der Optimisten, die das neue Europa wagen wollen. Das hält sie nicht davon ab, das Vorgehen Kohls auch als „waghalsig“ zu bezeichnen. Ihn sieht sie mit offensichtlicher Bewunderung als stärksten Motor des neuen Europa in den neunziger Jahren.

Wirtschaftlich sieht Pond Europa und die USA als Zwillinge. Beide ungefähr gleich stark würden sich jetzt auch in der Investmentmentalität annähern. Die Aktienkultur, bisher in den USA und in Großbritannien verbreitet, erobert derzeit den Kontinent. Dies hat Folgen für die Finanz-

politik: „Das typische kontinentale Modell der Unternehmensfinanzierung durch Bankkredite macht nach amerikanischem und britischem Muster der weniger vertrauten, aber preiswerteren Ausgabe von Aktien und Anleihen Platz.“ Und sie sieht auch eine Reformfreudigkeit, die von Mitteleuropa, aus Polen, Ungarn, Tschechien, auf Westeuropa zurückschlägt. Denn dort folgt man – ohne durch starre Sozialstaatsstruktur behindert zu sein – williger dem amerikanischen Modell: „Allgemeiner gesprochen, gibt es eine neue Offenheit für Experimente, wenn mitteleuropäische Länder auf ihrer Tabula rasa Telekommunikation, Energie und andere natürliche Monopole privatisieren, das Umlageverfahren des Rentensystems zugunsten einer vollen Fondsfinanzierung aufgeben und diese Ideen dann nach Westeuropa zurück exportieren.“

Über das Aufgehen des vereinten Deutschlands in Europa mit Hilfe der Wirtschafts- und Währungsunion hat Helmut Kohl den europäischen Weg für die Deutschen irreversibel gemacht. Somit hat er – Adenauer folgend – die Deutschen vor eventuellen nationalen Träumen geschützt. Was Pond aber beiseite schiebt, ist das Risiko des Scheiterns des Euro. Gerade dieser Tage ist das ein Horrorszenario, das keineswegs ausgeschlossen erscheint. Schon jetzt wird das Kernland Europas zur Weichwährungszone mit unübersehbaren Risiken. Nationalistische Rückfälle könnten gerade über das Scheitern des Euro Nahrung finden.

(Eckhard Stuff)

**Michael Gannon: Schwarzer Mai. Die Entscheidung im U-Boot-Krieg. Ullstein Verlag, Berlin 1999, 528 S.**

War der 2. Weltkrieg spätestens seit der Kriegserklärung an die Vereinigten Staaten von Amerika Ende 1941 für das Deutsche Reich strategisch verloren, so dauerte es doch noch einige Zeit, bis sich die Niederlage abzeichnete. Stalingrad und die Panzerschlacht im Kursker Bogen stehen symbolhaft für die militärische Wende. Im Seekrieg wird diese Wende in der Schlacht im Atlantik im Mai 1943 markiert. Diesen, für die deutsche U-Boot-Flotte schicksalhaften Monat schildert der amerikanische Bestsellerautor Michael Gannon in seinem neuen Buch „Schwarzer Mai. Die Entscheidung im U-Boot-Krieg.“

Noch im März 1943 gelang den deutschen U-Booten die Versenkung von alliierten Schiffen mit einer Gesamtzahl von 590.234 Bruttoregistertonnen. Allein in den ersten 20 Tagen des März 1943 schickten sie 72 Schiffe auf den Meeresgrund, davon 60 aus Konvois, die von der Royal Navy eskortiert worden waren. Diese Zahlen waren aus alliierter Sicht sehr ernst, aber letztlich noch nicht ausrei-

chend, um die Versorgung Englands mit lebens- und kriegsnotwendigen Gütern ernsthaft zu gefährden. Auch war die amerikanische Rüstungsproduktion jetzt voll im Gange. 99 Werften der USA produzierten so kräftig neue Schiffe, dass laut Michael Gannon eine monatliche Versenkungsrate von 1,3 Millionen Bruttoregistertonnen erforderlich gewesen wäre, um die Alliierten ins Schlingern zu bringen. Eine solch hohe Zahl wurde jedoch zu keiner Zeit erreicht. Im Gegenteil: im April 1943 fiel die Versenkungsrate auf 48 Schiffe mit 276.517 Bruttoregistertonnen.

Dann kam der „Schwarze Mai“. Anfang Mai waren 134 deutsche U-Boote in der Schlacht im Atlantik im Einsatz, davon 118 im Kampf gegen Konvois im Nordatlantik. Ende Mai waren 41 U-Boote verloren gegangen, viele erfahrene Mannschaften und Offiziere auf See gestorben oder mit Glück in Gefangenschaft geraten. Ein solcher Aderlass konnte nicht lange verkraftet werden. Und er konnte auch nicht ohne Einfluss auf die Einstellung vieler U-Boot-Besatzungen bleiben. Wofür noch das nasse Grab, wenn der Kampf – nach Stalingrad – auch an dieser Front aussichtslos geworden war?

Diese Aussichtslosigkeit vermittelt sich bei Gannon auch in den Gesprächen von in Gefangenschaft geratenen deutschen U-Boot-Fahrern, die 1943 abgehört und aufgenommen wurden: „Das ist ein Trauerspiel. Das ganze U-Bootfahren ist nur noch was für Sträflinge geworden.“ und: „Es sieht sehr schlecht aus für uns. Die Boote saufen ab wie die Karmickel.“ Die meisten sehen die unvermeidliche Niederlage kommen.

Doch weder der Oberbefehlshaber der Marine Admiral Dönitz, noch Hitler dachten daran, diesen chancenlosen U-Boot-Krieg einzustellen. Dönitz schickte seine Männer in den Tod, obwohl er die klare Unterlegenheit erkannte: „Dönitz kam zu der bitteren Erkenntnis, dass ihm nichts übrigblieb, als den schon verlorenen Seekrieg fortzusetzen. Dafür hatte er folgende Gründe: Erstens waren in den Stützpunkten an der Biskaya nur 110 geschützte Liegeplätze vorhanden, so dass die Kampfboote den Luftangriffen ausgesetzt gewesen wären. Zweitens hätte die Einstellung der U-Boot-Operationen Hunderte alliierter Geleitzfahrzeuge und Flugzeuge freigesetzt, die an anderer Stelle gegen Deutschland eingesetzt werden könnten.“ Und Hitler war der Kampf auf See zu diesem Zeitpunkt lieber als ein Kampf an den Küsten Kontinentaleuropas. Er klammerte sich noch an eine unrealistische Hoffnung auf eine Wende.

Gannon schildert viele einzelne Episoden dieses „Schwarzen Mai“. Dabei wird das Sachbuch fast zum spannenden Dokumentarthriller. Die Dramatik des U-Boot-Krieges wird nachvollziehbar.

(Eckhard Stuff)



## Lebenshilfe

**Prof. Dr. med. Dietrich Reinhardt/Dr. med. Gundula Reinhardt:** „Der große Eltern-Ratgeber Kinderkrankheiten“. Wort & Bild Verlag, Baierbrunn 1999. 718 S. mit Hunderten von farbigen Abb., gebunden. DM 49,80.

Der Untertitel dieses Ratgebers „Mit umfassenden Informationen zur Entwicklung des gesunden Kindes“ sagt es richtig: Dies ist nicht nur ein Buch über Kinderkrankheiten, deren Symptomatik, Diagnose und Behandlung; vielmehr ist es ein umfangreicher, zuverlässiger und verständlicher Ratgeber für nahezu alle Fragen, die die Entwicklung des Kindes und den Umgang mit Kindern betreffen. Irgendwie wird man an den guten alten „Spock“ erinnert – aber natürlich in moderner Form.

Für Eltern ist es wichtig, über die normalen Abläufe in der körperlichen und geistigen Entwicklung ihres Kindes Bescheid zu wissen. Diese Kenntnisse sind beispielsweise Voraussetzung für Pflege und Ernährung des Säuglings und Kleinkindes, für die Inanspruchnahme von Vorsorgeuntersuchungen und Impfprogrammen beim Kinderarzt und besonders für eine altersgerechte, liebevolle Erziehung.

Im ersten Teil „Das gesunde Kind“ geht es um diese Fragen. Die körperliche, organische, psychomotorische Entwicklung werden ebenso angesprochen wie die Ernährung, Schlaf und Schlafverhalten, die richtige Pflege, Spielen und Spielzeug und nicht zuletzt die Gesundheitsvorsorge für das Kind.

Entwicklungsbedingte Besonderheiten prägen auch die altersabhängigen Erkrankungen des Kindes. So gibt es eine Reihe von Krankheiten, die fast ausschließlich im Kindesalter vorkommen (z.B. Pseudokrupp), andere Krankheiten verlaufen bei Kindern anders als bei Erwachsenen (z.B. Krebs). Schließlich gelten bei Kindern häufig andere Grundsätze für den Einsatz und die Wirkung von Arzneimitteln, deren Nebenwirkungen und Dosierung.

Im zweiten Teil „Das kranke Kind“ behandeln die Autoren diese Fragen und Probleme im Zusammenhang mit über 150 (Kinder-)Krankheiten ausführlich; auch auf das Verhalten in Notfällen wird hingewiesen. Besonders hilfreich und einsichtig ist die jeweilige Gliederung nach den Kriterien „Symptome“, „Wann soll das Kind zum Arzt?“, „Das wird der Arzt tun“ und „Wie kann ich meinem Kind helfen?“.

Dieser Ratgeber gibt Eltern (und warum nicht auch Großeltern?) kundige Hilfe beim Umgang mit dem gesunden und dem kranken Kind, mit der Möglichkeit, sich einerseits schnell zu informieren, andererseits auch in Ruhe nachzulesen und grundsätzliches Wissen über die Entwicklung des Kindes zu gewinnen oder zu erweitern. (Jürgen Bringmann)

## Glaube Vernunft

**Herbert Bontz:** *Unzeitgemäße Gottsuche.* Wim Snayder Verlag, Paderborn 21998, 24,80 Mark.

„Was immer du begreifst, kann eben deswegen – nicht Gott sein (Augustinus). Denn einen Gott, den es ‚gibt‘, gibt es nicht (Bonhoeffer). Aber verknüpfe, soviel du vermagst, den Glauben mit der Vernunft (Boetius).“

Diese Sätze sind dem Buch „Unzeitgemäße Gottsuche“ vorangestellt, das aus der Feder eines Facharztes für Neuro-psychologie und Psychiatrie stammt. Und es sind Sätze, die das Thema eines lebenslangen Ringens unter den erschwerten neuzeitlichen Bedingungen von Glaube und Vernunft anschlagen.

Im Spannungsfeld von Theologie, Kirche und Naturwissenschaften sucht der Autor nach Gott. Als theologischem „Laien“ gelingt ihm das auf hohem Niveau. Doch „unzeitgemäß“ daran ist, daß er sich nicht mit dem Angebot einer verbraucherfreundlich verpackten Gottesvorstellung zufriedengehen will; jener „billigen Gnade“, von der Dietrich Bonhoeffer gesprochen hat. Und so geht der Autor mit dem kritischen Verstand an Grenzen, um Grundvoraussetzungen eines modernen und dennoch unverfälschten Glaubens aufzuzeigen.

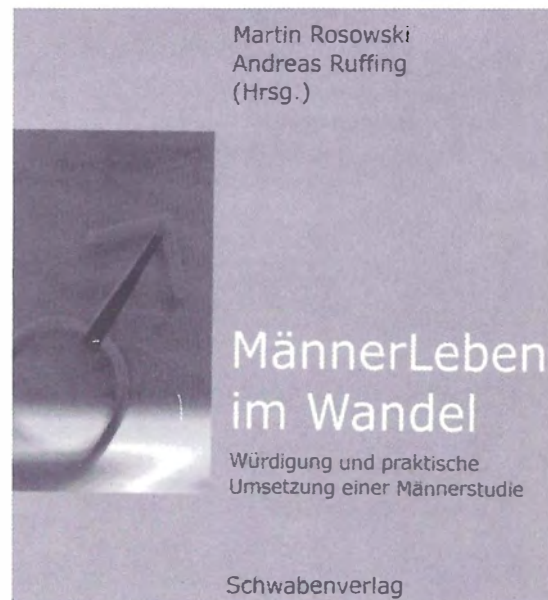
Das Buch ist ein Gewinn, weil es als Lese- und Lebensbuch viele Anstöße und Hilfen zu einem verantworteten Glauben bietet. Positiv ist ferner, daß kontemplative Texte aus der christlichen und jüdischen Tradition die vorgezeichneten Linien vertiefen und weiter ausziehen: Tolle et lege – Nimm und lies ...

(rw aus: Ruhrwort, Kirchenzeitung für das Bistum Essen)

## In diesem AUFTRAG an anderer Stelle besprochen

**Siegfried Schönherr (Hrsg.):** *Streitkräfte, Ökonomie und Europäische Sicherheit.* Verlag der Gesellschaft für Militärökonomie e.V. Dachau, 1999. 327 S., broschiert. DM 48,00.

**Heinrich Potthoff:** *Im Schatten der Mauer, Deutschlandpolitik 1961 bis 1990.* Propyläen Verlag, Berlin 1999, 448 S., DM 48,00.



## Männerstudie

**Martin Rosowski/Andreas Ruffing (Hrsg.):** *MännerLeben im Wandel. Würdigung und praktische Umsetzung einer Männerstudie.* 219 S., Paperback DM 28,00.

Der Forschungsbericht „Männer im Aufbruch. Wie Deutschlands Männer sich selbst und wie Frauen sie sehen“ hat eine große Resonanz gefunden, nicht nur in der Presse sondern durch eine Vielzahl von Veranstaltungen zum Thema. Jetzt, wenige Monate nach Vorliegen dieser Studie – bereits in 3. Auflage –, ist es den Herausgebern gelungen, ausgewiesene Fachleute zu gewinnen, die zu diesem Forschungsbericht Stellung beziehen. Dabei geht es einmal um die kritische Sichtung und Kommentierung der Männerstudie aus dem Blick des jeweiligen Fachgebietes bzw. im Dialog mit den je eigenen Forschungspositionen und -ergebnissen. Dann aber, was ganz wichtig ist, um anwendungsorientierte Hinweise und Impulse für die Praxis der Männerseelsorge und Männer(bildungs)arbeit.

Ziel der Herausgeber ist, mit den Beiträgen die erhobenen Daten der Männerstudie einer Deutung zu unterziehen und dadurch den Verantwortlichen in der gesellschaftlichen, politischen und kirchlichen Männerarbeit Anstöße, Anregungen und Anwendungsmöglichkeiten zu geben.

*„Neben dem Gebet gibt es dann all die Verrichtungen  
des alltäglichen Lebens, und auch die sollen  
mit gutem Willen und Schwung,  
aber ohne Übereifer ausgeführt werden.“*

*Johannes XXIII.*



### Der Königsteiner Engel

Der »siebte Engel mit der siebten Posaune« (Offb 11,15–19) ist der Bote der Hoffnung, der die uneingeschränkte Herrschaft Gottes ankündigt. Dieser apokalyptische Engel am Haus der Begegnung in Königstein/Ts., dem Gründungsort des Königsteiner Offizierskreises (KOK), ist heute noch das Traditionszeichen des GKS, das die katholische Laienarbeit in der Militärseelsorge seit nunmehr 40 Jahren begleitet.



### Das Kreuz der GKS

Das »Kreuz der GKS« ist das Symbol der Gemeinschaft Katholischer Soldaten. Vier Kreise als Symbol für die GKS-Kreise an der Basis formen in einem größeren Kreis, der wiederum die Gemeinschaft versinnbildlicht, ein Kreuz, unter dem sich katholische Soldaten versammeln.

### Impressum

AUFTRAG ist das Organ der GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS) und erscheint mind. viermal jährlich.  
Herausg.: GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN, Breite Straße 25, 53111 Bonn.  
Redaktion: verantwortl. Redakteur Paul Schulz (PS), Oberstleutnant a.D., Satz und Layout; Klaus Brandt (bt), Oberstleutnant a.D., Redakteur; Helmut Fettweis (HF), Oberst a.D., Redakteur; Oberleutnant Marco Schauff (MS), Redakteur

Zuschriften: Redaktion AUFTRAG, c/o Paul Schulz, Postfach 3768, 51537 Waldbröl, Tel: 02291-900461, Fax: 02291-911637 oder 02295-1044 (bt), e-Mail: GKS.Redaktion@t-online.de

Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Namensartikel werden allein vom Verfasser verantwortet. Nicht immer sind bei Nachdrucken die Inhaber von Rechten feststellbar oder erreichbar. In solchen Ausnahmefällen verpflichtet sich der Herausgeber, nachträglich geltend gemachte rechtmäßige Ansprüche nach den üblichen Honorarsätzen zu vergüten.  
Druck: Köllen Druck & Verlag GmbH, Ernst-Robert-Curtius-Str. 14, 53117 Bonn.  
Überweisungen und Spenden an: Förderkreis der GKS e.V., Pax Bank eG Aachen, BLZ: 391 601 91, Konto-Nr.: 1009439010.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe. Nachbestellung gegen eine Schutzgebühr von DM 10,- an den ausliefernden Köllen Verlag.